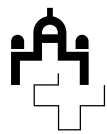


Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 28.02.2016

Votation populaire du 28.02.2016

Votazione popolare del 28.02.2016

13.085

**Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe.
Volksinitiative**

**Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du
mariage. Initiative populaire**

**Per il matrimonio e la famiglia - No agli svantaggi per
le coppie sposate. Iniziativa popolare**

VH 13.085

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Vereinzelte kann es vorkommen, dass die Inhalte nicht in italienischer Sprache vorhanden sind. Wir bitten Sie, in diesen Fällen die deutschen oder französischen Texte zu konsultieren.

Il est parfois possible que certaines informations ne soient pas disponibles en italien. Veuillez dans ces cas-là consulter les versions allemande ou française.

È possibile che alcuni contenuti non siano disponibili in italiano. In tal caso vi preghiamo di consultare la versione tedesca o francese.

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1.	Übersicht über die Verhandlungen Résumé des délibérations	I
2.	Zusammenfassung der Verhandlungen Résumé des débats	II IV
3.	Verhandlungen der Räte Débats dans les conseils Deliberazioni dei Consigli	1
4.	Schlussabstimmungen Votations finales	63
5.	Namentliche Abstimmungen Votes nominatifs Votazioni per appello nominale	65
6.	Bundesbeschluss Arrêté fédéral Decreto federale	75 77 79
7.	Argumente Arguments Argomenti	81

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

13.085 n Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Botschaft vom 23. Oktober 2013 zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe" ([BBI 2013 8513](#))

NR/SR *Kommission für Wirtschaft und Abgaben*

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe» ([BBI 2013 8541](#))

10.12.2014 Nationalrat. Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

10.12.2014 Nationalrat. Fristverlängerung bis zum 5. Mai 2016.

11.12.2014 Ständerat. Fristverlängerung bis zum 5. Mai 2016.

04.03.2015 Ständerat. Zustimmung.

11.06.2015 Nationalrat. Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz.

16.06.2015 Ständerat. Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz.

19.06.2015 Nationalrat. Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

19.06.2015 Ständerat. Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt [BBI 2015 4849](#)

2. Bundesbeschluss über die Abschaffung der Heiratsstrafe und für eine Familienpolitik für alle (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe")

10.12.2014 Nationalrat. Beschluss gemäss Entwurf der Kommission

04.03.2015 Ständerat. Zustimmung.

18.03.2015 Nationalrat. Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

18.03.2015 Ständerat. Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung abgelehnt.

13.085 n Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Message du 23 octobre 2012 concernant l'initiative populaire "Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage"

([FF 2013 7623](#))

CN/CE *Commission de l'économie et des redevances*

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage» ([FF 2013 7651](#))

10.12.2014 Conseil national. Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.

10.12.2014 Conseil national. Le délai imparti est prorogé jusqu'au 5 mai 2016.

11.12.2014 Conseil des Etats. Le délai imparti est prorogé jusqu'au 5 mai 2016.

04.03.2015 Conseil des Etats. Adhésion.

11.06.2015 Conseil national. Décision conforme à la proposition de la Conférence de conciliation.

16.06.2015 Conseil des Etats. Décision conforme à la proposition de la Conférence de conciliation.

19.06.2015 Conseil national. L'arrêté est adopté au vote final.

19.06.2015 Conseil des Etats. L'arrêté est adopté au vote final.

Feuille fédérale [FF 2015 4403](#)

2. Arrêté fédéral concernant l'abolition de la pénalisation du mariage et pour une politique familiale pour tous (contre-projet direct à l'initiative populaire "Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage")

10.12.2014 Conseil national. Décision conforme au projet de la Commission

04.03.2015 Conseil des Etats. Adhésion.

18.03.2015 Conseil national. L'arrêté est adopté au vote final.

18.03.2015 Conseil des Etats. L'arrêté est rejeté au vote final.

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

13.085 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Botschaft vom 23. Oktober 2013 zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe" ([BBI 2013 8513](#))

Die eidgenössische Volksinitiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe" wurde am 5. November 2012 von der CVP eingereicht. Die Volksinitiative will die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren beseitigen, indem folgender Text in der Bundesverfassung verankert wird: „Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.“ Das Parlament empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, da mit der Annahme der Initiative eine Individualbesteuerung von Ehepaaren ausgeschlossen und eine Definition der Ehe in der Verfassung verankert werden würde.

Ausgangslage

Der Bundesrat empfahl in seiner Botschaft vom 23.10.2013 die Volksinitiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe" zur Annahme. Ihre steuerpolitischen Forderungen würden sich mit der vom Bundesrat verfolgten Politik, die Ungleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren zu beseitigen, decken. Bei einer Annahme der Initiative würde der Grundsatz der gemeinsamen Besteuerung der Ehepaare in der Verfassung verankert. Damit würde die Chance erhöht, einen politischen Kompromiss zu finden, wie die aktuelle Überbesteuerung gewisser Ehepaare beseitigt werden kann. Eine Individualbesteuerung dagegen käme ohne neuerliche Verfassungsänderung als künftiges Besteuerungsmodell nicht mehr in Frage. Im Bereich der Sozialversicherungen hingegen seien Ehepaare nicht schlechter gestellt als unverheiratete Paare, weshalb hier aus Sicht des Bundesrates kein Handlungsbedarf besteht. (Quelle: Medienmitteilung des Bundesrates)

Verhandlungen

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe»

10.12.2014	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
10.12.2014	NR	Fristverlängerung bis zum 5. Mai 2016.
11.12.2014	SR	Fristverlängerung bis zum 5. Mai 2016.
04.03.2015	SR	Zustimmung.
11.06.2015	NR	Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz.
16.06.2015	SR	Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz.
19.06.2015	NR	Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.
19.06.2015	SR	Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen. BBI 2015 4849

Entwurf 2

Bundesbeschluss über die Abschaffung der Heiratsstrafe und für eine Familienpolitik für alle (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe")

10.12.2014	NR	Beschluss gemäss Entwurf der Kommission
04.03.2015	SR	Zustimmung.
18.03.2015	NR	Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.
18.03.2015	SR	Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung abgelehnt.

Im **Nationalrat** war man sich einig, dass die Heiratsstrafe abgeschafft werden soll. Bei der Umsetzung gingen die Meinungen jedoch auseinander. Die Wirtschaftskommission des Nationalrates wollte die Diskussion auf die Beseitigung der Heiratsstrafe beschränken und hatte zu diesem Zweck einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher im Unterschied zur Initiative auf eine Definition der Ehe und auf das zwingende Gebot der gemeinsamen Besteuerung verzichtete. Der Gegenvorschlag berücksichtige, so der Kommissionssprecher Andrea Caroni (RL, AR), das Hauptanliegen der Initianten, die Abschaffung der so genannten Heiratsstrafe. Der Gegenvorschlag liesse aber die Türe zur Individualbesteuerung offen und definiere die Ehe nicht. Die CVP hielt dagegen, dass der

Gegenvorschlag nicht sage, wie man die Ehepartner besteuern solle. Zudem würden die Forderungen der Initiative ja auch für eingetragene Partnerschaften gelten. Unterstützung erhielt die CVP von Parlamentariern der SVP und der BDP. Die Initiative sei die einzige echte Lösung zur Abschaffung der Heiratsstrafe seit 30 Jahren, meinte Hansjörg Hassler (BD, GR), der Gegenvorschlag brächte keine Neuerung. Für Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf war der definierte Ehebegriff kein Argument gegen die Initiative, da die Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren schon heute in der Verfassung verankert seien. Mit 102 zu 86 Stimmen bei einer Enthaltung entschied sich der Nationalrat schliesslich für den direkten Gegenvorschlag.

Der **Ständerat** stimmte dem direkten Gegenvorschlag zunächst zu, in der Schlussabstimmung lehnte er ihn jedoch überraschend mit 22 zu 20 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Den Ausschlag gaben vier FDP-Mitglieder und ein SVP-Ständerat, die zunächst den Gegenvorschlag unterstützt hatten. Ein Argument waren die Folgen für die Sozialversicherungen.

In der darauf folgenden Session hiess **Nationalrat** den Antrag der Einigungskonferenz mit 97 zu 72 Stimmen gut und empfahl die Volksinitiative für die Abschaffung der Heiratsstrafe zur Ablehnung. Die Mehrheit der Parlamentarier sah in der Initiative ein Hindernis für die Individualbesteuerung und kritisierte eine zu enge Definition der Ehe.

Nach der grossen Kammer hiess auch der **Ständerat** den Antrag der Einigungskonferenz gut und empfahl die Volksinitiative mit 25 zu 16 Stimmen zur Ablehnung. Die Vertreter der CVP und der SVP sprachen sich vergeblich dafür aus, keine Abstimmungsempfehlung abzugeben.

In der Schlussabstimmung empfahlen beide Räte Volk und Ständen, die Volksinitiative abzulehnen, der Nationalrat mit 107 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung, der Ständerat mit 25 zu 20 Stimmen.

2. Résumé des délibérations

13.085 Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Message du 23 octobre 2013 concernant l'initiative populaire « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage »
([FF 2013 7623](#))

L'initiative populaire « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage » a été déposée le 5 novembre 2012 par le PDC. Elle vise à supprimer l'inégalité qui existe entre les couples mariés et les couples en concubinage en matière d'impôts et d'assurances sociales en inscrivant dans la Constitution le texte suivant : « Le mariage est l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme. Du point de vue fiscal, le mariage constitue une communauté économique. Il ne peut pas être pénalisé par rapport à d'autres modes de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales ». Le Parlement recommande de rejeter l'initiative, car une adoption de celle-ci exclurait une imposition individuelle des époux et inscrirait une définition du mariage dans la Constitution.

Situation initiale

Dans son message du 23 octobre 2013, le Conseil fédéral recommande l'acceptation de l'initiative populaire « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage ». Les objectifs de politique fiscale de cette dernière rejoignent ceux du Conseil fédéral, à savoir éliminer la discrimination des époux par rapport aux couples vivant en concubinage. Si l'initiative est acceptée, le principe d'une imposition commune des époux sera inscrit dans la Constitution. Cela augmentera les chances de trouver un compromis politique pour éliminer la surimposition actuelle de certains couples mariés. Mais le passage à l'imposition individuelle sera alors exclu sans un nouveau changement de la Constitution. Dans le domaine des assurances sociales, les couples mariés ne sont pas désavantagés par rapport aux couples non mariés ; c'est pourquoi, de l'avis du Conseil fédéral, aucune action n'est nécessaire. (Source : communiqué de presse du Conseil fédéral)

Délibérations

Projet 1

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage »

10.12.2014	CN	Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.
10.12.2014	CN	Le délai imparti est prorogé jusqu'au 5 mai 2016.
11.12.2014	CE	Le délai imparti est prorogé jusqu'au 5 mai 2016.
04.03.2015	CE	Adhésion.
11.06.2015	CN	Décision conforme à la proposition de la Conférence de conciliation.
16.06.2015	CE	Décision conforme à la proposition de la Conférence de conciliation.
19.06.2015	CN	L'arrêté est adopté au vote final.
19.06.2015	CE	L'arrêté est adopté au vote final. FF 2015 4403

Projet 2

Arrêté fédéral concernant l'abolition de la pénalisation du mariage et pour une politique familiale pour tous (contre-projet direct à l'initiative populaire « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage »)

10.12.2014	CN	Décision conforme au projet de la Commission.
04.03.2015	CE	Adhésion.
18.03.2015	CN	L'arrêté est adopté au vote final.
18.03.2015	CE	L'arrêté est rejeté au vote final.

Si, au **Conseil national**, tous les députés ont reconnu la nécessité de supprimer la discrimination fiscale qui frappe les couples mariés, les avis étaient partagés quant à la façon d'y parvenir. Souhaitant limiter la discussion à la suppression de la pénalisation du mariage, la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national avait élaboré un contre-projet qui, contrairement à l'initiative, renonçait à inscrire dans la Constitution une définition de la notion de mariage et l'obligation

d'appliquer un système d'imposition commune pour les couples mariés. Le rapporteur de la commission, Andrea Caroni (RL, AR), a indiqué que ce contre-projet prenait bien en compte l'objectif principal des auteurs de l'initiative, à savoir l'élimination de la discrimination fiscale touchant les couples mariés, sans toutefois définir la notion de mariage ni exclure une imposition individuelle. Le PDC a relevé que le contre-projet ne précisait pas le système selon lequel les couples devaient être imposés et que les exigences de son initiative s'appliquaient également aux partenaires enregistrés. Des intervenants provenant des rangs de l'UDC et du PBD ont soutenu la position du PDC ; ainsi, Hansjörg Hassler (BD, GR) a argué que le contre-projet n'apportait aucune nouveauté et que, en 30 ans, l'initiative était la seule véritable solution qui ait été élaborée pour supprimer la pénalisation du mariage. Pour Eveline Widmer-Schlumpf, responsable du Département fédéral des finances, la définition du mariage proposée ne constituait pas un argument pouvant être opposé à l'initiative, les droits des couples de personnes du même sexe étant actuellement déjà inscrits dans la Constitution. Par 102 voix contre 86 et 1 abstention, le Conseil national s'est finalement prononcé en faveur du contre-projet.

Le **Conseil des États** a d'abord adhéré à la décision du Conseil national. Toutefois, lors du vote sur l'ensemble la Chambre haute a contre toute attente rejeté le contre-projet, par 22 voix contre 20 et 1 abstention. Quatre députés PLR et un député UDC, qui l'avaient tout d'abord soutenu, ont fait pencher la balance : ils craignaient notamment les effets que les nouvelles dispositions auraient sur les assurances sociales.

Lors de la session suivante, le **Conseil national** a décidé, par 97 voix contre 72, de soutenir la proposition de la conférence de conciliation de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative. La majorité des députés estimaient en effet que cette initiative représentait un obstacle à l'imposition individuelle et contenait une définition trop restreinte du mariage.

Le **Conseil des États** a également adopté, par 25 voix contre 16, la proposition de la conférence de conciliation. Les représentants du PDC et de l'UDC ont soutenu – en vain – l'idée de ne pas formuler de recommandation de vote.

Au vote final, le Conseil national a décidé, par 107 voix contre 85 et 1 abstention, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire. Le Conseil des États en a fait de même par 25 voix contre 20.

13.085

**Für Ehe und Familie -
gegen die Heiratsstrafe.
Volksinitiative**

**Pour le couple et la famille -
Non à la pénalisation du mariage.
Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)

Le président (Rossini Stéphane, président): Un seul débat a lieu sur l'initiative populaire et sur le contre-projet.

Caroni Andrea (RL, AR), für die Kommission: Die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» wurde am 5. November 2012 eingereicht. Ihre Kommission hat den Entwurf des Bundesrates an mehreren Sitzungen beraten, Experten angehört, dann einen direkten Gegenentwurf beschlossen, diesen in die Vernehmlassung geschickt und ihn am 10. November 2014 mit 13 zu 12 Stimmen definitiv verabschiedet. Mit demselben Verhältnis empfiehlt sie Ihnen die Volksinitiative zur Ablehnung.

Die Volksinitiative enthält drei Sätze. Der Gegenentwurf enthält den dritten Satz nahezu wortgleich. Dieser dritte Satz der Initiative enthält ein Diskriminierungsverbot, das die Abschaffung der Heiratsstrafe ermöglichen soll; hier sind die Texte nahezu wortgleich. Dann hat die Initiative noch zwei weitere Sätze: zum einen eine Definition der Ehe und zum andern das zwingende Gebot der gemeinsamen Besteuerung. Auf diese beiden Elemente verzichtet der Gegenentwurf.

Ich möchte Ihnen nun kurz diese drei Elemente der Volksinitiative im Einzelnen darstellen: Zuerst zur Heiratsstrafe: Initiative und Gegenvorschlag wollen festhalten, dass die Ehe nicht benachteiligt werden darf, namentlich nicht bei Steuern und Sozialversicherungen. Zuerst ein paar Worte zu den Steuern: Wegen der Progression führt das Zusammenrechnen von ehelichen Einkommen in der Tendenz zu höheren Steuersätzen bei Ehepaaren. Hierzu aber vorab ein paar Einschränkungen: Einverdiener-Ehepaare sind gegenüber Einverdiener-Konkubinatspaaren in jedem Fall schon heute privilegiert. Bei ihnen wird ja nichts zusammengerechnet, wenn sie nur einen Verdienst haben, dafür haben sie

den Verheiratetenarbit. Den erhalten nur Konkubinatspaare mit Kindern. Sodann wurden per 1. August 2008 unter dem damaligen Bundesrat Merz zwei Abzüge eingeführt, nämlich der Verheiratetenabzug und der Zweiverdienerabzug. Auch das privilegiert wiederum das Einverdiener-Ehepaar, und beim Zweiverdiener-Ehepaar schwächt es einen allfälligen Nachteil.

Weiter haben alle Kantone bereits scharfe Massnahmen gegen die Heiratsstrafe umgesetzt. In den meisten Kantonen ist sie nun weitestgehend beseitigt, und gerade bei tiefen und mittleren Einkommen ist es oft sogar kantonal ein Heiratsbonus. Dann ist zur Relativierung der Heiratsstrafe noch zu sagen, dass es bei den Sozialversicherungen per saldo einen Heiratsbonus gibt; dazu komme ich später.

Nun hat aber Ihre Kommission Verständnis dafür, dass man auch in der isolierten Betrachtung nur der direkten Bundessteuer keine Heiratsstrafe möchte. Dort gibt es sie nach wie vor für etwa 80 000 verdienende Paare und für einige Zehntausend Rentnerpaare, je nach Einkommenshöhe allerdings. In Extremfällen, z. B. bei Zweiverdiener-Ehepaaren mit Kindern, ist das unter Umständen erst ab 190 000 Franken Einkommen der Fall.

Ein Satz nun zu den Sozialversicherungen, die auch angesprochen sind: Ich persönlich glaube, es ist einer der hartnäckigsten Mythen in unserem Land, dass die Ehe in der AHV benachteiligt sei. Ich habe ein gewisses Verständnis für all die Ehepaare, die mir schreiben und die an dieser Plafonierung auf 150 Prozent der Maximalrente leiden. Die volle Wahrheit ist aber die: Den 2 Milliarden Franken Nachteil aus dieser Plafonierung stehen 2,8 Milliarden Franken Vorteile bei der AHV gegenüber. Es gibt nämlich zum einen das Beitragsprivileg, d. h., dass der Ehegatte zum Beispiel seiner Frau die Beiträge implizit quasi umsonst mitzahlt. Dann ist es vor allem die Hinterlassenenrente, die es nur für Verheiratete gibt, bzw. dann später der Hinterlassenenzuschlag. Diese Elemente sind 2,8 Milliarden Franken schwer und damit 800 Millionen Franken schwerer als der Nachteil aus dieser Plafonierung. Ähnliche Vorteile der Ehe entdecken Sie bei der Invalidenversicherung, bei der beruflichen Vorsorge, bei der Unfallversicherung und bei der Militärversicherung, weil überall dort die überlebenden Ehegatten eine Hinterlassenenrente kriegen, aber alle Personen ab dem 20. Altersjahr Beiträge zahlen müssen.

Ein weiterer Gedanke noch: Unsere Bundesverfassung kennt an sich bereits ein Diskriminierungsverbot, auch in Bezug auf die Lebensform. Es geht dort allerdings nicht um jegliche Benachteiligung, sondern um die qualifizierte Benachteiligung.

Ich ziehe das Fazit zu diesem ersten Punkt der Heiratsstrafe: Zwar ist die steuerliche Heiratsstrafe bereits stark gemildert, in vielen Fällen gibt es sogar einen Heiratsbonus gleich eine Konkubinatsstrafe. Die Sozialversicherungen kennen einzig einen Heiratsbonus, und die Bundesverfassung an sich kennt schon ein allgemeines Diskriminierungsverbot. Dennoch teilt Ihre Kommission die Ansicht der Initianten, dass es aufgrund der breiten Unzufriedenheit legitim ist, dem Souverän die Möglichkeit zu geben, seinen allgemeinen Nichtdiskriminierungsauftrag noch einmal ehespezifisch zu bekräftigen, und zwar namentlich deshalb, weil es halt im Bereich der direkten Bundessteuer alleine in der Tat nach wie vor Zehntausende von Ehepaaren mit einer Heiratsstrafe gibt.

Ich komme zum zweiten Punkt der Volksinitiative, zur Ehe-definition: Die Mehrheit Ihrer Kommission erachtet diese als unnötig, denn in der heutigen Praxis funktioniert das Institut der Ehe im heterosexuellen Verständnis bereits bestens, obwohl es heute schon die Ausnahme einer nachträglichen Geschlechtsumwandlung gibt. Nun ist diese Definition aber nicht nur unnötig, sondern auch unnötig einschränkend. Sie würde nämlich verhindern, dass wir als Parlament eines Tages die eingetragenen Partnerschaften formell auch ins Ehestatut überführen könnten. Und schlimmer als dieser «Titelschutz» – wie etwas heisst – wäre die praktische Vorwirkung. Denn wenn wir heute hingehen und diese Ehe-definition in die Verfassung schreiben, sehe ich die Gefahr, dass es in Zukunft immer dann, wenn wir den eingetragenen Part-

nerschaften ein Element hinzufügen wollen, heisst, wir hätten die Ehe aber exklusiv heterosexuell definiert und im Geiste werde jetzt die Verfassung verletzt, wenn man den eingetragenen Partnerschaften zu viele Rechte einräume. Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Kommissionsmehrheit, auf diese Definition zu verzichten. Seltsam ist, dass der Bundesrat in seiner 26-seitigen Botschaft kein Wort zu diesem Satz verloren hat.

Ich komme zum dritten und letzten Element der Volksinitiative, zur zwingenden gemeinschaftlichen Besteuerung. Das ist für uns als Kommissionsmehrheit das gewichtigste Argument für den Gegenvorschlag zur Initiative. Die Initiative, dies vorab, ist unpräzise: Sie bezieht sich auf alle Ehen, obwohl es schon heute so ist, dass Ehepartner individuell besteuert werden, wenn ihre Ehe faktisch getrennt ist. Ich denke, das haben die Initianten nicht bedacht.

Das Hauptargument, vor allem auch seitens des Bundesrates, ist, dass diese Regelung, diese zwingende gemeinschaftliche Besteuerung, nun endlich den Weg aufzeigen würde, wie man die Heiratsstrafe abschaffen könnte. Das ist nicht so. Die Initiative schliesst nur die Türe zu einem Weg, aber wir stünden immer noch vor einer Vielzahl von Türen, und der Weg wäre immer noch unklar. Auch inhaltlich ist es falsch, genau diese Türe zu schliessen, denn sie führt, aus der Sicht der Mehrheit Ihrer Kommission, zum besten Weg, nämlich zur Individualbesteuerung.

Die Individualbesteuerung hat zwei Vorteile. Der bestechendste Grund in diesem Zusammenhang ist: Sie ist absolut zivilstandsneutral. Wird jeder Mensch einzeln betrachtet, spielt es einfach keine Rolle mehr, ob er heiratet oder nicht, ob er sich wieder trennt oder sich scheiden lässt – und die Heiratsstrafe wäre per Federstrich abgeschafft. In allen anderen Modellen, die Sie sich ausdenken können, wird es immer irgendeine zivilstandsspezifische Diskriminierung geben: für die Ehe, gegen die Ehe; für das Konkubinats, gegen das Konkubinats.

Der zweite grosse Vorteil der Individualbesteuerung ist der zusätzliche Arbeitsanreiz für den Zweitverdiener. Bei der gemeinschaftlichen Besteuerung wird der Zweitverdienst, oftmals der Teilzeitverdienst einer Frau, zum Ersteinkommen geschlagen, und damit steigt das Einkommen in der Progressionskurve. Das ist ein ganz gewichtiger Grund, warum viele unserer gutausgebildeten Frauen keine Lust haben, keinen Anreiz haben, ihre Teilzeitpensen aufzustocken. Mit der Individualbesteuerung würde jeder Mensch seine eigene Progressionskurve kriegen, also unten beginnen.

Nun wird oft eingewandt, wohl auch von der Bundesrätin, die Individualbesteuerung führe zu mehr Steuererklärungen. Es führt bestimmt zu mehr Formularen, jeder Mensch kriegt eines. Aber der Aufwand wird nicht viel grösser, denn die Ehepartner müssen ja heute schon ihre Vermögen und Einkünfte angeben, einfach auf einem Formular. Neu kriegt jeder Menschen dafür sein eigenes Formular. Das scheint uns irgendwie selbstbewusster als das heutige Konzept, das noch etwas den Geist der Zeit atmet, als der Mann den Arbeitsvertrag der Frau unterschrieb und dann, gegen aussen, auch ihre Steuererklärung.

Es kommt hinzu, dass die EDV riesige Fortschritte gemacht hat, seit man zum letzten Mal gemessen hat, wie aufwendig die Individualbesteuerung wäre. In der Kommission meinte der Vertreter der Städtischen Steuerkonferenz, diese Form der Besteuerung könne man administrativ «schmerzlos» einführen. Es würden auch viele administrative Hürden entfallen, zum Beispiel, wenn die Ehepaare verschiedene Wohnsitze haben, wenn sie ihren Wohnsitz wechseln, wenn sie auseinandergelien oder wieder zusammenkommen. Bei der Individualbesteuerung gilt: eine Person, ein Formular.

Auch andere Fragen zur Individualbesteuerung könnte man gesetzgeberisch beantworten, zum Beispiel die Fragen, ob man die Haushaltgrösse berücksichtigen soll, ob man die Anzahl Erwerbstätigen – zum Beispiel mit einem Einverdienerabzug – berücksichtigen soll, ob die Vorlage eher haushaltneutral oder eher für jeden Einzelnen belastungsneutral sein soll. Die Mehrheit der OECD-Länder hat die Individualbesteuerung eingeführt und Antworten auf diese Fragen ge-

funden. Das ist ja nicht einmal das Thema heute, sondern nur: Wollen wir diese Türe offen lassen oder nicht?

Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsergebnisse: Bislang hiess es immer, die Finanzdirektorenkonferenz wolle das nicht. Das ist verständlich, denn hinter jedem Finanzdirektor steht ein Steuerverwaltungschef, und der hat keine Lust auf mehr Formulare. Wir aber haben zu unserem Gegenvorschlag die Kantonsregierungen als Ganze gefragt, und da sah es doch differenziert aus: 25 Kantone haben bei der Vernehmlassung mitgemacht, 16 von ihnen wollen keine Ehedefinition in der Verfassung, immerhin 12 – da war es knapp – wollen auch keine zwingende gemeinschaftliche Besteuerung. In der Summe haben sich 14 von 25 Kantonen explizit für einen direkten Gegenvorschlag ausgesprochen.

Ein kurzer Blick auf die Minderheitsanträge: Die Mehrheit Ihrer Kommission hat das Bekenntnis abgelegt, sie habe grosse Sympathien für die Minderheitsanträge, das heisst für das Anliegen, das Diskriminierungsverbot möglichst weit zu fassen. Wir sind hier aber der Meinung, dass man nahe bei der Initiative bleiben soll. Die Fassung der Mehrheit ist nahezu wortgleich mit jener der Initiative, damit wir dem Stimmbürger die Frage vorlegen können, die ihm besonders unter den Nägeln brennt, nämlich die Frage nach der Heiratsstrafe im engeren Sinne. Für uns ist aber klar – schon aufgrund der heutigen Bundesverfassung –, dass man auch andere Lebensformen in keiner Weise diskriminieren darf. Das steht in allgemeiner Form schon heute so in der Verfassung.

Ihre Kommission unterstützt also mit 13 zu 12 Stimmen den Gegenvorschlag, der die Heiratsstrafe genauso beseitigen will wie die Initiative. Die Mehrheit sagt aber Nein zur Initiative mit ihrer unnötigen Ehedefinition und ihrer einschränkenden, zwingenden Forderung nach einer gemeinsamen Besteuerung.

So kommen wir nun denn vor versammelten Zeugen zur feierlichen Frage: Möchten Sie, geschätzte Nationalrätinnen, geschätzte Nationalräte, diesen Vorschlag zu Ihrem Gegenvorschlag nehmen, bis dass das Volk entscheide? So sprechen Sie der Mehrheit Ihrer Kommission nach: Ja, ich will.

Marra Ada (S, VD), pour la commission: Il a fallu cinq séances à la Commission de l'économie et des redevances pour traiter cet objet. L'initiative populaire qui nous occupe a été déposée le 5 novembre 2012 par le Parti démocrate-chrétien et a récolté 120 161 signatures.

L'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» vise à ce que le mariage ne soit pas pénalisé par rapport à d'autres modes de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales. Le mariage doit être inscrit dans la Constitution fédérale à titre d'union durable entre un homme et une femme et réglementé par la loi. Fiscalement, les conjoints doivent constituer une communauté économique.

Le Conseil fédéral, dans son message du 23 octobre 2013, recommande l'acceptation de cette initiative, tout en nuanciant la discrimination subie par les couples mariés en matière sociale, estimant que d'autres correctifs, tels que ceux contenus dans l'assurance-vieillesse et survivants, compensent des inégalités propres aux assurances sociales.

La commission a relevé plusieurs aspects importants de cette initiative: la définition du couple est inscrite dans la Constitution; la discrimination pour les couples mariés du point de vue fiscal et social est abolie; le couple est considéré comme le noyau économique du point de vue fiscal. L'administration considère que, malgré ces trois éléments, il y a unité de matière puisqu'ils visent tous à mettre fin à des discriminations fiscales.

La commission a d'abord procédé à l'audition de représentants du comité d'initiative, de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances, de la Conférence des villes suisses sur les impôts ainsi que des experts en droit.

Lors des débats qui s'en sont suivis, la fin de la discrimination envers les couples mariés, le principe de l'imposition commune des couples et la définition du couple ont été discutés de façon approfondie. Toutes les parties en présence

se sont exprimées en faveur de la fin la discrimination envers les couples mariés, relevée et dénoncée d'ailleurs par un arrêt du Tribunal fédéral en 1984. Si les cantons ont inscrit dans leur législation fiscale des correctifs nécessaires au dégrèvement fiscal approprié des couples mariés, ces derniers sont toujours désavantagés au niveau de l'impôt fédéral direct, malgré les efforts du Conseil fédéral et du Parlement, qui ont introduit depuis le 1er janvier 2008 une déduction pour double revenu et une déduction pour personnes mariées.

Concernant le principe de l'imposition commune des couples, les avis étaient partagés. Si la majorité de la commission a soutenu l'objectif de l'initiative en matière de non-discrimination et a souhaité supprimer les inégalités fiscales, il s'est avéré que, comme elle est conçue dans l'initiative, l'imposition individuelle des conjoints mariés aurait été par la suite impossible à réaliser.

En outre, la définition du mariage – union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme – a été vivement critiquée par la majorité de la commission. C'est la première fois qu'une définition du mariage est inscrite expressément dans la Constitution. Elle exclut toute future interprétation assimilant au mariage d'autres communautés de vie.

La minorité de la commission estime que la définition du mariage n'est que la reprise de l'article 12 de la Convention européenne des droits de l'homme: «A partir de l'âge nubile, l'homme et la femme ont le droit de se marier et de fonder une famille selon les lois nationales régissant l'exercice de ce droit.» Le représentant du comité d'initiative avait par ailleurs dit que les partenaires enregistrés bénéficieraient également de la fin de la discrimination par rapport aux concubins.

Concernant le mariage comme communauté économique, le Conseil fédéral a fait valoir que, lors d'une consultation essayant de dégrossir la problématique de l'inégalité d'imposition, aucun consensus n'avait été trouvé – diverses formules avaient été proposées: barème multiple avec calcul alternatif de l'impôt, «splitting» intégral ou partiel, quotient familial, imposition individuelle ou droit de choisir le modèle de taxation. Fort de ce constat, le Conseil fédéral avait suspendu les travaux sur son projet.

La commission a tenu compte de tous ces éléments. Elle a tenu compte de l'aspect positif de cette initiative populaire, à savoir de la fin de la discrimination entre couples mariés et concubins, mais elle est fortement opposée au reste de son contenu par trop restrictif. La commission a décidé, par 13 voix contre 12, d'élaborer un contre-projet direct à cette initiative.

Le contre-projet reprend le principe de non-discrimination, mais ne donne pas de définition du mariage, laissant au législateur la possibilité de rendre l'institution du mariage accessible aux couples de même sexe par une modification de loi, et il laisse la possibilité d'opter pour une imposition individuelle des époux. En définitive, avec le contre-projet il resterait ainsi possible de passer à un modèle neutre de l'état civil, qui tiendrait compte des différents modes de vie et réglerait en même temps le problème de la pénalisation du mariage.

Lors de l'élaboration du contre-projet, différentes variantes ont été examinées. La version de la majorité de la commission reprend le principe de non-discrimination déjà énoncé à l'article 8 alinéa 2 de la Constitution puisque l'article 14 alinéa 2 prévoit que le mariage ne peut pas être pénalisé par rapport à d'autres modes de vie.

La proposition de la minorité I (Bertschy) reprend également le principe de non-discrimination, mais mentionne de manière explicite «les autres formes d'unions régies par la loi» et souhaite s'assurer que le principe de non-discrimination s'applique de la même façon aux partenariats enregistrés entre personnes de même sexe.

La proposition de la minorité II (Schelbert), qui elle aussi contient le principe de non-discrimination, ne mentionne pas le mariage de manière spécifique, mais elle prévoit qu'aucune forme d'union ne peut être pénalisée par rapport à une autre.

Après consultation auprès des différents groupes concernés, il est apparu que tous ceux qui avaient répondu à la consultation étaient en faveur de l'abolition du désavantage fiscal des couples mariés par rapport aux concubins. 16 cantons refusent de définir le mariage dans la Constitution fédérale comme l'union durable et réglementée entre un homme et une femme et 14 cantons approuvent l'idée du contre-projet direct, même s'il n'y a pas d'accord sur la formulation proposée: celle de la proposition de la majorité ou celles des propositions des minorités I et II. Il est à noter que les organisations de défense et de soutien des personnes lesbiennes et homosexuelles soutiennent la proposition de la minorité I (Bertschy).

Au surplus, la majorité de la commission a décidé qu'il y avait urgence à soutenir un contre-projet qui en finisse une fois pour toutes avec la discrimination en matière d'impôts et d'assurances sociales des couples mariés; urgence à en finir qui serait mise en péril devant le peuple par l'introduction, trop précise à ce stade, de ce qu'est la reconnaissance des formes d'union ou de la communauté économique. Mais le contre-projet laisse la porte ouverte, et cela était primordial pour la commission, à ce débat à l'avenir, notamment à l'occasion de l'examen dans quelque temps de deux initiatives parlementaires déposées par le groupe vert/libéral.

C'est pour toutes ces raisons que la commission vous propose, par 13 voix contre 12, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» et d'accepter le contre-projet de la commission.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Ich spreche für die Minderheit I, welche Ihnen ebenfalls beliebt machen möchte, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Wir schlagen Ihnen allerdings einen anderen Wortlaut für den Gegenvorschlag vor, einen Wortlaut, der explizit die Nichtdiskriminierung aller gesetzlich geregelten Lebensgemeinschaften enthält.

Die Initiative ist für uns aus drei Gründen problematisch:

Erstens definiert sie die Ehe als heterosexuelle Gemeinschaft. Sollte das Parlament in Zukunft auch gleichgeschlechtlichen Paaren die Heirat ermöglichen wollen, müsste dafür künftig die Verfassung geändert werden.

Zweitens wäre ein Wechsel zu einer zivilstandsunabhängigen Besteuerung ebenfalls nur mit einer erneuten Verfassungsänderung möglich, fordert die Initiative doch mit dem Begriff der Wirtschaftsgemeinschaft die Verankerung der gemeinsamen Besteuerung in der Verfassung.

Drittens wäre der Gesetzgeber gemäss Initiativtext nur verpflichtet, die Heiratsstrafe für Ehepaare abzuschaffen. Die Heiratsstrafe, wenn es sie denn noch gibt, betrifft jedoch auch eingetragene Partnerschaften, da diese heute steuerlich und sozialversicherungsrechtlich den Ehepaaren gleichgestellt sind.

Was wird eigentlich unter der Heiratsstrafe verstanden? Die CVP spricht mit dem populären Begriff der Heiratsstrafe eine Ungerechtigkeit im System an. Sie suggeriert, dass Ehepaare sowohl im Steuer- wie auch im Sozialversicherungsrecht bestraft würden. Es geht um die Plafonierung der Altersrenten der AHV bei Ehepaaren. Erhalten beide Partner eine Rente, wird die Summe der beiden Einzelrenten gekürzt, wenn sie 150 Prozent der Maximalrente übersteigt. Im Verhältnis zu den alleinstehenden Personen und Konkubinatspaaren wird das häufig als diskriminierend empfunden. Dabei geht aber vergessen, dass die während des Erwerbslebens erwirtschafteten Einkommen von Frau und Mann in der AHV gesplittet und je zur Hälfte gutgeschrieben werden. Das gibt im Schnitt höhere Renten. Die AHV privilegiert die Ehe aber auch, indem sie mit den Hinterlassenenrenten die Verwitwung finanziell versichert. Der Bericht des Bundesamtes für Sozialversicherungen, der der Kommission vorlag, zeigt, dass, über das Gesamtsystem betrachtet, in der AHV jährlich 800 Millionen Franken zugunsten der Verheirateten ausbezahlt werden. Von einer Strafe kann hier also keine Rede sein.

Wie sieht es bei den Steuern aus? Auch hier wäre der Begriff «Konkubinatsstrafe» mittlerweile zutreffender, weil häu-

figer. Wenn Sie die Auswertungen betrachten, welche die Steuerverwaltung zu Jahresbeginn publiziert hat, so finden Sie in den wenigsten Kantonen überhaupt noch Benachteiligungen von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren. Der Gesetzgeber hat die Benachteiligung von Verheirateten mit dem Verheiratetentarif und dem Zweiverdienerabzug in verschiedenen Revisionen reduziert und meist ganz abgeschafft. Es gibt nur noch in wenigen Gemeinden und Kantonen Konstellationen, in denen Ehepaare einen steuerlichen Nachteil erleiden. Das ist dann der Fall, wenn beide Partner ähnlich viel verdienen und wenn sie z. B. in Zürich, in Luzern, im Kanton Waadt oder im Tessin wohnen. In den meisten Kantonen und bei den meisten Einkommensverteilungen zwischen den Partnern sind Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren aber bevorteilt. Und selbst dort, wo sie benachteiligt sind, stellen wir fest, wenn wir genauer hinschauen: Es ist nicht die Heirat, die benachteiligt, sondern es ist die egalitäre Aufteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Partnern. Die Paare, bei denen beide gleich viel verdienen, sind die, die steuerlich stärker zur Kasse gebeten werden. Es gibt also sehr wohl Ungleichbehandlungen zwischen Ehepaaren und Konkubinatspaaren, diese sind aber primär von der Aufteilung der Erwerbsarbeit abhängig. Die Ungleichbehandlungen oder Strafen, wie man jetzt sagt, existieren eben auf beiden Seiten. Im Schnitt sind Ehepaare heute bessergestellt.

Diese Initiative braucht es also nicht, ausser man wolle entweder eine Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften einfordern oder man wolle ein Lebensmodell klar bevorzugen. Die CVP tut hier das Zweite, indem sie das tauglichste Mittel für eine Gleichbehandlung ausschliesst, indem sie sich einer zivilstandsunabhängigen Besteuerung verschliesst. Wollte man die Heiratsstrafe dort, wo sie tatsächlich existiert, abschaffen, ohne neue Ungerechtigkeiten zu schaffen, könnte man zu einer zivilstandsunabhängigen Besteuerung wechseln. Genau das schliessen die Initiatoren mit der Formulierung der Wirtschaftsgemeinschaft aber aus. Wenn man sämtliche Benachteiligungen der Ehe im aktuellen Steuersystem ausräumen möchte, wäre dies nur mit einer klaren Benachteiligung der Alleinstehenden und der Konkubinatspaare umsetzbar. Das ist eine sehr reale Diskriminierung.

Es gibt aber noch eine zweite sehr reale Diskriminierung, und zwar dadurch, dass eine rückwärtsgewandte Ehedefinition in die Verfassung aufgenommen werden soll. Wenn man in Zukunft auch gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe ermöglichen wollte, müsste dafür erneut die Verfassung geändert werden. Aus Sicht der Minderheit I ist das diskriminierend, und es widerspricht sämtlichen internationalen Entwicklungen. Mittlerweile haben auch Staaten, welche vielleicht aus Ihrer Sicht ein konservatives Weltbild haben mögen, wie Brasilien, Argentinien, Spanien und Portugal, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet.

Diese Initiative ist konservativ. Sie ist diskriminierend gegenüber Homosexuellen, und sie nimmt bewusst die Schlechterstellung aller unverheirateten Familien wie auch aller Alleinstehenden in Kauf. Im Namen der Minderheit I bitte ich Sie darum, die Initiative abzulehnen und den gesellschaftspolitischen Rückschritt zu verhindern.

Wie müsste ein Gegenvorschlag formuliert sein? Die Heiratsstrafe, wenn es sie denn noch gibt, betrifft auch eingetragene Partnerschaften. Diese sind heute bei den Steuern und Sozialversicherungen Ehepaaren gleichgestellt. Ein Gegenvorschlag müsste auch sicherstellen, dass die eingetragene Partnerschaft steuerlich nicht diskriminiert wird. Die Mehrheit kommt jetzt zum Schluss, dass es ausreiche, einen Vorschlag zu machen, welcher nur die Ehe explizit nennt; man könne dann die eingetragenen Partnerschaften gleich behandeln wie die Ehe. Wir kennen nun aber zwei gesetzlich geregelte Partnerschaften, nämlich die Ehe und die eingetragene Partnerschaft. Die Erklärung hat zudem sowieso nur deklaratorischen Charakter – auch die Ehe müsste nicht genannt werden. Daher sollten wir es als Gesetzgeber vermeiden, Bestimmungen aufzunehmen, die falsch interpretiert und in einem Abstimmungskampf missverstanden werden

können. Die Mehrheit ermöglicht eine Gleichbehandlung, wir aber wollen sie sicherstellen.

Schelbert Louis (G, LU): Die Grünen steigen mit einem eigenen Antrag in die Debatte um einen direkten Gegenvorschlag zur CVP-Initiative. Diese will bei Steuern und Sozialversicherungen eine «Heiratsstrafe» ausgemacht haben. Konkret gehen die Initianten davon aus, dass Verheiratete gegenüber Nichtverheirateten steuerlich und bei den Sozialversicherungen krass benachteiligt werden. Diese Auffassung teilen wir nicht. Wir Grünen lehnen die Initiative ab und beantragen stattdessen einen Gegenvorschlag dazu.

Die Initiative halten wir aus gesellschaftlichen, steuerrechtlichen und sachlichen Gründen für falsch.

Zum Sachlichen: Eine solche «Strafe» gibt es in der Realität dieser beiden Bereiche nicht bzw. fast nicht mehr. In Gesetzesrevisionen wurden die Mängel gemildert bis beseitigt, laut Bundesrat bei der direkten Bundessteuer bis auf knapp 5 Prozent der Ehepaare oberer Steuerkategorien. Die Kantone haben die Steuergesetze schon seit Längerem korrigiert. Sogar umgekehrt ist es bei den Sozialversicherungen. Betrachtet man die Leistungen der AHV und der IV gesamt, sieht man, dass für das Total der Verheirateten ein Bonus resultiert. Sind deshalb nur ein Siebtel der Lebensgemeinschaften Konkubinate? Die noch bestehenden Ungleichheiten können später einmal angeschaut werden.

Im Steuerrecht ist die Initiative ein Schritt rückwärts. Sie definiert die Ehe als steuerliche Wirtschaftsgemeinschaft. Die Verfassung würde dann das Konzept der Individualbesteuerung verhindern. Individuell besteuern heisst, dass das Einkommen jeder natürlichen Person einzeln besteuert wird. Ob sie allein lebt oder in einer Partnerschaft, ob sie verheiratet ist oder nicht, ist egal. Wir Grünen halten dies seit je für die modernste und gerechteste Besteuerungsmethode. Sie ist gerechter als das heutige Steuerregime, sie behandelt Männer und Frauen im Steuerrecht gleich. Die Individualbesteuerung baut nicht auf der traditionellen Rollenteilung mit dem Mann als Ernährer für die Familie auf. Sie stärkt die wirtschaftliche Stellung der Frauen, sie begünstigt ihre Berufstätigkeit. Das ist mit der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 noch wichtiger geworden: Eigener Verdienst fördert in unserer Gesellschaft Selbstständigkeit und Selbstvertrauen, zudem ist er für den Aufbau einer eigenen Sozialversicherung wichtig. Das erfolgt heute nur zu oft ungenügend, zum Nachteil vieler Frauen. Das zeigt sich nach einer Trennung oder Scheidung.

Weiter ändert bei getrennter Besteuerung die Steuerprogression beim Ehepartner nicht, wenn die Frau wieder in den Beruf einsteigt. Im Unterschied zur Wirtschaftsgemeinschaft entfällt damit ein negativer steuerlicher Anreiz, der Frauen an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit hindert. Klar, die konkrete Ausgestaltung bietet noch Knacknüsse, dies beim Steuerertrag und bei der Steuerprogression. Sie sind aber lösbar; das zeigen etwa Schweden und Österreich.

Anlass zu einem Gegenvorschlag gibt aber auch der gesellschaftspolitische Inhalt der Initiative. So definiert sie die Ehe als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau. Bei Menschen mit anderer sexueller Orientierung kommt das als Diskriminierung an, unabhängig von den Absichten der Initianten.

Die Bundesverfassung enthält jetzt keine Ehedefinition. Wenn das so bleibt und die Initiative abgelehnt wird, lässt sich das Institut der Ehe später mit einer Gesetzesänderung auf eingetragene Partnerschaften ausweiten. Der Gegenvorschlag der Minderheit II lässt diese Möglichkeit weiterhin zu. Er gewährleistet insbesondere allen Lebensgemeinschaften, bei Steuern und Sozialversicherungen gleich und nicht diskriminierend behandelt zu werden. Er stärkt auch die Stellung aller Lebensgemeinschaften, zu welchen auch eingetragene Partnerschaften, Nichtverheiratete in Patchworkfamilien oder Konkubinatspaare gehören. Der Antrag der Mehrheit nennt nur die Ehe, die Minderheit I (Bertschy) bezieht noch die eingetragenen Partnerschaften mit ein. Korrekt ist es aber erst, wenn alle gleich behandelt werden.

Die Bundesverfassung soll das ausdrücken, was vollständig dem entspricht, was das Bundesgericht vor dreissig Jahren in einem Leitentscheid verlangte: Keine Form der Lebensgemeinschaft soll gegenüber einer anderen bevorteilt oder benachteiligt werden. Das erfüllt der Antrag der Minderheit II am besten. Deshalb empfehlen wir Ihnen diesen Minderheitsantrag zur Annahme.

Darbellay Christophe (CE, VS): En novembre 2012, le Parti démocrate-chrétien suisse a déposé deux initiatives populaires qui ont toutes deux pour objectif de renforcer la famille et la classe moyenne. Cela fait exactement trente ans que le Tribunal fédéral a déclaré que les couples mariés étaient discriminés par notre système fiscal et que ce traitement était purement et simplement contraire à notre Constitution. Trente ans d'attente, de promesses vaines, de promesses à répétition de ministres, de politiciens de tous bords. Au bout du compte: rien et toujours rien!

Nous avons donc saisi le taureau par les cornes et choisi une voie plutôt inhabituelle pour ce qui nous concerne: l'initiative populaire. Le Conseil fédéral – dans une démarche tout aussi inhabituelle – recommande d'accepter cette initiative. Plus rien ne s'oppose donc à son adoption. Madame la conseillère fédérale Widmer-Schlumpf aura l'occasion de dire pourquoi cette initiative résout un problème lancinant.

Pour nous, la famille, ses valeurs, sa mission, demeurent au cœur de toute société humaine. Elle constitue le fondement de la Suisse. Notre initiative renforcera la condition des couples mariés, celle de la famille et même celle des couples liés par un partenariat enregistré, en matière d'impôts et d'assurances sociales. Le fait qu'en 2014 un «oui» pour la vie entraîne une augmentation d'impôts ou une baisse des prestations sociales, en commençant par l'AVS, demeure choquant. Ceux qui aujourd'hui s'opposent à notre initiative s'opposent à l'élimination d'une discrimination patente. Les raisons de leur opposition sont de tous ordres, mais le plus souvent fallacieuses.

Je commence par la définition du mariage. Il y a ceux qui s'opposent à sa définition en tant qu'union d'un homme et d'une femme. Celle-ci ne vise rien d'autre qu'à fixer le modèle de l'imposition du couple, en tant qu'entité économique, qu'il soit hétérosexuel ou homosexuel. Celle-ci correspond à la pratique des tribunaux, aux commentaires de notre Constitution lors de sa dernière révision en 1999, à la Convention européenne des droits de l'homme – dont nous fêtons hier le quarantième anniversaire. En cas d'adoption de notre initiative, la discrimination des couples mariés sera terminée. En cas d'adoption de l'initiative, la discrimination des couples homosexuels vivant sous le régime du partenariat enregistré sera également du passé. Le Conseil fédéral l'a d'ailleurs souligné dans ses réponses à deux interventions parlementaires: la question Comte 13.1077, «Vers une définition du mariage dans la Constitution?», et l'interpellation Thorens Goumaz 13.4254, «Initiative populaire du PDC sur la fiscalité des couples. Pas de discrimination pour les couples de même sexe».

Que cela soit dit: nous luttons contre la discrimination, quelle qu'elle soit. Que personne n'essaie ici de nous faire passer pour ceux qui discriminent! Nous ne voulons discriminer personne; ceux qui proposent de rejeter notre texte veulent simplement maintenir la discrimination qui date de trente ans.

L'autre front est celui qui concerne le système d'imposition. Le groupe PDC/PEV vous invite à recommander au peuple et aux cantons d'accepter cette initiative et à rejeter le contre-projet direct de la commission. En effet, la consultation n'a pas donné de résultats très clairs. Seule l'initiative permet de répondre à une discrimination choquante et durable des couples mariés et des partenaires enregistrés. Le système d'imposition serait ainsi clarifié: ce serait le modèle d'imposition du couple en tant qu'entité économique qui primerait. Outre le gros avantage administratif qu'il apporte, ce modèle permet de résoudre la guéguerre de clocher entre les tenants de l'imposition individuelle et ceux qui souhaitent imposer le couple selon le système du «splitting». Cette guéguerre dure depuis aussi longtemps que la discrimina-

tion. Personne n'a envie de remplir deux déclarations d'impôts dans un couple, une seule donnant déjà suffisamment mal à la tête. Le surcroît de travail administratif, pour toutes les administrations, qu'elles soient fédérales, cantonales ou communales, n'est pas à démentir.

En cas de rejet de l'initiative et d'acceptation du contre-projet direct, ce dernier ne définissant pas de modèle d'imposition, nous nous retrouverons dans deux ans exactement au même stade qu'aujourd'hui; nous n'aurons pas avancé d'un pouce. Bien qu'on nous dise que le texte de l'initiative entérine une régression, le contre-projet quant à lui ne résout rien, et le résultat très serré du vote en commission confirme le scepticisme ambiant et général à l'égard de ce dernier. Il contient une formulation générale qui n'est autre qu'une lapalissade et qui ne donne aucune réponse aux questions lancinantes en matière d'imposition des personnes physiques et est redondante avec l'article 8 de la Constitution, la fameuse clause de non-discrimination.

J'en viens aux deux propositions de minorité. La proposition de la minorité I (Bertschy) et celle de la minorité II (Schelbert) vont dans le même sens que le contre-projet et donc que la proposition de la majorité de la commission. Elles ne sont que des déclinaisons de la proposition de la majorité de la commission. La proposition de la minorité I intègre à la disposition visant à la non-discrimination du mariage par rapport à d'autres modes de vie les autres formes d'union régies par la loi. On n'en connaît que deux pour l'instant: le mariage et le partenariat enregistré; allons savoir ce qui peut encore venir. La proposition de la minorité II parle d'égalité de toutes les formes d'union en matière d'impôts et d'assurances sociales. Si la proposition de la minorité II devait être adoptée, le législateur garderait en outre la possibilité d'ouvrir l'institution du mariage aux couples de même sexe au moyen d'une simple modification législative.

Une chose est claire: étant donné qu'aucune des propositions de contre-projet ne prévoit d'inscrire dans la Constitution le fait que le mariage constitue une communauté économique du point de vue fiscal, le contre-projet direct ne dictera pas la voie à suivre pour éliminer l'imposition trop forte des couples mariés. Cela figure noir sur blanc dans le rapport explicatif de la commission au sujet du contre-projet direct. En d'autres termes, une votation sur un contre-projet à notre initiative correspondrait à jeter l'argent du contribuable par les fenêtres, car nous en serions exactement au même point le lendemain de la votation, c'est-à-dire au point de départ: l'initiative ne pourra pas être mise en oeuvre faute d'accord sur la manière d'imposer les couples mariés ou les partenaires enregistrés.

Arrêtons de soumettre au peuple des textes dont nous ignorons tout simplement de quelle manière nous pourrions les appliquer. Suffisamment d'exemples, ces dernières années, ont démontré qu'on ne pouvait pas perpétuellement se poser des questions sur la façon d'interpréter la volonté populaire. Adoptons une solution claire – comme celle que nous vous proposons aujourd'hui –, car seule cette initiative permettra de résoudre un problème vieux de trente ans: la pénalisation, intolérable pour les couples mariés, sur le plan fiscal et du point de vue des assurances sociales.

Cette initiative résout un problème; elle ne crée pas de problème. Nous, de la CVP/EVP-Fraktion, ne voulons pas discriminer: nous sommes pour le mariage et pour le partenariat enregistré. Nous ne voulons pas discriminer: nous sommes pour le mariage et pour le partenariat enregistré. Nous ne voulons pas discriminer: nous sommes pour le mariage et pour le partenariat enregistré. Nous ne voulons pas discriminer: nous sommes pour le mariage et pour le partenariat enregistré.

Nous ne voulons pas discriminer: nous sommes pour le mariage et pour le partenariat enregistré. Nous ne voulons pas discriminer: nous sommes pour le mariage et pour le partenariat enregistré. Nous ne voulons pas discriminer: nous sommes pour le mariage et pour le partenariat enregistré. Nous ne voulons pas discriminer: nous sommes pour le mariage et pour le partenariat enregistré.

Besten Dank dem Bundesrat, weil er klar signalisiert hat, dass unsere Lösung eine echte Lösung ist. Es ist wirklich eine Ausnahme, dass der Bundesrat eine Volksinitiative unterstützt. Das müssten wir doch feiern; da könnten wir einen Schritt vorwärts machen bei einem Problem, von dem viele Leute in der Schweiz betroffen sind.

Schelbert Louis (G, LU): Kollege Darbellay, Sie haben in Ihrem Referat gesagt, dass es im Bereich der Sozialversicherungen eine Diskriminierung der Ehepaare gebe. Der Bundesrat bestreitet das in seiner Botschaft; die Kommission hat nichts Entsprechendes gefunden. Auch Sie haben in der Kommission kein Zahlenmaterial unterbreitet. Können Sie uns die Grössenordnung der Diskriminierung bei den Sozialversicherungen angeben, welche Sie für Ehepaare im Vergleich zu den Konkubinatspaaren errechnet haben?

Darbellay Christophe (CE, VS): Ich kenne Ehepaare, die sich scheiden lassen, damit sie mehr AHV erhalten; das ist ein Fakt. Wenn sie ein Konkubinatspaar sind, erhalten sie eine doppelte Rente; wenn sie verheiratet sind, erhalten sie zusammen eine Rente von 150 Prozent. Der Bundesrat legt in der Botschaft die Sache etwas anders dar. Er sagt, dass nicht nur allein die Rente in Betracht gezogen werden dürfe, sondern dass andere Elemente wie die Witwenrente einen gewissen Ausgleich für Ehepartner schaffen würden. Das können wir natürlich nachher bei der Gesetzgebung, bei der Umsetzung der Initiative, nochmals diskutieren. Wenn sich der Bundesrat für die Annahme der Initiative ausspricht, steht für ihn wirklich die steuerliche Problematik im Vordergrund, die nach wie vor ungelöst ist. Diesbezüglich sagt der Bundesrat, dass unsere Initiative eine tragfähige Lösung darstelle.

Müller Philipp (RL, AG): Die CVP möchte mit der Volksinitiative die Heiratsstrafe abschaffen; Sie haben es vorhin gehört. Der Initiativtext enthält aber auch zusätzlich eine Definition der Ehe und legt die Besteuerung von Ehepaaren als Wirtschaftsgemeinschaft fest.

Die vorliegende Initiative schlägt einen Weg vor, welcher nach unserer Ansicht aus zwei Gründen verfehlt ist. Zum einen haben wir bisher gut ohne Definition der Ehe in der Verfassung gelebt. Es ist daher völlig unverständlich, wieso jetzt eine Definition der Ehe in die Verfassung geschrieben werden soll. Damit würden wir nur Tür und Tor öffnen, um andere Formen des Zusammenlebens zu diskriminieren. Zum andern verbaut die Initiative den Weg zur einzig gerechten Besteuerungsform, den Weg zur Individualbesteuerung. Diese würde jegliche steuerliche Ungleichbehandlung zwischen den verschiedenen Lebensformen nachhaltig und endgültig angehen und beseitigen. Zudem würden dadurch auch die falschen steuerlichen Anreize beseitigt, welche momentan Zweitverdiener davon abhalten, vermehrt arbeitsfähig zu sein.

Auch die FDP-Liberale Fraktion möchte die Heiratsstrafe abschaffen, jedoch mit einer Familienpolitik für alle. Daher unterstützen wir den Gegenentwurf, welcher dasselbe Ziel wie die Volksinitiative verfolgt, jedoch ohne die zwei vorhin erwähnten problematischen Aspekte. Wir unterstützen die Variante der Mehrheit, den Gegenvorschlag der Mehrheit der Kommission, da sich dieser eng am Text der Initiative orientiert.

Die FDP-Liberale Fraktion beantragt Ihnen zusammengefasst, erstens die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und zweitens dem Gegenentwurf in der Variante der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Germanier Jean-René (RL, VS): L'initiative populaire du PDC ne convainc pas le groupe libéral-radical. Certes, il est urgent d'abolir la discrimination fiscale dont souffrent les couples mariés, mais la solution proposée par cette initiative n'est pas optimale. Pour le groupe libéral-radical, il faut trouver une formule qui ne limite pas cette politique aux couples mariés, mais qui prenne en compte toutes les familles. Nous

défendons l'imposition individuelle. Voilà pourquoi nous soutenons un contre-projet direct à cette initiative.

L'imposition individuelle est le meilleur moyen de mettre fin à la pénalisation du mariage, et le contre-projet soutenu par la majorité de la commission propose une politique familiale équitable pour tous. Actuellement, dans de trop nombreux cas il est vrai, le deuxième salaire du ménage est entièrement avalé par les impôts et les frais de garde. C'est une absurdité qui doit à tout prix être révolue.

De plus, le deuxième salaire, qui bien souvent est à l'origine de l'augmentation du taux d'imposition, devrait pouvoir être taxé pour lui-même, sans cumul de revenus. Travailler doit en valoir la peine. Il ne faut pas dissuader de travailler à temps partiel. Avec l'imposition individuelle, chaque citoyen ou citoyenne est traité de la même manière, et sa courbe de progression fiscale est calculée individuellement. Nous voulons remédier à la situation actuelle en suivant la majorité de la commission.

Le contre-projet poursuit une partie des buts de l'initiative puisqu'il vise également la suppression des discriminations dont sont victimes les couples mariés par rapport aux concubins. Par contre, il diffère de l'initiative par le fait qu'il ne propose pas d'inscrire une définition stricte du mariage dans la Constitution. Nous nous opposons à la tendance qui veut tout inscrire dans la Constitution. Nous nous opposons à cette initiative, car, si elle est acceptée, elle fermera la porte à une possibilité d'imposition individuelle, seule solution libérale idéale que le groupe libéral-radical a à cœur de défendre.

L'imposition d'une personne doit se faire de manière individuelle, indépendamment du fait que la personne est mariée ou non. Chacun doit être imposé séparément, en fonction de ses capacités économiques. Les choix de vie des citoyens ne doivent pas les pénaliser fiscalement. Au contraire, nous estimons qu'il faut laisser les gens choisir leur mode de vie le plus librement possible.

C'est pourquoi nous recommandons, avec la majorité de la commission, de rejeter l'initiative et de soutenir le contre-projet qui prévoit une politique familiale pour tous sans discrimination.

Hassler Hansjörg (BD, GR): Die Volksinitiative will, dass Ehepaare bei den Steuern gegenüber den Konkubinatspaaren nicht mehr benachteiligt werden. Die Ehe soll aber weiterhin als Wirtschaftsgemeinschaft betrachtet werden. Im Sozialversicherungsrecht soll eine Lösung ausgearbeitet werden, die zum Ziel hat, dass Rentnerehepaare nicht länger schlechter gestellt sind als Rentnerpaare im Konkubinatspaar.

Die vorgeschlagene Verfassungsänderung hätte bei den Steuern zur Folge, dass für Ehepaare eine gemeinsame Besteuerung vorzuziehen wäre. Der Wechsel zur Individualbesteuerung wäre damit ohne erneute Verfassungsänderung ausgeschlossen. Laut Verfassungstext wären aber sämtliche Modelle der gemeinsamen Besteuerung denkbar.

Obwohl Ehepaare im Vergleich zu Konkubinatspaaren in den Genuss von bestimmten Steuererleichterungen kommen, wie zum Beispiel mit den milderen Tarifen oder ehespezifischen Abzügen, können sie durch das Zusammenrechnen der Einkünfte steuerlich nach wie vor benachteiligt werden. Bereits im Jahre 1984, also vor dreissig Jahren, hat das Bundesgericht ein wegweisendes Urteil gefällt, wonach Ehepaare im Verhältnis zu alleinstehenden Personen entlastet werden müssen und im Verhältnis zu Konkubinatspaaren nicht stärker belastet werden dürfen. Das Urteil gilt jetzt seit dreissig Jahren, und wir in der Politik sind innert dieser langen Frist nicht imstande gewesen, dieses Urteil umzusetzen. Das ist eigentlich ein Armutszeugnis. Mit der Annahme der Initiative würde die Rechtsprechung des Bundesgerichtes endlich auch nochmals auf Verfassungsstufe festgehalten, und das Urteil könnte umgesetzt werden.

Das Steuerrecht sollte für die steuerpflichtige Person bei der Wahl des für sie geeigneten Familien- und Lebensmodells eigentlich keine Rolle spielen, sondern sich als möglichst neutral erweisen. Auf jeden Fall darf es nicht sein, dass jetzt die traditionelle Familie bei den Steuern benachteiligt wird.

Heute ist es aber tatsächlich so, dass Zweiverdiener-Ehepaare mit relativ hohen Einkommen und Rentnerehepaare mit mittleren oder hohen Rentenbezügen steuerlich schlechter gestellt sind als Konkubinatspaare in gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen. Wir stehen daher in der Pflicht, die Diskriminierung von Ehepaaren zu beseitigen. Für die BDP-Fraktion hat die Beseitigung dieser Diskriminierung eine hohe Priorität.

Das Anliegen der Initiative ist berechtigt und grundsätzlich auch unbestritten. Die Meinungen, wie die Initiative umgesetzt werden soll, gehen aber stark auseinander. Es ist stark umstritten, welches Besteuerungsmodell für die Umsetzung der Initiative am geeignetsten ist. Mit der Annahme der Initiative würde der Grundsatz der gemeinsamen Besteuerung in der Verfassung verankert. Das würde die Chancen für eine erfolgreiche Umsetzung des Anliegens wesentlich erhöhen.

Bei den Sozialversicherungen sind Ehepaare wegen der Plafonierung der Rentenhöhe zwar schlechter gestellt als unverheiratete Paare. Diese Benachteiligung darf aber nicht isoliert betrachtet werden. Werden auch die übrigen Leistungen der AHV oder der IV berücksichtigt, ist festzuhalten, dass Ehepaare bei der AHV und bei der IV insgesamt keine wesentlichen Nachteile haben. Wir sehen daher im Sozialversicherungsbereich keinen speziellen Handlungsbedarf. Eine Aufhebung der Plafonierung der Ehepaarrente hätte für die AHV aber sehr einschneidende finanzielle Folgen. Es müsste mit Zusatzkosten von rund 2 Milliarden Franken jährlich gerechnet werden.

Wir von der BDP empfehlen die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Annahme. Das Hauptanliegen, nämlich die Beseitigung der Diskriminierung der Ehepaare im Steuerrecht, wird mit der Initiative erfüllt. Die Gegenvorschläge zur Initiative vermögen uns nicht zu überzeugen. Sie haben vor allem den grossen Nachteil, dass sie nichts über das Steuersystem aussagen, welches für die Gleichstellung eingeführt werden soll. Wir sind nach dem erwähnten Bundesgerichts Urteil jetzt bereits dreissig Jahre lang am Üben und haben immer noch keine Regelung gefunden. Mit der Annahme eines Gegenentwurfes wären wir wieder gleich weit wie heute. Wir müssten uns nämlich für die Gesetzesstufe wieder Gedanken darüber machen, ob wir in Richtung Individualbesteuerung oder in Richtung einer der möglichen Formen der gemeinschaftlichen Besteuerung gehen wollen. Die Gegenvorschläge bringen uns daher gegenüber der heutigen Ausgangslage eigentlich keinen Schritt weiter. Die Diskussionen über das Steuersystem könnten von vorne beginnen – Diskussionen, die wiederum Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern könnten. Das wollen wir nicht.

Mit der Unterstützung der Initiative stellt sich die BDP-Fraktion nicht gegen andere Partnerschaftsformen wie die eingetragene Partnerschaft. Andere Partnerschaftsformen sind auf Verfassungs- und Gesetzesebene heute bereits weitgehend der Ehe gleichgestellt. Wir wollen auch keine Partnerschaftsformen diskriminieren. Aber die Vorteile der Initiative überwiegen gegenüber jenen der Gegenvorschläge.

Aus all diesen Gründen unterstützen wir von der BDP die Volksinitiative und erachten diese als den richtigen Weg, um endlich die Heiratsstrafe abschaffen zu können.

Maire Jacques-André (S, NE): Comme l'ont montré les résultats de la consultation, tous les milieux sont unanimes sur le fait qu'il faut supprimer la pénalisation des couples mariés en matière fiscale et d'assurances sociales. Mais tous ne sont bien sûr pas d'accord quant à la formulation de cette intention et aux moyens d'atteindre l'objectif. Avec le texte de son initiative populaire, le PDC veut inscrire une définition très conservatrice du mariage dans la Constitution fédérale. Pour le groupe socialiste, la définition restrictive du mariage comme étant la seule union d'un homme et d'une femme est une discrimination claire et inacceptable envers les couples de même sexe.

A nos yeux, une telle disposition violerait d'ailleurs l'article 8 alinéa 2 de la Constitution qui interdit toute discrimination et s'opposerait à toute évolution de l'institution du mariage

entre personnes de même sexe. Le groupe socialiste ne peut en aucun cas soutenir une initiative qui discrimine des milliers de couples de même sexe.

Nous déplorons le fait que les groupes conservateurs s'opposent au contre-projet de la commission. En effet, celui-ci permet de reprendre l'objectif officiel de l'initiative, à savoir la suppression de la pénalisation fiscale du mariage, et ce sans discriminer les couples de même sexe.

De plus, un autre élément de l'initiative dérange notre groupe. Le projet, tel qu'il est proposé, empêchera d'instaurer un système d'imposition individuelle. Or notre groupe, en compagnie d'autres, se bat depuis des années pour que les époux soient imposés individuellement et non plus collectivement. L'introduction d'une imposition individuelle est en effet le seul moyen de supprimer réellement toute pénalisation fiscale du mariage. L'imposition individuelle permet en outre de tenir compte des réalités sociétales d'aujourd'hui. Elle favorise enfin l'accès au marché du travail pour le conjoint qui réalise le revenu complémentaire.

A l'instar de la majorité de la commission, nous vous invitons donc à recommander le rejet de l'initiative et à accepter le contre-projet, dans la mesure où celui-ci permet de renoncer à inscrire une définition du mariage dans la Constitution fédérale – les préopinants l'ont rappelé. Cette notion n'y est pas inscrite aujourd'hui, il n'y a pas de raison de l'introduire. Le contre-projet permet également de renoncer à inscrire le mariage au titre d'une communauté économique de droit fiscal. Par conséquent, le contre-projet laisse au législateur la liberté de choisir en temps voulu le modèle d'imposition qu'il voudra retenir.

Comme le modèle d'imposition n'est pas défini à ce jour, il n'est bien sûr pas possible d'évaluer les coûts des mesures qui seraient prises en cas d'acceptation de l'initiative ou du contre-projet. Toutefois, le Conseil fédéral nous a déjà rendus attentifs au fait que les mesures auraient de toute manière des conséquences durables sur les recettes fiscales. Je crois qu'il faut rappeler cet élément, au moment où nous nous apprêtons à accepter un des textes proposés. Lorsqu'il s'agira d'envisager un nouveau modèle d'imposition, nous devons être cohérents, car il faudra compenser les pertes de recettes, soit par des taxes supplémentaires, soit par exemple en ajournant la compensation de la progression à froid. Je me permets de rappeler cet élément, parce que trop souvent, nous prenons des décisions et qu'ensuite, au moment de trouver des mesures compensatoires, une minorité seulement les soutient. Donc il faudra vraiment faire preuve de cohérence.

En résumé, vu les différents arguments exposés, le groupe socialiste recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative, mais accepte le contre-projet proposé par la majorité de la commission. Nous vous invitons à en faire de même.

Birrer-Heimo Prisca (S, LU): Die CVP legt mit ihrer Initiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» einen Verfassungstext vor, der in drei Sätzen drei Anliegen umsetzen will. Es geht nämlich nicht allein um die Abschaffung der Heiratsstrafe – so es sie denn überhaupt noch gibt –, nein, die CVP will neu eine Definition der Ehe explizit in die Verfassung schreiben: die Ehe als eine «auf Dauer» – erlauben Sie mir die Klammerbemerkung: Mit der Dauer ist es heute oft nicht mehr so weit her – «angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau». Damit würde heute, im 21. Jahrhundert, nicht nur ein traditionalistischer Ehebegriff in der Verfassung verankert, sondern eine Annahme der Volksinitiative hätte auch zur Folge, dass die Möglichkeit der Eheschliessung für gleichgeschlechtliche Paare ausgeschlossen wäre, das heisst, es bräuchte wieder eine Verfassungsänderung, um sie zu ermöglichen. Die SP setzt sich für die Gleichberechtigung der verschiedenen Lebensgemeinschaften ein und lehnt diese enggefassete und überholte Definition, mit der künftige gesellschaftspolitische Öffnungsschritte verhindert werden, dezidiert ab. So viel zum ersten Satz und zum ersten Anliegen der Initiative.

Auch mit dem zweiten Satz wird der Weg zu einer fortschrittlichen Gesellschafts- und nun noch Steuerpolitik verbaut. Die vorliegende Formulierung der Ehe als «Wirtschaftsgemeinschaft» ist ein faktisches Verbot der Individualbesteuerung auf Verfassungsebene. Auch wenn heute noch kein Konsens über die konkrete Ausgestaltung der Paar- und Familienbesteuerung besteht, soll auch künftig mit verschiedenen Modellen die beste Steuerreform geprüft werden können. Ob das nun eine Splittingvorlage oder die Individualbesteuerung ist, wird Inhalt unserer parlamentarischen Arbeit sein, mit der Abwägung aller Vor- und Nachteile.

Die SP will kein Modellverbot in der Verfassung und ist überzeugt, dass eine wirklich faire Besteuerung nach den verfassungsmässigen Grundsätzen am einfachsten mittels eines Systemwechsels zur Individualbesteuerung erreicht werden kann. Der Nationalrat hat am 4. Juni dieses Jahres ein Postulat der Finanzkommission (14.3005) angenommen, damit die volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Folgen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung aufgezeigt werden können. Dass mit einer reinen Individualbesteuerung die Erwerbstätigkeit attraktiver wird – die Abhalteeffekte sind kleiner als beim Teil- oder beim Vollsplitting –, ist nicht nur aus volkswirtschaftlicher Sicht bedeutend, sondern auch im Kontext der Diskussion über die Zuwanderung und den Fachkräftemangel. Die vorliegende Initiative wäre auch hier ein Rückschritt.

So, nun bleibt noch der letzte Satz und das dritte Anliegen der Initiative: Die Ehe «darf gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen». Dass Abweichungen von der verfassungsmässig garantierten Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu korrigieren sind und somit Steuergerechtigkeit für alle sicherzustellen ist, ist für die SP seit je ein Anliegen und wird unterstützt. Allerdings wurde die Benachteiligung der Ehe in den letzten Jahren durch erhöhte oder neue Abzüge für Zweitverdienende und Verheiratete sukzessive abgebaut. Auf kantonaler Ebene ist das weitgehend austariert. Teilweise ist aus der Heiratsstrafe sogar ein Heiratsbonus geworden. Auf Bundesebene liegt der Handlungsbedarf für die Beseitigung von Benachteiligungen noch bei rund 5 Prozent oder 80 000 Ehepaaren. Bei den Sozialversicherungen besteht die Diskriminierung nicht. Ehepaare scheiden insgesamt im Vergleich mit Alleinstehenden bzw. Unverheirateten um rund 800 Millionen Franken besser ab.

Was bleibt, ist die Aufhebung der noch vorhandenen Diskriminierung im Steuerbereich. Genau darauf zielt der direkte Gegenentwurf ab. Er nimmt das Initiativanliegen, die Heiratsstrafe abzuschaffen, auf, jedoch ohne gleichgeschlechtliche Paare zu diskriminieren und neue Ungerechtigkeiten zu schaffen. Er lässt die Möglichkeit einer zivilstandsunabhängigen Besteuerung offen. Die SP-Fraktion unterstützt diesen Antrag der Mehrheit der WAK-NR und zieht ihn den Anträgen der Minderheiten I und II vor. Wir verzichten damit im Rahmen der Beratung dieses Gegenentwurfes auf die Aufnahme von jeglichen weiteren politischen Anliegen, die wir für absolut berechtigt halten und für die wir uns seit Jahren einsetzen. Die Diskussion über gesellschaftspolitische Öffnungsschritte und eine explizite Gleichberechtigung von eingetragenen Partnerschaften soll aber nicht im Schatten dieser steuerpolitischen Debatte erfolgen. Die SP wird dafür parteiübergreifend und zusammen mit progressiven Kräften eine Mehrheit für neue Lösungen suchen.

Ich komme zum Schluss. Der direkte Gegenentwurf ist einfach, klar und erreicht das Ziel der Abschaffung der Heiratsstrafe. Alles andere ist für die SP-Fraktion unnötig, inakzeptabel und verbaut eine fortschrittliche Gesellschafts- und Steuerpolitik. Stimmen Sie dieser schlanken und zukunfts-tauglichen Lösung zu, und lehnen Sie die konservative CVP-Initiative ab.

Thorens Goumaz Adèle (G, VD): Le groupe des Verts recommande le rejet de l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage». L'article constitutionnel proposé définit le mariage comme une commu-

nauté de vie entre un homme et une femme et, sur le plan fiscal, comme une communauté économique. Ces deux aspects posent, à nos yeux, problème.

L'initiative du PDC inscrit tout d'abord une définition du mariage dans la Constitution fédérale, ce qui n'est pas nécessaire dans le cadre du débat sur les discriminations fiscales pouvant toucher les couples mariés. De plus, les Verts ne souhaitent pas graver dans le marbre une telle définition, que cela soit à une occasion ou à une autre.

Le mariage est une institution qui doit pouvoir évoluer en fonction des us et coutumes de notre société. D'autres pays ont mené le débat de l'ouverture du mariage aux couples de même sexe; les Verts sont favorables au mariage pour tous. Il est bien sûr permis d'être d'un avis contraire. Par contre, il n'est pas acceptable de régler la question au niveau constitutionnel sans qu'un véritable débat ouvert et explicite ait eu lieu. Les Verts avaient déjà interpellé le Conseil fédéral en décembre 2013 à propos des risques de discrimination des couples de même sexe dans le cadre de cette initiative. Nous refusons de fermer la porte au débat sur le mariage des couples homosexuels sous prétexte de lutte contre des inégalités fiscales.

La deuxième partie de la définition du mariage proposée par l'initiative du PDC est également problématique à nos yeux. La notion de communauté économique exclut la taxation individuelle à laquelle les Verts ont toujours accordé leur préférence. Il s'agit en effet du modèle le plus moderne et le plus équitable, puisque chacune et chacun est traité sur un pied d'égalité face à l'impôt, indépendamment de sa situation personnelle ou de son mode de vie.

La taxation individuelle est particulièrement favorable à l'égalité entre les hommes et les femmes dans la mesure où elle favorise le travail de ces dernières. A l'heure où les milieux économiques et conservateurs découvrent soudainement, suite au vote du 9 février dernier, quel potentiel représente le travail des femmes, ce paramètre doit gagner en importance.

Le groupe des Verts est favorable à un article qui condamne les discriminations face à l'impôt et aux assurances sociales, mais alors il faut être cohérent. Aucune forme d'union ne doit être pénalisée par rapport à une autre: couples mariés, en partenariat enregistré ou simplement concubins, parents célibataires, couples de même sexe, familles arc-en-ciel, familles recomposées. C'est de cette diversité qu'il faut tenir compte, en respectant la situation de chacune et de chacun. C'est là le but de la proposition de la minorité II (Schelbert). Sa formulation est la plus ouverte parmi celles qui nous sont proposées. Elle ouvre la voie à une fiscalité basée sur l'imposition individuelle et au débat sur le mariage des couples homosexuels. Contrairement aux autres propositions, celle-ci inclut les couples non mariés vivant en concubinage ou dans une famille recomposée. Nous la recommandons à vos suffrages et, à défaut, nous privilégierons la proposition de la minorité I (Bertschy) ou au minimum, bien entendu, le contre-projet de la commission, selon la version de sa majorité.

Encore une chose: une fiscalité équitable, ou non discriminante, est importante pour les couples et les familles même si, comme le souligne le Conseil fédéral, les discriminations ne touchent plus que cinq pour cent des couples situés dans les hauts revenus et dans le cadre de l'impôt fédéral direct.

Mais d'autres mesures sont indispensables aux yeux du groupe des Verts. Il est aujourd'hui urgent, pour les couples et les familles, de mieux favoriser la conciliation entre travail et vie familiale en soutenant de manière ciblée les familles économiquement fragiles, mais aussi en encourageant le temps partiel, en particulier pour les hommes et les postes à responsabilité, en encourageant le «job-sharing», le travail à distance et les possibilités de garde des enfants. C'est pour ces enjeux-là que le groupe des Verts s'engage, tout autant que pour une fiscalité équitable et non-discriminante.

Je vous prie de suivre notre groupe en recommandant le rejet de l'initiative du PDC et en vous engageant pour le contre-projet, de préférence, aux yeux des Verts, selon la proposition de la minorité II (Schelbert).

Rytz Regula (G, BE): Die grüne Fraktion lehnt die Volksinitiative gegen die sogenannte Heiratsstrafe ab. Die Initiative mag gut gemeint sein, aber sie ist unnötig, sie ist diskriminierend, sie ist teuer, und sie zielt an den sozialen Realitäten der Familien in der Schweiz vorbei. Familienpolitik ist für die Grünen sehr viel mehr als Steuerentlastungspolitik. Familienpolitik ist Armutsbekämpfung. Familienpolitik ist Frühförderung. Familienpolitik ist die bessere sozialpolitische Absicherung der unbezahlten Betreuungsarbeit. Familienpolitik ist die Fürsorge für die älteren Generationen. Familienpolitik ist die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf, die Stärkung der Mütter und Väter, gerade auch nach der Geburt. Familienpolitik ist die Regelung von Unterhalts- und Sorgerechten im Falle der Trennung; das kommt ja ab und zu mal vor. Familienpolitik betrifft Verheiratete und Geschiedene, Konkubinate und eingetragene Partnerschaften, Heterras und Schwule, kurzum die ganze Vielfalt des Lebens.

Von all dem ist in der Initiative gegen die sogenannte Heiratsstrafe nichts zu lesen. Die Initiative ist eine heterosexuelle Einbahnstrasse, und sie will das Geld dort verteilen, wo es am wenigsten Wirkung entfaltet. Das sieht eigentlich auch der Bundesrat so. Er seziert in seiner Botschaft die Initiative nach allen Regeln der Kunst – und will sie dann trotzdem zur Annahme empfehlen. Für uns passt das irgendwie nicht so ganz zusammen.

Zur Sache: Die Initiative will die sogenannte Heiratsstrafe, allfällige Diskriminierungen von Ehepaaren bei den Steuern und in den Sozialversicherungen, abschaffen. Der Bundesrat zeigt in seiner Botschaft in klaren Worten auf, warum das in dieser Form weder sinnvoll noch nötig ist:

Erstens ist das Diskriminierungsverbot in der Bundesverfassung bereits festgeschrieben. Das Problem liegt nicht auf der Verfassungsstufe – das ist auch schon gesagt worden –, es liegt einzig und alleine darin, dass wir für eine Gesetzesrevision noch keine politische Mehrheit gefunden haben. Es gibt verschiedene Modelle, aber es gibt noch keine Mehrheit, die sich für das eine oder andere Modell entscheiden kann – das wäre auch nach der Annahme der Initiative nicht anders, denn auch für die Initiative würde es ein Umsetzungsgesetz brauchen.

Zweitens verunmöglicht die Initiative einen allfälligen Wechsel zur Individualbesteuerung und engt damit den Spielraum für die zukünftigen Reformen ein. Ein grundsätzlicher Wechsel im Steuersystem würde wieder zu einer Verfassungsrevision führen, und das ist unnötig, denn die heutige Lösung lässt ja alle Türen offen.

Drittens ignoriert die Initiative alle Punkte, in denen nicht die Ehepaare, sondern die Konkubinatspaare schlechtergestellt sind, zum Beispiel in der gegenseitigen Absicherung in der Altersvorsorge oder im Todesfall.

Viertens würde die Initiative wieder einmal dem oberen Mittelstand und den Gutverdienenden dienen, anstatt endlich dort anzusetzen, wo Kinder und ihre Eltern vor Armut und den negativen Folgen der Armut geschützt werden müssen. Und last, but not least will die Initiative das alte Doris-Day-Familienbild aus den Sechzigerjahren in die Verfassung schreiben; damit diskriminiert sie alle gleichgeschlechtlichen Paare mit oder ohne Kinder.

Die Grünen sind ganz klar für die Ehe für alle, und wir wollen auch das Problem lösen, dass es heute immer noch Diskriminierungen in diesem Bereich gibt, zum Beispiel im Adoptionsrecht. Die Initiative würde genau diese Verbesserungen blockieren, und deshalb ist sie keine Lösung des Problems. Sie ist in allen Punkten ein Rückschritt für eine gesellschaftliche Öffnung, die ja letztlich auch der Bundesrat im Grundsatz unterstützt.

Zum Glück hat die vorberatende Kommission die Sache nüchtern angeschaut, und sie hat den sehr missverständlichen Text entschlackt und in einen tauglichen Gegenvorschlag gegossen. Noch besser ist nur der Minderheitsantrag II (Schelbert), weil er alle Formen von Familiengemeinschaften gleichstellen will und eben dieser Vielfalt des heutigen Lebens Rechnung trägt. Der Antrag der Minderheit II ist quasi ein Auftrag für die nötigen Reformen anstatt ein Rückschritt, wie es die Initiative vorschlägt.

Wir bitten Sie deshalb, die Minderheit II (Schelbert) zu unterstützen und diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Flückiger-Bäni Sylvia (V, AG): Zur Auflockerung gebe ich Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich bin seit fast 37 Jahren verheiratet, und ja, mit dem gleichen Mann, den ich wieder heiraten würde, und ja, ich habe auch einfach Glück gehabt.

Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig die Volksinitiative der CVP «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe», aber nicht den Gegenentwurf. Sie unterstützt also die Version des Bundesrates und der Kommissionsminderheit. Damit wird die Bundesverfassung wie folgt geändert; Artikel 14 Absatz 2 lautet: «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.»

Wir teilen die Auffassung der Initianten, dass die Ungleichbehandlung von verheirateten und unverheirateten Paaren bei den Steuern und bei den Sozialversicherungen jetzt endlich beseitigt werden muss. Den Antrag der Kommissionsmehrheit und die Anträge der Minderheiten I und II lehnen wir ab. Die Initiative entspricht einer alten Forderung der SVP, wonach die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren endlich abgeschafft werden muss. Es ist höchste Zeit, die nötige Korrektur vorzunehmen und der steuerlichen Benachteiligung gegenüber Konkubinatspaaren, die verfassungswidrig ist, nach dreissig Jahren Diskussion ein Ende zu setzen – ein Schelm, wer dabei an eine Rückzahlung der zu viel bezahlten Steuern denkt. Diese Ungerechtigkeit wird in der Bevölkerung schon lange nicht mehr verstanden. Mit der Annahme der Initiative stärken wir letztlich die Familien, was in unser aller Interesse sein sollte.

Der Gegenentwurf ist abzulehnen, denn er verzichtet im Gegensatz zur Initiative auf eine Definition des Ehebegriffs. Wir wollen nicht, dass der heute bestehende besondere Schutz von Ehe und Familie geschwächt oder gar aufgeweicht wird. Im Gegenteil, es ist unser zentrales Anliegen, dass dieser besondere Schutz auch in Zukunft gelten, aufrechterhalten und gestärkt werden muss. Deshalb hat sich die SVP bereits während der Vernehmlassung ganz klar für die Volksinitiative und gegen einen direkten Gegenentwurf ausgesprochen.

Die Definition der Ehe, wie sie die Volksinitiative vorsieht, ist aus unserer Sicht ein wichtiger Grundstein. Die Ehe soll als eine auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau festgelegt sein.

Unsere Haltung zu den gleichgeschlechtlichen Paaren, den eingetragenen Partnerschaften, ist folgende: Es gibt bereits verschiedene Bestimmungen betreffend Gleichbehandlung und Diskriminierungsverbot; es ist unter anderem bereits gewährleistet, dass diese Paare nicht diskriminiert und nicht benachteiligt werden dürfen, und dazu stehen wir. Dazu haben wir beispielsweise Artikel 8 Absatz 2 in der Bundesverfassung, der sehr genau ausführt, dass niemand diskriminiert werden darf.

Auch die steuerliche Gleichstellung von Ehegatten und eingetragenen Partnern ist bereits heute Realität. Durch das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare sind seit 2007 auch bei der direkten Bundessteuer registrierte gleichgeschlechtliche Paare den Ehepaaren gleichgestellt. Dasselbe gilt auch für die übrigen Steuern, wie dies das Steuerharmonisierungsgesetz vorsieht, wo es in Artikel 3 Absatz 4 ausdrücklich heisst: «Die Stellung eingetragener Partnerinnen oder Partner entspricht derjenigen von Ehegatten.» Gleiches gilt für die Altersvorsorge.

Der direkte Gegenentwurf ist damit unnötig, schwächt er doch ganz klar die traditionelle Ehe, und das wollen wir von der SVP nicht.

Aber zentral ist: Der heute bestehende Missstand oder die Ungerechtigkeit muss jetzt mit der vorliegenden Volksinitiative beseitigt werden. Natürlich werden wir weiterhin ein

Auge darauf haben, dass auch das Sozialversicherungsrecht für die Rentnerinnen und Rentner entsprechend ausgestaltet ist und auch hier keine Diskriminierung zwischen verheirateten und im Konkubinats lebenden Paaren entsteht. Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, die Volksinitiative der CVP «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» im Original anzunehmen und der Haltung des Bundesrates zu folgen. Damit erreichen wir, dass bei einer Annahme der Initiative der Grundsatz der gemeinsamen Besteuerung der Ehepaare in der Verfassung verankert wird.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Selbst die SVP spricht nicht mehr von Ehestrafe, sondern von Eheglück; das ist erfreulich.

Die GLP-Fraktion lehnt diese konservative und rückwärtsgerichtete Initiative ab; Sie haben die drei Gründe gehört. Wir stossen uns erstens am nicht mehr zeitgemässen, auf Frau und Mann beschränkten Ehebegriff, der in der Verfassung verankert werden soll. Zweitens stellen wir fest, dass die Benachteiligung, wenn schon, auch eingetragene Partnerschaften betrifft. Drittens ist es ein gesellschaftspolitischer Rückschritt, eine zivilstandsunabhängige Besteuerung zu verunmöglichen.

Der Gegenvorschlag ist für uns nur eine Minimallösung zur Abwendung des Schlimmsten. Unsere Ansichten in diesen Fragen sind diametral anders. Wir wollen viel weiter gehen, und zwar in die entgegengesetzte Richtung verglichen mit der CVP. Aus liberaler Sicht soll der Staat den Bürgern nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Der Gesetzgeber soll darum die verschiedenen Lebensformen und Lebensgemeinschaften grundsätzlich gleich behandeln. Es soll nicht vom Zivilstand und erst recht nicht von der sexuellen Orientierung einer Person abhängen, wie viele Steuern sie zahlen muss, welche Sozialversicherungsleistungen sie erhält, ob sie ein Kind adoptieren kann, ob sie vor Gericht die Aussage verweigern oder den Partner im Spital besuchen kann. In der gesetzgeberischen Realität sind wir leider noch nicht so weit.

Auch die Initiative spricht nur einen Teilaspekt der Ungleichbehandlungen an, nämlich dass im Steuer- und Sozialversicherungsrecht verschiedene Lebensgemeinschaften unterschiedlich behandelt werden. Indem sie gleichzeitig eine zivilstandsunabhängige Besteuerung verunmöglichen will, ist das unsinnige «Pflasterlipolitik». Es ist damit klar zu erkennen, dass eine Lebensgemeinschaft gegenüber anderen bessergestellt werden soll.

Wir wollen etwas anderes. Was wir Grünliberalen fordern, ist eine umfassende Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften, die alle systembedingten Ungerechtigkeiten eliminiert. Die rechtlich geordneten Lebensgemeinschaften sollen allen Paaren offenstehen – ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung. Auch gleichgeschlechtliche Paare sollen heiraten können, und ungleichgeschlechtliche Paare sollen, wie in Frankreich, eine eingetragene Partnerschaft eingehen können.

Menschen heiraten unter anderem, weil sie eine Lebensgemeinschaft auf eine dauerhafte Basis stellen wollen, sich gegenseitig finanziell absichern und gegenüber der Gesellschaft ihre Verbundenheit ausdrücken möchten. Einem Teil der Gesellschaft werden diese Rechte jedoch verweigert. Ihnen steht eine Ehe zweiter Klasse zu, in Form der eingetragenen Partnerschaft. Diese Deklassierung ist mit einem liberalen Gesellschaftsbild und einem modernen Rechtsstaat nicht vereinbar. Deshalb haben weltweit weit über ein Dutzend Länder, darunter Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, die Niederlande, Norwegen, Schweden und Dänemark, die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert. Das wollen wir auch tun. Deswegen haben wir vor einem Jahr die parlamentarische Initiative 13.468, «Ehe für alle», eingereicht. Mit einer zweiten parlamentarischen Initiative (13.469) fordern wir die Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften im öffentlichen Recht. Wie Mann und Frau sollen einander auch die verschiedenen Lebensgemeinschaften gleichgestellt sein. Das würde bedeuten, dass die eingetragene Partnerschaft im Einbürgerungsverfahren der Ehe gleichgestellt wäre. Es würde aber auch eine zivilstandsunabhängige Besteuerung und eine zivilstandsunabhängige Altersvorsorge bedeuten.

Neben der Gleichstellung der verschiedenen Lebensgemeinschaften würden Sie mit unseren parlamentarischen Initiativen quasi gratis noch die Abschaffung der Heiratsstrafe kriegen. Ebenso wegfallen würden die höhere Progression aufgrund des Zweitverdienerinkommens und der Abhalteeffekt, der dazu führt, dass viele Frauen nicht erwerbstätig sind, weil es sich finanziell nicht lohnt.

Wir stehen ein für ein Steuer- und Sozialversicherungssystem, das sich gegenüber dem gewählten Lebensmodell und gegenüber der sexuellen Orientierung neutral verhält. Wir unterstützen die Minderheit II nur darum nicht, weil wir der Ansicht sind, dass diese Fortschritte nicht als Gegenorschlag zu einer Initiative vorgelegt werden können, sondern separat behandelt werden sollten. Bitte helfen Sie mit der Unterstützung meiner Minderheit I, die Gleichbehandlung von Ehe und eingetragenen Partnerschaften nicht nur zu ermöglichen, sondern sie sicherzustellen. Unterstützen Sie die parlamentarischen Initiativen der Grünliberalen für die Gleichstellung der Lebensgemeinschaften im öffentlichen Recht sowie für die Ehe für alle.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Je déclare mes intérêts: je ne suis pas mariée, mais je suis ravie que Madame Flückiger soit heureuse en mariage!

Avec cette initiative, je me demande sur quel sujet le peuple devra en réalité voter. Sur la question d'une fiscalité plus équitable, comme le sous-entendent le libellé de l'initiative et la campagne des initiants? Ou sur la définition du mariage, qui est l'objet du premier alinéa? Tout le malaise suscité par cette initiative vient de là: que vient faire cette définition ici? Le PDC veut-il inscrire dans la Constitution sa difficulté à accepter que la société évolue, que les modes de vie sont multiples, qu'il n'y a pas la famille seule et unique – modèle qui lui est cher –, mais une multitude de modèles familiaux – principe que nous défendons?

Si le groupe vert/libéral est favorable à la suppression de la discrimination fiscale pour les couples mariés, il ne souhaite pas introduire une nouvelle discrimination empêchant définitivement les couples de même sexe de pouvoir se marier et de pouvoir bénéficier de tous les droits afférents à cette union. Ceci ne doit pas être un idéal, mais une proche réalité.

En conséquence, le groupe vert/libéral vous encourage à soutenir la proposition de la minorité I (Bertschy) au projet 2, qui introduit sans ambiguïté une égalité fiscale entre tous les modes d'union, et à recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire.

Candinas Martin (CE, GR): Die Volksinitiative der CVP zur Abschaffung der Heiratsstrafe bringt ein Thema in diesen Rat, über das schon seit Jahrzehnten diskutiert wird: die Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren bei den Steuern und den Sozialwerken. Seit Jahrzehnten wartet das Schweizer Volk darauf, dass die Heiratsstrafe komplett der Vergangenheit angehört. Mit der vorliegenden CVP-Initiative wird das Warten ein Ende haben, denn Bundesrat und Parlament werden gezwungen sein, endlich umfassend zu handeln.

Die Initiative wird vom Bundesrat ohne Gegenentwurf zur Annahme empfohlen. Seit Jahren war dies nie mehr der Fall. Die vorberatende Kommission entschied sich leider anders und legt uns heute einen direkten Gegenentwurf vor. Der Gegenentwurf weicht in zwei Bereichen von der Initiative ab: Erstens wird auf die Beschreibung der Ehe als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau verzichtet, zweitens wird der Satz, wonach die Ehe «in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft» bildet, gestrichen.

Die Streichung der Ehebeschreibung durch die Kommission ist für mich unverständlich. Es geht bei unserer Initiative um eine rein fiskalpolitische Massnahme, sie behandelt nicht eine gesellschaftspolitische Grundsatzfrage. Die vorliegende Ehebeschreibung fügt nur etwas in die Verfassung ein, was spätestens seit der Annahme des Partnerschaftsgesetzes sowieso klar ist. Im Weiteren versteht auch jedes Kind – und jeder Richter! – in diesem Land unter dem Begriff Ehe eine

Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau. Zentral ist doch, dass auch bei einer Annahme der Initiative an der steuerrechtlichen Gleichbehandlung von eingetragenen Partnerschaften und Ehen festgehalten wird, wie sie auch das Steuerharmonisierungsgesetz vorsieht. Dass dies auch in Zukunft der Fall sein soll, hat der Bundesrat klar bekräftigt. Für eine neue Definition des Ehebegriffes ist die heutige Debatte eindeutig der falsche Rahmen.

Wer die Initiative wegen finanzieller Folgen ablehnt, soll den Mut haben, dies klar und deutlich zu kommunizieren, und sich nicht hinter Ausreden verstecken. Für die CVP haben die Ehepaare und die eingetragenen Partnerschaften eine korrekte Behandlung bei den Steuern und den Sozialversicherungen allemal verdient. Die Abschaffung der Heiratsstrafe ist überfällig.

Die von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagene Verneinung der Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft ist für mich auch nicht nachvollziehbar. Die Ehe ist nun einmal eine im Idealfall dauerhafte Lebensgemeinschaft, in der füreinander gesorgt wird, nach Möglichkeit Kinder gemeinsam grossgezogen werden und Solidarität gelebt wird. Unsere Gesellschaft krankt ohnehin an zu viel und nicht an zu wenig Individualismus. Wenigstens in der Ehe soll doch möglichst viel Gemeinschaft ermöglicht werden, so auch bei der Besteuerung. Ich möchte kein individualisiertes, opportunistisches Eheverständnis fördern.

Wenn wir hier nicht Klarheit betreffend das Steuersystem schaffen, werden wir noch in Jahren über die Umsetzung des Gegenentwurfes diskutieren. Vergessen wir doch ein für alle Mal die Individualbesteuerung. Wir wissen alle, dass die Individualbesteuerung ein bürokratisches Monster wäre, welches aufgrund der getrennten Veranlagungen einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand von bis zu 50 Prozent verursachen würde.

Die CVP-Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ist nicht dazu da, um eine Diskussion über die Individualbesteuerung zu entfachen, sondern um ein bestehendes Problem zu lösen, um die Familien zu entlasten. Dafür haben wir Unterschriften gesammelt! Der Bundesrat anerkennt dies, indem er die Initiative zur Annahme empfiehlt. Ich bitte Sie, den Gegenentwurf in allen von der Kommission gebotenen Formen abzulehnen. Nur die Initiative löst die Probleme der Heiratsstrafe. Sagen wir klar Ja zur Volksinitiative. Die Ehepaare und die gleichgeschlechtlichen Paare in eingetragenen Partnerschaften werden Ihnen dafür dankbar sein.

Rusconi Pierre (V, TI): Il matrimonio e la famiglia sono le fondamenta della nostra società. Non è tollerabile né accettabile che le coppie sposate siano svantaggiate rispetto ad altre forme di convivenza, né sotto l'aspetto fiscale né sotto nessun altro aspetto. Ogni disparità a sfavore delle coppie sposate deve essere eliminata. Purtroppo, al giorno d'oggi la famiglia e il matrimonio subiscono già pressioni da più parti. Sfavorire ulteriormente un modello vincente e consolidato nella storia della società non è vantaggioso per nessuno. L'età, alla quale le giovani coppie contraggono il matrimonio, è sempre più avanzata. I costi per i figli sono in continuo aumento. E il tasso di natalità degli svizzeri è sempre più basso. Se vogliamo garantire alle nostre future generazioni un nucleo familiare solido e sicuro non possiamo discriminare il modello di famiglia su cui si basa la nostra società e che è anche alla base dello sviluppo di questo Paese.

Una politica che si impegna per il futuro della Svizzera ha il dovere di sostenere e favorire la famiglia e il matrimonio ma ha soprattutto il dovere di non sfavorirli. Le coppie sposate devono poter beneficiare di una rendita AVS, di assicurazioni sociali e di oneri fiscali che si basano sulle reali capacità economiche. E un diritto imprescindibile e innegabile che si rispecchia perfettamente nella politica antidiscriminatoria svizzera. E fondamentale che le coppie sposate possano godere della stessa rendita AVS che percepiscono coppie non sposate. Personalmente non ritengo però essenziale introdurre nella Costituzione federale una definizione della nozione di matrimonio. Le aperture previste nei controprogetti

sono a mio avviso ancora premature per essere oggi implementate.

Per questo ritengo che sostenere l'iniziativa popolare a favore del matrimonio e della famiglia sia, ad oggi, fondamentale.

Jans Beat (S, BS): Ob Paare den Bund der Ehe schliessen, sollte nicht vom Steuer- oder vom Versicherungsrecht abhängig sein. Über diesen folgenschweren Schritt sollten nicht die Steuer- oder Versicherungsgesetze entscheiden, sondern dafür gibt es mehrere Motive – ich glaube, da sind wir uns einig –, z. B. die Liebe oder eben der Wille, den Lebensweg gemeinsam zu gestalten. Deshalb ist es wichtig, dass Steuern und Sozialversicherungen die verschiedenen Familien- und Lebensmodelle gleich behandeln.

Das ist die zentrale Forderung der CVP-Initiative. Sie ist gerechtfertigt, und ihr Anliegen wird letztlich von allen in diesem Saal geteilt, das darf man doch einmal festhalten: Wir alle sind der Meinung, dass die Ehestrafe abgeschafft werden soll. Weil diese Forderung richtig, der Initiativtext aber schlecht ist, hat die Kommission intensiv beraten.

Die Mehrheit legt Ihnen einen Vorschlag vor, der das gleiche Ziel besser erreicht. Er hat drei Vorteile:

1. Er ist kürzer; er sagt in einem Satz, was die CVP-Initiative in drei Sätzen sagt.

2. Er schliesst die Individualbesteuerung nicht aus. Denn genau dieses System, nach dem jede Person einzeln besteuert wird, egal ob verheiratet oder nicht, garantiert erst die volle Gerechtigkeit. Wenn wir das System der wirtschaftlichen Gemeinschaft ins Steuersystem überführen, gibt es nie die volle Gerechtigkeit, dann wird es immer Unschärfen geben, dann können Sie kein sauberes und gerechtes System herstellen. Deshalb ist es schade, dass die CVP jetzt hier diese wirtschaftliche Gemeinschaft postuliert.

3. Der Vorschlag der Mehrheit der Kommission schliesst die gleichgeschlechtlichen Paare nicht von der Ehe aus. Dieser Ausschluss ist in diesem Zusammenhang etwas Unnötiges und aus Sicht der SP völlig falsch.

Der direkte Gegenvorschlag – ich richte mich jetzt hier ganz klar an die CVP-Fraktion – ist besser und erfüllt das Anliegen der Initiative vollumfänglich, eindeutig. Herr Candinas, vorhin haben Sie noch gesagt, das sei nicht der Fall. Ich weiss nicht, was Sie lesen; mit diesem Vorschlag der Kommissionmehrheit wird in die Verfassung geschrieben, dass es keine Ehestrafe mehr gibt.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die CVP-Fraktion, sie möge doch, wenn dieser Gegenvorschlag angenommen wird, nochmals über die Bücher gehen und sich überlegen, ob sie dem Volk einen solchen Abstimmungskampf wirklich zumuten will. Das wäre ein Doppelabstimmungskampf, bei dem wir allenfalls Initiative und Gegenvorschlag gegeneinander abwägen müssten, obschon die Unterschiede wirklich an einem kleinen Ort sind.

Es gibt eigentlich drei Szenarien:

Das erste Szenario: Die CVP könnte ihre Initiative zurückziehen und sich als Siegerin feiern lassen. Das könnte sie, da sie massgeblich dazu beigetragen hat, dass wir hier eine Verfassungsänderung vornehmen wollen.

Das zweite Szenario: Es kommt zu dieser Doppelabstimmung, bei der die CVP wird begründen müssen, warum sie einen rückständigen Steuerbegriff und einen rückständigen Ehebegriff unbedingt in der Bundesverfassung will, zumal wir die Ehestrafe in beiden Fällen ohnehin abschaffen. Sie ist mit einem modernen Anliegen angetreten, nämlich Steuergerechtigkeit für alle zu schaffen und keine Benachteiligungen mehr für die Ehepaare zuzulassen; das unterstützen wir alle. Im Abstimmungskampf wird sie aber ein rückwärtsgewandtes Anliegen vertreten und uns erklären müssen, warum man unbedingt die Ehepaare besserstellen muss. Das ist nicht gerecht – das ist nicht die Lösung.

Das dritte Szenario: Die Initiative wird hier zur Annahme empfohlen, und der Antrag der Mehrheit wird abgelehnt. Dann haben wir eine für die CVP wahrscheinlich noch ungünstigere Version: Wir von der FDP und der SP werden nämlich hinstehen und Nein sagen und die Initiative ableh-

nen. Wir sind zwar auch für die Abschaffung der Ehestrafe. Wir haben aber bessere Vorschläge, die bereits vorliegen. Wir werden diese Initiative bekämpfen, weil sie rückständig und rückwärtsgewandt ist.

In diesem Sinne bitte ich die CVP-Fraktion: Gehen Sie doch über die Bücher. Sie sind heute die Gewinner – es sei denn, Sie ziehen Ihre Initiative nicht zurück.

Trede Aline (G, BE): Ich lege als Erstes meine Interessenbindung offen: Ich bin verheiratet.

Diese Initiative tönt im ersten Moment richtig gut: weg mit dieser Heiratsstrafe – jawohl, das wollen wir! Es gibt dann aber den zweiten Teil mit Ehe und Familie, und das tönt dann für mich doch eher traditionell-verstaubt und wirkt wie ein Schwarz-Weiss-Foto in einem goldenen Rahmen, das zu Hause an einer Holzwand hängt. Das ist auch gut und recht: Man soll so leben können; wenn man das will oder möchte, soll man das tun. Es ist aber eben auch so, dass das nicht alle möchten und es auch nicht alle tun. Diesen Menschen müssen wir mit Gegenvorschlägen zu dieser Initiative genau das Gleiche anbieten. Wir dürfen keine Unterschiede machen.

Ich finde es eigentlich eine Frechheit, dass wir hier noch darüber diskutieren müssen, dass es Minderheiten gibt, die z. B. in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben. Eigentlich sollte das normal sein, und es sollten gar keine Unterschiede bestehen. Die Frechheit besteht für mich darin, dass wir hier heute praktisch nur noch darüber diskutieren müssen!

Wenn wir die Heiratsstrafe abschaffen, ist das gut und recht; das unterstützen wir auch. Aber es darf keine Ungleichbehandlung geben, auch nicht bei anderen Lebensformen. Wir haben gehört, dass mein Fraktionskollege Louis Schelbert einen Gegenvorschlag gemacht hat, welcher will, dass alle Lebensformen gleich behandelt werden. Ich bitte Sie, diesen Antrag der Minderheit II (Schelbert) anzunehmen. Die Familien-Initiative der CVP definiert hingegen die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau und als steuerliche Wirtschaftsgemeinschaft. Beides ist aus unserer Sicht inakzeptabel.

Mit dem Gegenvorschlag gemäss Minderheit II (Schelbert) gehen wir auch einen Schritt in Richtung Individualbesteuerung: Das wäre dann eine mögliche Variante, die wir auch unterstützen, weil dies auch die Gleichbehandlung und die Gleichheit von Frau und Mann stärken würde. Das würde auch die Erwerbstätigkeit der Frau stärken, denn wir alle wissen, dass es immer noch die Fälle gibt, in denen es sich für eine Frau nicht lohnt zu arbeiten, weil man lieber den Mann zu 100 Prozent arbeiten lässt und zu Hause die Kinder hütet. Dann hat man unter dem Strich mehr Geld, als wenn man die Kinder noch zwei, drei Tage in die Kita gibt.

Wir Grünen anerkennen auch, dass die Familien entlastet werden müssen. Es müssen aber alle Eltern und alle Kinder gleichermaßen unterstützt werden, egal, welchen Zivilstand die Eltern haben, ob sie homo- oder heterosexuell sind, ob sie alleinerziehend sind, ob sie adoptierte Kinder haben oder nicht. Das alles ist egal: Es müssen alle unterstützt und entlastet werden.

Deshalb braucht es einen radikalen gesellschaftspolitischen Umbau. Ich gehe da mit meiner Vorrednerin Kathrin Bertschy von der grünliberalen Fraktion sehr einig. Wir sollten nicht zurückgehen, sondern eigentlich noch zwei Schritte vorwärtsgehen. Es sollte wirklich allen möglich sein, zu heiraten, sich eintragen zu lassen oder einfach zu leben, ohne irgendeinen Vertrag zu haben. Es sollten alle selber entscheiden können, wie sie leben wollen und wie sie dies tun möchten.

Die CVP-Initiative ist deshalb in meinen Augen ganz klar rückschrittlich. Sie ist nicht nur unmodern, sondern sie ist wirklich rückschrittlich und schädlich. Deshalb bitte ich Sie: Nehmen Sie diese Initiative, und ziehen Sie sie zurück; rahmen Sie sie von mir aus in einen goldenen Rahmen ein, und hängen Sie sie zu Hause an die Holzwand. Aber bitte ziehen Sie die Initiative zurück!

Feri Yvonne (S, AG): Fast jede zweite Ehe wird heute geschieden, und gemäss einer Erhebung des Bundesamtes für Statistik gibt es heute fast genauso viele ledige Personen wie verheiratete. Dennoch bleibt Heiraten ein zentraler kultureller Ritus – mit viel Symbolik und viel Tradition. Die Heirat gilt als Zeichen der Liebe und gibt etwas, das in unserer Zeit seltener geworden ist: Beständigkeit und Sicherheit. Die Ehe hat aber auch viele finanzielle Vorteile, und man darf nicht vergessen, dass viele Paare auch aufgrund der finanziellen Absicherung heiraten. Manche sind aber auch der Meinung, dass Verheiratete steuerpolitisch benachteiligt werden, und sprechen hier plakativ von dieser «Heiratsstrafe».

Ich bin aus zwei Gründen dagegen, die Initiative zur Annahme zu empfehlen: zum einen aus Vernunft und zum anderen aus Überzeugung.

Aus Sicht der Vernunft lässt sich festhalten, dass diese Initiative ein leeres Versprechen ist. Wenn man dem Bundesgericht Glauben schenken will, existiert die Heiratsstrafe gar nicht, im Gegenteil: Die Schlechterstellung von Verheirateten bei den AHV-Renten werde mehr als wettgemacht durch andere finanzielle Vorteile für verheiratete Paare und finanzielle Benachteiligungen von Konkubinatspaaren bei den Sozialversicherungen, namentlich bei der beruflichen Vorsorge, beispielsweise auch bei der Unfallversicherung oder der Militärversicherung. Das höchste Gericht ist deshalb davon überzeugt, dass eine Aufhebung der «Heiratsstrafe» bei den AHV-Renten nicht zu einer Gleichbehandlung führen würde, sondern vielmehr zu neuen Ungleichheiten – und zu einer weiteren finanziellen Bevorzugung der verheirateten Paare. Zusammengefasst heisst das: Die Initiative der CVP sorgt nur für neue Ungleichheiten und dient den Verheirateten in keiner Weise. Mit dem Versprechen von höheren Renten hat sie den Bürgerinnen und Bürgern das Blaue vom Himmel versprochen. Das ist der Standpunkt der Vernunft.

Mein zweiter Standpunkt ist eine Herzensangelegenheit. Die Initiative der CVP ist nämlich nicht nur unvernünftig, sondern auch diskriminierend. Der Initiativtext ist so verfasst, dass der Eindruck entsteht, dass die Ehe zwischen Frau und Mann und damit nur bei heterosexuellen Paaren als Norm gilt. Die WAK hat glücklicherweise dieses Problem bereits erkannt und einen Gegenentwurf zur CVP-Initiative vorgelegt, der die Ehe als Lebensform definiert und dabei auf den Zusatz «zwischen Mann und Frau» verzichtet. Das ist der richtige Weg, und deshalb müssen wir diesen Vorschlag dringend unterstützen.

Wer sich für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft einsetzt, darf die Initiative der CVP nicht annehmen. Denn die Textversion der CVP macht deutlich, worum es bei dieser Initiative wirklich geht: Geschickt verpackt versucht die CVP, die Ehe als gesetzlich gebundene Norm in der Bundesverfassung zu verankern und damit die Ehe als Gemeinschaftsform den konservativen Werten dieser Partei entsprechend aufzuwerten und nur heterosexuellen Paaren zuzusprechen. Das kann nicht die Lösung für das Problem der «Heiratsstrafe» sein.

Ich setze mich deshalb für eine andere Lösung dieses Problems ein: Ich fordere, wie bereits andere Vorredner, eine Besteuerung, die unabhängig ist vom Zivilstand, vom Geschlecht und von der gewählten Lebens- und Familienform. Die Lösung für das Problem der «Heiratsstrafe» ist so viel einfacher: Es braucht eine Individualbesteuerung. Nur die Individualbesteuerung besteuert jede und jeden fair und kontextungebunden. Zudem hat sie den stärksten Wachstumseffekt, weil sie Barrieren in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienenden am besten abbaut. Die Besteuerung des Zweitverdienendes hat, wie wir schon gehört haben, bei Verheirateten oft die Wirkung einer Barriere und hält einen Teil des Ehepaars davon ab, erwerbstätig zu sein, und oft sind das die Frauen.

Deshalb werde ich nicht die Initiative, sondern den Gegenvorschlag unterstützen.

Hiltbold Hugues (RL, GE): Aujourd'hui, une bonne part des revenus du ménage est absorbée par les impôts, le loyer, les

assurances et les frais de garde. Cette situation ne peut plus durer et doit être corrigée. Travailler doit en valoir la peine, et l'effort doit être récompensé et non pénalisé. Ainsi, il devient urgent de mettre fin à cette pénalisation. Le but de cette initiative – supprimer la discrimination entre couples mariés et couples vivant en concubinage sur le plan fiscal – est à ce titre louable. Cela étant, en y regardant de plus près, cette initiative pose quelques problèmes, comme cela a déjà été mentionné par mes préopinants: elle introduit une discrimination envers les couples ayant conclu un partenariat enregistré; elle est douteuse sur le plan de l'unité de la matière; mais, surtout, elle ne permet pas le passage à une imposition individuelle, principe fiscal cher au Parti libéral-radical.

Il est important que notre Constitution prenne en considération l'égalité de traitement en matière d'imposition des couples, quels que soient leurs statuts, quels que soient les individus composant le couple. C'est pour cette raison qu'il faut opposer à cette initiative un contre-projet direct qui conserve le principe de non-discrimination de l'initiative, tout en corrigeant les imperfections du texte initial.

Le contre-projet direct proposé ne contient plus la définition stricte du mariage que l'initiative propose d'introduire et, surtout, évite que l'imposition individuelle des époux ne soit d'emblée exclue. L'imposition d'une personne doit se faire de manière individuelle, indépendamment de son état civil. Chacun doit être imposé séparément, en fonction de sa capacité économique, et l'Etat ne doit pas interférer dans le mode de vie des citoyens en les pénalisant fiscalement. Il faut que chacun puisse choisir son mode de vie le plus librement possible et surtout indépendamment de la façon dont il sera imposé.

Je vous invite à recommander le rejet de cette initiative populaire et à adopter le contre-projet direct en faveur d'une politique familiale pour tous, sans discrimination.

Schlächli Urs (CE, SO): Diese Initiative fordert die Gleichstellung von verheirateten und eingetragenen Paaren gegenüber anderen Lebensgemeinschaften. Die Diskriminierung im Bereich der AHV-Renten und des Steuerrechts soll für diese Leute aufgehoben werden. Es darf nicht sein, dass durch die Heirat oder den Eintrag der Partnerschaft ein finanzieller Nachteil für diese Menschen entsteht. Gerade in der Phase der Familiengründung ist dies eine unnötige oder sogar unsinnige wirtschaftliche Schwächung der jungen Paare und Familien, und dies allein aufgrund des Zivilstandes. Zudem sind in diesem Lebensabschnitt die finanziellen Mittel meist schon knapp. All dies kann und darf nicht in unserem Interesse sein.

Familien und Partnerschaften haben in unserer Gesellschaft einen sehr hohen Stellenwert. Sie sind ein zwar relativ kleines, aber überaus wichtiges Organ, bilden sie doch die Basis für das Funktionieren einer ganzheitlichen Gesellschaft und geben unserem Land eine soziale und auch wirtschaftliche Stabilität. Unser System ist auf diesen Strukturen aufgebaut. Deshalb dürfen solche Lebensformen oder Lebensgemeinschaften gegenüber anderen nicht benachteiligt werden. Jeder Mensch soll möglichst frei von finanziellen Überlegungen entscheiden können, welche Art des Zusammenlebens er mit dem Partner eingehen möchte. Dies ist für die meisten auch klar und nachvollziehbar.

Dennoch ist es heute so, dass das Steuerrecht eine Benachteiligung von Verheirateten und von eingetragenen Partnerschaften gegenüber Unverheirateten zulässt. Dank Steuerreformen in der Vergangenheit wurden zwar bereits Verbesserungen vorgenommen, damit die Wahl des Zusammenlebens etwas weniger durch die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen beeinflusst wird. Dennoch besteht nach wie vor Handlungsbedarf in diesem Bereich. Die ungleiche Steuerbelastung muss vollständig beseitigt werden.

Auch fordert diese Initiative die finanzielle Gleichstellung der verschiedenen Lebensformen im Sozialversicherungsbereich, insbesondere bei der AHV-Rente. Die heutige Regelung, dass unverheiratete Paare zusammen 200 Prozent der AHV-Rente, verheiratete Paare aber nur 150 Prozent der einfachen Altersrente erhalten, ist stossend. Auch die Tatsa-

che, dass in anderen Bereichen der Sozialleistungen verheiratete Paare bessergestellt sind, was politisch auch durchaus Sinn macht, kompensiert diese finanziellen Nachteile bei der AHV-Rente nicht. Aus finanziellen Überlegungen heraus müsste man sich mit 65 Jahren scheiden lassen, und das kann es ja nicht sein. Hier müssen Lösungen im Kontext der anderen Sozialversicherungen gesucht werden. Die Gesamtschau darf hier keine Nachteile für Rentnerpaare gegenüber Unverheirateten ergeben.

Mit der Annahme der Initiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» schaffen wir das Fundament für die Beseitigung dieser Ungleichbehandlung verschiedener Lebensformen.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Ich möchte mich bedanken bei all denjenigen Mitgliedern der WAK, welche den direkten Gegenentwurf der Mehrheit zur Initiative der CVP erarbeitet haben. Aufgrund der Voten, die ich aus verschiedenen Fraktionen gehört habe, zukunftsgerichteten und diskriminierungsfreien Voten, habe ich grosse Hoffnung, dass dieser Gegenentwurf heute eine deutliche Mehrheit in unserem Rat finden kann.

In der Finanzkommission des Nationalrates waren wir aufgefordert, einen Mitbericht abzugeben. Wir haben die Vorlage gründlich diskutiert. Bei uns war insbesondere die Besteuerung ein Thema. Es war eine klare Meinung da, so geht es aus dem Mitbericht unserer Finanzkommission hervor, dass diese Initiative die Thematik der Individualbesteuerung verdeckt und klammheimlich an der Bevölkerung vorbeischnüffeln möchte. Für uns war klar, dass wir diese Frage seriös und exakt abklären wollen. Daher hat Ihre Finanzkommission ein Postulat (14.3005) ausgearbeitet, das der Nationalrat am 4. Juni 2014 mit 97 zu 79 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen hat. Er hat dem Bundesrat damit den Auftrag erteilt, die volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Folgen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung abzuklären.

Wieso ist das so wichtig? Es wurde schon von zahlreichen Votantinnen und Votanten gesagt: Einzig die Individualbesteuerung wird in Zukunft für die kommenden Generationen eine gerechte Besteuerung sicherstellen. Vergessen wir nicht, dass das Eherecht im ZGB seit 1988 getrennte Wohnsitze in der Schweiz zulässt. De facto gibt es also bereits heute die getrennte Besteuerung von Ehepaaren. Ich höre, insbesondere als langjährige Rechtsanwältin, dass Paare über die Grenze hinweg verheiratet sind. Beispielsweise führt nach der Eheschliessung der Mann im Kanton Aargau ein Geschäft; er wird dort besteuert. Die Frau führt in Deutschland eine Geschäftstätigkeit und wird in Deutschland besteuert. Die Macht des Faktischen wird sich nach und nach durchsetzen. Ich glaube, auch in Bezug auf die Westschweiz und Frankreich gibt es solche Tatbestände.

Die Zivilstände wechseln, es wurde gesagt. Ich kann Ihnen sagen, dass die Bürokratie sehr hoch ist, wenn von Ehe auf Trennung und dann auf Scheidung gewechselt wird. Es bleiben dann Restschulden bei den Steuern. Die Inkassobüros der Steuerverwaltungen können Ihnen viel darüber erzählen, wie schwierig es dann wird, den Steuern des einen oder des anderen Ehepartners nachzujagen und am Schluss rechtlich festzumachen, wer jetzt wirklich noch die Schuld trägt. Das führt auch zu weiteren Auseinandersetzungen unter den Paaren, die mit der Individualbesteuerung verhindert werden können. Die Schweiz ist das letzte Land in Europa, das die Individualbesteuerung noch nicht kennt.

Noch ein Wort zu den Sozialversicherungen: Die Gleichstellung bei den Renten hiesse, allen Paaren zwei Individualrenten ausbezahlen, und das würde die AHV 2 Milliarden Franken kosten. Die Gleichstellung von Ehepaaren mit Alleinstehenden hiesse aber auch, die Witwen- und Witwerrenten abzuschaffen, die 1,4 Milliarden Franken kosten. Sie hiesse zudem – das ist besonders einschneidend –, den Zuschlag von 20 Prozent für Verwitwete, die nicht auf eine Maximalrente kommen, zu streichen; dieser beträgt 1,2 Milliarden Franken. Zudem müssten bei einer Gleichstellung die nichterwerbstätigen Partner wieder AHV-Beiträge zahlen,

die heute vom Ehepartner automatisch abgedeckt sind. Das würde eine Mehrbelastung für in der Regel junge Paare von jährlich 200 Millionen Franken bedeuten.

Ich komme zum Schluss: Gemäss der CVP-Initiative würde die Abschaffung der Heiratsstrafe bei der AHV heissen, den Eheleuten auf der einen Seite 2 Milliarden Franken zu geben und ihnen auf der anderen Seite 2,8 Milliarden Franken wegzunehmen.

Ich bitte Sie mit Überzeugung, den direkten Gegenentwurf anzunehmen.

Romano Marco (CE, TI): 120 161 cittadini e cittadine svizzeri hanno firmato l'iniziativa popolare «per il matrimonio e la famiglia – no agli svantaggi per le coppie sposate». Questa iniziativa tocca però un grandissimo numero di cittadini svizzeri che non hanno avuto modo di firmare l'iniziativa ma che oggi, per il notevole fatto di essere sposati, sono costretti a pagare più imposte. Questa iniziativa concerne in sostanza tutte le famiglie svizzere, escluse quelle che non pagano imposte perché sono già al beneficio di aiuti statali. E stato necessario lanciare l'iniziativa popolare perché da trent'anni, dal 1984, le istituzioni federali si fanno beffa di una sentenza del Tribunale federale che aveva confermato il valore discriminatorio dell'attuale legislazione.

L'iniziativa chiede sostanzialmente di eliminare gli svantaggi per le coppie coniugate rispetto alle persone che convivono in concubinato, sia nella fiscalità che nelle assicurazioni sociali. Quindi è un'iniziativa fiscale, non è un'iniziativa che discute a fondo questioni di società. In pratica oggi, ingiustamente, una coppia che si sposa paga più imposte rispetto al momento in cui conviveva non ancora sposata. Nel contempo, una coppia di anziani coniugata riceve meno AVS di quanto potrebbe ricevere se non fosse unita da matrimonio. E una situazione anticostituzionale, assurda, incomprensibile e assolutamente pericolosa per l'istituto del matrimonio. Si tratta di un vero e proprio disincentivo allo sposarsi, un'ingiustizia a cui le istituzioni fanno orecchie da mercante ormai da trent'anni. E una circostanza inconcepibile, riconosciuta tale già, come dicevo, da una sentenza del Tribunale federale datata 1984, quindi non l'anno scorso ma trent'anni fa. Da trent'anni la Confederazione, il Consiglio federale e il nostro Parlamento trovano scuse per non correggere questa discriminazione. Una coppia sposata non deve pagare più imposte rispetto a quando non lo era. L'odierna situazione è disincentivante. Lo ammette anche il Consiglio federale nel messaggio e per questi motivi raccomanda di approvare l'iniziativa popolare in discussione.

Verosimilmente oggi in questa sala prevarrà una maggioranza che raccomanda, ahimè, di respingere l'iniziativa, probabilmente a favore di uno o dell'altro controprogetto. Si tratta di controprogetti prettamente politici e non tecnici. Sono controprogetti defatigatori per perdere ulteriore tempo e per non arrivare ad eliminare questa discriminazione.

Pur di non accettare questa iniziativa, che in maniera semplice e diretta pone fine alla discriminazione fiscale delle coppie sposate, si è inventato di tutto e di più. Si cerca di discutere della questione di fondo dell'istituto del matrimonio ma, come dicevo, quest'iniziativa non ha nulla a che fare con questa problematica. I vari controprogetti presentati propongono riforme fiscali più ampie, riforme fiscali che l'iniziativa del PPD non chiede e che il nostro Parlamento può portare avanti a sé stante, accanto alla discussione di questa iniziativa. Non è quindi sostenibile sostenere – scusate il gioco di parole – i controprogetti presentati. Non credo assolutamente che il PPD andrà verso un ritiro dell'iniziativa, perché quello che vogliamo con questa iniziativa è porre fine alla discriminazione fiscale del matrimonio ed è solo accettando questa iniziativa che questo sarà possibile.

Sono certo che il popolo sconfesserà la maggioranza del Parlamento. Numerosi schieramenti politici in questa sala si professano in teoria impegnati per le famiglie. Se guardiamo solo alla corrente legislature abbiamo avuto sui nostri tavoli numerose proposte. Troppo spesso però non si trovano maggioranze, una volta perché costa troppo, una volta perché un'iniziativa non aiuta tutti i modelli di famiglia e un'altra

volta ancora perché un'iniziativa aiuta solo un modello di famiglia che magari non è quello prediletto dal singolo politico. Quest'iniziativa ha, sì, un costo, ma è un prezzo sopportabile e necessario per eliminare una discriminazione esistente nel nostro sistema giuridico fiscale. Quest'iniziativa concerne di principio tutte le famiglie svizzere poiché soggetti fiscali. Dire di no a quest'iniziativa perché promossa dal PPD è sterile partitismo. E allora perché opporsi con un controprogetto? Se volete fare altre riforme portatele avanti parallelamente, ma non utilizzatele per frenare questa iniziativa popolare.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

13.085

Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Fortsetzung – Suite

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)

Le président (Rossini Stéphane, président): Nous poursuivons le débat d'entrée en matière.

Hadorn Philipp (S, SO): Engagiert hat der CVP-Präsident heute Morgen mit seinem Votum zur vorliegenden Initiative den Wahlkampf eingeläutet. Er dankte dem Bundesrat, der klar signalisiert habe, dass die CVP-Initiative eine echte Lösung sei.

In diesem Saal haben wir die Pflicht, unseren Beitrag fern von ständigem Schielen nach möglichen Wählerschaften zu leisten. Unser Auftrag heisst: Diskriminierungen und Benachteiligungen gilt es grundsätzlich zu beseitigen.

Mir persönlich scheint die Ehe nach wie vor hervorragend dazu geeignet zu sein, die für Paare und Familien zweckmässigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Über viele Jahrzehnte wurde ein Schutzsystem für die Ehe entwickelt, welches viele Fragen um die Partnerschaften regelt. Insbesondere in den vergangenen Jahrzehnten wurden so wichtige Schritte zur Gleichstellung von Mann und Frau gemacht, und den Rechten und Bedürfnissen von Kindern wird gebührend Rechnung getragen. Für viele Menschen ist dieser Schutz der traditionellen Familie von grosser Bedeutung; auch ich zähle mich zu ihnen.

Allerdings anerkenne ich: In einer Gesellschaft wandeln sich die Werte, und es gibt Entwicklungen – auch in unserer Gesellschaft. Mag man die eine Veränderung als zukunftsweisend empfinden, erlebt man die andere als Kapitulation vor Fakten und Vorkommnissen; auch das ist normal. Kaum jemand wird ernsthaft unserem Staat das Recht zubilligen wollen, Vorschriften im Bereich der persönlichsten und intimsten Verhaltensweisen oder gar Empfindungen zu erlassen. Es gilt den Schutz der Schwächsten zu sichern und soweit möglich einen Rahmen zu setzen, damit Benachteiligungen und Diskriminierungen verhindert werden und sich Menschen gesund entwickeln und entfalten können.

In den vergangenen Tagen haben wir über Lenkungsmaßnahmen diskutiert, damit die Energiewende zu einem Erfolg wird. Bund und Staat sollen aber nicht das Recht haben, sich lenkend in die konkrete Gestaltung engster Gemeinschaften zwischen einzelnen Menschen einzumischen. Allerdings soll auch da die Sicherheit geschaffen werden, dass Menschen frei von Diskriminierungen in ihrer persönlichen Würde und Integrität geschützt werden.

Was hat dies mit der vorliegenden Initiative zu tun? Steuergerechtigkeit ist einer der Eckpfeiler des friedlichen Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Extreme Unterschiede bei den Einkommen, unterschiedliche Löhne für gleiche Arbeit und weit auseinanderklaffende Vermögen sind Gift für den sozialen Frieden. Umverteilung durch angepasste Steuerbelastung ist ein Schlüssel für ein sicheres Leben. Unbestreitbar ist es für verheiratete Paare stossend, wenn sie erkennen müssen, dass ihre AHV-Renten bedeutend tiefer sind als diejenigen von Konkubinatspaaren in einer vergleichbaren Situation. Doch jetzt gilt es, Augenmass zu bewahren und die Vielzahl an Vor- und Nachteilen abzuwägen. Viele Ehepaare möchten nicht auf die Vorteile des Einkommenssplittings, die Option von Witwer- und Witwenrenten bzw.

entsprechende Zuschläge oder auf Betreuungsgutschriften verzichten.

Der Gegenentwurf zur Volksinitiative nimmt das Problem der Benachteiligungen berechtigterweise auf. Auch die Ehe soll nicht benachteiligt werden – alle Menschen müssen vor Benachteiligungen geschützt werden. Es besteht effektiv Handlungsbedarf mit Blick auf den Schutz der Familien. Kindergutschriften – eine Gutschrift für jedes Kind – wären ein entscheidender und zukunftsweisender Beitrag, damit Kinder nicht zur Armutsfalle werden. Die Individualbesteuerung ist ein weiterer Schlüssel zur Steuergerechtigkeit.

Seien wir ehrlich: Die geschätzten 2 Milliarden Franken Mehrkosten für die Umsetzung der Initiative allein bei der AHV halten einer gesamtheitlichen Prüfung des Mitteleinsatzes für lebenssichernde AHV-Renten nicht stand. Ausserdem muss man fairerweise sagen, dass die übrigen Vorteile für die Ehepaare – faktisch in ähnlichem Umfang – ja nicht gerade die Anliegen der Initianten sind. Sehen wir also von populistischen Schnellschüssen ab, prüfen wir wirkungsorientierte Massnahmen, welche den Herausforderungen der Familien gerecht werden. Der direkte Gegenvorschlag ist ein möglicher erster Schritt in die richtige Richtung. Haben wir die Grösse, persönliche Wertvorstellungen zu leben, Gleich- und Andersdenkende zu respektieren, facettenreichen Lebensschicksalen und Biografien Beachtung zu schenken und auch in ganz persönlichen Fragen Gewissensfreiheit zu gewähren.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Man kann diese Volksinitiative drehen und wenden, wie man will: Es ist keine steuerpolitische Frage, es ist keine finanzpolitische Frage – es ist eine gesellschaftskulturelle Frage. Nun frage ich mich selbst, wem ich hier als Volksvertreter verpflichtet bin: Bin ich einer Partei verpflichtet, einer Ideologie oder gar einer Religion? Bin ich vielleicht eher der Gesellschaftsrealität verpflichtet?

Es ist richtig, es gibt bei den Steuern Konstellationen mit Mehrbelastungen für Ehepaare, es gibt Konstellationen bei AHV-Rentenauszahlungen, die ungerechtfertigt und nicht tragbar sind. Aber es gibt auch Konstellationen, zum Beispiel bei der Hinterlassenenrente, mit Vorteilen für Ehepaare, nicht aber für andere Partnerschaften. In der ganzen Steuersystematik gibt es für die eine oder die andere Gruppe überall immer wieder Nachteile.

Bezugnehmend auf dieses Faktum muss doch jetzt zuerst einmal die Frage beantwortet werden, welche Lebenssituationen denn in unserem Staate gleich behandelt werden sollen. Welche Lebensformen sind denn für den Staat wirklich nutzbringend? Jene, bei denen sich zwei Menschen in einer Kleinstgemeinschaft verpflichten, füreinander zu sorgen und damit auch dem Staat Aufgaben und Verantwortung abzunehmen und ihn zu entlasten. Die Frage kann doch nicht die nach der Institution einer solchen gewählten Lebensform oder Lebensgemeinschaft sein; die Frage kann doch nur die sein, was der Staat vom Inhalt her fördert und was für ihn von Nutzen ist.

Ich habe vorher von Realität gesprochen. Wissen Sie, was die wirkliche Gesellschaftsrealität heute ist? Die Gesellschaftsrealität ist gemäss den Statistikzahlen von 2013, dass in allen Schweizer Privathaushalten 57 Prozent der erwachsenen Personen nicht in einer Ehe leben. 35 Prozent der Haushalte sind Einzelhaushalte. 28 Prozent sind kinderlose Paarhaushalte, und 10 Prozent sind Mehrpersonenhaushalte. Gerade einmal 27 Prozent der Haushalte – das werde ich nicht – sind die traditionellen Familienhaushalte.

Nun ist die Frage: Für wen machen wir hier Politik? Machen wir sie für die Mehrheit unseres Volkes? Oder machen wir sie für uns? Wer ist die Mehrheit, und wer sind die anderen? Winston Churchill hat dazu einmal treffend gesagt: «Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen», und die «Ansichten anderer Leute» ist hier unsere Volksmehrheit. Wollen Sie nun wirklich als Gesetzgeber mit dieser Volksinitiative einer einzigen Lebensform einen Exklusivstatus geben? Wollen Sie hier wirklich die Augen davor verschliessen, dass das, was einst Wirklichkeit war, schon längst nicht mehr so ist? Haben wir

nicht eher die Verpflichtung, in gesellschaftspolitischen Fragen eine Politik zu machen, die für die Zukunft ist, zu der unsere Gesellschaft hingehört, und nicht für das, was im letzten Jahrhundert war?

Verkennen wir diese Gesellschaftsrealität nicht! Das könnte sonst einmal zu einem Bumerang werden, wenn sich all diese Leute, die sich von uns nicht mehr getragen fühlen, gegen uns und unsere Politik wenden. Gestern hat mir eine alleinstehende Frau, eine Single-Frau, gesagt: «Wenn diese Initiative im Parlament durchkommt, werde ich für die Erbschaftssteuer-Initiative stimmen, weil ich dort nichts zu verlieren habe; ich bin nicht bereit, immer mehr zu bezahlen!» Beachten Sie folgende Aussage von Carlo Manzoni: «Ideologie ist der Versuch, die Strassenbeschaffenheit zu ändern, indem man neue Wegweiser aufstellt.» Genau das tun Sie hier mit dieser Volksinitiative.

Bitte empfehlen Sie die Volksinitiative zur Ablehnung, und stimmen Sie dem Gegenvorschlag zu!

Glanzmann-Hunkeler Ida (CE, LU): Herr Kollege Portmann, mich würde interessieren, ob ich mich hier im Parlament entschuldigen muss und ob ich wirklich aus dem letzten Jahrhundert bin, wenn ich noch verheiratet bin.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Ich habe Ihnen nicht gesagt, Sie seien aus dem letzten Jahrhundert. Ich habe Ihnen Statistiken und Zahlen genannt, die aussagen, dass heute noch 27 Prozent aller Haushalte die traditionelle Familienform haben. Ich habe Ihnen sogar die Frage gestellt, ob wir hier drin die Verpflichtung haben, das Gesellschaftsbild abzubilden, das unser Volk heute wirklich lebt, oder ob wir hier Gesetze für eine Minderheit zu machen haben, die im letzten Jahrhundert noch eine Mehrheit war. Das habe ich gesagt.

Buttet Yannick (CE, VS): Qui veut noyer son chien l'accuse de la rage. Cet adage s'applique parfaitement à celles et ceux qui, sous couvert d'ouverture et de tolérance, veulent maintenir une inégalité flagrante en défaveur des couples mariés. Nous ne débattons pas de la définition du mariage. Si certains veulent le faire pour être dans l'air du temps, qu'ils le fassent mais de manière ouverte et transparente! Cette polémique stérile alimentée par les milieux gays et lesbiens, ou peut-être encore davantage par celles et ceux qui disent s'en préoccuper, est sans fondement. En effet, les couples en partenariat enregistré souffrent de la même injustice que les couples mariés et profiteront aussi de la remise à niveau proposée. Le Conseil fédéral l'a d'ailleurs confirmé. Quant à ceux qui souhaitent que se poursuive l'individualisation de notre société et profiter du projet PDC pour faire passer une imposition individuelle, ils généreront au passage une surcharge administrative de l'ordre de 30 à 50 pour cent pour les cantons, qui devront faire face à l'augmentation des déclarations fiscales. Ces coûts inutiles pour le contribuable, le PDC n'en veut pas.

A entendre certains – on vient de nous le prouver encore –, il serait quasiment anormal voire honteux d'être marié. Ou plutôt, comme les situations sont aujourd'hui diverses, on ne devrait plus considérer le mariage comme on l'a fait jusqu'à aujourd'hui. S'il s'agit de faire en sorte que chaque famille puisse disposer de meilleures conditions-cadres afin de vivre au mieux et de permettre l'épanouissement de chacun de ses membres, ce n'est pas en affaiblissant un modèle familial que l'on renforcera les autres. Cette conception égalitariste de la famille est néfaste pour notre pays. Il n'y a aucune raison de pénaliser les couples qui ont choisi de se lancer dans une vie en commun et qui ont pris des engagements mutuels forts.

Assumons jusqu'au bout notre volonté commune d'aider toutes les familles et soutenons l'initiative populaire du PDC, qui permet de rétablir rapidement et sans complication la justice fiscale dans notre pays. Une solution simple et logique, c'est ce que propose l'initiative du PDC pour supprimer enfin une inégalité trop répandue dans notre pays et éviter de créer un monstre bureaucratique.

Je vous remercie de votre soutien: un grand oui pour rendre justice à celles et ceux qui se sont déjà dit oui!

Tornare Manuel (S, GE): Monsieur Buttet, nous avons entendu ce matin votre grand chef, Monsieur Darbellay, dire que le PDC ne voulait discriminer personne. Il a précisé – cela a été repris dans les médias et sur les sites Internet – que les mesures de l'initiative du PDC s'appliquaient également au partenariat enregistré. Comme hier, dans le cadre d'un autre sujet sur lequel j'ai posé une question, j'ai l'impression que vous faites le grand écart. Qu'est-ce que cela signifie? Que vous allez transformer le partenariat enregistré en mariage et que vous allez redéfinir la notion de mariage? Etes-vous prêts à le faire? Dans le cas contraire, je ne comprends plus rien et je crois que je ne suis pas le seul.

Buttet Yannick (CE, VS): Monsieur Tornare, vous avez probablement lu que le Conseil fédéral a déjà confirmé que si cette égalité devait être établie pour les couples mariés, les couples en partenariat enregistré seraient également concernés. Vous faites une politique des symboles, nous faisons une politique des actes.

Präsident (Stahl Jürg, zweiter Vizepräsident): Ich erteile Herrn Darbellay das Wort für eine persönliche Erklärung.

Darbellay Christophe (CE, VS): Comme j'ai été interpellé personnellement par Monsieur Tornare, qui est en train de travestir un peu mon propos de ce matin – gentiment, je le relève –, j'aimerais quand même clarifier cette position.

Si l'initiative du PDC est acceptée, et c'est ce que le Conseil fédéral a déclaré dans ses réponses à l'interpellation Thorens Goumaz 13.4254 et à la question Comte 13.1077, les partenaires enregistrés, donc les couples de même sexe, profiteront aussi de l'élimination de la discrimination. Cela a été affirmé par le Conseil fédéral dans son message et dans la réponse à plusieurs interventions parlementaires. Cela ne veut pas dire que l'on change les institutions en place. Aujourd'hui, il existe deux institutions pour vivre ensemble si l'on veut se lier sur le long terme: le partenariat enregistré, qui est un projet que le PDC a soutenu et porté sur les fonts baptismaux pour les couples homosexuels, et le mariage pour les couples hétérosexuels. Ils ne sont pas définis de la même manière dans le texte de cette initiative, mais ils en profiteront de la même manière si tant est que celle-ci soit acceptée.

Ruiz Rebecca Ana (S, VD): A l'instar de la dernière initiative du PDC, que notre conseil a traitée au mois de juin dernier, cette initiative part sans doute d'une bonne intention, celle de supprimer la pénalisation des couples mariés en matière d'impôts et d'assurances sociales. Elle rate cependant à nouveau le coche; pire, elle introduit subrepticement dans la Constitution une définition du mariage comme étant l'union durable, réglemée par la loi, d'un homme et d'une femme, soit une définition qui exclut clairement l'union entre deux personnes du même sexe. L'introduction de cette définition, qui discrimine des centaines de milliers de couples dans notre pays, est absolument inacceptable. Hormis le problème de quantification de la notion de «durable» d'une telle définition «hétérocentrée», elle porte par ailleurs atteinte à la notion constitutionnelle de l'égalité, en excluant de fait toute ouverture du mariage aux couples de personnes de même sexe.

Notre Constitution garantit pour l'heure le droit au mariage sans définir l'institution. Au nom de quoi faudrait-il réserver désormais cette institution à une seule catégorie de citoyens? Sans doute pas au nom de l'aide fiscale à la famille comme le prétend le PDC. Seuls les initiants seraient en mesure de nous apprendre la motivation profonde derrière cette nouvelle phrase, pourtant étrangère au but même de l'initiative. Ses effets sont hélas beaucoup plus certains.

Autre problème posé par cette initiative, le fait qu'elle interdise la possibilité d'instaurer un système d'imposition individuelle des époux au lieu d'une imposition commune. Une

telle imposition, qui serait la même pour tous, quels que soient l'état civil et le mode de vie choisis, serait pourtant le meilleur instrument pour contrer la pénalisation fiscale du mariage. Cette initiative impose une vision équilibrée et discriminatoire du mariage et surtout de la famille que prétendent défendre ses auteurs.

Pour défendre et aider les familles, Mesdames et Messieurs les initiants, il faut du courage, comme celui, par exemple, d'aller jusqu'au bout lorsqu'on propose de rendre les primes d'assurance-maladie gratuites pour les enfants. Il faut des actes, mais des actes susceptibles d'aider toutes les familles, tous les couples de personnes qui s'aiment, qui se sont choisis, qui décident de vivre ensemble et finalement de construire leur vie à deux, peu importe leur sexe. Pour défendre et aider les familles, il n'y a pas besoin de stigmatiser à mots couverts les uns ou les autres.

Pour les raisons évoquées, je vous invite à recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative et je vous invite à soutenir le contre-projet qui nous est soumis et qui corrige l'introduction d'une définition du mariage discriminatoire.

Merlini Giovanni (RL, TI): L'obiettivo di quest'iniziativa popolare è condivisibile nella misura in cui intende mettere fine agli svantaggi fiscali delle coppie sposate rispetto alle coppie concubine. Infatti, è noto che rispetto a quest'ultime le coppie sposate, benché siano al beneficio di determinate agevolazioni fiscali come tariffe inferiori e deduzioni specifiche per coniugi, in taluni casi possono risultare sfavorevoli a causa dell'accumulo dei redditi e della progressione delle aliquote.

Tuttavia, la soluzione proposta dagli autori dell'iniziativa eliminerebbe una discriminazione sostituendola con un'altra. Un'eventuale accettazione dell'iniziativa impedirebbe il passaggio all'imposizione individuale dei coniugi e precluderebbe alle coppie omosessuali la possibilità di sposarsi. Questo per due ragioni: in primo luogo, perché l'iniziativa fissa la definizione della nozione di matrimonio quale durevole conseguenza disciplinata dalla legge di un uomo e di una donna ancorandola per la prima volta in modo esplicito nella Costituzione. Si escluderebbe così ogni futura interpretazione che assimili al matrimonio altre forme possibili di convivenza, forme che rimarrebbero dunque espressamente escluse dalla tutela accordata dall'articolo 14 della Costituzione federale sul diritto al matrimonio e alla famiglia. In secondo luogo, perché in base al tenore dell'iniziativa la Costituzione federale designerebbe il matrimonio dal profilo fiscale come una comunione economica, stabilendo un'imposizione congiunta per i coniugi.

Pertanto, in un'ottica liberale è di gran lungo preferibile il controprogetto diretto elaborato dalla maggioranza commissionale, con il quale si lascia aperta la possibilità di un'imposizione individuale dei coniugi, senza escludere in futuro un modello impositivo indipendente dallo stato civile, che tenga quindi conto dei diversi stili di vita e delle diverse forme di convivenza e permetta contemporaneamente di risolvere il problema degli svantaggi derivati alle coppie sposate. Il pregio del controprogetto diretto proposto dalla maggioranza sta proprio nel fatto che rinuncia a scolpire nella Costituzione federale una definizione della nozione di matrimonio una volta per tutte, lasciandola invece evolvere insieme alla sensibilità della società e riservando al legislatore la facoltà, con una semplice modifica di legge, di rendere accessibile l'istituto anche ad altre unioni di persone, evitando così discriminazioni. La formulazione del controprogetto diretto lascia inoltre impregiudicata la possibilità per il legislatore di scegliere fra tutti i modelli di imposizione separata o congiunta.

Oggi risultano ancora svantaggiati soprattutto i coniugi con redditi medi ed alti che esercitano entrambi un'attività lavorativa.

Questa situazione sfavorevole può dissuadere effettivamente il coniuge di un contribuente che lavora a tempo pieno dall'esercitare un'attività lavorativa o dall'incrementare il suo tempo parziale, spesso già ridotto. In un sistema di split-

ting, anche se si tratta di splitting totale, l'effetto deterrente è maggiore che in un sistema di imposizione individuale considerato che l'aliquota marginale dell'imposta è superiore per il coniuge che consegue il secondo reddito e che reagisce quindi in modo più flessibile. Mentre con l'imposizione individuale vera e propria l'opzione di un'attività lavorativa diventa più attrattiva rispetto alla conduzione di un'economia domestica o del tempo libero.

Del resto, il modello dell'imposizione individuale è decisamente più in sintonia con le trasformazioni socio-economiche e culturali in atto nel nostro Paese. Il baricentro si è spostato a favore dell'imposizione individuale per diversi fattori, tra cui la flessibilizzazione del mercato del lavoro che consente di reagire in modo più elastico all'offerta, la riduzione dei divari nella formazione e negli stipendi tra i due sessi nonché la diffusione dell'occupazione a tempo parziale. Non sorprende quindi che la maggioranza degli Stati membri dell'OCSE applichi un sistema d'imposizione individuale, con fattori correttivi in particolare per le coppie di coniugi con un solo reddito.

Infine un dato significativo: il 2013 è stato il primo anno in cui il numero delle persone sole ha superato quello delle persone coniugate. Accanto alle famiglie tradizionali troviamo sempre più cittadini svizzeri che vivono in concubinato. Se trent'anni fa le unioni coniugali in cui un solo coniuge svolgeva un'attività lavorativa rappresentava ancora il 70 per cento, oggi sono scese al 50 per cento. L'imposizione individuale risulterebbe assai più adeguata a questi nuovi stili di vita e inoltre, potendo configurarsi in modo indipendente e neutrale rispetto allo stato civile, eliminerebbe anche la cosiddetta penalizzazione del matrimonio.

Per queste ragioni vi invito a sostenere la maggioranza commissionale.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): La penalizzazione fiscale delle coppie sposate è iniqua e va soppressa, ma non introducendo un'ulteriore discriminazione. Ecco perché il Partito socialista si batte da anni per l'introduzione dell'imposizione individuale, il metodo più semplice ed equo di eliminare questa penalizzazione. Un passaggio all'imposizione individuale è di conseguenza la via più coerente per parificare l'imposizione del primo e del secondo reddito. L'iniziativa del Partito popolare democratico pretende di correggere questa penalizzazione, proponendo una definizione estremamente conservativa del matrimonio, introducendo nella Costituzione una discriminazione verso le coppie dello stesso sesso.

Mentre obiettivo, degli autori dell'iniziativa di correggere la penalizzazione fiscale per le coppie sposate è condivisibile, risulta però incomprensibile la rigida posizione del Partito popolare democratico, contrario al controprogetto proposto dalla maggioranza commissionale. E un controprogetto che vuole raggiungere quanto sostenuto dagli autori dell'iniziativa, vale a dire la soppressione delle disparità di trattamento dal profilo fiscale tra coppie sposate e coppie non sposate, ma lascia la possibilità alle persone sposate di passare all'imposizione individuale e rinuncia a definire la nozione di matrimonio nella Costituzione federale. A meno che, appunto, oltre a correggere questa discriminazione, non ci sia anche un altro scopo, cioè quello di sancire una nozione conservatrice e anacronistica del concetto di matrimonio nella Costituzione. E un'iscrizione assolutamente non necessaria per correggere le discriminazioni fiscali e soprattutto non opportuna, anzi pericolosa, fonte di nuove discriminazioni che non tengono conto dell'evoluzione della società. Grazie al controprogetto della maggioranza commissionale, le coppie sposate non saranno più svantaggiate in ambito fiscale rispetto alle coppie in concubinato. Contemporaneamente però, non ci sarà invece quanto propone l'iniziativa ossia la discriminazione delle coppie dello stesso sesso.

Quanto propongono gli autori dell'iniziativa che stiamo discutendo va quindi ben al di là della sola questione fiscale. Infatti, è la prima volta che si inserisce una definizione così rigida di matrimonio come sola unione tra donne e uomini nella Costituzione. Ciò renderà impossibile rispondere in futuro all'evoluzione della società. L'accettazione di

quest'iniziativa sarebbe un ritorno al passato, contrario allo spirito di apertura non discriminatoria che hanno ottenuto le coppie dello stesso sesso negli ultimi anni anche nel nostro Paese. Se accettata, quest'iniziativa precluderà il passaggio all'imposizione fiscale individuale. Perché, come dicevo all'inizio, ci vuole un sistema di imposizione individuale, indipendente dallo stato civile e dalla scelta di vita di ognuno. Vi invito quindi a raccomandare di respingere l'iniziativa popolare ed a sostenere il controprogetto e quindi le proposte della maggioranza.

Bulliard-Marbach Christine (CE, FR): Seit nunmehr dreissig Jahren sucht die Schweiz nach einer Lösung, damit Ehepaare durch den Fiskus nicht mehr benachteiligt werden. In dieser langen Zeit hat sich zwar etwas getan, aber auch nach drei Jahrzehnten haben wir in diesem Land noch keine steuerliche Gleichberechtigung von verheirateten Paaren erreicht. Bei der Bundessteuer sind noch immer 80 000 Ehepaare benachteiligt gegenüber Paaren, die im Konkubinats leben. Betroffen sind vor allem Familien im Mittelstand.

Es ist höchste Zeit, dass wir diese Heiratsstrafe endlich beseitigen. Die Steuerlast darf heute bei der Wahl der Lebensform kein Hindernis mehr darstellen. Vielmehr gilt es Ehe und Familie zu stärken. Das ist das Ziel der vorliegenden CVP-Initiative. Sie verbietet die Ungleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren und verankert gleichzeitig die gemeinsame Besteuerung der beiden Partner explizit in der Verfassung, denn letztlich ist die Ehe bei aller Vielschichtigkeit immer auch eine Wirtschaftsgemeinschaft. Diesen entscheidenden Aspekt greift nur der Initiativtext auf, und dieser gilt auch für die eingetragenen Partnerschaften.

Der zur Diskussion stehende Gegenvorschlag der Kommission verzichtet darauf, Paare als Wirtschaftsgemeinschaft zu betrachten. Das ist eine entscheidende Lücke, die der Individualbesteuerung die Tür öffnet.

Ich bitte Sie, die Initiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» zu unterstützen, und zwar aus folgenden Gründen: Bei der individuellen Besteuerung von Eheleuten resultiert, je nach Zusammensetzung der Einkommen, unter dem Strich eine Benachteiligung. Damit würde genau das Gegenteil des Gewünschten erreicht. Nur die Initiative kann das Problem lösen. Im Gegensatz zum Gegenvorschlag der Kommission schliesst die CVP-Initiative mit der expliziten Nennung der Wirtschaftsgemeinschaft eine Individualbesteuerung von verheirateten Personen grundsätzlich aus. Mit der Zulassung der Individualbesteuerung würde die Anzahl eingereicherter Steuererklärungen zunehmen, und der administrative Aufwand würde in der Folge deutlich grösser. Die Initiative zielt in die gleiche Richtung wie die Politik des Bundesrates, der die Volksinitiative darum auch unterstützt. Die Umsetzung soll dem Finanzdepartement überlassen sein. Möglich sind zum Beispiel verschiedene Splittingmodelle oder auch eine Anpassung der Tarife.

Entscheidend ist vor allem, dass wir jetzt handeln. Sie alle kennen die demografischen Herausforderungen in unserem Land. In dieser Situation können wir es uns nicht mehr länger leisten, die Familien zu benachteiligen. Die Initiative schlägt den richtigen Weg ein. Die Ehe ist eine Gemeinschaft, auch vor dem Fiskus. Das Ja zur Initiative bedeutet, dass die Steuern in Zukunft nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Paares berechnet sind, während der Gegenvorschlag die Ungleichbehandlung weiterhin aufrechterhält.

Ich danke Ihnen – empfehlen Sie die Volksinitiative zur Annahme!

Herzog Verena (V, TG): «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»: Ja, auch wenn es ein paar Leute im Saal nicht wahrhaben wollen, ist die Familie dennoch der Kern unserer Gesellschaft, zu dem heute wegen der unendlich vielen äusseren Einflüsse nach wie vor besonders Sorge getragen werden muss. Weiter hat eine verbindliche Familiengemeinschaft eine Vorbildwirkung. Zudem gibt die Familie den Kindern Schutz und Geborgenheit. Sie hilft den Kindern, sich zu starken Persönlichkeiten mit Stehvermögen zu ent-

wickeln. Konstanz und Verlässlichkeit in der Familie sind wichtige Voraussetzungen dafür. Besonders in der heutigen Zeit, in der die «Individualitis» grassiert und die verschiedensten Lebensformen gewählt werden können und auch sollen, ist es in einer modernen Schweiz dringender denn je und ein wichtiges Zeichen, die Ehe zu stärken und zu schützen.

Die Ehe als dauerhafte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau soll endlich in der Verfassung verankert werden. Nach dreissig Jahren der Diskussionen ist das Ende der steuerlichen Ungleichbehandlung von Ehepaaren überfällig. Verheiratete Paare dürfen gegenüber Konkubinatspaaren nicht weiter benachteiligt werden. Die Heiratsstrafe gehört abgeschafft. Der Mittelstand und junge Familien sollen steuerlich entlastet werden.

Ebenso muss die Ungerechtigkeit bei den Rentnern, bei der AHV beseitigt werden. Es gilt zivilstandsunabhängige Renten für alle einzuführen. Ehepaare sollen jedoch in steuerlicher Hinsicht weiterhin eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden, denn eine Individualbesteuerung, wie sie der direkte Gegenvorschlag erlauben würde, erfordert – wir haben es schon gehört – eine komplizierte neue Gesetzgebung: Es müsste mit einem 30- bis 50-prozentigen administrativen Mehraufwand und einem entsprechendem Stellenausbau bei den Steuerbehörden gerechnet werden. Damit würde einmal mehr der Steuerzahler zur Kasse gebeten.

Der direkte Gegenvorschlag will zudem die Definition der Ehe in der Bundesverfassung offenlassen. Statt den Begriff der Ehe zu schützen, will er eine weitere Aufweichung und Schwächung der Ehe zwischen Mann und Frau. Das darf doch nicht wahr sein!

Auch wenn Herr Nationalrat Portmann noch mit der Erbschaftsteuer droht – ich glaube, dass das nicht hierher gehört –, bitte ich Sie, der Initiative zuzustimmen und die Heiratsstrafe und die damit verbundene Lebensformdiskriminierung endlich konsequent zu beseitigen. Vielen Dank!

Ingold Maja (CE, ZH): Dem Text der Volksinitiative mit der Definition der Ehe als «auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» liegt der traditionelle Ehebegriff zugrunde, der so bisher nicht in der Verfassung stand. Das ist auch die Ehedefinition der EVP. Weltweit und praktisch in allen Hochreligionen und -kulturen besteht diese gemeinsame Vorstellung. Sie entspricht schliesslich auch international dem geltenden Rechtsverständnis. Mit dem CVP-Ehebegriff in der Verfassung könnten sich andere Lebensgemeinschaften nicht auf den verfassungsrechtlichen Schutz des Rechts auf Ehe und Familie berufen. Für die EVP ist es indes genau die klassische Ehe, die gestärkt werden muss, da gerade der Ehebegriff mehr und mehr ausgehöhlt wird. Das Parteiprogramm erwähnt den Eheschutz speziell: «Privilegien der Ehe beibehalten, d. h. weder aufheben noch abwerten, noch auf andere Verbindungen ausdehnen».

Unabhängig von den Fragen zur Ehedefinition teilt die EVP klar die Ziele der Revision, wonach sich die direkte Bundessteuer möglichst neutral gegenüber den verschiedenen Partnerschafts- und Familienmodellen verhalten und so zu ausgewogenen Belastungssituationen führen soll. Die Steuergesetzgebung soll nicht bestimmte Lebensentwürfe gegenüber anderen privilegieren und finanziell fördern. Die Familie soll auch in steuerlicher Hinsicht als Einheit betrachtet werden. Deshalb hat die EVP das Familiensplitting favorisiert, das die Nachteile der Besteuerung als Gütergemeinschaft beseitigen würde. Die EVP steht dieser Idee immer noch nahe, weil sie von der Ehegemeinschaft ausgeht. Deshalb kann sie gut damit leben, dass mit der Volksinitiative die Individualbesteuerung ausgeschlossen wird. Die EVP sagt in ihrem Parteiprogramm aber ausdrücklich «eine Person, eine Rente», und so haben wir auch Sympathie für den Gegenvorschlag, weil er das Ziel der Abschaffung der Ehestrafe auch erfüllt. Klar abgelehnt werden jedoch die Minderheitsanträge zu diesem Gegenvorschlag.

Der Gegenvorschlag bleibt die Tür zum Modell der Individualbesteuerung. Dieser Ansatz wäre letztlich der einfachste,

und er entspräche der gesellschaftlichen Entwicklung hin zur Individualisierung. Mit der Volksinitiative und dem Gegenvorschlag beissen sich zwei Konzepte: die Betonung der verbindlichen Lebensgemeinschaft in der Volksinitiative, die Betonung des Individuums im Gegenvorschlag. Mit dem Aufgeben solcher Koordinaten wie der Eheinheit und der Wirtschaftsgemeinschaft handelt man sich aber eine gewisse Gleichschaltung und Beliebigkeit ein, was die soziale Orientierung im Leben nicht unbedingt einfacher macht. Im Gegenteil: Soziale und rechtlich ordnende Strukturen werden vermischt und damit auch Werte, die dem gesellschaftlichen Leben und Zusammenleben dienen.

Die Minderheitsanträge, die noch stärker auf eine offene Formulierung des Zusammenlebens abstellen und den zugegebenermassen ausgrenzenden Ehebegriff verlassen, schaffen rechtliche Unklarheiten: Was zählt dann zu den gesetzlich geregelten Lebensgemeinschaften, und inwieweit geschieht der Nachvollzug in allen Sozialversicherungen? Solche grundsätzlichen Umstrukturierungen sollen nicht hier geschehen und gleichsam durch die Hintertür eingebracht werden.

Fazit: Die EVP unterstützt die Volksinitiative und lehnt den Gegenvorschlag ab.

Schneider-Schneiter Elisabeth (CE, BL): Es geht doch bei dieser Initiative einfach darum, dass geheiratet werden kann, ohne dass man deswegen bestraft wird – ein Anliegen, bei welchem das Bundesgericht bereits vor dreissig Jahren Handlungsbedarf festgestellt hat. Verheiratete Paare dürfen gegenüber Konkubinatspaaren nicht benachteiligt werden. Das ist ein legitimes Anliegen, welches von der CVP als Familienpartei nun während dreissig Jahren x-mal aufgegriffen worden ist.

Dass nun hier gewisse Parteien diese Diskriminierung mit fadenscheinigen Argumenten aufrechterhalten wollen, ist unverständlich. Die Forderung unserer Initiative ist doch ganz klar und logisch: Die Ehe darf gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und bei den Sozialversicherungen.

Besonders verwerflich ist die Instrumentalisierung der Homosexuellen gegen diese Initiative. Dabei soll die Forderung der CVP sowohl für die Ehe im traditionellen Sinne als auch für die eingetragenen Partnerschaften gelten. Die Forderung der CVP für die Abschaffung der Heiratsstrafe gilt also genau gleich für die Abschaffung der Mehrbelastung von Personen in eingetragener Partnerschaft.

Die CVP setzt sich für den Generationenvertrag ein. Der Generationenvertrag ist eben kein Individualisierungsprojekt, sondern ein Projekt, bei welchem es darum geht, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Das gilt einerseits für den Ehepartner oder den Partner in einer eingetragenen Partnerschaft, andererseits auch für die Kinder, für die Eltern und die Grosseltern. Kann dieses Modell so schlecht sein? Ist dieses Modell tatsächlich vom letzten Jahrhundert?

Die Familie ist die Urzelle der Gemeinschaft – damit der KMU und der Wirtschaft. Ohne Familien, welche ihre Verantwortung in unserer Gesellschaft wahrzunehmen wissen, wäre unsere Gesellschaft verloren. Es kann doch nicht sein, dass Menschen, welche sich verheiraten, weiterhin bestraft werden! Es kann doch nicht sein, dass Rentner sich nach einer Pensionierung scheiden lassen, damit sie eine angemessene Rente bekommen!

Ich sage Ja zur Abschaffung der Heiratsstrafe und Nein zum Gegenentwurf, welcher lediglich ein Feigenblatt ist.

Reimann Maximilian (V, AG): Ich unterstütze die uns vorliegende Volksinitiative zur Abschaffung der sogenannten Heiratsstrafe voll und ganz. Ich halte es auch für richtig, dass bei dieser Gelegenheit der Begriff der Ehe auf Verfassungsebene einmal klar definiert wird und damit einen spezifischen Stellenwert erhält. Im Zeitalter, wo die Gender-Politik überhandnimmt, wo Minderheiten faktisch zu Mehrheiten umgedeutet werden, wo die Begriffe «Vater» und «Mutter» langsam, aber sicher durch die Begriffe «Elter 1» und «Elter 2» – so erlebt im Europarat – ersetzt werden sollen, in solch

einem Zeitabschnitt soll auch einmal etwas zum nachhaltigen Schutz der traditionellen Ehe getan werden.

Zu Wort gemeldet habe ich mich aber nicht wegen des Disputs um lebenspartnerschaftliche Begriffe, sondern wegen eines anderen Begriffes in den uns vorliegenden Anträgen. Ich meine den Begriff der Sozialversicherungen. Dieser ist in den Voten zuvor eher spärlich zum Zuge gekommen, obwohl in allen Vorschlägen gleichwertig stets von Steuern und Sozialversicherungen die Rede ist.

Warum aber fallen die Sozialversicherungen gegenüber den Steuern votenmässig derart ab? Vermutlich wohl deshalb, weil der Bundesrat im erläuternden Bericht der vorbereitenden Kommission des Nationalrates vom 30. Juni 2014 wie folgt zitiert wird: «Bei den Sozialversicherungen gibt es nach Ansicht des Bundesrates hingegen keine Benachteiligung von Ehepaaren, die zu korrigieren wäre.» Aber, Frau Bundesrätin, das sehe ich ein bisschen anders. Gerade im Rentenalter gibt es eine Benachteiligung, eine klare Schlechterstellung von Rentnerhepaaren gegenüber Rentnerkonkubinatspaaren. Rentnerhepaare bekommen doch lediglich eine plafonierte AHV-Rente, plafoniert, gekürzt von 200 auf 150 Prozent. In absoluten Zahlen am Beispiel der Maximalrente ausgedrückt: Ein Ehepaar, das im Rentenalter zusammenlebt, erhält eine monatliche AHV-Rente von 3510 Franken; ein Konkubinatspaar, das zusammenlebt, kommt jedoch auf ein monatliches AHV-Renteneinkommen von zweimal 2340 Franken, also von 4680 Franken. Das ergibt doch eine signifikante allmonatliche Differenz von 1170 Franken. Frau Bundesrätin, ist das aus Ihrer Sicht nicht eine Benachteiligung? Da möchte ich Sie schon herzlich bitten, all den direktbetroffenen Rentnerhepaaren diese Diskrepanz zu erläutern.

Die Kollegin und den Kollegen auf den Sitzen der Kommissionssprecher möchte ich fragen, warum sich die Kommission da praktisch kommentarlos dem Bundesrat angeschlossen hat. Sieht man in der WAK tatsächlich auch keine Benachteiligung von Rentnerhepaaren gegenüber Rentnerkonkubinatspaaren? Im konkreten Beispiel sind es für den gleichen Haushalt 3510 gegenüber 4680 Franken. Frau Bundesrätin, gibt es da auf absehbare Zeit hinaus wirklich nichts zu korrigieren? Zementieren wir da nicht auf lange Zeit hinaus eine weitere Heiratsstrafe?

Müller Leo (CE, LU): Der Bundesrat unterstützt die CVP-Initiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe». Dass verheiratete Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt sind, anerkennt der Bundesrat. Diese Anerkennung freut mich. Dagegen argumentiert der Bundesrat, im Bereich der Sozialversicherungen bestehe kein Handlungsbedarf. Diese Argumentation und diese Haltung kann nicht nachvollzogen werden. Der Bundesrat argumentiert, Ehepaare seien zwar bei der AHV, der Rente aus der ersten Säule, benachteiligt, weil eine Plafonierung dieser Rente für Ehepaare auf 150 Prozent vorgenommen werde. Konkubinatspaare erhalten zwei volle Renten. Diese Feststellung, wie gesagt, stimmt noch.

Nun rechnet der Bundesrat aber vor, dass Ehepaare in vielen anderen Bereichen bessergestellt seien als Konkubinatspaare. So rechnet er vor, dass Ehepaare bei der Unterhaltspflicht im Rahmen von Scheidungen, bei der Hinterlassenenrente, beim Verwitwetenzuschlag oder bei den Unfallversicherungen profitieren würden. Diese Argumentation mag stimmen, wenn man die Ehe als Institution, wenn man die Ehe als Ganzes gesamthaft betrachtet. Wenn nun aber ein Ehepaar relativ unaufgeregt – ohne Versterben des einen Ehegatten, ohne grösseren Unfall und ohne darauf angewiesen zu sein, eine IV-Rente beziehen zu müssen – durchs Leben geht und sich auch nicht scheiden lässt, sodass der naheheliche Unterhalt bei den Ehegatten zum Tragen kommen würde, dann halt traditionell in Rente geht, so wird das Ehepaar eben diskriminiert. Diesem Ehepaar, das so durchs Leben geht, nützt es nichts, wenn es in einzelnen Bereichen profitieren würde, da es solche Leistungen gar nicht beanspruchen kann respektive nicht beanspruchen muss. Wenn diese Leistungen nicht in Anspruch genommen

werden müssen, bleibt dem Ehepaar somit nur die Diskriminierung bei der Altersrente. Es ist ja bei Weitem nicht üblich, dass ein Ehepaar den ganzen Parcours durch alle Sozialversicherungen durchmacht, von diesen profitiert und am Schluss dann sagen kann: «Ja, bei der Rente kann ich ja eine Diskriminierung in Kauf nehmen.» Ich will damit aufzeigen, dass diese Argumentation so nicht weiterhilft und dass nicht alle Bereiche der Sozialversicherungen in die Waagschale geworfen werden dürfen. Daraus ist unweigerlich der Schluss zu ziehen, dass insbesondere bei der AHV Handlungsbedarf zugunsten der Ehepaare besteht.

Ich bitte Sie deshalb, dieser Initiative zuzustimmen. Ebenso klar bitte ich Sie, den Gegenvorschlag abzulehnen. Wenn Sie die Fahne anschauen, stellen Sie fest, dass bei den Gegenvorschlägen kein Konzept anzutreffen ist. Es wird ein Sammelsurium von Möglichkeiten aufgeführt, wie der Verfassungstext lauten könnte. Diese Auswahlendung zeigt auf, dass keine klaren Vorstellungen bestehen. So kann der Verfassungsgeber nicht legiferieren. Ich bitte Sie deshalb, diesen Gegenvorschlag abzulehnen.

Die Befürworter des Gegenvorschlages wollen, dass die Individualbesteuerung der Ehegatten eingeführt werden kann. Ich höre immer wieder, dass wir hier in diesem Haus immer neue Vorschriften erlassen, immer neue Administrativlasten auferlegen. Gerade mit diesem Punkt, mit der Einführung der Individualbesteuerung, würden wir einen markanten Sprung machen und höhere Administrativlasten auferlegen. Das wollen wir nicht, das will ich nicht, und deshalb lehne ich diesen Gegenvorschlag ab.

Es gibt genug gute Gründe, diese Initiative anzunehmen und den Gegenvorschlag abzulehnen. Tun Sie das.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): L'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» soulève un problème bien réel: les couples ayant contracté une union peuvent effectivement être désavantagés par rapport aux couples vivant en concubinage. C'est vrai! L'initiative pose toutefois deux problèmes:

1. Elle définit en termes clairs ce à quoi correspond la notion du mariage selon le PDC. Ce parti veut introduire la définition du mariage dans la Constitution, en ajoutant la notion selon laquelle, du point de vue fiscal, le mariage constitue une communauté économique. L'acceptation de l'initiative fermerait la porte au débat sur l'imposition individuelle, qui est, de mon point de vue, une solution équitable et à creuser.

2. Les temps ont changé. Introduire aujourd'hui dans la Constitution fédérale une définition du mariage comme étant l'union exclusive d'un homme et d'une femme me paraît clairement en décalage avec l'évolution observée dans la société. On entend dans la bouche de certains initiants que l'on interprète le texte, que personne ne serait oublié, même les personnes en partenariat enregistré. Je me base sur ce que je lis, or le texte est malheureusement clair et sans équivoque.

Comme je l'ai déjà mentionné, l'idée première de l'initiative, soit de créer les conditions d'une non-discrimination des couples liés par une forme d'union régie par la loi, est juste et mérite d'être soutenue. Mais alors pourquoi s'être compliqué la vie en voulant figer dans le marbre une certaine conception exclusive du mariage? La société évolue, le partenariat enregistré est reconnu, même si le texte de l'initiative passe complètement sous silence cette autre forme d'union régie par la loi. Plusieurs pays qui nous entourent, dont la France, l'Espagne et la Grande-Bretagne, ont adopté le mariage pour tous. Nul ne sait, à ce jour, si et quand ce débat pourrait s'ouvrir également chez nous.

Nous souhaitons parler de justice fiscale et non de morale. Une bonne législation doit pouvoir répondre aux sentiments et aux aspirations du plus grand nombre. L'idée de consensus doit primer sur toute démarche pouvant être ressentie comme de l'ostracisme. Ce qui est certain, c'est que l'acceptation de l'initiative telle quelle fermerait le débat.

Par ailleurs, rappelons que, si l'on parle de couples et de mariage, il ne faut pas oublier dans ce débat le nombre gran-

dissant des familles monoparentales. La société évolue – je me répète, mais c'est fondamental – et la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national a travaillé de manière constructive et bonne. Elle propose une alternative pertinente au texte de l'initiative, sous la forme d'un contre-projet qui permet de solutionner la question de la discrimination des couples sans compliquer le débat. Le texte qui me paraît être le meilleur, à l'article 14 alinéa 2 de la Constitution fédérale, est celui de la proposition de la minorité I (Bertschy), à savoir que «le mariage et les autres formes d'union régies par la loi ne peuvent pas être pénalisés par rapport à d'autres modes de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales». C'est clair, cela répond au but recherché par tous, il n'y a rien d'autre à ajouter. Je pourrais toutefois m'accommoder des autres propositions faites dans le contre-projet.

Je vous invite à recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative populaire.

Fiala Doris (RL, ZH): Eine Familienpolitik für alle wollen wir wohl alle. Im Hinblick auf die Entwicklung unserer Gesellschaft und auch im Hinblick auf die Aufgeschlossenheit gegenüber dem Zeitgeist sehen wir jedoch offensichtlich den Handlungsbedarf nicht alle ganz gleich. Dass die traditionelle Heirat einen Nachteil in Bezug auf die Besteuerung darstellen kann, ist sicher nicht mehr zeitgemäss, und dass wir da eine Änderung anstreben, ist richtig und wichtig. Seit Jahren setze ich mich – wie auch meine Partei, die FDP/die Liberalen – dafür ein, dass die Ungleichbehandlung von verschiedenen Lebensformen abgeschafft wird. Noch heute – Sie haben es heute schon oft gehört – kommen verheiratete Rentner und Zweiverdienerpaare bei der Besteuerung schlechter weg als gleich situierte Konkubinatspaare.

Diese Ungleichheit zu beseitigen, ist das Ziel der FDP. Allerdings bin ich der Meinung, dass es einer Gesellschaft offenstehen muss, wie sie «zeitgemäss» definiert, was sie unter einer Ehe versteht. Die Individualbesteuerung ist daher langfristig die einzige Lösung, die es ermöglicht, die Heiratsstrafe effektiv abzuschaffen und gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen. 2013 zählte unser Land erstmals mehr ledige als verheiratete Einwohner. Die Individualbesteuerung wäre zivilstandsneutral und gerechter. Deshalb unterstütze ich, wie meine Partei, in aller Deutlichkeit den Gegenvorschlag «Heiratsstrafe abschaffen – für eine Familienpolitik für alle», und zwar auch im Sinn der Nichtdiskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare, also eingetragener Partnerschaften.

Ich bin persönlich der Meinung, noch liberaler und unmissverständlicher wäre es, der Minderheit I (Bertschy) Folge zu leisten. Der Antrag der Minderheit I lautet ja: «Die Ehe und andere gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaften dürfen gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht in den Bereichen Steuern und Sozialversicherungen.»

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CVP, Ihre Initiative ist mir einfach zu wenig klar oder, um es ein bisschen weniger nett zu sagen, sie ist klar falsch. Ich danke für die Unterstützung des Gegenvorschlages und für eine umfassende Unterstützung des liberalen Anliegens.

Gschwind Jean-Paul (CE, JU): L'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» vise à introduire dans la Constitution fédérale la définition du mariage, à l'article 14 alinéa 2: «Le mariage est l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme. Au point de vue fiscal, le mariage constitue une communauté économique. Il ne peut pas être pénalisé par rapport à d'autres modes de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales.»

Un bref aperçu de l'historique du projet nous montre que l'initiative du PDC n'est pas le fruit du hasard, mais qu'elle met un terme à une longue procédure politique qui a débuté en 1984, il y a trente ans déjà, avec une décision du Tribunal fédéral selon laquelle la charge fiscale des couples mariés devait être allégée par rapport à celle des personnes seules

et ne devait pas être supérieure à celle des couples de concubins. L'initiative prévoit en plus de mettre fin à la discrimination des couples mariés dans le domaine des assurances sociales, en déplaçant la rente AVS.

Pour corriger les discriminations anticonstitutionnelles dont souffrent les couples mariés, plusieurs interventions parlementaires – motions, postulats, différentes initiatives cantonales – ont été déposées sans déboucher sur une solution concrète.

En 2012, le Conseil fédéral lance une consultation pour tenter de régler cette problématique, mais les solutions envisagées sont jugées trop onéreuses en termes administratifs, d'une transparence insuffisante et d'une trop grande complexité.

L'initiative du PDC, qui a été déposée le 2 novembre 2012, paraphée par le nombre requis de 120 161 signatures, suscite une vague d'oppositions sur les plans juridique, social et financier.

Sur le plan juridique, la définition du mariage comme étant «l'union durable et réglementée d'un homme et d'une femme» est contestée par plusieurs formations politiques et certains milieux homosexuels. Dans sa réponse à l'interpellation Thorens Goumaz 13.4254, se référant au message du 20 novembre 1996 relatif à une nouvelle Constitution, le Conseil fédéral a affirmé que «le droit au mariage, conformément à l'interprétation historique de l'article 54a de la Constitution et à la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme, devrait s'appliquer au lien entre un homme et une femme». Quoi de plus clair! Par ailleurs, dans sa réponse à la question Comte 13.1077, le Conseil fédéral dit qu'il «s'en tiendra à l'égalité de traitement fiscal du mariage et du partenariat enregistré». Dans d'autres domaines – droit des successions, droit des assurances sociales, nationalité ou adoption –, rien n'empêche le législateur de traiter à l'avenir les unions de personnes de même sexe de la même manière que les couples mariés.

D'aucuns contestent l'unité de matière de l'initiative, pourtant reconnue par le Conseil fédéral, et demandent un avis de droit de la part d'un expert externe. D'autres sollicitent un postulat sur l'imposition individuelle. Cette intervention parlementaire a été rejetée par le Conseil fédéral, car cette étude a déjà été réalisée en 2012 lors de la consultation.

Sur le plan financier, les opposants dénoncent les coûts induits par l'initiative, alors que la réforme de l'imposition des entreprises III vient d'être engagée et qu'elle aura des conséquences financières importantes pour la Confédération et les cantons.

Force est de constater que les cantons sont moins frileux que la Confédération puisque, suite à l'arrêt du Tribunal fédéral de 1984, tous ont inscrit dans leur législation fiscale, les correctifs nécessaires à un dégrèvement fiscal approprié pour les couples mariés. Sur le plan fédéral, les incidences financières varient fortement selon le barème d'imposition fiscal appliqué, de moins de 1 milliard de francs – calcul alternatif de l'impôt – ou de 2,3 milliards de francs avec un «splitting» intégral, avec une perte de 17 pour cent des montants pour les cantons.

J'ajoute encore un mot sur les conséquences financières pour les couples mariés de cet allègement financier. Bien que toute personne doive pouvoir choisir son mode de vie en fonction de ses aspirations et non pas de la fiscalité, la suppression de la discrimination fiscale du mariage entraînera une augmentation du revenu pour les couples mariés, avec dans son sillage une augmentation du pouvoir d'achat ou alors une réduction partielle du temps de travail d'un conjoint, ce qui pourrait permettre à un conjoint de rester au foyer pour s'occuper de l'éducation des enfants et d'éviter ainsi le recours à la crèche.

Avant de conclure, j'ajoute que je suis d'avis que le déplaçonnement de la rente AVS pour les couples mariés devrait être intégré dans la future réforme de la prévoyance vieillesse 2020. C'est une opportunité unique à saisir!

Pour conclure, je tiens à souligner que le Conseil fédéral recommande l'acceptation de l'initiative populaire. Pour lui, cette discrimination fiscale anticonstitutionnelle doit être so-

lutionnée de manière prioritaire et urgente. Le Conseil fédéral mise sur le compromis politique pour supprimer la surimposition des couples mariés en dégageant des solutions financièrement et socialement acceptables.

Fort des arguments énoncés, je vous invite à suivre le Conseil fédéral et le groupe PDC/PEV et de recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» et de rejeter le contre-projet qui ne ferait qu'apporter davantage de nébulosité dans le règlement de la surimposition des couples mariés – le serpent continuerait de se mordre la queue.

Nidegger Yves (V, GE): Voilà un texte contre la discrimination dont est victime le mariage. Depuis des heures, le débat part dans toutes les directions possibles, et l'on s'attaque à toutes les discriminations imaginables à l'exception de celle visée par le texte, à savoir celle des gens mariés.

La critique principale, et cela m'a beaucoup intéressé, dont ce texte est l'objet est qu'il définit ce qu'il veut protéger. La définition du mariage serait une mauvaise chose. Quand on veut protéger le loup, on commence par distinguer le loup des chiens sauvages pour définir ce que l'on veut protéger. Lorsqu'on veut protéger la biodiversité, on élabore une définition de ce qu'on entend par «biodiversité» et du seuil à partir duquel les mesures de protection sont mises en oeuvre. Si l'on veut protéger les personnes avec un handicap, on arrête la définition légale du handicap visé. Dans tous les cas, on le fait, et c'est tout à fait normal. Or, dans le cas de l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage», ce serait interdit. On ne devrait pas définir au préalable ce que l'on entend protéger. Toutes les versions du contre-projet qui contiennent cette critique ne sont pas des contre-projets, mais des projets contraires. Ils visent à dissoudre, en l'absence d'une définition de quoi il est question, toute la substance du texte que l'on ne peut pas combattre de face. Parce qu'être contre le mariage n'est en soi pas une position politiquement correcte, on change le sens, on édulcore, on vide le texte de sa substance de sorte qu'il ne reste plus rien de définissable que l'on puisse ensuite protéger.

Dire que le mariage, c'est l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme, n'est qu'en donner la définition légale, comme on le ferait dans tout autre projet de loi. Il n'y a là rien de critiquable. Si je me laissais aller, ne serait-ce qu'une seconde, à un penchant conservateur que je pourrais avoir, je dirais qu'il n'est pas forcément malsain de confier au peuple le soin de dire ce qu'il entend, lui, par le mot «mariage». C'est démocratique, c'est probablement une option sage, le peuple étant le seul organe de décision qui n'a pas besoin de se soucier, contrairement à nous, de sa propre réélection avant de décider de quelque chose.

Et puis, quand on confie les définitions de ce type aux juristes, on n'a pas forcément la garantie du respect du principe de précaution. Dans la Constitution révisée de 1999, on a fourré une définition non pas du mariage mais de la famille, que personne ne connaît, que personne ne cite; elle a été glissée là au détour de l'article 41 alinéa 1 lettre c et n'a fait évidemment l'objet d'aucun débat public, puisqu'à l'époque on a adopté les 197 articles de la Constitution révisée sans aucun débat. On les a acceptés comme ça en bloc, parce qu'il s'agissait, nous avait-on dit, d'un simple toilettage. Cette définition, qui existe, est la suivante: les familles sont des «communautés d'adultes et d'enfants» – c'est délicieusement soixante-huitard, désuet, horizontal, c'est une famille où la seule chose qui manquerait éventuellement c'est la notion de parents. Or ces parents, dans la très grande majorité des cas, ce sont des personnes mariées ou remariées, puisque 70 pour cent des enfants qui sont élevés aujourd'hui le sont par des personnes mariées. C'est précisément l'objet – auquel je reviens – de cette initiative qui souhaite éviter la discrimination de ce type de personnes. Il est donc pertinent de définir ce qu'est le mariage, selon le droit d'aujourd'hui, et non pas de craindre de bloquer une évolution vers le droit hypothétique de demain.

Je vous rappelle juste la définition du mariage, pour ceux qui l'auraient oublié: le mot «mariage» vient du latin «matrimonium», qui signifie la femme qui accouche. Or le mariage entre deux personnes du même sexe, de ce point de vue, c'est plus qu'un oxymore.

Le texte de l'initiative est bon, il faut la soutenir et rejeter le contre-projet, qui n'a pas de sens, que ce soit dans la version de la majorité ou des deux minorités.

Stolz Daniel (RL, BS): Damit es von Beginn weg klar ist: Nein zur Mogelpackung der Volksinitiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe!

Eine Mogelpackung ist diese Initiative, weil sie eine unterstützungswürdige Forderung in den Mittelpunkt stellt, aber dann – schon fast versteckt – zwei Nebenforderungen eingebaut hat. Das ist wie bei einem Medikament mit der erwünschten Wirkung – hier: die Abschaffung der Heiratsstrafe –, aber mit negativen Nebenwirkungen, zu welchen man dann den Arzt oder Apotheker fragen soll. Eigentlich müsste man hier auch darüber diskutieren, ob die Einheit der Materie gewährleistet sei. Doch lassen wir diese Diskussion, bringt sie uns bekanntlich ja nicht weiter.

Zuerst zur eigentlichen Hauptforderung, die es ja auch in den Titel der Initiative geschafft hat: «gegen die Heiratsstrafe». Rund 80 000 Personen, die immerhin ein Einkommen von über 120 000 Franken haben, sind von der Heiratsstrafe betroffen. Lassen Sie es mich glasklar sagen: Das sind 80 000 Personen zu viel – basta! Auch wenn es stimmt, dass in den meisten Kantonen Ehepaare bevorzugt werden, darf es nicht sein, dass auf eidgenössischer Ebene Ehepaare bestraft werden. Deshalb ist der auch von der FDP mitgetragene und mitentwickelte Gegenvorschlag das einzig Richtige. Somit haben wir den dritten Hauptsatz des Texts der Initiative eigentlich abgearbeitet.

Kommen wir jetzt zu den sogenannten Nebenforderungen, welche die Initianten geschickt eingebaut haben. Die Ehe «bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft». Nein, das ist meines Erachtens wirklich falsch. Ist die Ehe nicht deutlich mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft? Ist sie nicht vielmehr eine Lebens-, ja sogar eine Liebesgemeinschaft – vielleicht noch eine Solidargemeinschaft? Zumindest Letzteres interessiert unseren Staat am meisten, da er davon profitiert. Die Individualbesteuerung ist steuersystematisch das einzig Richtige. Sie besteuert jede Person aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und nicht aufgrund des Umstandes, ob eine Person verheiratet ist oder nicht.

Die Initiative ist vor allem eine Mogelpackung, wenn die Initianten neben ihrer berechtigten Forderung, der Abschaffung der Heiratsstrafe, noch eine zweite Nebenforderung einbauen, die ihrem eigenen, meines Erachtens überholten Weltbild entspricht. Sie versuchen nämlich, über diese Verfassungsänderung die Ehe von gleichgeschlechtlichen Paaren möglichst lange zu verhindern. Ich kann natürlich akzeptieren, dass der Satz «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» eine politische Forderung ist. Dann soll dies aber auch in einer eigenen Initiative so vorgebracht werden – alles andere ist nicht richtig. Offenbar getrauen sich aber die Befürworter eines solchen Weltbildes nicht, mit offenem Visier anzutreten.

Damit man mir nicht dasselbe vorwerfen kann, auch wenn es in den Medien schon mehr als einmal thematisiert wurde: Ja, ich bin schwul, und ich lebe seit über 25 Jahren mit meinem Partner zusammen, und das ist auch gut so. Nicht gut aber ist es, wenn unter dem Deckmantel der Abschaffung der Heiratsstrafe versucht wird, eine solche Beziehung quasi verfassungsmässig zu verbieten. Kommen Sie mir jetzt bitte nicht mit dem Argument der Kinder! Sie fragen niemanden, der heiraten möchte, ob sie oder er später auch Kinder haben will. Wenn sie das nicht wollen: Würden Sie dann die Eheschliessung untersagen? Wohl kaum! Wenn sie keine Kinder bekommen können: Wollen Sie sie dann zwangscheiden? Wahrscheinlich kaum! Ich zumindest ganz sicher nicht. Also gibt es rein rational gesehen schlicht keinen Un-

terschied zwischen einer Lebenspartnerschaft zwischen Frau und Mann, Frau und Frau, Mann und Mann, wenn sie jeweils bereit sind, gerade auch in schlechten Zeiten, füreinander einzustehen und Verantwortung zu übernehmen. Genau das strebt schlussendlich ja der säkulare Staat an.

Wer also keine religiösen Vorbehalte hat, kann diese Initiative mit gutem Gewissen ablehnen und dem Gegenvorschlag zustimmen. Wer aber Ja zu dieser Initiative sagt, nimmt bewusst eine Wertung vor. Er misst einer Beziehung zwischen Mann und Frau einen deutlich höheren Wert zu als zum Beispiel einer Beziehung zwischen einem Mann und einem Mann. Damit es nicht so abstrakt tönt: Sie stufen die Beziehung von einer Frau und einem Mann viel höher ein als meine Beziehung zu meinem Mann – damit das klar ist!

Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass die Mehrheit in diesem Saal mir und vielen anderen Paaren genau diese Botschaft geben möchte. Deshalb mein Aufruf an die Initianten: Sie wollten völlig zu Recht die Heiratsstrafe weghaben – gut so! Dann stimmen Sie dem Gegenvorschlag zu, und ziehen Sie die Initiative bitte zurück! Sie können es sich dann selber zugute schreiben, dass Sie den Drachen der Heiratsstrafe gebodigt haben; das Lob gebührt dann ausschliesslich Ihnen.

Wenn Sie die Initiative nicht zurückziehen, dann zeigen Sie damit, dass es Ihnen eigentlich nicht um die Heiratsstrafe geht, sondern um Ihre eigenen religiösen, moralischen Vorstellungen, die Sie als höherwertig empfinden und schlussendlich allen anderen aufzwingen wollen.

Sagen Sie bitte Nein zu dieser Mogelpackung, und sagen Sie Ja zur Abschaffung der Heiratsstrafe mittels des Gegenvorschlags!

Mahrer Anne (G, GE): Les Verts entendent éliminer toute forme d'inégalité, tant pour les couples mariés que pour les autres. L'initiative «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» créé précisément l'inégalité. En effet, sous prétexte de ne pas pénaliser le mariage, nous sommes prêts à pénaliser tout autre mode de relation et de vie, en interdisant de facto l'ouverture du mariage civil aux couples de même sexe, et en introduisant ainsi une discrimination dans la Constitution. On ferme aussi la voie à l'imposition individuelle, modèle plus égalitaire et soutenu depuis longtemps par les Verts.

Il est pour le moins étonnant que le Conseil fédéral prenne le risque de recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative populaire. Il prend le risque de graver dans le marbre une définition du mariage conservatrice, passéiste, rétrograde, qui exclut la diversité des familles d'aujourd'hui, avec cette définition: «le mariage est l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme.» Chers membres du PDC, vous a-t-il échappé que «durable» et «mariage» ne font plus bon ménage? L'inscrire dans la loi ne changera pas la réalité: la moitié des divorces surviennent durant les dix premières années de vie commune.

Le Conseil fédéral prend en outre le risque de renvoyer aux calendes grecques l'imposition individuelle. A l'heure où, après la votation du 9 février, on appelle les femmes à la rescousse, l'imposition individuelle ne peut que les encourager à exercer une activité professionnelle et leur permettrait de constituer leur propre capital d'assurances sociales, par exemple un deuxième pilier.

Les Verts vous invitent à recommander le rejet de l'initiative populaire du PDC «pour le couple et la famille». Il soutiendra la proposition de la minorité II (Schelbert) qui, en utilisant le libellé «forme d'union» est la plus large. Elle permet de mieux prendre en compte les évolutions de la société. Si les propositions de minorité devaient être rejetées, les Verts soutiendraient le contre-projet direct de la commission et vous invitent à en faire de même.

Glanzmann-Hunkeler Ida (CE, LU): Kennen Sie die Zahl der Bekannten in Ihrem Umfeld, die nicht verheiratet sind, weil sie durch die Ehepaarbesteuerung benachteiligt wer-

den? Machen Sie einmal diese Umfrage, es ist nämlich spannend. Diese Benachteiligung sollte schon lange aus der Welt respektive aus dem Steuerrecht geschafft werden. Genau das Gleiche gilt bei der Altersvorsorge. Es kann nicht sein, dass man sich im Alter scheiden lässt, um die Finanzen zu optimieren, weil ein Ehepaar gegenüber Alleinstehenden schlechter dasteht.

Als Mitglied des Initiativkomitees habe ich ganz besonders beim Sammeln der Unterschriften den Unmut vieler Leute erlebt. Es waren nicht nur reiche Leute. Der Mittelstand ist von dieser Benachteiligung einmal mehr am meisten betroffen. Der Mittelstand fällt bei der Prämienverbilligung heraus, die Familien aus dem Mittelstand erhalten keine Stipendien für ihre Kinder, und bei der Heiratsstrafe ist es auch der Mittelstand, der mit mehr Steuern belastet wird.

Die Abschaffung der Heiratsstrafe wird von vielen, ja sogar vom Bundesrat mitgetragen. Weil diese Initiative Erfolg haben könnte, bringt man nun den Aspekt der Ehe, der ganz klar der Ursprung dieser Initiative ist, in die Diskussion. Ein- und Zweiverdiener-Ehepaare profitieren, eingetragene Partnerschaften, Herr Stolz, ebenso. Diese sind nämlich auch inbegriffen, weil sie ja im Steuerrecht gleich wie Ehepaare behandelt werden. Wieso lenkt man jetzt mit einem Gegenvorschlag von dieser Initiative ab? Es geht schlussendlich nicht um die Definition der Ehe, sondern den Befürwortern des Gegenvorschlags geht es darum, die Diskussion von der Initiative wegzubringen; diese könnte nämlich Erfolg haben. Die Individualbesteuerung anzustreben und schlussendlich, und das wird ganz bestimmt so sein, die nächsten Jahre möglichst nichts zu ändern in dieser Frage – ist das Ihr Ziel? Wollen Sie diese Ungerechtigkeit wirklich für die nächsten Jahre aufrechterhalten? Wollen Sie Familien auch in Zukunft steuerlich benachteiligen? Wollen Sie mithelfen, den Bundesgerichtsentscheid von 1984 einmal mehr nicht umzusetzen und eine Benachteiligung der Familien, der Ehepaare und der eingetragenen Partnerschaften für die nächste Zeit weiterhin zu unterstützen?

Ich setze mich dafür ein, dass Paare heiraten können, ohne eine steuerliche Benachteiligung in Kauf nehmen zu müssen. Aus diesem Grund habe ich mich für diese Initiative starkgemacht. Ich setze mich dafür ein, dass verheiratete Paare in Zukunft gerecht Steuern zahlen können und nicht mehr zu viel finanzieren müssen. Dieses Zeichen setzen wir für unsere Familien, für die wir uns starkmachen.

Ich bitte Sie, unsere Initiative für eine gerechte Besteuerung der Familien und für die Abschaffung der Heiratsstrafe zur Annahme zu empfehlen und den vorliegenden Gegenvorschlag, der nichts ändern will, abzulehnen.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Frau Kollegin, Sie haben davon gesprochen, dass die verheirateten Paare bei den Sozialversicherungen schlechtergestellt seien. Sind Sie sich bewusst, dass es nicht einen Verheirateten-Malus gibt, z. B. bei der AHV, sondern einen Verheirateten-Bonus? Er beträgt bei der AHV 800 Millionen Franken gegenüber Konkubinatspaaren oder Alleinstehenden. Gar nicht zu reden ist von den riesigen Unterschieden bei den Erbschaftssteuern.

Glanzmann-Hunkeler Ida (CE, LU): Die Erbschaftssteuer steht hier nicht zur Diskussion. Es geht hier jetzt um die AHV, und da ist man sich bewusst, dass man am Schluss eine Regelung treffen und das Ganze anschauen muss. Man muss schauen, wie man nachher auch die Ehepaare besteuern und den Ehepartnern die AHV zugestehen will.

Amarelle Cesla (S, VD): C'est arithmétique, le plus sûr moyen de supprimer les inégalités entre les différentes formes de vie commune reste l'imposition individuelle, une forme d'imposition à laquelle le PDC, qui cherche à imposer l'imposition commune, s'est pourtant toujours opposé. Ce système indépendant de l'état civil est le plus adapté aux évolutions sociétales que connaît aujourd'hui la Suisse et qui se traduisent par des formes nouvelles de ménage, de plus en plus évolutives. Le contre-projet direct va dans la

bonne direction en allant dans le sens d'un traitement fiscal plus équitable pour certaines catégories de contribuables mariés, précédemment désavantagés, et offre une transition intéressante vers ce système.

Pour ceux qui défendent une vision contemporaine de la famille, l'imposition des familles doit être neutre d'un point de vue sociétal: c'est là la seule manière de mettre un terme aux sempiternelles tentatives de correction et de rééquilibrage concernant la répartition des charges entre des types de ménages différents, mais jouissant d'une même capacité contributive.

Par ailleurs, l'imposition individuelle est le système qui possède l'incitatif de croissance le plus important, parce qu'il est celui qui encourage le plus le second contributeur de revenu du couple à participer pleinement à la vie active. Ce système encourage les femmes à sortir du carcan ménager pour aller travailler. Dans le contexte des réformes à venir à la suite de la votation du 9 février 2014 et de Prévoyance vieillesse 2020, ces incitations sont particulièrement opportunes.

Même si le but affiché de cette initiative est d'ordre fiscal, c'est son autre volet, idéologique, qui est beaucoup plus inquiétant. Il est fort regrettable que le PDC ne parvienne pas à se défaire de son dogmatisme en matière de famille pour rédiger ses initiatives. C'est d'ailleurs cet aspect idéologique qui va probablement prédominer durant toute la campagne de votation à venir, et nous le savons. Il ne faut pas être naïfs: avec cette initiative le PDC ouvre la boîte de Pandore sur la définition du mariage et sur le traitement juridique des autres formes d'unions. Ici, personne n'instrumentalise personne, nous lisons le texte, et celui introduit dans la Constitution est une définition rigide du mariage. Ce dernier y est défini comme étant «l'union durable réglementée par la loi d'un homme et d'une femme»; c'est là une définition qui exclut clairement l'union entre deux personnes du même sexe.

Il serait naïf de penser que le débat à venir ne s'amorcera pas aussi de manière brutale, puisque nous avons l'expérience, avec les autres pays, de ce qui s'est passé. Dans son sens littéral, la Constitution actuelle n'exclut pas l'élargissement du mariage aux couples homosexuels dans le Code civil. Au niveau européen, la Cour européenne des droits de l'homme a estimé que la Convention européenne des droits de l'homme ne conférerait pas un droit au mariage pour les couples de même sexe et qu'il appartenait à chaque Etat de régler cette question. Les Pays-Bas, la Belgique ou l'Espagne ont ainsi étendu l'institution du mariage aux couples de même sexe. Aux Etats-Unis, cette question a fait l'objet de grands débats puisqu'il y a eu plusieurs référendums dans certains Etats. Après une bataille juridique acharnée et des débats historiques à la Cour suprême, la Californie a finalement rétabli le mariage homosexuel en juin 2013. Et je ne vous parle pas de la France!

On sait que le législateur suisse a choisi, avec l'aval du peuple, une autre voie, d'inspiration pragmatique et beaucoup plus proche de la vision scandinave. Premièrement, le mariage est réservé légalement à l'union formée d'un homme et d'une femme. Deuxièmement, le partenariat enregistré est réservé légalement aux couples de même sexe. Quelques différences peu compatibles avec le principe d'égalité de traitement subsistent toutefois entre ces deux régimes de droit civil. C'est regrettable, mais le Code civil mériterait d'ailleurs d'être sérieusement dépoussiéré sur bien des questions fondamentales en lien avec le mariage.

Il est regrettable que le PDC formule sa proposition par la bande, en cachant sous un vernis fiscal la vision résolument rétrograde de la famille qu'il entend imposer. Il est aussi regrettable qu'il ferme la porte à l'imposition individuelle et qu'il ne propose pas une transition vers ce type de régime qui ne tient pourtant pas compte de l'état civil des personnes. Il est tout autant regrettable que le PDC, qui court après son lustre d'antan, veuille donner avec cette initiative une vision rigoureuse de l'institution du mariage, une institution qui serait cliniquement tributaire de la religion puisque la représentante du groupe PDC/PEV y a fait référence de manière expresse. En maintenant l'initiative malgré le contre-projet, les initiants montrent que leur texte est surtout idéologique. Il constitue

une véritable gifle pour les centaines de milliers de couples homosexuels de Suisse et une véritable régression pour les minorités de ce pays.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à recommander au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative populaire et à soutenir le contre-projet.

Moser Tiana Angelina (GL, ZH): Diese Initiative ist konservativ, rückwärtsgerichtet und diskriminierend. Wir Grünliberalen lehnen sie deshalb entschieden ab. Für uns Grünliberalen sind die gesellschaftsliberalen Anliegen zentral. Wenn diese Anliegen wichtig sind, kann der Volksinitiative der CVP aus drei Gründen nicht zustimmen:

1. Sie zementiert mit dem Begriff der Wirtschaftsgemeinschaft die gemeinsame Besteuerung. Ein Wechsel zu einer zivilstandsunabhängigen Besteuerung wäre nur noch mit einer erneuten Verfassungsänderung möglich. Wir Grünliberalen streben aus liberaler Sicht eine Individualbesteuerung an. Die Heiratsstrafe tatsächlich abschaffen würde man auf diesem Weg. Wir haben nämlich primär ein Problem bei Paaren mit egalitären Einkommen.

2. Der Gesetzgeber wäre laut Initiativtext nur verpflichtet, die Heiratsstrafe für Ehepaare abzuschaffen. Die Heiratsstrafe, wenn es sie denn noch gibt, betrifft jedoch auch eingetragene Partnerschaften, da diese heute steuerlich und sozialversicherungsrechtlich gegenüber Ehepaaren gleichgestellt sind.

3. Die Initiative will die Ehe als heterosexuelle Gemeinschaft definieren. Sie will tatsächlich auf Verfassungsebene festhalten, dass die Ehe die gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau ist. Das klingt in der heutigen Zeit wie ein schlechter Witz. Wenn wir in Zukunft die Heirat auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglichen wollen, müssen wir erneut die Verfassung ändern. Das können Sie nicht ernsthaft wollen. Aus liberaler Sicht, so sind wir Grünliberalen überzeugt, soll der Staat den Bürgern nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Der Gesetzgeber soll die verschiedenen Lebensformen und Lebensgemeinschaften darum grundsätzlich gleich behandeln. Es soll nicht vom Zivilstand und erst recht nicht von der sexuellen Orientierung einer Person abhängen, wie viel Steuern sie zahlen muss, welche Sozialversicherungsleistungen sie erhält, ob sie ein Kind adoptieren, vor Gericht die Aussage verweigern oder den Partner im Spital besuchen kann. Wir sind der Überzeugung, dass zwei Männer oder zwei Frauen genauso das Recht haben zu heiraten wie ein Mann und eine Frau. Alles andere ist schlicht nicht mehr zeitgemäss und diskriminierend.

Die internationale Tendenz spricht in dieser Hinsicht eine klare Sprache. In den letzten Jahren hat ein Land nach dem anderen die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Auch Länder mit vermeintlich konservativen Grundhaltungen haben sich schrittweise von dieser Diskriminierung verabschiedet. Es mag Sie wenig erstaunen, dass das in den Niederlanden der Fall ist. Aber auch Spanien kennt seit 2005 die Ehe für Homosexuelle. Auch Argentinien und Brasilien haben die Ehe in den letzten Jahren geöffnet. In Schottland ist es in diesem Monat der Fall. Wir Grünliberalen wollen deshalb hier die Gleichbehandlung für alle. Genauso, wie wir das Adoptionsrecht für Homosexuelle befürworten, wollen wir auch die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und deren erleichterte Einbürgerung.

Nun behaupten die Initianten, dass sie das ja alles nicht so meinen und dass sie natürlich niemanden diskriminieren wollen. Das ist ja lobenswert. Wenn Sie das aber wirklich wollen, dann unterstützen Sie den Gegenvorschlag und ziehen Sie die Initiative zurück. Alles andere sind leere Versprechungen. Ein reines Bekenntnis reicht nicht. Wenn nachher die rückwärtsgewandte Ehedefinition in der Verfassung steht, ist es eine Tatsache, dass eine Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare nur über eine erneute Verfassungsabstimmung möglich wäre. Dass sich der Bundesrat in seiner Botschaft nicht zu dieser Frage äussert, ist nicht nachvollziehbar; dass er die Volksinitiative zur Annahme empfiehlt, noch weniger. Diesen gesellschaftspolitischen Rückschritt

lehnen wir Grünliberalen entschieden ab. Er entspricht weder unseren politischen Überzeugungen noch unseren Wertvorstellungen.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Minderheit I (Bertschy) zu unterstützen und die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Humbel Ruth (CE, AG): Wenn man den Gegnern der Initiative jetzt zugehört hat, könnte man meinen, als Verheiratete – das bin ich auch – gehöre man zu einer raren Gattung. Das ist aber nicht so. Gemäss Botschaft sprechen wir von über 2,6 Millionen Menschen, die verheiratet sind – das entspricht über 1,3 Millionen Haushalten. Das ist ein grosser Teil der Bevölkerung, und diese Form des Zusammenlebens wird so schnell nicht aussterben.

Der Kommissionssprecher hat in seinem Eintretensvotum vom Mythos der Benachteiligung von Ehepaaren in der AHV gesprochen, obwohl er ein paar Sätze später eingestanden hat, dass Zehntausende von Ehepaaren steuerlich benachteiligt sind. Die Diskriminierung ist ein Faktum. Es sind genau dreissig Jahre her, seit das Bundesgericht die steuerliche Ungleichbehandlung gerügt hat. Und es ist eine Tatsache, dass Ehepaare eine um ein Viertel tiefere AHV-Rente bekommen als Konkubinatspaare. Es ist einfach zynisch, eine Besserstellung von Ehepaaren zu behaupten, weil sie im Falle einer Invalidität bessergestellt sind. Das ist zwar so und ist auch richtig. Aber die grosse Mehrheit der Ehepaare – wie übrigens auch der eingetragenen Partnerschaften – haben nichts davon. Von unserer Initiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» werden auch eingetragene Partnerschaften profitieren, denn sie sind steuer- und sozialversicherungsrechtlich den Ehepaaren gleichgestellt. Was soll also daran diskriminierend sein?

Mehrmals wurde uns heute um die Ohren geschlagen, wir verwendeten einen rückwärtsgewandten Ehebegriff. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Ehebegriff in Übereinstimmung mit Artikel 12 der Europäischen Menschenrechtskonvention in die Verfassung aufgenommen und gemäss Wortlaut im traditionellen Sinn von Bundesrat, Parlament, Volk und Ständen interpretiert und festgelegt worden ist. Ich zitiere Artikel 12 der Europäischen Menschenrechtskonvention: «Recht auf Eheschliessung: Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter haben das Recht, nach den innerstaatlichen Gesetzen, welche die Ausübung dieses Rechts regeln, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen.»

Gestern haben wir die Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Schweiz vor 40 Jahren gefeiert, und zwar mit Dean Spielmann, dem Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Nationalratspräsident Stéphane Rossini hat in seinem Einführungsreferat eindrücklich auf die Artikel 2 bis 14 der Menschenrechtskonvention als grossen Prinzipien der universellen Deklaration hingewiesen und namentlich auch Artikel 12, «Droit au mariage», erwähnt. Besinnen wir uns doch auch heute auf die Menschenrechtskonvention. Gehen Sie mit abqualifizierenden Begriffen wie «rückwärtsgewandt», «konservativ», «diskriminierend» oder, wie es meine Vorrednerin gesagt hat, «schlechter Witz» nicht beliebig oder gar höhnisch mit dieser gestern noch gelobten Grundrechtsbestimmung um!

Die CVP-Initiative will weder den Ehebegriff ändern noch die Individualbesteuerung fordern, noch die Heirat für gleichgeschlechtliche Paare einführen. Das sind andere politische Projekte. Wer das will, dem ist es freigestellt, eine entsprechende Initiative zu lancieren. Die CVP will mit ihrer Initiative bestehende Benachteiligungen von Ehepaaren bei Steuern und AHV eliminieren, was auch für gleichgeschlechtliche Paare gilt. Wer das will, stimmt dieser Initiative zu.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Wir sind offensichtlich alle damit einverstanden, dass die Ungleichbehandlung von verheirateten und nichtverheirateten Paaren bei der Besteuerung beseitigt werden muss. Es ist so, dass die grosse Anzahl der verheirateten Paare nicht mehr ungleich besteuert wird, aber es sind ungefähr 80 000 Verheiratete

und eine grosse Zahl von Rentnerinnen und Rentnern, die nach wie vor nicht gleich behandelt werden und bei denen man bei der direkten Bundessteuer den Anforderungen des Bundesgerichtsurteils von 1984 nicht gerecht wird.

Was kann man machen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden bzw. um die Gleichbehandlung sicherzustellen? Die Kantone haben in den letzten Jahren diese Gleichbehandlung weitgehend umgesetzt. Sie haben das gemacht mit einem Splittingmodell, die meisten mit einem Vollsplittingmodell. Alle Kantone gehen von der Ehe als wirtschaftliche Gemeinschaft aus und berechnen gestützt darauf dann die Steuern nach diesem Splittingmodell. Noch nicht ganz angepasst haben der Kanton Aargau und der Kanton Waadt; aber hier würde es reichen, die Neukonzipierung der Sozialabzüge vorzunehmen und auch in diesem Bereich dann die Gleichbehandlung sicherzustellen. Anders gesagt: Wenn man jetzt von der Gleichbehandlung der verheirateten und nichtverheirateten Paare ausgeht, würde bei einer Annahme der Initiative nur beim Bund Handlungsbedarf bestehen, weil die Kantone diese Anforderungen eigentlich umgesetzt haben.

Genau darauf baut ja die Initiative auf: Sie baut auf der gemeinsamen Besteuerung, auf der Wirtschaftsgemeinschaft der Ehepaare bzw. auf dem Modell auf, das die Kantone gewählt haben. Die Initiative geht von dem aus, was die Kantone umgesetzt haben, und sie geht auch von der Realität aus.

Was ist die Realität? Im Jahr 2002 hat Ständerat Hans Lauri von der SVP ein Postulat eingereicht, um eben diese Frage der Individualbesteuerung bzw. der gemeinsamen Besteuerung zu klären. Sie kennen die Leidensgeschichte: Man hat irgendwann dann eine Vernehmlassung gemacht, und es hat sich eine absolute Pattsituation ergeben. In den Diskussionen wurde damals aufgezeigt, dass die reine Individualbesteuerung etwas administrativ sehr Aufwendiges ist, wenn man sie wirklich in allen Teilen umsetzt, und zwar dort, wo es um Mehrpersonenhaushalte geht. Wenn es ein Zweipersonenhaushalt ist, ist es kein Problem. Aber bei einem Mehrpersonenhaushalt mit Familien- und mit Unterstützungspflichten wird es ziemlich kompliziert.

Es gibt auch ein Anwendungsbeispiel, nämlich Deutschland. Da sieht man, wie das funktioniert. Dort ist das Hauptmodell die Individualbesteuerung, und das Alternativmodell ist eine Art gemeinsames Splittingmodell für die Besteuerung, wie wir es in der Schweiz kennen. Was meinen Sie, was gewählt wird? Zu 90 Prozent wird das Alternativmodell gewählt und eben nicht die Individualbesteuerung, und zwar schlicht und einfach darum, weil eine konsequente Individualbesteuerung administrativ auch für die Steuerpflichtigen ein riesiger Aufwand ist.

Gestützt auf diese Erkenntnis und auch in der Überzeugung, dass man nahe an die Individualbesteuerung herankommen sollte, haben wir 2012 eine Vernehmlassung zu einem alternativen Berechnungsmodell gestartet. Wir haben eine ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung vorgeschlagen, die sehr nahe an der Individualbesteuerung ist: Es ist eine Einzelbesteuerung der Partner, aber trotzdem nicht ganz konsequent umgesetzt, um gewisse administrative Hürden vermeiden zu können. Die Vernehmlassung ist kontrovers ausgefallen. Es gab fast wieder eine Pattsituation wie im Jahr 2004. Wir haben das Besteuerungsmodell sistiert bis zur Behandlung der vorliegenden Initiative.

Die Initiative baut auf dieser Erfahrung und auf den Modellen auf, die man in den Kantonen aufgrund der Entwicklung in den letzten zehn Jahren umgesetzt hat. Die Initiative lässt verschiedene Umsetzungen zu. Das Einzige, was sie nicht zulässt, ist eine reine Individualbesteuerung. Was sie aber zulässt, ist eine Mehrfachbesteuerung mit alternativer Steuerberechnungsmethode. Das ist das, was wir in der Vernehmlassung hatten und was zu 90 Prozent einer Individualbesteuerung entspricht. Sie lässt auch ein Splittingmodell zu, ein Familienquotientenmodell, wenn man das will. Sie lässt vieles offen. Ich denke, wir hätten dann wirklich die Möglichkeit, einmal diesen Weg zu gehen und dem Anliegen des Bundesgerichtes Rechnung zu tragen. Das, was ich ge-

sagt habe, betrifft die gemeinsame Besteuerung der Familie als wirtschaftliche Gemeinschaft, die in den letzten Jahren in allen Kantonen umgesetzt worden ist.

Zur Erwähnung der Ehe: Es ist nicht neu, dass die Ehe in der Verfassung erwähnt ist. Schauen Sie Artikel 14 der Bundesverfassung an: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.» Das ist eine Institutsgarantie. Das heisst nicht, dass andere Formen nicht auch gewährleistet wären, sondern das ist eine Garantie für das Institut der Ehe. Dies entspricht auch, wie von Frau Nationalrätin Humbel gesagt wurde, Artikel 12 der EMRK und dem Uno-Pakt II über bürgerliche und politische Rechte. Es ist also nicht irgendeine Abgrenzung gegenüber etwas anderem, sondern eine Garantie für diese Art der Lebensform. Diese Art der Garantie einer Lebensform bedeutet nicht, dass andere nicht rechtsgleich behandelt werden würden.

Zur Sozialversicherung vielleicht noch etwas, weil Herr Nationalrat Maximilian Reimann und andere gesagt haben, wir hätten hierzu etwas wenig geschrieben; ich sage gerne etwas dazu. Wir sind tatsächlich der Auffassung, dass im Sozialversicherungsbereich kein Handlungsbedarf besteht. Sie sagen jetzt, es gebe in Bezug auf die Rente, wegen der Plafonierung auf 150 Prozent der Maximalrente, eine Ungleichbehandlung. Das stimmt, wenn Sie nur diese Phasenbetrachtung machen. Aber die Ehe ist eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft – das haben Sie gesagt, das sagen alle. Was muss man also anschauen? Die auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft mit den Lebensmustern und dem ganzen Lebensweg. Dann müssen Sie alles anschauen, auch die Witwenrente, die Witwerrente sowie den Zuschlag zur Witwenrente, wenn ein Partner stirbt. Sie müssen auch alle Vorteile bei der Rentenbildung anschauen, nämlich dass die Rentenbildung bei verheirateten Partnern wegen des Splittings viel leichter ist als bei unverheirateten Partnern. Wenn Sie das alles über den ganzen Lebenszyklus anschauen und die Berechnung machen, dann haben Sie ein Plus für die Ehepaare von 800 Millionen Franken.

Aber wir werden das dann schon einmal miteinander anschauen können. Wenn Sie jetzt der Initiative zustimmen, dann haben wir die Gelegenheit, miteinander auch diesen Bereich wirklich auszubeineln und zu schauen, wie sich das verhält. Wenn man das anpassen und 200 Prozent Rente einführen will, muss man bei den anderen Teilen – Witwenrente, Zusatzwitwenrente, Berechnung der AHV – eben die entsprechenden Anpassungen machen. Darüber kann man selbstverständlich diskutieren.

Zum Gegenentwurf: Wenn Sie den Gegenentwurf genau anschauen, sehen Sie, dass er eine Deklaration beinhaltet, die sicher unterstützungswürdig ist, die aber keinen Lösungsansatz bietet. Dass alle – wie das jetzt der Gegenentwurf sagt – gleichbehandelt werden sollen, unabhängig von der Lebensform, gilt bereits gestützt auf Artikel 8 der Bundesverfassung. Und die Institutsgarantie für die Ehe als Institut, wie sie der Gegenentwurf will, ist bereits in der heutigen Bundesverfassung in Artikel 14 Absatz 1 enthalten, und diese bleibt bestehen. Auch hier gibt es also nichts Neues, nichts wesentlich anderes. Ich meine daher, dass ein Gegenentwurf dann sinnvoll wäre, wenn Sie darin die Rahmenbedingungen klar festlegen würden, wie künftig die Besteuerung stattfinden soll, und wenn Sie damit die Pattsituation, die wir seit Jahren haben, überwinden und klar aufzeigen könnten, nach welchen Leitlinien die Umsetzung dieses Bundesgerichtsurteils wirklich stattfinden soll. Im Übrigen hat sich das Bundesgericht ja schon im Dezember 2013 zur Sozialversicherung geäußert und gesagt, dass Ehepaare in der Sozialversicherung gleichbehandelt sind.

Wenn Sie tatsächlich eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation wollen, dann schauen Sie, dass Sie im Gegenentwurf – wenn Sie noch einmal darüber diskutieren wollen – die Rahmenbedingungen festlegen, damit wir im Jahre 2022 nicht dort sind, wo wir im Jahre 2002 waren, nämlich bei der Diskussion, ob wir eine Individualbesteuerung oder eine gemeinsame Besteuerung wollen.

Ich möchte Sie bitten – aus pragmatischen Gründen, weil die Initiative den Weg ebnet –, endlich eine Lösung zu finden

und diese Initiative Volk und Ständen zur Annahme zu empfehlen.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Geschätzte Frau Bundesrätin, ich habe ja schon in meinem Votum gesagt, dass wir die konstellationsbedingten Mehrbelastungen bei bestimmten Lebensformen tatsächlich eliminieren müssen. Meine Frage: Warum favorisiert der Bundesrat hier eine Formulierung, die nur eine einzige verfassungsrechtlich geschützte Lebensform, nämlich die Ehe, hervorhebt? Die anderen gesetzlich geregelten Lebensformen sind auch verfassungsrechtlich geschützt. Warum favorisiert er eine einzige Institution und berücksichtigt nicht wie der Gegenvorschlag alle verfassungsrechtlich geschützten Lebensformen?

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Wissen Sie, Herr Nationalrat Portmann, wir müssen uns fragen, denke ich, was wir hier drin überhaupt machen oder was das Ziel dieser Diskussion ist. Das Ziel dieser Diskussion ist, die ungleiche Besteuerung von verheirateten Partnern gegenüber nicht-verheirateten Partnern, die wir heute haben, zu eliminieren – nur das. Alle anderen Ungleichbehandlungen, die wir bei den Alleinverdienern oder den Einzelhaushalten haben – das haben Sie zu Recht gesagt –, können wir in diese Diskussion nicht auch noch einschliessen. Hier geht es darum, den Verfassungsgrundsatz umzusetzen, wonach verheiratete Partner und unverheiratete Partner gleichbehandelt werden sollten. Heute ist das in verschiedenen Konstellationen noch nicht gewährleistet. Alles andere ist dann insgesamt eine Frage des Steuerrechts.

Fehr Jacqueline (S, ZH): Frau Bundesrätin, wenn ich mich in der Bevölkerung umhöre, dann stelle ich fest, dass die Ehepaare glauben, sie würden mit dieser Initiative eine höhere AHV-Rente erhalten. Sie haben jetzt gesagt, mit den Sozialversicherungen habe diese Initiative gar nichts zu tun, dort bestehe kein Handlungsbedarf. Einfach zur Klarheit gegenüber der Bevölkerung: Können Ehepaare aufgrund dieser Initiative mit einer höheren AHV-Rente rechnen oder nicht?

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Bundesrat ist ganz klar der Auffassung, dass in der Sozialversicherung keine Benachteiligung der verheirateten Partner gegenüber den unverheirateten Partnern besteht. Daher kann man nicht damit rechnen, dass man mit der Initiative eine höhere AHV bekommt, wenn man verheiratet ist. Die Frage wird sich irgendwann einmal stellen, ob man die Plafonierung aufheben und eine Rente von zweimal 100 Prozent bezahlen will, aber dann müsste man gleichzeitig alle Vorteile, die verheiratete Partner heute in der AHV haben, auch eliminieren, um wieder eine Gleichbehandlung zu haben. Ich weise gerne noch einmal darauf hin, dass sich das Bundesgericht im Dezember 2013 intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt hat und wie der Bundesrat zum Schluss gekommen ist, dass in der AHV, im Bereich Sozialversicherungen keine Ungleichbehandlung der verheirateten Partner gegenüber den unverheirateten Partnern besteht.

Marra Ada (S, VD), per la commissione: Credo che durante questo dibattito una cosa sia emersa in modo molto palese: il PPD, sotto la scusa di regolare un problema di discriminazione delle coppie sposate, vuole imporre il modello dell'imposizione delle coppie. Purtroppo questo sistema fiscale scoraggia le coppie, come abbiamo già detto, a conseguire un secondo reddito. Lo scoraggiamento purtroppo va a scapito delle donne, vista la struttura del mercato del lavoro e lo stato sociale della società.

Le reproche qui a été fait à la majorité de la commission, selon lequel le contre-projet ne propose rien et fait perdre du temps est absolument faux, puisque le contre-projet, tout en insistant sur la non-discrimination des couples mariés, va faire porter une responsabilité énorme à la majorité des membres du conseil, qui l'assumera, puisque nous avons vu tout au long du débat que la majorité de cet hémicycle préfère l'imposition individuelle comme modèle fiscal. Mais la

majorité de la commission a estimé qu'elle ne pouvait pas l'insérer dans un contre-projet, simplement parce que ce débat fiscal mérite d'être traité autrement que subrepticement dans le cadre d'un contre-projet à une initiative populaire aux visées cachées.

Si le contre-projet est accepté en votation populaire, ce débat pourra avoir lieu très rapidement, puisque nous voyons qu'une majorité se dessine pour une imposition individuelle. Les mesures de lutte contre la discrimination fiscale pourront être prises de manière très rapide.

J'aimerais répondre à deux reproches injustifiés qui ont été faits à la majorité de la commission, que je trouve très violents. Selon le premier, les opposants à cette initiative auraient été manipulés par un lobby des homosexuels. J'aimerais répondre à la personne qui a lancé cet argument qu'un lobby des homosexuels vaut bien un lobby des militaires. Le deuxième reproche fait à la majorité de la commission, et émanant du même parti, est qu'elle instrumentalise les homosexuels par sa prise de position. Je rappelle simplement, mais peut-être que cette personne n'était effectivement pas au courant des réponses de la consultation, que ce sont ces mêmes organisations de défense des homosexuels qui ont réagi de manière très forte et ne souhaitaient absolument pas la définition du mariage comme l'union entre un homme et une femme.

Donc, il n'y a pas eu de manipulation de notre part, mais nous avons bien entendu ce que ces gens avaient à nous dire.

Pour terminer, je répète que la majorité de la commission soutient le contre-projet sans définition de ce qu'est une union et en laissant ouverte la possibilité de l'imposition individuelle qu'elle souhaite, mais pas dans ce contexte-là. De plus, concernant la définition du mariage ou de l'union, elle ne souhaite pas polluer le débat qui aura lieu sur la place publique avec cette question parce qu'elle estime, tout comme les initiants, qu'il y a urgence à mettre fin à la discrimination des couples mariés.

Ce sont les raisons pour lesquelles la commission vous demande de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire et d'accepter le contre-projet dans la version de la majorité.

Caroni Andrea (RL, AR), für die Kommission: Ich möchte vor meinem Schlussvotum noch kurz auf ganz wenige einzelne, aber wichtige Punkte eingehen.

Zuerst ein Kommentar zu gemachten Aussagen zur eingetragenen Partnerschaft, zur Ehedefinition – Kollege Nidegger hat das ausgeführt. Man definiert zuerst das, was man schützen will. Daher ist hier auch an die Adresse der CVP-Votanten gesagt: Gemäss der Initiative wird dann in der Verfassung einzig und allein die Ehe definiert. Man definiert also das, was man doch auf eine Art exklusiv schützen will. Es steht nirgends im Verfassungstext, so, wie er mit der Initiative vorgeschlagen wird, dass man auch explizit andere Gemeinschaften schützen will. Daher scheint uns diese Ehedefinition eben gefährlich, weil sie exklusiv ist im Hinblick auf das, was man schützen will.

Ein Satz zu den Sozialversicherungen: Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf hat absolut präzise dargelegt, wie sich die Situation verhält. Über einen ganzen Lebenszyklus hinaus gesehen profitiert ein verheiratetes Paar zuerst vom Beitragsprivileg, danach vom Versicherungsschutz in Form einer Witwenrente, die der überlebende Ehegatte bezieht oder nicht bezieht. Aber sogar wenn er sie nicht bezieht, hat er den Versicherungsschutz, welcher für die Konkubinatspaare etwas kostet. Danach erfolgt in der Tat eine Delle in Form der Plafonierung. Aber langfristig gesehen kommt dann am Schluss während der letzten Lebensjahre des überlebenden Ehegatten wieder der Verwitwetenzuschlag hinzu. Gesamthaft ist der Saldo um 800 Millionen Franken positiv. Wenn Sie das alles abschaffen wollen, dann verliert die Ehe sogar per saldo.

Eine Aussage zur Individualbesteuerung: Es wurde zuerst von Herrn Darbellay gesagt, dass seit 1984 nichts mehr gegangen sei, seit dem heute so oft zitierten Urteil des Bun-

desgerichtet. Es ging durchaus einiges. In den Kantonen, wir haben es gehört, wurde viel getan, und auch hier beim Bund geschah einiges. Man hat den Verheiratetenabzug und den Zweiverdienerabzug eingeführt, und man hat zweimal in diesem Saal hier eine Motion – sie kam beide Male aus den Reihen der FDP-Liberalen Fraktion – angenommen und die Individualbesteuerung gefordert.

Nun hiess es jeweils, es sei in der Vernehmlassung nachher ein Patt entstanden, weshalb man dies nicht habe weiterverfolgen können. Hier wäre namens der Kommissionsmehrheit, die den Weg der Individualbesteuerung offenlassen will, die Einladung an die Bundesrätin zu machen, dass sie dann, wenn die Initiative dereinst abgelehnt ist und der Gegenvorschlag angenommen ist oder nicht, den nächstlogischen Schritt macht und dem Parlament eine Botschaft zur Individualbesteuerung vorlegt. Denn wir hatten in diesem Rat noch nie die Chance, darüber zu entscheiden. Und ein Patt gibt es nicht im demokratischen System. Irgendjemand hat immer die Mehrheit. Schon zweimal hat sich die Mehrheit hier drin die Individualbesteuerung gewünscht.

Noch eine letzte Bemerkung: Es heisst, die Initiative würde die Lösung bringen, der Gegenvorschlag hingegen nicht. Im entscheidenden Satz zur Heiratsstrafe sind die Texte ja deckungsgleich. Was man fairerweise sagen muss: Beide Vorschläge definieren nicht den exakten Lösungsweg, die Initiative schliesst nur einen aus. Es ist dann aber offen, ob es ein Vollsplitting, ein Teilsplitting, ein alternatives Wahlmodell oder einen Familienquotienten geben soll. Aber eine Türe wäre bei der Initiative zu, und das ist die, die die Mehrheit Ihrer Kommission offenlassen will: die Türe zur Individualbesteuerung.

Wir würden uns wünschen, dass Sie dem Gegenvorschlag zustimmen und die Initiative zur Ablehnung empfehlen. Nach der Volksabstimmung soll uns dann das Departement eine Botschaft zur Individualbesteuerung unterbreiten, zum ersten Mal in der Geschichte dieses Rates.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Le président (Rossini Stéphane, président): Nous passons au traitement du contre-projet.

2. Bundesbeschluss über «Heiratsstrafe abschaffen – für eine Familienpolitik für alle» (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»)

2. Arrêté fédéral concernant «Mettre fin à la pénalisation du mariage – Pour une politique familiale équitable» (contre-projet direct à l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»)

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par article

Antrag der Mehrheit

Titel

Bundesbeschluss über «Heiratsstrafe abschaffen – für eine Familienpolitik für alle» (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»)

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 5. November 2012 eingereichten Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe», nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 23. Oktober 2013, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 14 Abs. 2

Die Ehe darf gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht in den Bereichen Steuern und Sozialversicherungen.

Ziff. II

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volksinitiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

Antrag der Minderheit I

(Bertschy, Maier Thomas, Schelbert)

Art. 14 Abs. 2

Die Ehe und andere gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaften dürfen gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht in den Bereichen Steuern und Sozialversicherungen.

Antrag der Minderheit II

(Schelbert)

Art. 14 Abs. 2

Keine Lebensgemeinschaft darf gegenüber einer anderen benachteiligt werden, namentlich nicht in den Bereichen Steuern und Sozialversicherungen.

Proposition de la majorité

Titre

Arrêté fédéral concernant «Mettre fin à la pénalisation du mariage – pour une politique familiale équitable» (contre-projet direct à l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»)

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» déposée le 5 novembre 2012, vu le message du Conseil fédéral du 23 octobre 2013, arrête:

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 14 al. 2

Le mariage ne peut pas être pénalisé par rapport à d'autres modes de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales.

Ch. II

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage», si cette initiative n'est pas retirée, conformément à la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Proposition de la minorité I

(Bertschy, Maier Thomas, Schelbert)

Art. 14 al. 2

Le mariage et les autres formes d'union régies par la loi ne peuvent pas être pénalisées par rapport à d'autres modes

de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales.

Proposition de la minorité II

(Schelbert)

Art. 14 al. 2

Aucune forme d'union ne peut être pénalisée par rapport à une autre, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 13.085/11 273)

Für den Antrag der Minderheit I ... 73 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 32 Stimmen

(83 Enthaltungen) **siehe Seite / voir page 65**

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 13.085/11 274)

Für den Antrag der Mehrheit ... 125 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 42 Stimmen

(22 Enthaltungen) **siehe Seite / voir page 66**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 13.085/11 275)

Für Annahme des Entwurfes ... 102 Stimmen

Dagegen ... 86 Stimmen **siehe Seite / voir page 67**

(1 Enthaltung)

Le président (Rossini Stéphane, président): Nous revenons maintenant à l'initiative populaire.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf (Bundesbeschluss über «Heiratsstrafe abschaffen – für eine Familienpolitik für alle») Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet (arrêté fédéral concernant «Mettre fin à la pénalisation du mariage – pour une politique familiale équitable»), selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Le président (Rossini Stéphane, président): Comme le contre-projet a été accepté, l'article 2 de l'initiative populaire est accepté selon la proposition de la commission.

Angenommen – Adopté

Fristverlängerung

Antrag der Kommission

Die Behandlungsfrist der Volksinitiative wird nach Artikel 105 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes um ein Jahr, d. h. bis zum 5. Mai 2016, verlängert.

Prorogation du délai

Proposition de la commission

Prorogation d'un an, soit jusqu'au 5 mai 2016, du délai imparti pour traiter l'initiative populaire.

Angenommen – Adopté

13.085

**Für Ehe und Familie -
gegen die Heiratsstrafe.
Volksinitiative****Pour le couple et la famille -
Non à la pénalisation du mariage.
Initiative populaire***Frist – Délai*

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)

Le président (Hêche Claude, président): Vous avez reçu un rapport écrit de la commission. La commission propose, à l'unanimité, de prolonger d'un an, c'est-à-dire jusqu'au 5 mai 2016, le délai imparti pour traiter l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage», sous réserve de l'adoption par le Conseil national d'un contre-projet direct à l'initiative populaire lors de la session d'hiver 2014.

*Die Behandlungsfrist des Geschäftes wird verlängert
Le délai de traitement de l'objet est prorogé*

Dritte Sitzung – Troisième séance

Mittwoch, 4. März 2015

Mercredi, 4 mars 2015

08.15 h

13.085

Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Fortsetzung – Suite)

Le président (Hêche Claude, président): Un seul débat général a lieu sur l'initiative populaire et sur le contre-projet direct.

Hefti Thomas (RL, GL), für die Kommission: Am 5. November 2012 reichte die CVP mit 120 161 gültigen Unterschriften ihre Initiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ein. Gemäss dieser Initiative soll die Bundesverfassung in Artikel 14 einen neuen zweiten Absatz erhalten. Er ist kurz, daher zitiere ich die drei Sätze: «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.» Das ist der Initiativtext.

Mit der Botschaft vom 23. Oktober 2013 sagt der Bundesrat, die Initiative sei gültig. Den eidgenössischen Räten wird beantragt, dass sie sie Volk und Ständen zur Annahme empfehlen, und es wird festgehalten, dass im Gegensatz zum Bereich Steuern im Bereich Sozialversicherungen an sich kein weiterer Handlungsbedarf bestehe. Im Gegensatz zum Bundesrat beantragt Ihnen Ihre Kommission bei Vorlage 2, es sei dem vom Nationalrat angenommenen Gegenentwurf zuzustimmen und dementsprechend die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.

Wie erwähnt empfiehlt der Bundesrat die Initiative der CVP Volk und Ständen zur Annahme. Was heisst das?

1. Die sogenannte Heiratsstrafe soll beseitigt werden.
2. In der Verfassung wird eine Definition der Ehe aufgenommen, wie sie im Initiativtext enthalten ist.
3. Ebenfalls auf Verfassungsstufe wird bestimmt, dass für Ehepaare die Gemeinschaftsbesteuerung gilt.

Ich möchte zu diesen drei Punkten einige Ausführungen machen.

Zum ersten Punkt: Es besteht an sich Einigkeit, dass es bei den Ehepaaren in rund 80 000 Fällen zu einer Ungleichbehandlung gegenüber Konkubinatspaaren kommt, und zwar bei der direkten Bundessteuer. Denn die Kantone haben in der Folge von Bundesgerichtsurteilen und weiteren Schritten die Heiratsstrafe mehr oder weniger eliminiert, jedenfalls so weit, dass das Bundesgericht dort nicht mehr weiter eingegriffen hat. Diesbezüglich kann man also durchaus von einer

Diskriminierung oder Ungleichbehandlung zwischen Ehepaaren und Konkubinatspaaren sprechen, wobei ja an sich Artikel 8 der Bundesverfassung die Diskriminierung ebenfalls ausschliesst und damit grundsätzlich die Möglichkeit bestünde, direkt gesetzgeberisch tätig zu werden. Die Botschaft zeigt dann auf, dass bei einer genaueren Betrachtung und bei einer Gesamtbetrachtung im Bereich der Sozialversicherungen ein ausgewogenes Bild entsteht. Man kann hier also nicht von einer Strafe sprechen, und deshalb wird in der Botschaft auch ausgeführt, dass an sich in diesem Bereich kein weiterer Handlungsbedarf bestehe.

Was heisst dies nun noch finanziell beim Teil Steuern? Man kann die Heiratsstrafe auf verschiedene Weise beseitigen. Je nachdem, welchen Ansatz man dabei wählt, käme – so wird in der Botschaft ausgeführt – der Verlust an Mitteln für den Bund irgendwo zwischen 1 Milliarde und 2,3 Milliarden Franken zu liegen. Davon hätten die Kantone über den Anteil an der direkten Bundessteuer, der ihnen zukommt, 17 Prozent zu tragen. In der Botschaft wird dann auf Seite 8521 ebenfalls ausgeführt, dass Massnahmen für die Gegenfinanzierung angedacht sind, indem z. B. die Mehrwertsteuer ein bisschen erhöht wird oder indem auf die kalte Progression eingewirkt wird.

Ich komme zum zweiten Punkt, zur Definition der Ehe. Ihre Kommission erachtet es als nicht richtig, eine Definition der Ehe in der Verfassung festzuschreiben, selbst wenn die von der Initiative vorgeschlagene Definition wohl etwa dem entspricht, was in der Schweiz zurzeit als Ehe angesehen wird. Die Kommission möchte auch nicht eine andere Definition der Ehe in die Verfassung schreiben, auch nicht einen ergänzenden Satz, der noch die eingetragenen Partnerschaften direkt mit einbezieht, wie dies in der Kommission auch diskutiert wurde – ein entsprechender Antrag liegt heute auf dem Tisch.

Schliesslich zum dritten Punkt: Bei der Beseitigung der Heiratsstrafe kann man einmal sagen, dass viele Wege nach Rom führen. Die Beseitigung der Heiratsstrafe kann auf ganz verschiedene Arten erfolgen. Es können Korrekturen am geltenden Mehrfachtarif sein, man kann den Mehrfachtarif mit alternativer Steuerberechnung kombinieren, man kann aber auch das Teil- oder Vollsplitting anwenden, wie das in mehreren Kantonen der Fall ist, und schliesslich kann man sich hier auch die Individualbesteuerung vorstellen. Letztgenannte Möglichkeit, die Individualbesteuerung, würde durch die Initiative aber per Verfassung ausgeschlossen, beziehungsweise man müsste die Verfassung wieder ändern, um zur Individualbesteuerung kommen zu können, sofern man das einmal wollte. Das aber möchte Ihre Kommission nicht. Sie möchte nicht, dass in der Verfassung der Weg zu einer allfälligen Individualbesteuerung schon ausgeschlossen wird. Wie gesagt, es sollen viele Wege nach Rom führen können.

Fazit: Die Heiratsstrafe soll beseitigt werden, aber ohne Definition der Ehe in der Bundesverfassung, wie die Initiative das möchte, und ohne dass die Bundesverfassung die Individualbesteuerung ausschliesst. Daher beantragt Ihnen Ihre Kommission – allerdings mit knapper Mehrheit, nämlich in der entscheidenden Frage mit Stichentscheid des Präsidenten –, dem vom Nationalrat ausgearbeiteten Gegenvorschlag zuzustimmen und die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.

Bischof Pirmin (CE, SO): Ich beantrage Ihnen namens der knappen Minderheit und gemäss Bundesrat, die Volksinitiative Volk und Ständen zur Annahme zu empfehlen und ihr keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Frage, die sich uns stellt, ist eine einfache: Wollen wir die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Diskriminierung der Ehepaare und der eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften beider Formen beseitigen, oder wollen wir das nicht?

Die Situation ist ja schon etwas komisch: Man steht mit seiner Partnerin oder mit seinem Partner vor der Standesbeamten und beantwortet die berühmte Frage. Die meisten beantworten die Frage mit Ja und meinen, sie würden die

Frage beantworten, ob sie eine Ehe oder eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft eingehen wollen. In Wirklichkeit beantworten sie vor allem die Frage, ob sie höhere Steuern zahlen wollen oder nicht. Das ist die progressive Wirkung des Jawortes: Sie sagen Ja zu einer Partnerin oder einem Partner, und das Resultat sind dann höhere Steuern.

Der Handlungsbedarf ist eigentlich unbestritten. Er ist nicht nur unbestritten, sondern seit einem Bundesgerichtsentscheid von 1984 – also seit 31 Jahren – steht fest, dass die geltende schweizerische Steuerrechtsordnung verfassungswidrig ist: Es ist verfassungswidrig, wenn Ehepaare oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften nur deshalb, weil sie verheiratet bzw. eingetragen sind, höhere Steuern zahlen müssen, als wenn die jeweils gleichen Personen im gleichen Haushalt und in der gleichen Situation zusammenleben würden, aber eben nicht verheiratet oder eingetragen wären. Die Kantone haben auf den Bundesgerichtsentscheid von 1984 im Fall Hegetschweiler reagiert. Mit Ausnahme von zwei Kantonen haben alle Kantone diese Diskriminierung auf Ebene der Kantons- und der Gemeindesteuer beseitigt. Die Kantone besteuern, wie es die Initiative verlangt, Ehepaare und gleichgeschlechtliche Partnerschaften als Wirtschaftsgemeinschaft. Die meisten haben ein Splittingmodell gewählt, einige ein Modell mit Mehrfachtarif. Nicht so der Bund: Wir leben einfach mit der Verfassungswidrigkeit, weil wir die Gewissheit haben, dass das Bundesgericht verfassungswidrige Bundesgesetze nicht korrigieren kann. Damit leben wir seit 31 Jahren in einer gewissen Zufriedenheit. Das ist eigentlich ein rechtlicher Skandal. In der Schweiz sind bei den Steuern 80 000 Ehepaare nach wie vor diskriminiert. Dazu kommen unzählige Paare in Rente. Es betrifft, um es noch einmal zu sagen, nicht nur Ehepaare, sondern ebenso die eingetragenen Partnerschaften.

Was will nun die Initiative? Die Initiative beseitigt diese Diskriminierung auf klare, einfache und speditive Weise. Sie beseitigt sie, indem sie einen sogenannten Systementscheid trifft. Sie schreibt nämlich vor, wie der Kommissionssprecher gesagt hat, dass Ehen und eingetragene Partnerschaften als Wirtschaftsgemeinschaft zu besteuern sind. Damit werden für beide Lebensformen alle beschriebenen Diskriminierungen beseitigt. Der Systementscheid ist fällig, weil Bundesrat und Parlament es während sage und schreibe 31 Jahren nicht geschafft haben, diesen an sich einfachen Entscheid zu fällen: Sollen Paare gemeinschaftlich oder individuell besteuert werden? Beim letzten entsprechenden Vorstoss gab der Bundesrat folgende Erklärung dafür ab, dass man nichts gemacht habe: Es gebe ja zwei verschiedene Lösungen, es gebe bei den Kantonen ein Patt; deshalb könne man nichts machen. Das ist auch eine Rechtsauffassung: Man sagt, es bestehe ein Problem, aber weil es zwei Lösungen gebe, mache man nichts. Die Initiative will dieses Patt angehen.

Die Situation ist heute so, dass die Mehrheit der Kantone jetzt schon die Ehepaare und die eingetragenen Partnerschaften als Wirtschaftsgemeinschaft besteuert. Die Mehrheit der Kantone hat sich in einer Vernehmlassung 2012 für das sogenannte Splittingmodell ausgesprochen, also für die Hauptform der Gemeinschaftsbesteuerung, und auch die Finanzdirektorenkonferenz hat diese Lösung als «vernünftig» bezeichnet.

Nun kommt der Nationalrat und stellt dieser Initiative, dieser einfachen Beseitigung der Diskriminierung, einen Gegenvorschlag gegenüber. Was leistet dieser Gegenvorschlag? Er lässt alles offen. Im Nationalrat – wenn Sie die Debatte nachlesen, sehen Sie das – war viel Sympathie für die sogenannte Individualbesteuerung zu spüren, für ein anderes Modell also als das, welches die Kantone anwenden. Das Modell hätte zwei Folgen. Die eine Folge wäre: Es bleibt alles beim Alten. Was der Gegenvorschlag verlangt, haben wir schon lange, das haben wir seit 31 Jahren, nämlich dass einfach nichts passiert. Wir lassen alles offen, wir entscheiden nichts. Es wird weiterhin eine jahrelange Verzögerung geben, und die Diskriminierung, die das Bundesgericht vor 31 Jahren als verfassungswidrig statuiert hat, bleibt beste-

hen. Die Türe zwischen Splittingmodell und Individualbesteuerung bleibt offen.

Die Individualbesteuerung hat auch Argumente für sich, das ist zuzugeben; beide Modelle haben Argumente für sich, die Individualbesteuerung hat aber wesentliche Nachteile. Deshalb lehnen die Initianten sie ab. Sie hat den grossen Nachteil, dass ein riesiger administrativer Aufwand entsteht: einerseits für jedes Paar, das nicht mehr eine, sondern zwei Steuererklärungen ausfüllen wird, und, gemäss Bundesrat, auch für die Verwaltung, die mit diesem Bürokratiemonster 30 bis 50 Prozent mehr Aufwand hat. Die Individualbesteuerung hätte auch den Nachteil, dass zwar die Diskriminierung, von der wir jetzt sprechen, beseitigt würde, dass aber diejenigen Paare – und ich sage es noch einmal: Ehepaare und eingetragene Partnerschaften –, die ein einseitiges Einkommensverhältnis haben, stark benachteiligt würden gegenüber den Paaren, in denen beide Partner ein gleiches Einkommen aufweisen. Wenn also ein Partner 75 000 Franken verdient und der andere 25 000 Franken, würde dieses Paar mit der Individualbesteuerung wesentlich schlechter fahren als ein Paar, bei dem beide je 50 000 Franken verdienen.

Ein Seitenblick auf Deutschland zeigt Folgendes: Deutschland kennt ein Wahlmodell, bei dem man zwischen Gemeinschaftsbesteuerung und Individualbesteuerung wählen kann. 90 Prozent wählen die Gemeinschaftsbesteuerung. In der Kommission hat es geheissen, es falle der Begriff «Horrorvision», wenn man mit Deutschen spreche, die die Individualbesteuerung kennen.

Der Gegenvorschlag ist an seiner Wirkung zu messen. Ich teile die Meinung unserer Finanzministerin, die in der Kommission gesagt hat, dass unsere Generation das Resultat bei der Individualbesteuerung wohl nicht erleben werde. Sie sagte, der Gegenvorschlag sei nur für die Tribüne und bringe rechtlich nichts. Auf Deutsch sagt man dem auch: Der Gegenvorschlag wäre ein Schuss in den Ofen und eine Augenscherei der Öffentlichkeit gegenüber.

Zur Definition der Ehe, die einiges an Diskussionen ausgelöst hat: Die Initiative beinhaltet eine Ehedefinition. Das hat der Kommissionssprecher richtig gesagt. Diese ist nicht besonders originell. Das gebe ich zu. Es ist schlicht die Ehedefinition, die seit Jahrzehnten in der Schweiz gilt und die auch auf Bundesverfassungsebene gilt. Das ersehen Sie aus den Kommentaren zur Bundesverfassung. Es ist diejenige Ehedefinition, die das Bundesgericht in konstanter Rechtsprechung gestützt hat. Und es ist dieselbe Ehedefinition, die die Europäische Menschenrechtskonvention kennt. Eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden mit dieser Definition steuerrechtlich und sozialversicherungsrechtlich überhaupt nicht diskriminiert, im Gegenteil. Die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, wenn sie eingetragen sind, sind dieser Rechtsform der Ehe gleichgestellt. Konkubinate sind nicht gleichgestellt, das stimmt. Aber die sind auch nicht eingetragen.

Eingedenk der Diskussion, die um den Ehebegriff geführt worden ist, hat sich eine Minderheit der WAK entschieden, Hand für einen Verzicht auf die Definition der Ehe im Verfassungstext zu bieten. Es wäre also dann der Initiativtext ohne den ersten Satz geblieben. Der erste Satz ist an sich rechtlich verzichtbar, weil er die Definition umfasst, die auch heute schon verfassungsrechtlich gilt. Auch dieser Antrag ist von allen Kommissionsmitgliedern ausser den Initianten abgelehnt worden. Das zeigt also, dass der Ehebegriff nicht die Diskussionsplattform ist und dass die Gegner der Initiative im Prinzip im Auge haben, die Besteuerung auf Basis der Gemeinschaftsbesteuerung zu verhindern und die Individualbesteuerung durchzusetzen.

Kurz noch zur Sozialversicherung: Die Initiative umfasst, wie der Kommissionssprecher gesagt hat, ja sowohl das Steuerrecht wie auch das Sozialversicherungsrecht. Im Sozialversicherungsrecht hat man heute die Situation, dass ein Rentner Ehepartner eine Maximalrente von 150 Prozent bekommt, während ein unverheiratetes Rentnerpaar eine Maximalrente von zweimal 100 Prozent, also 200 Prozent, erhält. Allerdings ist auch eine Gegenrechnung zu machen, da nur

die verheirateten oder eingetragenen Paare eine Witwenrente und einen Alterszuschlag beim Tod des Partners bekommen.

Zusammenfassend beantrage ich Ihnen namens der Minderheit und zusammen mit dem Bundesrat, die Initiative Volk und Ständen zur Annahme zu empfehlen und auf einen Gegenvorschlag zu verzichten.

Keller-Sutter Karin (RL, SG): Ich habe in der Kommission die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» nicht zur Annahme empfohlen, und ich habe dem Gegenvorschlag zugestimmt. Ich werde dies auch im Plenum tun, ich werde also mein Stimmverhalten nicht ändern, auch wenn ich eigentlich beide Vorlagen für unnötig halte. In der Sache, nämlich der Beseitigung der steuerlichen Ungleichbehandlung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren, bin ich mit den Initianten vollständig einig. Ich habe die Initiative deshalb nicht zur Annahme empfohlen, weil sie aus meiner Sicht eine unglückliche Definition der Ehe enthält. Das ist eben beim Gegenvorschlag nicht der Fall. Das Steuerrecht soll sich in der Bewertung von Lebensmodellen zurückhalten. Auch wenn ich persönlich das Ehemodell seit 25 Jahren lebe und es als durchaus tauglich und sogar erfolgreich erachte, möchte ich nicht, dass der Staat über das Steuerrecht gesellschaftliche Präferenzen für bestimmte Modelle ausdrückt, für deren Wahl die Bürgerinnen und Bürger selber zuständig sind.

Ich habe dem Gegenvorschlag zugestimmt, weil er das Modell der Individualbesteuerung nicht ausschliesst. Auch hier muss ich präzisieren: Ich bin keine ausgeprägte Anhängerin der Individualbesteuerung, für mich ist das auch keine ideologische Frage. Die Individualbesteuerung ist – da schliesse ich mich dem Votum von Kollege Bischof an – kompliziert, und wahrscheinlich erweist sie sich unter dem Strich bei der Ehegattenbesteuerung sogar als teurer. Das Vollsplitting ist eigentlich das Modell, das ich persönlich bevorzuge. Es ist auch das Modell, das mein Kanton, der Kanton St. Gallen, kennt und seit einigen Jahren erfolgreich praktiziert. Die Individualbesteuerung, da hat Herr Bischof auch Recht, wurde bislang durch die Kantone abgelehnt. Der Gegenvorschlag ermöglicht aber immerhin, dass künftig sowohl die Individualbesteuerung wie auch die Gemeinschaftsbesteuerung, die in allen Kantonen praktiziert wird, möglich wären. Der Gegenvorschlag lässt also die Türe auch für ein Wahlmodell offen.

Zusammengefasst: Ich habe dem Gegenvorschlag zugestimmt, um ihm zum Durchbruch zu verhelfen, weil ich ihn als bessere Variante als die Volksinitiative erachte. Trotzdem, ich wiederhole es: Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen, dass wir beides nicht brauchen. Dies aus zwei Gründen: Im Bereich Sozialversicherungsrecht, argumentiert der Bundesrat, gebe es keinen Handlungsbedarf. Und im Bereich der direkten Bundessteuer könnte der Bundesrat ganz einfach eine Vorlage bringen, denn immerhin gilt seit 1984 ein Bundesgerichtsurteil, das besagt, dass Ehepaare im Verhältnis zu alleinstehenden Personen entlastet werden müssen und dass sie im Verhältnis zu Konkubinatspaaren nicht stärker belastet werden dürfen. Das Bundesgericht hat in anderen Worten also klar gesagt, dass die bestehende Besteuerung von Ehepaaren verfassungswidrig ist.

Es stellen sich mir im Zusammenhang mit den beiden genannten Aspekten verschiedene Fragen. Zum Sozialversicherungsrecht: Hier, argumentiert der Bundesrat, gebe es keine Benachteiligung von Ehepaaren, sondern im Gegenteil einen Heiratsbonus; erwähnt wird insbesondere auch die Witwenrente. Allerdings will der gleiche Bundesrat mit der Altersvorsorge 2020 die Witwenrente abschaffen. Hier wäre wohl ein klärendes Wort des Bundesrates angezeigt. Zudem ist das subjektive Empfinden in der Frage der Benachteiligung durch die «Ehegattenbesteuerung» bei den Sozialversicherungen in der Bevölkerung ganz anders, als dies der Bundesrat darlegt. Im Volk herrscht die Meinung vor, dass die Ehepaare sozusagen die Geprellten seien: Die Leistungen, die ihnen ausgerichtet würden, seien geringer als bei Konkubinatspaaren. Hier besteht sicher ein gewisser Klä-

rungsbedarf; die SGK Ihres Rates wird sich ja dieser Frage im Rahmen der Altersvorsorge 2020 nochmals annehmen.

Zum Steuerbereich: Ich frage mich hier auch, Frau Bundesrätin, warum der Bundesrat als Antwort auf die Initiative nicht einfach direkt eine Vorlage gebracht hat. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie hier eine Antwort geben könnten. Seit 1984 wissen wir, dass die bestehende Ehepaarbesteuerung verfassungswidrig ist. In der Zwischenzeit wurden zwar gewisse Korrekturen vorgenommen, trotzdem werden nach wie vor 80 000 Ehepaare benachteiligt. Ich weiss, dass in der Vergangenheit immer wieder die Kosten ins Feld geführt wurden, die eine Gleichstellung mit den Konkubinatspaaren verursachen würde. Die Ertragsausfälle mögen ein finanziell gewichtiges Argument sein. Ein ebenso starkes Argument liegt aber in der Tatsache, dass der Staat bei einer Personengruppe, nämlich den Ehepaaren, offensichtlich zu viele Steuern einzieht, und das zu Unrecht. Der Bundesrat hätte gemeinsam mit dem Parlament diese Ungerechtigkeit schon längst beseitigen können. In diesem Sinn ist die Initiative der CVP eine Durchsetzungs-Initiative: Sie dient der Durchsetzung eines Bundesgerichtsurteils.

So gesehen sind also beide Vorlagen unnötig. Wenn ich dem Gegenvorschlag dennoch zustimme, dann deshalb, weil er mindestens die Frage der künftigen Besteuerung offenlässt, ein Wahlmodell ermöglicht und auf die staatliche Festschreibung einer gesellschaftlichen Präferenz eines Lebensmodells verzichtet.

Cramer Robert (G, GE): Comme l'a justement indiqué le rapporteur, l'initiative comporte trois éléments. Je ne vais pas les énumérer. Je me bornerai simplement à dire que deux de ces éléments vont manifester ensemble et concernent la fiscalité du mariage. Un élément n'a rien à voir avec les deux autres, qui est la question de définir dans la Constitution ce qu'est le mariage. Je vois du reste que la proposition Seydoux prévoit, fort sagement, d'y renoncer. Cela pose des questions d'unité de la matière, je ne vais pas en parler maintenant: le débat sur cette question aura lieu tout à l'heure, et j'essaierai de vous convaincre que, pour des raisons qui tiennent à notre droit constitutionnel, on ne doit pas accepter ce genre de mélange.

Bornons-nous à parler des deux éléments contenus dans les deuxième et troisième phrases de l'initiative: d'une part, l'idée selon laquelle «le mariage constitue une communauté économique»; d'autre part, celle selon laquelle «il ne peut pas être pénalisé par rapport à d'autres modes de vie».

Concernant la question de la pénalisation du mariage, je dois dire que ce n'est pas d'une grande originalité. On se borne ici à reprendre ce qui figure déjà dans notre Constitution. En effet, l'article 8 de la Constitution fédérale prévoit que «nul ne doit subir de discrimination du fait notamment de son origine, de sa race, de son sexe, de son âge, de sa langue, de sa situation sociale, de son mode de vie, de ses convictions religieuses, philosophiques ou politiques.» Donc si votre mode de vie ou vos convictions religieuses ou philosophiques vous ont amené à faire le choix de vous marier, vous ne devez pas être pénalisé pour cela. C'est ce que dit déjà notre Constitution fédérale.

Est-il nécessaire de le rappeler à l'article 14 de la Constitution? On peut y voir un intérêt pédagogique puisque, manifestement, aujourd'hui, il y a une pénalisation du mariage sur le plan fiscal. On peut aussi y voir un problème d'interprétation, parce que si on dit qu'on ne doit pas pénaliser le mariage par rapport à d'autres modes de vie, a contrario cela veut dire que d'autres modes de vie pourraient être pénalisés. Mais n'allons pas prêter ce genre d'intention aux initiateurs et bornons-nous à considérer que ce sont de bons pédagogues! En ce sens, le contre-projet du Conseil national, qui a été approuvé par la commission à une courte majorité puisque c'est la voix du président qui a tranché, prête à cette initiative ces qualités pédagogiques.

La deuxième phrase de l'initiative prévoit qu'«au point de vue fiscal, le mariage constitue une communauté économique». On entre là dans un autre type de réflexion, on ne parle plus de pénalisation. On dit également que c'est dans

le cadre de cette conception du mariage que l'on doit éviter de le pénaliser. En d'autres termes – plusieurs l'ont dit avant moi –, cette phrase exclut l'imposition individuelle, et on peut dire, même si Madame Keller-Sutter a été prudente sur ce point, que cette phrase marque un choix de société. Ce choix, c'est celui de la famille nucléaire; c'est un choix de société qui va à contre-courant de toutes les tendances actuelles en matière de droit de la famille et de toutes les décisions que nous avons récemment prises à l'occasion de diverses réformes du droit de la famille.

Ce contre-projet fixe un certain nombre de choses. Comme celui de Madame Keller-Sutter, le canton d'où je viens connaît le *splitting* intégral, c'est-à-dire un mode de taxation qui serait totalement compatible avec la deuxième phrase de l'initiative ainsi qu'avec la proposition Seydoux. Quand bien même, le canton de Genève, dans sa prise de position, indique, comme la deuxième phrase de l'initiative, qu'une telle considération ne relève pas matériellement de la Constitution et qu'elle exclut d'emblée la possibilité d'opter dans le futur pour une imposition individuelle des époux. Par là, le Conseil d'Etat du canton de Genève estime que c'est une raison pour recommander de rejeter cette initiative. On peut encore remarquer que, dans la consultation des cantons, les points de vue étaient extrêmement partagés sur cette question, à peu près moitié-moitié. Pour cette raison, il n'est pas souhaitable d'inscrire dans la Constitution aujourd'hui le fait que le mariage constitue une communauté économique. Le débat doit se poursuivre. Bornons-nous à dire que le mariage ne doit pas être pénalisé, et, comme nous y induisons les motions que nous allons examiner, qu'il faut que le Conseil fédéral et le Parlement, quel que soit le résultat de la votation, mettent rapidement en oeuvre des mesures pour que cette pénalisation du mariage cesse.

Levrat Christian (S, FR): Chacune et chacun s'accordera dans ce débat sur deux points. Premièrement, nous devons faire en sorte qu'il n'y ait pas de discrimination envers les couples mariés et, deuxièmement, il existe une nécessité d'agir sur le plan législatif. Mais nous ne débattons pas de cela, la question de la nécessité d'agir ayant été tranchée par le Tribunal fédéral. Aussi bien les initiants, les partisans du contre-projet que celles et ceux qui ont des doutes tant sur l'initiative populaire que sur le contre-projet s'accordent à dire qu'il convient de lever la discrimination pesant sur les couples mariés. Par ailleurs, la nécessité d'agir sur le plan législatif a été reconnue par le Conseil fédéral, avant qu'il ne décide de s'abriter derrière cette initiative populaire et qu'il ne renonce à faire des propositions concrètes.

L'objet du débat porte sur la définition de la famille. Désirons-nous qu'elle figure dans la Constitution fédérale? Quels types de familles doivent être soutenus en premier lieu et quel modèle de société entendons-nous encourager par nos pratiques fiscales? Sur ces deux points, l'approche proposée par les initiants me paraît excessivement conservatrice. Elle me paraît l'être dans la définition du couple, mais aussi dans l'approche fiscale, qui refuse toute évolution de nos modèles de société, tandis qu'elle repose sur des bases erronées en matière d'assurances sociales. Permettez-moi de développer ces trois points.

En ce qui concerne la définition du couple, Monsieur Bischof nous dit qu'il s'agit simplement de reprendre dans la Constitution fédérale une définition du couple admise par ailleurs. Il se trouve que cette reprise conduirait à cimenter l'évolution sociale dans la situation dans laquelle nous sommes aujourd'hui. La reprise de cette définition dans la Constitution fédérale interdirait notamment toute évolution de la définition du couple vers les familles homosexuelles et il me paraît absolument clair que l'évolution sociale nous conduira, un jour ou l'autre, à reconnaître la place à part entière des familles homosexuelles dans notre société. Il n'est pas correct, mais douteux, de vouloir, du point de vue législatif, cimenter l'évolution sociale par le biais d'un artifice fiscal, de vouloir empêcher toute évolution et toute reconnaissance des couples homosexuels, au détour et en marge d'un débat portant sur des éléments de fiscalité. Ce premier motif me pousse déjà

à considérer qu'il faut recommander le rejet de cette initiative populaire.

Mais il y a un deuxième motif, et l'un ne va pas sans l'autre. Je reviendrai plus tard sur la proposition de modification du contre-projet du groupe PDC/PEV – en soi, il est original de voir les initiants proposer eux-mêmes une variante à leur propre texte, mais enfin, passons là-dessus. J'aimerais m'arrêter sur la question fiscale.

Vous nous décrivez une situation qui serait catastrophique, dans laquelle rien ne se serait passé durant trente ans et qui exigerait une intervention rapide de la Confédération. Il faut relever d'abord, et le Conseil fédéral a l'honnêteté de le faire, que, dans la plupart des cantons, il n'y a plus de discrimination des couples mariés. Au contraire, dans la plupart d'entre eux, la position des couples mariés sur le plan fiscal est plus favorable que celles des couples concubins. Il faut relever ensuite, s'agissant de l'impôt fédéral direct, que pour deux tiers des contribuables, soit 160 000 couples, cette discrimination a été supprimée en 2008. Le Conseil fédéral le rappelle dans son message. Il n'en demeure pas moins que, pour le tiers restant, des solutions doivent être trouvées.

Une procédure de consultation a été lancée en 2012 dans ce sens. Elle a ensuite été suspendue pour nous permettre de traiter l'initiative populaire, après le constat que les camps étaient approximativement égaux. Aujourd'hui, les initiants ont évidemment un peu mauvaise grâce à nous reprocher de faire traîner le processus, de tarder à régler la situation. Si quelque chose aujourd'hui a retardé ce processus, c'est l'initiative populaire; c'est le fait que cette initiative populaire soit sur la table qui a conduit le Conseil fédéral à suspendre le processus législatif, à attendre le traitement par le peuple de l'initiative, et qui le conduit aujourd'hui à mettre ce dossier en «stand-by» en attendant que le peuple se soit prononcé. Il y a donc quelque chose d'un peu particulier à interrompre un processus législatif par le biais d'une initiative populaire pour ensuite utiliser l'argument de l'interruption du processus législatif en faveur de son texte.

J'aimerais revenir sur l'exemple qu'a retenu Monsieur Bischof, parce que j'en tire précisément les conclusions inverses. Ce qu'il nous dit, c'est que si nous comparons la situation de deux familles, si nous prenons – pour faire simple – d'un côté un modèle de *splitting* et de l'autre un modèle d'imposition individuelle, il serait injuste de traiter différemment la situation d'une famille dans laquelle un seul des époux travaille et la situation d'une famille dans laquelle les deux époux travaillent. Je considère à l'inverse qu'il est nécessaire de traiter ces deux situations différemment.

Permettez-moi de prendre un exemple concret, celui de la famille Bapst et de la famille Martin. Madame Bapst est secrétaire d'avocat, elle gagne à peu près 60 000 francs nets par année. Son mari est contremaître sur un chantier, il gagne lui aussi 60 000 francs nets par année. Ils travaillent tous deux à plein temps et doivent s'occuper de leur ménage et de leur logement en dehors de leurs heures de travail. Monsieur Martin, quant à lui, est chef de service à l'Etat, il gagne 120 000 francs. Son épouse a choisi de rester à la maison, elle ne travaille pas. Est-il vraiment illégitime de traiter différemment ces deux familles? Dans la famille Bapst, où les deux époux travaillent, les charges professionnelle, ménagère et familiale ne sont-elles pas beaucoup plus importantes que dans la famille Martin pour arriver au même revenu? Il me paraît au contraire qu'une approche moderne et juste de la politique fiscale doit nous conduire à traiter plus favorablement une famille où deux salaires sont nécessaires pour atteindre le même revenu qu'une famille dans laquelle un des époux peut subvenir, pour la même somme, à l'entretien de son ménage.

Concrètement, la situation de ces deux familles au quotidien n'est pas la même. Les uns auront davantage de loisirs, de temps à consacrer à leurs amis et à leurs activités, alors que les autres courront toute la journée pour essayer de faire l'ensemble des tâches auxquelles ils sont astreints. Imposer de la même manière la famille du chef de service, dont la femme ne travaille pas, et la famille du contremaître sur un chantier, dont la femme travaille elle aussi à plein temps

pour obtenir le même revenu, n'est pas juste, n'est pas, malgré le splitting, un exercice que nous devrions perpétuer à l'avenir, en tout cas pas un exercice que nous devrions cimenter dans notre Constitution.

La situation est similaire en matière d'assurances sociales, on l'a dit, aussi je serai très bref là-dessus. Bien sûr la vox populi considère qu'il est injuste qu'un couple marié ait 150 pour cent d'une rente maximale. Je peux le comprendre, mais peut-être que notre responsabilité de politicien, c'est d'expliquer justement à la population, à ceux qui trouvent que c'est injuste, qu'il n'en est rien; globalement les couples mariés sont dans les assurances sociales plutôt favorisés par rapport aux concubins, par le splitting dans le domaine de l'AVS, par la libération de cotisations lorsqu'un des deux époux travaille pour son conjoint, et par la rente de veuf ou de veuve. La situation au final, c'est qu'il en va de même dans le domaine de la LPP ou de l'assurance-accidents. Donc il n'y a pas de discrimination dans le domaine des assurances sociales. Le Conseil fédéral est extrêmement clair sur ce point et c'est un peu une promesse trop rapide des initiants, qui récoltent des signatures et défendent ensuite un texte, que de dire: «Nous allons remédier aux discriminations dans le domaine des rentes de vieillesse.» Les uns et les autres savent que ce n'est pas le cas.

Enfin, je conclurai sur la proposition de modification du contre-projet qui émane des initiants et qui est reprise par Madame Seydoux au Conseil des Etats. C'est un bel exercice de flexibilité intellectuelle – il faut saluer –, que de lancer soi-même une initiative populaire, ensuite d'en retrancher une partie, en considérant que ce serait peut-être plus facile pour le débat politique de ne traiter que la moitié du texte qu'on a lancé soi-même. Mais, au-delà de ça – et même si je salue le fait que les initiants reconnaissent que leur texte n'est pas aussi bien formulé qu'il devrait l'être –, ça ne résout pas du tout la question du type de fiscalité. Et ce que nous reprochons, et ce que je reproche à ce texte, c'est d'être trop conservateur dans la définition de la famille, mais aussi dans le choix du modèle fiscal, et de cimenter un modèle fiscal qui conduit à une vision extrêmement conservatrice de la société, qui conduit à avantager les couples dans lesquels un seul des conjoints travaille, au détriment des couples dans lesquels les deux conjoints travaillent. Et la proposition qui vous est soumise ne permet pas de remédier à cet état de fait.

Je conclus en vous invitant à soutenir le contre-projet direct du Conseil national, qui permet au moins d'affirmer le socle sur lequel nous sommes d'accord – un socle qui vise à dire qu'il ne doit pas y avoir de discriminations, que le législateur doit agir –, à rejeter la proposition de modification du contre-projet des initiants eux-mêmes, c'est-à-dire la proposition Seydoux, et à recommander évidemment le rejet de l'initiative populaire, qui est à mon sens un véhicule électoral qui est en train de nous amener dans des ornières que nous aurions dû dépasser avec le changement de millénaire.

Graber Konrad (CE, LU): Die Frage, die hinter der Initiative steht, beschäftigt uns tatsächlich schon seit Jahren. Ich erinnere mich, dass Bundesrat Merz das Problem der Heiratsstrafe seinerzeit vorübergehend mit einem Abzug für Verheiratete und Zweitverdiener – und zwar für Ehepaare und eingetragene Partnerschaften – gemildert hat, aber bereits gemäss seinen damaligen Ausführungen damit das Problem nicht lösen konnte. Diese Abzüge bestehen auch heute noch. Es gibt einen Zweitverdienerabzug von 8100 bis 13 400 Franken, und es gibt einen Abzug für Ehepaare und eingetragene Partnerschaften von 2600 Franken. Bundesrat Merz hat damals in unserem Rat etwas resigniert festgestellt, dass sich im Zusammenhang mit dem Besteuerungsmodell, das heisst mit der Frage «Individualbesteuerung oder Splitting?», zwei sich blockierende, etwa gleich grosse Vernehmlassergruppen gegenüberstehen.

Ich hätte nie gedacht, dass es eine Volksinitiative braucht, um der Verfassung in dieser Frage der Nichtdiskriminierung bei der Besteuerung von Verheirateten zum Durchbruch zu

verhelfen. Erst mit dieser Volksinitiative wurde die Frage wieder ernsthaft aufs politische Tapet gebracht.

Der Bundesrat hat seine Linie betreffend Familienbesteuerung in der Folge konsequent durchgezogen. Bereits in seinem Dokument «Hängige Geschäfte mit namhaften finanziellen Auswirkungen» vom 20. September 2013 zuhanden der WAK des Ständerates hat er der heute diskutierten Volksinitiative Priorität 1 beigemessen – und er tut dies auch heute noch. Ich möchte dem Bundesrat deshalb vorerst dafür danken, dass er der Verfassung Nachachtung verschaffen will. Es geht dabei auch um Geld – um viel Geld. Je nach Modell sind es zwischen 1 und 2 Milliarden Franken. Dieser Betrag ist aus meiner Sicht ein Abbild der bestehenden Diskriminierung. Es geht nicht um eine Kleinigkeit. Der Verfassungsverstoss ist massiv, und deshalb rechtfertigt sich auch kein weiterer Aufschub.

Dass auch unsere Finanzministerin der Initiative zustimmt, zeigt ebenfalls, dass bei der Umsetzung der Verfassung nicht das Geld im Vordergrund steht. Die Mindereinnahmen sind nicht das Ergebnis der Initiative, sondern das Ergebnis dessen, was seit Jahrzehnten nicht gemacht wurde.

Der Nationalrat hat mit seinem Gegenvorschlag die Stossrichtung der Initiative umgelenkt. Statt sich mit der steuerlichen Diskriminierung von Verheirateten auseinanderzusetzen, hat er sich – zumindest verbal – intensiv mit dem Ehebegriff auseinandergesetzt und dem Kernanliegen der Initiative nicht Rechnung getragen. Diesen Gegenvorschlag des Nationalrates lehne ich deshalb ab.

Eine Minderheit – es wurde ausgeführt – hat in der Kommission versucht, eine Brücke zu bauen, um die vieldiskutierte Frage des Familienbegriffs zu neutralisieren. Der erste Satz wurde gemäss diesem Antrag ersetzt mit: «Die Ehe und die eingetragenen Partnerschaften bilden in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft.» Dieser Antrag wurde in der Kommission deutlich abgelehnt, er erhielt nur 4 Stimmen. Der Gegenvorschlag hat dann in der Gesamtabstimmung erst mit dem Stichentscheid des Präsidenten obsiegt. Die Kritiker des Initiativtexts in der Kommission und auch die Kritiker heute im Rat lade ich ein, dem Antrag Seydoux zuzustimmen oder dann hier eine Alternative zu präsentieren. Ich erinnere daran, dass die Initiative einzig die steuerliche Diskriminierung von Verheirateten ausschalten wollte. Für die Mitglieder des Initiativkomitees brauchte es viel Konsenswillen, um an einem Gegenvorschlag mitzuarbeiten, der auch glaubwürdig ist. Doch der Ball ist nicht aufgenommen worden, was wir letztlich respektieren müssen. Ich halte deshalb auch an meiner Haltung zur Initiative fest. Wenn ihr schon ein Gegenvorschlag gegenübergestellt wird, sollte dieser aber auch glaubwürdig sein. Wenn die konservative Formulierung kritisiert wird, Herr Levrat, hätte ich von Ihnen eigentlich erwartet, dass Sie hier eine weniger konservative Formulierung präsentieren, die dann auch zum Ziel führt. In der Kommission hat, wie gesagt, der erwähnte Satz keine Mehrheit gefunden. Die Ablehnung war so deutlich, dass einer guten Tradition im Ständerat folgend eine aus Sicht der Kommission nicht mehrheitsfähige Vorlage dann hier nicht als Minderheitsantrag präsentiert worden ist.

Jetzt haben Sie Gelegenheit, in dieser Frage hier in der Öffentlichkeit nochmals Stellung zu nehmen. Diese Klärung scheint mir denn auch wichtig zu sein. Damit ist in der Frage der Ehe Klarheit geschaffen. Es ist bereits heute so, dass eingetragene Partnerschaften mit den Ehepaaren gleichgestellt sind. Das ist auch das steuerliche Regime bis heute; ich habe das schon bei den Abzügen erwähnt. Mit dem Antrag Seydoux wird dies hier jetzt nochmals verdeutlicht.

Nachdem der Ehebegriff in der Kommission nicht mehr gross zur Diskussion stand, klammerten sich die Gegner der Initiative intensiv an die Systemfrage, wie sie dies auch heute tun. «Individualbesteuerung versus Splitting» war die Frage. Wir wissen alle: Solange die Systemfrage, die schon zur Zeit von Bundesrat Merz nicht geklärt wurde, nicht geklärt ist, wird auch das Problem nicht gelöst. Das Problem kann nicht aus dem Raum geschafft werden, wenn diese Frage nicht geklärt wird. Wer sich weiterhin für die Individualbesteuerung ausspricht, der setzt sich deutlich in Wider-

spruch zu den Kantonen und will letztlich mehr Bürokratie; das wurde bereits ausgeführt. Wer die Individualbesteuerung will, will mehr Bürokratie – will mehr Bürokratie für die Steuerzahlenden, will mehr Bürokratie für die Verwaltung. Deshalb wehren sich auch die Kantone so energisch gegen die Individualbesteuerung.

Was nun im Nationalrat als Gegenvorschlag konzipiert wurde, ist das Papier nicht wert, auf das es gedruckt wurde. Es bringt uns keinen Schritt weiter. Dies sage nicht nur ich, das hat auch Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf in der Kommission klar zum Ausdruck gebracht. Herr Bischof hat es erwähnt: Der Gegenvorschlag bringt aus Sicht des Bundesrates keinen Mehrwert. Der Gegenvorschlag sei für die Tribüne und bringe rechtlich nichts; das waren die Worte in der Kommission.

Ich beurteile es als rechtsstaatlich und demokratiepolitisch kaum zu verantworten, wenn in einem Gegenvorschlag versucht wird, auf einem vermeintlichen Nebenschauplatz das Kernanliegen der Initiative, die steuerliche Gleichbehandlung von Ehepaaren, auszuhebeln. Es wäre problematisch, wenn hier einem Gegenvorschlag zugestimmt würde, der schlicht nichts bringt – der schlicht nichts bringt! Noch schlimmer: Es wird versucht, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. Ich bin überzeugt, dass die Stimmberechtigten diese politischen Manöver durchschauen und sich an der Sache orientieren werden. Ich stelle die Frage an die Gegner der Initiative: Was tun Sie morgen, um der Verfassung Nachachtung zu verschaffen? Was tun Sie morgen? Mein Fazit: Wer der steuerliche Diskriminierung von Ehepaaren ein Ende setzen will, stimmt der Initiative zu. Wer das Thema auf die lange Bank schieben will, stimmt dem Gegenvorschlag des Nationalrates zu. Wer die Verfassungsbestimmung nicht umsetzen will, lehnt beides ab.

Schmid Martin (RL, GR): In der Tat, aus den Gründen, die Herr Kollege Graber im Fazit erwähnt hat, bin ich gegen die Initiative, und mich überzeugt auch der Gegenvorschlag nicht. Ich bin aber nicht der Meinung, dass man das Problem auf die lange Bank schieben sollte. Von vielen Vorrednern wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass wir eigentlich als Gesetzgeber schon seit Jahrzehnten den Auftrag hätten, eine nichtdiskriminierende Besteuerungslösung für die Ehepaare, aber auch für die anderen Lebensformen zu suchen, seien das Alleinstehende, Alleinerziehende, seien das Ein- und Zweiverdiener-Ehepaare mit oder ohne Kinder sowie Ein- und Zweiverdiener-Konkubinatspaare mit und ohne Kinder. All diese Lebensformen müssen wir aufgrund des Rechtsgleichheitsgebotes, des Diskriminierungsverbots und des Prinzips der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gleich behandeln, sofern sie in gleichen Verhältnissen leben. Hier wurde verschiedentlich, auch von Kollege Bischof, das Modell des Haushaltes als gutes Beispiel eingebracht, mit dem man sagt, dass es um in gleicher Form stehende Wirtschaftsgemeinschaften gehe, die man auch gleich besteuern sollte. Ich glaube, in diesem Bereich herrscht schnell Einigkeit.

Warum komme ich dann trotzdem zum Schluss, dass wir eigentlich auf Verfassungsstufe keine Änderung brauchen? Wenn man die Verfassungsbestimmungen anschaut, so sieht man, dass auch die Annahme dieser Initiative keine Besteuerungsmöglichkeit ergeben würde, die wir nicht heute schon vornehmen könnten. Die Annahme der Initiative würde in der Tat, das ist zu Recht gesagt worden, die Möglichkeit der Individualbesteuerung ausschliessen. Ich persönlich bin gegen die Individualbesteuerung. Vielleicht habe ich früher einmal noch Vorteile darin gesehen, aber als ehemaligen kantonalen Finanzdirektor überzeugt mich die Argumentation gegen die Einführung der Individualbesteuerung zumindest auf der technologischen Ebene, auf der wir uns heute befinden. Es würde mehr Aufwand mit sich bringen und keine Lösung der konkreten Probleme darstellen. Das ist eine Meinung, die ich heute immer noch verrete. Deshalb bin ich auch kein Freund davon, das Geschäft jetzt aufzuschieben, um die Individualbesteuerung zu propagieren, die dann von den Kantonen nicht umsetzbar ist.

Der Bundesgesetzgeber hat auch ein Harmonisierungsgebot. Es ist nicht nur eine horizontale Harmonisierung, sondern eine vertikale. Weil alle Kantone hier in die Richtung des Voll- oder Teilsplittings gehen, hat sich auch der Bund in etwa an dieser Lösung zu orientieren und nicht im Alleingang einen Systemwechsel in Richtung Individualbesteuerung vorzunehmen. Ich glaube, das ist auch aus Rücksicht gegenüber den Kantonen geboten.

Ich sehe aber das Problem in der Tatsache, dass uns auch die Annahme der Initiative noch nicht weiterbringt. Ich verstehe den Bundesrat, wenn er sagt, dass eigentlich der Gesetzgeber einmal hätte tätig werden müssen. Wir sollten heute nicht über die Initiative diskutieren, weil deren Annahme noch keine Lösung ist, sondern wir sollten darüber diskutieren, wie wir das Anliegen im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer umsetzen wollen. Wenn das passiert wäre, hätte man hier einen konkreten Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe vorlegen können, und das hätte es den Initianten auch ermöglicht, die Initiative zurückzuziehen, weil das Anliegen erfüllt wäre. Der Bundesrat beantragt aber jetzt die Annahme der Initiative, und damit sind wir eben noch keinen Schritt weiter. Die Problemstellung ergibt sich dadurch, dass wir ein Zusammenwirken von Steuertarif und familien- oder kinderbezogenen Abzügen im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer haben. Wenn wir dieses System nicht radikal ändern – und da könnte die Annahme der Initiative wirklich positiv sein, weil sie fordert, dass die gesamte direkte Bundessteuer in diesem Punkt zu ändern sei –, dann gibt es mit diesem Tarifsysteem, mit diesen familien- oder kinderbezogenen Abzügen, keine Lösung. Das hat ja die Vergangenheit bewiesen.

Der Bundesrat hat vielleicht zu Recht gesagt, dass wir diese Änderung nicht umsetzen können, weil es einerseits nach dem heutigen System Milliarden kostet und andererseits, wenn wir es nicht tun, untere Einkommen mehr belastet werden – man ist irgendwie gleich weit. Man sieht zwar das Problem, aber man hat auf Gesetzesstufe keine Umsetzungslösung. Würde das Volk der Initiative zustimmen, würden wir einfach zwei, drei Jahre später die gleiche Diskussion führen und beraten, wie wir das umsetzen wollten. Klar wäre einzig, dass die Individualbesteuerung, die ich auch ablehne, nicht mehr zum Zug käme, aber alle anderen Probleme wären weiterhin vorhanden. Es gibt auch keine Lösung, die eine spätere Diskriminierung von Konkubinatspaaren verhindert – diese wäre auch gegen die Bundesverfassung. Die anderen Grundsätze, also das Diskriminierungsverbot und die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, bleiben – das wurde auch von den Initianten nicht infrage gestellt. Ich glaube, dass es an uns, am Parlament, wäre, dass wir – vielleicht auch in Kommissionen – eine Lösung erarbeiten und vorschlagen, die dann tragfähig ist. Die Annahme des Verfassungsartikels bringt uns keinen Schritt weiter, sie bietet keine neue Lösung des Problems auf Gesetzesstufe.

Deshalb, weil ich keinen Nutzen in ihnen sehe, bin ich gegen die Initiative und gegen den Gegenvorschlag. Ich verstehe die Initianten, dass sie mit der Initiative mindestens politisch ein Signal geben wollen. Es wurde von einer Durchsetzungs-Initiative gesprochen; ich finde es gar nicht so falsch, dass man diesen Gesichtspunkt einbringt, wenn man drei Jahrzehnte auf die Umsetzung eines Anliegens warten musste. Aber vom Nutzen her habe ich eben meine Zweifel. Die Kantone haben das Anliegen umgesetzt und bewiesen, dass das mit den heutigen Verfassungsbestimmungen möglich ist. Also, letztlich müssten wir uns als Ständerat die Aufgabe stellen, dass wir versuchen, diese Ungleichbehandlung zu korrigieren, aber das würde nicht dazu führen, dass wir die direkte Bundessteuer in ihrem Tarifsysteem, in ihrem Abzugssystem fundamental umbauen würden. Ich bin aber überzeugt, dass dies die einzige Lösung sein wird, auch nach Annahme der Initiative, wenn diese umzusetzen ist.

Fetz Anita (S, BS): Die Initiative ist gegen die sogenannte Heiratsstrafe gerichtet. Diese ist jetzt in vielen Voten beklagt worden. Ich möchte hier trotzdem auch einmal feststellen: In

den letzten dreissig Jahren seit diesem Bundesgerichtsurteil ist sehr viel gelaufen, um diese sogenannte Heiratsstrafe zu minimieren. Die allermeisten Kantone haben das System entsprechend umgestellt, und wie der Kommissionssprecher ausgeführt hat, betrifft die Heiratsstrafe noch 80 000 Paare. 80 000 sind 80 000 zu viel, einverstanden, dort sehe ich auch Handlungsbedarf. Wo es keinerlei Handlungsbedarf mehr gibt – das haben die Unterlagen des Bundesrates gezeigt –, das ist in den Sozialversicherungen. Dort fahren Ehepaare besser, wie man sieht, wenn man den ganzen Lebenszyklus betrachtet, als Konkubinatspaare – aus dem einfachen Grunde, weil auch Witwen- und Witwerrenten sowie Waisenrenten ausbezahlt werden. Es gibt also einen kleinen Handlungsbedarf, das stimmt.

Jetzt die Frage: Wie muss ein modernes Ehekonzept aussehen, das dem 21. Jahrhundert gerecht wird? Damit meine ich, dass wir heute im 21. Jahrhundert eine Vielfalt von Zusammenlebensmodellen haben, die man einfach zur Kenntnis nehmen muss. Ich sehe zwei Punkte, die zentral sind: Erstens darf es in einem modernen Ehekonzept keine Einschränkung auf die Frau-Mann-Partnerschaft geben. In diesem Sinne schätze ich auch den Antrag von Anne Seydoux, die hier klar die eingetragenen Partnerschaften auch aufnimmt. Wenn man das nämlich nicht macht, so, wie es die Initiative tut, dann diskriminiert man homosexuelle Partnerschaften – das kann man nicht wegreden, Kollege Bischof, das kann man einfach nicht wegreden, auch wenn man es versucht.

Der zweite Punkt in einem modernen Ehekonzept ist – das finde ich mindestens so wichtig –, dass es mit einem modernen Steuerrecht verbunden ist, das den Zweitverdienst nicht faktisch wegbesteuert. Das ist heute das Riesenproblem. Wer eine gleichberechtigte Lebensführung hat, in der beide erwerbstätig sind und beide sich um die Kinder kümmern, wird durch die starke Progression steuerlich benachteiligt. Das geht in einer modernen Gesellschaft nicht mehr.

Da wird nur die Individualbesteuerung Abhilfe schaffen. Für mich ist das keine Ideologie, wie Kollegin Keller-Sutter gesagt hat, sondern eine nüchterne Feststellung. Wir leben heute in einer Zeit mit den buntesten Partnerschaftsmodellen: Einmal ist man zusammen, einmal wieder nicht, einmal hat man Patchworkfamilien oder Regenbogenfamilien, die Kinder des anderen sind auch noch dabei – ja nun, das Leben ist heute so. Es muss daher auch in einem Steuerrecht abgebildet werden, das nicht primär die traditionelle Familie bevorzugt.

Wir haben seit Einreichung der Initiative zudem einen neuen Tatbestand; dazu habe ich bis jetzt in der Debatte noch nichts gehört. Die Masseneinwanderungs-Initiative wurde knapp angenommen, und Krethi und Plethi in diesem Land rufen heute nach mehr Frauen. Mehr Frauen sollen erwerbstätig sein und ihre niedrigen Pensen von 30 oder 40 Prozent aufstocken, damit wir mehr inländisches Potenzial haben. Ja, da kann man schon nach den qualifizierten Frauen rufen. Es gibt sie auch, und zwar en masse: 50 000 Akademikerinnen sind heute nicht erwerbstätig, das ist ja eigentlich verückt. Sie sind top ausgebildet, wir brauchen sie, aber es besteht kein Anreiz. Wenn das zweite Einkommen derart wegbesteuert wird – ich kann Ihnen das aus eigener Erfahrung sagen –, dann muss man schon extrem überzeugt sein, dass es wichtiger ist, erwerbstätig zu sein, weil man damit auch unabhängig von einem Mann ist; man weiss ja nie, wie lange die Liebe hält. Man muss schon sehr überzeugt sein, um sich nicht von diesen steuerlich negativen Auswirkungen ganz pragmatisch abschrecken zu lassen. Warum soll eine Frau arbeiten, wenn sie sieht – vor allem angesichts der dann nötigen teuren familienexternen Kinderbetreuung –, dass das Zusatzeinkommen unter dem Strich praktisch nur dafür reicht, die Kinderbetreuung, die Steuern und die Zusatzkosten aufzubringen?

Das heisst, wir müssen da etwas ändern. Es geht nicht darum, dass wir den Leuten vorschreiben, wie sie zu leben haben. Folgendes Beispiel kann doch aber nicht sein: Das traditionelle Modell, bei dem er 150 000 Franken verdient und sie die Kinder betreut, fährt mit den Steuern in vielen

Kantonen besser als das Partnerschaftsmodell, bei dem er Teilzeit arbeitet und 75 000 Franken verdient, sie Teilzeit arbeitet und 75 000 Franken verdient und beide die Kinder zusammen betreuen. Dieses Paar fährt in vielen Kantonen steuerlich schlechter und verdient genau gleich viel wie das traditionelle Paar. Das geht nicht mehr in einer modernen Welt, die auf erwerbstätige Frauen angewiesen ist.

Zum Schluss noch ein Punkt, den ich ansprechen möchte: In einem Punkt gebe ich Kollege Graber Recht – es ist tatsächlich so, dass dieser Systemscheid seit Jahrzehnten nicht gefällt worden ist. Das kann man beklagen, und ich beklage das ausserordentlich, weil ich, wie gesagt, überzeugt bin, dass der gangbare Weg bei der Individualbesteuerung liegt. Was ich aber ganz sicher nicht machen will, ist, auch noch in die Verfassung zu schreiben, dass die Individualbesteuerung ausgeschlossen ist; genau das will aber die Initiative. Deshalb werde ich mit Überzeugung dem Gegenvorschlag des Nationalrates zustimmen – weil er nämlich genau das Steuersystem offen lässt, mindestens das. Vielleicht wird die nächste Generation dann ein bisschen pragmatisch-praktischer sein können als wir, die wir noch eine ideologische Auseinandersetzung daraus machen. Für mich ist das eine rein praktische Problemlösung, damit der Zweitverdienst nicht wegbesteuert wird.

Föhn Peter (V, SZ): Die Ungleichbehandlung der Ehepaare ist gegeben. Auch der Kommissionssprecher als Gegner dieser Initiative hat die Existenz dieser Ungleichbehandlung bejaht. Also ist es rechtens und richtig, etwas zu machen, das heisst, diese Ungleichbehandlung ausmerzen. Anders gesagt: Politisches Handeln wäre nicht nur legitim, sondern notwendig. Das heisst für mich Annahme der Initiative, und zwar ohne Gegenvorschlag.

Einen Gegenvorschlag betrachte ich immer kritisch. Gerade hier sei das erwähnt, hat er doch einschneidende Konsequenzen. Es geht insbesondere um den Ehebegriff; der Minderheitssprecher hat es gut begründet. Die Initiative ist klipp und klar formuliert: «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft ...» Im Gegenvorschlag aus der WAK, dem Antrag der Minderheit Cramer, steht dann nur noch: «Die Ehe bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden ...» Der Ehebegriff wird also vollständig geöffnet. Das ist für mich ein tiefgehender Entscheid zum Ehebegriff, welchen meiner Meinung nach weder die Initianten noch die allermeisten Unterzeichner der Initiative in diesem Sinne öffnen wollen. Deshalb wehre ich mich gegen diesen offenen gehaltenen Gegenvorschlag.

Zufällig war ich eine Zeit lang bei einer Unterschriftensammlung der Initianten dabei. Was stellte ich fest? Gerade diese Formulierung des Ehebegriffs war für viele Unterzeichner äusserst wichtig. Das wurde während meiner Anwesenheit immer und immer wieder angesprochen. Es wurde gefragt, ob diese Formulierung im Text verankert bleibe. Es wurde in meiner Anwesenheit – ich war nicht lange dabei – mehrfach bestätigt, dass dieser Ehebegriff in der Bundesverfassung jetzt niedergeschrieben und verankert werden solle. Und dann wurde auch unterschrieben! Eventuell wurde gerade wegen dieser Formulierung unterschrieben, ja, ich behaupte sogar, dass die Initiative nur aufgrund dieser klaren Formulierung zustande gekommen ist.

Würden wir jetzt auf den Gegenvorschlag eintreten und den Ehebegriff öffnen, würden wir viele, ja sehr viele Initianten und vor allem Unterzeichner der Initiative vor den Kopf stossen. Wollen wir das tun? Nein, das wollen wir respektive dürfen wir nicht tun. Schliesslich haben über hunderttausend Bürgerinnen und Bürger die Initiative und damit explizit diesen Initiativtext unterschrieben. Das heisst für mich: Es ist ein Volksauftrag. Entweder sagen wir Ja, oder wir sagen Nein, aber wir dürfen diesen Text nicht verwässern.

Legitim ist es natürlich, die vorgeschlagene Gemeinschaftsbesteuerung respektive die Steuerausfälle zu hinterfragen.

Aber dann darf man auch nicht auf den Gegenvorschlag eintreten.

Auch dem Antrag Seydoux kann ich auf keinen Fall zustimmen. Er kommt letztendlich genau gleich daher wie der Gegenvorschlag.

Noch ein Wort zu Frau Fetz: Sie sagen, das Leben sei heute einfach so. Ja, aber dem Leben darf man auch gewisse Schranken, gewisse Leitplanken setzen. Es gibt heute schon gewisse Vorschriften, die auch Sie und ich einhalten müssen, und es wird weiterhin solche Vorschriften geben.

Deshalb bitte ich Sie, den Initiativtext zu unterstützen und den Gegenvorschlag abzulehnen.

Germann Hannes (V, SH): Es geht heute darum, eine Diskriminierung zu beseitigen, die bereits 1984 vom Bundesgericht aufgezeigt worden ist. Die Ehepaarbesteuerung folgt aus den Verfassungsgrundsätzen der Gleichheit und der Bemessung der Steuer nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Diese beiden Maximen liegen der heutigen Lösung und auch der Initiative zugrunde.

Heute gibt es der Möglichkeiten viele, sie sind bereits aufgezeigt worden: Abzüge vom Einkommen, Abzüge vom Steuerbetrag, Doppeltarif, die Möglichkeit des Splittings. Das Schlimme ist, dass sich diese ganzen Möglichkeiten gegenseitig überlagern, dass sie das unübersichtliche und komplizierte System übersteuern und vor allem dass sie zu anderen Verzerrungen führen können. Aber mit all diesen Möglichkeiten ist die Diskriminierung der Ehe nicht beseitigt worden. Der erwähnte Flickenteppich ist also nicht zielführend, die Diskriminierung der Ehepaare bleibt. Darum haben wir Handlungsbedarf.

Ich mache kein Geheimnis daraus: Ich bin ein Anhänger der Initiative, die Initianten gehen den richtigen Weg, und der Bundesrat hat diesen Weg auch vorgesehen. Was mir jetzt etwas zu denken gegeben hat, sind Voten wie jenes von Herrn Schmid. Natürlich, Herr Kollege Schmid, haben wir nachher noch viel Umsetzungsarbeit. Was mir aber auch zu denken gibt, ist Folgendes: Im Bereich der Sozialversicherungen gibt es offenbar doch erhebliche Unterschiede bei der Auslegung, und da meine ich, Frau Bundesrätin, sei heute durchaus Klärungsbedarf gegeben. Ich habe nach diesen Voten extra noch einmal in der Botschaft nachgesehen. Auf den Seiten 853ff. ist aufgeführt, was bei der Umsetzung infrage käme, und das sollte ja machbar sein: Korrekturen am geltenden Mehrfachtarifsystem der direkten Bundessteuer, ein Mehrfachtarif mit alternativer Steuerberechnung, Teil- oder Vollsplitting – beides ist möglich! – sowie das Familienquotensystem, eine offenbar an das französische System angelehnte Besonderheit des Kantons Waadt, die ich nicht kenne. Wir werden bei der Umsetzung sicher das geeignete Modell finden.

Speziell interessant ist der Verweis auf die Sozialversicherungen, die im Initiativtext auch explizit angeführt sind. Das ist richtig so, denn wir wollen auch dort keine Verzerrungen. Der Bundesrat schreibt in der Botschaft, dass aufgrund des Wortlauts des Verfassungstextes kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf entsteht, da die Ehe heute weder in der ersten Säule, der AHV/IV, noch in den übrigen Sozialversicherungen gegenüber anderen Lebensformen benachteiligt werde. Dann wird auf die 2,8 Milliarden Franken an Leistungen verwiesen, die für Eheleute anfallen; die Einsparungen infolge der Plafonierung betragen 2 Milliarden Franken. Insgesamt resultiere in der AHV, so der Bundesrat, ein Bonus von 800 Millionen Franken pro Jahr für Verheiratete.

Nun können Sie das in Zweifel ziehen. Aber ich denke, der Bund hat auch seine Spezialisten. Es kommt nachher natürlich auch darauf an, wie man die Initiative umsetzen will. In der Botschaft, und das kommt in der Zusammenfassung etwas unglücklich daher, heisst es: «Sollte man dennoch erwägen, die Plafonierung der Renten aufzuheben, dürfte die Bevorzugung der Ehepaare nicht vergrössert und die negativen finanziellen Auswirkungen einer Aufhebung der Rentenplafonierung müssten verhindert oder gering gehalten werden.» Der Bundesrat verweist dann völlig zu Recht auf Ausgleichsmassnahmen, die im Falle einer Anpassung ge-

genüber den heutigen Begünstigten vorzunehmen wären. Damit ist eben die Logik in der Auslegung des Bundesrates absolut vorhanden.

Ich bitte Sie, die Ängste zu den Sozialversicherungen in den Hintergrund zu stellen. Wir werden kein System einführen, das dann auf der anderen Seite eine neue Gruppe von Diskriminierten schafft. Wir wollen einfach, dass die Ehepaare nicht mehr länger diskriminiert werden; es sind jetzt immerhin dreissig Jahre seit dem Bundesgerichtsentscheid vergangen. Es ist also wirklich höchste Eisenbahn.

Frau Keller-Sutter, bei allem Verständnis für die Möglichkeit der Individualbesteuerung – hören Sie doch jetzt auf damit, es ist ein Bürokratiemonster, wir wissen es, man muss das jetzt nicht gegen das Splitting ausspielen. Und die Diskussion um die Besserstellung von eingetragenen Partnerschaften scheint mir auch etwas übersteuert zu sein; da werden wir aber eine Lösung finden, das hat Herr Bischof ganz klar ausgeführt.

Also bitte ich Sie: Verlassen wir jetzt diese Nebenschauplätze, stimmen wir dem Minderheitsantrag zu, und empfehlen wir damit die Initiative zur Annahme. Dann haben wir einen klaren Umsetzungsauftrag. Ich bin überzeugt, dass uns das Volk in der Abstimmung über diese Verfassungsinitiative auch unterstützen wird. Aber es ist klar, dass die Gesetzesarbeit nachher erfolgen muss, das ist bei jeder Initiative so. Schöner wäre es, wenn wir dem Volk alles aus einem Guss anbieten könnten. Aber so weit sind wir offenbar nicht.

Ich plädiere daher für den Minderheitsantrag, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Engler Stefan (CE, GR): In der Diskussion wurden von den Gegnern der Initiative im Wesentlichen drei Argumente vorgebracht. Es wurde erstens gesagt, die Initiative sei gar nicht nötig, zweitens, dass die Initiative unnötiger- und unerwünschterweise einen Systementscheid vorwegnehme. Als drittes Gegenargument wurde ins Feld geführt, die Initiative zementiere den Ehebegriff in der Verfassung. Ich möchte kurz auf diese drei Argumente der Gegner eingehen.

Zum ersten Argument: Bei unserer Initiative geht es ja nicht darum, eine Bevorzugung von Verheirateten bezüglich der Steuern zu schaffen, im Gegenteil: Es geht darum, eine langjährige steuerliche Diskriminierung verheirateter Paare gegenüber Konkubinatspaaren zu eliminieren. Wir haben es in der Hand, zu verhindern, dass daraus eine neue Ungleichbehandlung zwischen Verheirateten und Nichtverheirateten wird. Eine neue Ungleichbehandlung ist nicht die Absicht der Initiative. Wir werden im Rahmen der Umsetzung diskutieren können, wie viel uns diese Gleichbehandlung Verheirateter und Nichtverheirateter letztendlich wert ist bzw. wie viel an Gleichbehandlung wir uns leisten wollen.

Genau darum ist die Initiative nötig, weil es innerhalb von 31 Jahren nicht gelungen ist, dass der Gesetzgeber das selber in die Hand genommen hat. Ich weiss nicht, woher mein Kollege Martin Schmid die Zuversicht nimmt, dass das jetzt plötzlich möglich sein würde. Genau deshalb wurde die Initiative nötig: Das Volk muss jetzt ein Machtwort sprechen! Will das Volk diese Diskriminierung eliminieren, oder will es sie so weiterbestehen lassen? Ich habe die gegenteilige Befürchtung, Herr Kollege Schmid, dass nämlich in Zeiten angespannter Finanzen genau das Gegenteil passiert, dass die Versuchung hoch bleibt, diese Diskriminierung weiter fortzuführen. Man wird dann das finanzpolitische Argument über die Gleichbehandlung der Verheirateten und der Nichtverheirateten stellen. Deshalb war die Initiative notwendig. Es ist deshalb richtig, dass das Volk sich dazu äussern können soll, ob dieser Diskriminierung ein Ende bereitet wird oder nicht.

Das zweite Argument, das ins Feld geführt wird, lautet, man würde einen Systementscheid fällen; man würde entscheiden, wie die Besteuerung Verheirateter in Zukunft geschehen solle, nämlich auf der Basis der Individualbesteuerung oder der gemeinschaftlichen Besteuerung. Ich bin klar der Meinung – und Sie, Herr Kollege Schmid, haben das als ehemaliger Finanzdirektor auch bestätigt –: Es wäre unvernünftig, in Abweichung von allen Kantonen beim Bund eine

Systemänderung vorzunehmen. Das wäre mit viel Bürokratie und Zuweisungsschwierigkeiten verbunden: Welchem der beiden Ehegatten würden etwa die Abzüge zugewiesen? Es gibt sehr viele Vorteile aufseiten eines Splittingmodells. Für die Details des Splittingmodells, das sagt die Botschaft ja auch aus, gibt es verschiedene Spielarten, über die man noch entscheiden können wird.

Was Kollege Levrat sagt, das hat mich schon etwas aufgeschreckt: Es geht ihm nicht um eine finanzpolitische Bewertung, sondern um eine gesellschaftspolitische. Es sei nicht richtig, sagt er, dass ein Einverdiener-Ehepaar steuerlich besser fahre als zwei Verheiratete, die beide einer Arbeit nachgingen und beide ein Einkommen hätten. Das ist eine gesellschaftspolitische Haltung, die man selbstverständlich einnehmen kann, aber die Initianten sehen das nicht so. Wir möchten mindestens, dass ein Einverdiener-Ehepaar nicht schlechtergestellt wird als zwei Eheleute in einem Haushalt, die beide ein Einkommen erzielen. Deshalb legen wir den Fokus auf ein Splittingmodell im Gegensatz zur Individualbesteuerung. Jetzt entnehme ich Ihrem Votum und auch dem Votum von Frau Kollegin Fetz, dass Sie aus gesellschaftspolitischen Überlegungen eigentlich eher eine Individualbesteuerung bevorzugen.

Wir haben gestern darüber diskutiert, wie die inländischen Arbeitskräfte besser gefördert werden können. Unter anderem hat uns der Wirtschaftsminister vorgeschlagen, endlich vorwärtszumachen mit der Abschaffung der Heiratsstrafe. Genau so verhindert man, dass verheiratete Ehepaare es vorziehen, zu Hause zu bleiben, weil sie, wenn sie arbeiten, steuerlich schlechter fahren, als wenn sie nicht verheiratet wären, was für sie steuerlich günstiger wäre.

Also, auch beim zweiten Punkt gilt: Wir kommen nicht weiter ohne diesen Systemscheid, und ich glaube der Finanzministerin, dass es nicht schlechter Wille war, dass diese Diskriminierung bislang nicht eliminiert worden ist. Die Lösung stand immer wieder bei der Frage an, mit welchem System der Besteuerung die Beseitigung der Diskriminierung in Zukunft erfolgen solle. Auch dazu soll sich das Volk jetzt äussern können. Wir unterbreiten dem Volk die Frage: Wollt ihr, dass in Zukunft Ehepaare, verheiratete Paare gemeinschaftlich besteuert werden? Möglicherweise wird es dann eine Diskussion über die Vor- und Nachteile der Individualbesteuerung oder des Splittingmodells geben. Da wäre ich froh, wenn das Frau Keller-Sutter und Herr Schmid so in die Diskussion einbringen würden, dass es ein Bürokratiemonster wäre, wenn man sich neu zu einem System der Individualbesteuerung hinwenden würde.

Die Frage der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren wurde angesprochen – gerade das möchte die Initiative nicht, im Gegenteil: Die eingetragenen gleichgeschlechtlichen Paare profitieren quasi als Trittbrettfahrer von dieser Initiative, weil sie davon profitieren werden, dass sie in Zukunft gleich wie nichteingetragene gleichgeschlechtliche Paare besteuert werden. Auch das kann also kein echter Grund sein, um gegen diese Initiative anzutreten.

Der letzte Grund, den ich noch kurz erwähnen möchte: Es wurde gesagt, man wolle nicht in der Bundesverfassung den Ehebegriff zementieren. Es sei der falsche Ort, sich im Rahmen einer fiskalpolitischen Frage gleichzeitig zu dieser gesellschaftspolitischen Frage zu äussern. Das kann man durchaus so sehen. Wir haben in der Kommission versucht, diesen Aspekt zu würdigen, indem wir bereit gewesen wären, auf diesen Teil zu verzichten, ohne dass wir damit die Antwort darauf gegeben hätten, ob wir den Begriff der Ehe ausweiten wollen oder nicht. Wir hätten darauf verzichtet, weil dieser Teil an und für sich nicht nötig ist und nichts daran ändert, dass die bundesgerichtliche Rechtsprechung, die EMRK und auch das Zivilgesetzbuch bereits sagen, was unter einer Ehe zu verstehen ist. Also, selbst wenn wir jetzt diese Initiative mit der Definition des Ehebegriffs befürworten, ändern wir gegenüber dem heutigen Status nichts. Wer den Ehebegriff ändern möchte, muss politisch aktiv werden. Er wird auf einem anderen Weg versuchen müssen, das zu erreichen. Die Grünliberalen haben das mit parlamentarischen Initiativen in die Wege geleitet. Wir werden uns dort

wieder begegnen, wenn die Frage gestellt wird: Wollt ihr den Ehebegriff ändern und ausweiten?

Auch der Gegenentwurf der Kommissionsmehrheit ändert nichts zugunsten der eingetragenen Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare. Mit dem Gegenentwurf wird die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare nicht zu einer Ehe aufgewertet. Wer sie aufwerten möchte, muss gesondert von dieser Vorlage politisch aktiv werden und eine Änderung des Zivilgesetzbuches und der Bundesverfassung beantragen. Entsprechende Schritte sind bereits eingeleitet. Wir haben gehört, dass eine Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates dies so sieht. Wir werden dann im Verlaufe dieses Geschäftes wahrscheinlich erleben, dass dazu tatsächlich noch ein grösseres Spannungspotenzial besteht.

Zum Abschluss ist festzuhalten, dass es an und für sich keinen Grund gibt, gegen diese Initiative zu sein. All diejenigen, die in der heutigen Situation eine Diskriminierung Verheirateter sehen, müssen dieser Initiative zustimmen, damit hier etwas geht. Es gibt für all diejenigen keinen Grund, gegen diese Initiative zu sein, die auch der Auffassung sind, dass nur eine gemeinschaftliche Besteuerung von Ehepaaren der richtige Weg sein kann. Auch sie bekommen mit unserer Initiative die Plattform, das durchsetzen zu können. Es gibt auch keinen Grund, gegen die Initiative zu sein, wenn man damit die Lebensmodelle und die Lebenspläne, die in der Gesellschaft Realität sind, abbilden will, weil man mit dieser Initiative nichts daran ändert und das Thema Ehe mit einer anderen Fragestellung in einem anderen Zusammenhang wird behandeln müssen.

Deshalb unterstütze ich selbstverständlich die Initiative. Ich bin mit Kollege Martin Schmid damit einverstanden, dass der Gegenentwurf gar nichts bringt, keinen Mehrwert bringt, im Gegenteil: Der politische Prozess bleibt dadurch blockiert. Er wird sogar noch länger blockiert bleiben, weil die Rahmenbedingungen für Veränderungen bei der Besteuerung nicht besser werden, wenn es dem Bund und der öffentlichen Hand mit den Finanzen wieder schlechtergeht.

Luginbühl Werner (BD, BE): Seit vielen Jahren schieben wir das Thema «Abschaffung der Heiratsstrafe» vor uns her. Wir haben es gehört, der Bundesgerichtsentscheid ist bereits über dreissig Jahre alt. Selbst wenn es diesen Bundesgerichtsentscheid nicht gäbe, selbst wenn das heutige Modell nicht verfassungswidrig wäre, könnte es doch nicht unsere Absicht sein, Verheiratete gegenüber Unverheirateten zu diskriminieren. Wenn man eine Durchsetzungs-Initiative ein gutes Instrument finden würde, wäre sie hier wohl angebracht. Eine Durchsetzungs-Initiative ist aber kein gutes Instrument, und hier wäre sie auch nicht angebracht, weil ja nicht eine Initiative zu Beginn dieser Geschichte stand, sondern ein Bundesgerichtsentscheid.

Zur Ehrenrettung – eher des Bundesrates als des Parlamentes – muss gesagt sein, dass ja nicht gar nichts geschehen ist. Mit der Revision von 2008 wurden zwei Drittel des Problems gelöst. Der Bundesrat hat vor zwei Jahren einen Anlauf genommen, um auch das verbleibende Drittel des Problems zu lösen. Sein Vorschlag, eine Vergleichsregelung, stiess in der Vernehmlassung auf Widerstand. Ich verstehe den Bundesrat gut, dass er die Initiative nun zur Annahme empfiehlt. Nach seinen Erfahrungen in den letzten Jahren kann man doch davon ausgehen, dass im Gegensatz zu einem Bundesgerichtsentscheid eine angenommene Volksinitiative den Druck auf das Parlament erhöhen würde. Die Situation heute ist aber die, dass die Verfassungswidrigkeit nach wie vor besteht. Nun sind wir wieder am Zug, und ich meine, wir sollten jetzt möglichst die Direttissima nehmen und möglichst zügig vorwärtsmachen.

Der Antrag Seydoux beseitigt nach meiner Auffassung einen wichtigen Stolperstein der Vorlage, und das scheint mir in der bisherigen Diskussion etwas verkannt worden zu sein. Aus meiner Sicht ist dieser Antrag in jedem Fall dem Beschluss des Nationalrates vorzuziehen. Ich denke, wir sind nun auch reif, einen Systemscheid zu fällen, angesichts

der Kontroversen, die in der Vergangenheit geführt wurden und die mit Sicherheit auch weitergeführt werden.

Die Individualbesteuerung verfügt tatsächlich – zumindest in der Theorie – über einige Vorteile. Insgesamt überwiegen aber die Nachteile, wie es von verschiedenen Votanten bereits richtig dargelegt wurde. Vor allem kann Steuergerechtigkeit nicht nur über die Individualbesteuerung erreicht werden. Dies zeigen gerade die kantonalen Steuerrechtsordnungen, welche die Verheirateten nicht diskriminieren. Entscheidend ist aus steuerlicher Sicht, dass die Besteuerung den wirtschaftlichen Realitäten entspricht. Welches System vorzuziehen ist, hängt daher mehr von der gesellschaftspolitischen Wertung ab.

Die Individualbesteuerung betont die wirtschaftliche und persönliche Eigenständigkeit der beiden Partner. Bei der gemeinsamen Veranlagung wird davon ausgegangen, dass die Eheleute eine familiäre und wirtschaftliche Einheit bilden. Dies ist doch eindeutig der Fall. Ehegatten bilden faktisch eine wirtschaftliche Einheit und stellen zivilrechtlich eine Gemeinschaft mit gegenseitiger Treue- und Hilfeleistung dar.

Dazu kommt, dass die Individualbesteuerung über eine ganze Reihe zusätzlicher Schwierigkeiten verfügt. Erstens führt das System der Individualbesteuerung zu einer Benachteiligung von Einverdiener-Ehepaaren. Das Bundesgericht hat 1984 die Individualbesteuerung als verfassungsmässig nicht unzulässig erklärt, jedoch festgelegt, dass zwingend Massnahmen zur Beseitigung einer Überbelastung von Einverdiener-Ehepaaren vorgesehen werden müssen. Zweitens – das ist die noch grössere Herausforderung – muss für einen Ausgleich in der steuerlichen Belastung ein vergleichbarer Sachverhalt mittels besonderer Tarife und Abzüge herbeigeführt werden. Konkret liegt das Problem hauptsächlich bei den familieninternen Transferleistungen. Es gibt viele Fragen, die kaum befriedigend gelöst werden können. Wer hat welches Vermögen eingebracht, wer verdient wie viel? Wer zahlt was aus welchen Mitteln, und wie wird das bei den Abzügen berücksichtigt – Kinderabzüge, Krankheitskosten usw. –? Es kann ja wohl nicht sein, dass die Steuerverwaltung die familieninternen Geldflüsse im Detail abklären soll.

Anders ausgedrückt: Will man der wirtschaftlichen Einheit Rechnung tragen, muss das System der Individualbesteuerung so weit modifiziert werden, dass die Unterschiede zum geltenden System der gemeinsamen Veranlagung der Ehegatten stark relativiert werden. Individualbesteuerung könnte allenfalls Sinn machen, wenn man die Abzüge radikal vereinfachen würde. Davon sind wir aber weiter entfernt als vom Planeten Pluto. Angesichts dieser Fakten könnte man auch einmal hinstehen und ein Modell – eben das Modell der Individualbesteuerung, das letztendlich nicht sinnvoll umsetzbar ist – definitiv eliminieren.

Im Rahmen der Konsultation der Kommission des Nationalrates im Herbst 2014 haben sich 13 Kantone explizit gegen die Individualbesteuerung ausgesprochen. Die Finanzdirektorenkonferenz lehnt das Modell schon seit Jahren konsequent ab. Ich bitte Sie, sich dieser Haltung anzuschliessen und den Einzelantrag Seydoux zu unterstützen. Ich denke, es wäre nun an der Zeit, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Der Gegenvorschlag des Nationalrates bringt nichts; wir haben jetzt aber Gelegenheit, ein Problem zwar noch nicht direkt zu lösen, aber einer rascheren Lösung zuzuführen.

Wenn dem Einzelantrag Seydoux nicht zugestimmt wird, werde ich die Initiative unterstützen.

Stadler Markus (GL, UR): Über die Steuerertragsausfälle im Falle der Annahme der vorliegenden Initiative wurde schon einiges gesagt. Sie lassen sich je nach dem künftig gewählten Ansatz beziffern. Diese Ausfälle sind im Zusammenhang mit der Familien-Initiative, der Unternehmenssteuerreform III, den anvisierten strukturellen Überschüssen, dem nächsten Sparprogramm und weiteren Anliegen zu beurteilen. Alle diese Begehren und die Finanzierung der bestehenden Bundesaufgaben werden nicht ohne Weiteres zusammenpassen.

Wir sollten nicht versuchen, über die Steuerpolitik die Form des Zusammenlebens der Menschen beeinflussen oder gar steuern zu wollen. Wir tagen hier schliesslich in Bern und nicht in Chur. In diesem Zusammenhang sollten wir den Initiativtext ernst nehmen.

Anders, als der Titel der Volksinitiative vermuten lässt, besteht die Heiratsstrafe heute nicht bei allen staatlich anerkannten Lebensgemeinschaften, schon gar nicht in gleichem Ausmass. Der Gegenvorschlag der WAK bzw. der Antrag der Minderheit Cramer geht alle drei Probleme an, die bestehen bzw. wegen der vorliegenden Volksinitiative denkbar sind. Er stellt sich gegen die verbleibende Heiratsstrafe, er verwendet keinen gegenüber der geltenden Gesetzgebung einengenden Ehebegriff, und er verhindert eine denkbare Individualbesteuerung als Möglichkeit nicht; ich sage: als Möglichkeit. Über diese Individualbesteuerung sollten wir heute nicht befinden. Ich weiss – es wurde auch gesagt –, dass diesem Anliegen verschiedene Überlegungen entgegenstehen werden, aber unsere Bevölkerung wird sich auch in irgendeiner Art und Weise entwickeln und künftig darüber entscheiden können. Ich meine deshalb, die Volksinitiative sei zur Ablehnung, der Gegenvorschlag zur Annahme zu empfehlen.

Zur eigentlichen Notwendigkeit der beiden Vorlagen auf Verfassungsebene haben sich verschiedene Kolleginnen und Kollegen hier schon geäussert. Meine Zustimmung zum Gegenvorschlag soll vor allem zum Ausdruck bringen, dass die verbleibende Heiratsstrafe bei der direkten Bundessteuer abgeschafft werden soll, ohne dabei das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Da die Initiative nun einmal vorliegt, bringt der Gegenvorschlag immerhin zum Ausdruck, dass die Initianten sehr wohl ein Problem aufgegriffen bzw. daran erinnert haben.

Schwaller Urs (CE, FR): Der Initiativtext, den ich mitunterzeichnet habe, will, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren steuerlich nicht mehr benachteiligt sind. Die Initiative baut auf der gemeinsamen Besteuerung, auf der Idee der Wirtschaftsgemeinschaft eines Ehepaares auf. Die Initiative betrifft damit steuerlich den Systementscheid zugunsten der gemeinsamen Besteuerung, wie dies mit dem Splitting auch die Kantone kennen und umgesetzt haben. Mit der Abschaffung der steuerlichen Ungleichbehandlung nach einer mehr als dreissig Jahre dauernden Diskussion seit der Publikation jenes Bundesgerichtsentscheides, mit dem steuerlichen Systementscheid schafft die Initiative endlich die notwendige Klarheit und damit die notwendige Rechtssicherheit. An die Adresse verschiedener Votanten sei bloss gesagt: Anknüpfungspunkt für die Besteuerung ist das Familieneinkommen an sich und nicht die Frage, ob sich die Zusammensetzung aus einem oder zwei Einkommen ergibt. So einfach ist das bzw. wäre das an sich.

Gegen die Initiative waren und sind nun einmal jene, die ausgesprochen oder unausgesprochen auch für die Ehepaare die Individualbesteuerung wollen. Diese individualistische Sichtweise akzeptiere ich selbstverständlich. Ich selber betrachte das Zusammenleben in einer Ehe eigentlich als mehr als das Teilen gemeinsamer Räume mit einem Büroartner, mit dem ich dann Ende Monat alle Bürokosten teile und wo jeder für sich allein arbeitet, haftet und sorgt. Die Initiative schafft auch hier Klarheit und bestätigt die grosse Mehrheit gelebter Rechtswirklichkeit.

Es bleibt noch die Ehedefinition. Mann und Frau, welche die Initiative ablehnen, tun nun so, als hätten die Initianten einen neuen Ehebegriff erfunden. Das ist Unsinn. Die Ehe ist in der heute geltenden Verfassung erwähnt und als Institut in Artikel 14 der Bundesverfassung auch garantiert. Die Institutsgarantie entspricht auch Artikel 12 der EMRK und dem Uno-Pakt II über die bürgerlichen und politischen Rechte. Mit der Garantie der Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau werden andere Formen nicht ausgeschlossen. Aber heute ist es nach meiner Auffassung und Überzeugung diese Verbindung zwischen Mann und Frau, welche auch in der Verfassung garantiert ist.

Mit dem Partnerschaftsgesetz haben wir die eingetragene Partnerschaft mit ihren Auswirkungen auch der sogenannt traditionellen Ehe gleichgestellt. Das unterstütze ich und habe es immer unterstützt. Wer aber weiter gehen will – was ich nicht unterstütze – und auch die Ehe zwischen Männern und zwischen Frauen will, der soll diese Diskussion führen und am Schluss auf eine entsprechende Änderung der Verfassung hinarbeiten. Die mit der Initiative angestrebte neue Verfassungsbestimmung verhindert und verbietet diese Diskussion nicht – wir werden nachher bezüglich der Frage einer Teilungültigkeit wahrscheinlich noch darauf zurückkommen.

Schliesslich noch folgende Bemerkung: Die Diskussion um den Ehebegriff wird in den nächsten Jahren ohne Zweifel geführt werden. Der Startschuss im Nationalrat ist ja erfolgt. Das gehört zur Politik, und in einer Demokratie wird dann am Schluss zum Glück auch noch das Volk darüber entscheiden. Wer diese Diskussion um die Ehe zwischen Männern und zwischen Frauen führen will, muss sie dann aber in der ganzen Breite führen. Es geht auch bei der Ehe zwischen Gleichgeschlechtlichen nicht bloss um die zehn Minuten auf dem Zivilstandsamt. Die Diskussion über die Abänderung des Ehebegriffs und damit ein neues Eheverständnis muss dann natürlich auch Bereiche beschlagen wie das Steuerrecht, die Auswirkungen der Ehe generell, die gegenseitige Unterstützungs- und Treuepflicht, die finanzielle Mitverantwortung, das Erbrecht und auch das Sozialversicherungsrecht. Es ist dann also in der ganzen Breite zu diskutieren. Diese philosophische und gesellschaftspolitische Diskussion wird zu führen sein, und sie wird ohne Zweifel sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich schliesse nicht aus, dass dann die Amtsjüngsten in diesem Saal die Amtsältesten sein bzw. bereits nicht mehr hier sein werden. Unsere Initiative hat demgegenüber den Vorteil, dass wir vor neuen ausufernden Diskussionen nun sofort – ich brauche den Ausdruck noch einmal – Nägel mit Köpfen machen und mit der steuerlichen Gleichbehandlung der Ehepaare einerseits und dem Systemscheid andererseits längst fällige Aufgaben erledigen. Ich ersuche Sie deshalb, die Initiative zur Annahme zu empfehlen und den Gegenvorschlag abzulehnen. Ich auf jeden Fall werde das tun. Ich hoffe, dass ich im Abstimmungsprozedere Gelegenheit haben werde, sowohl den Gegenvorschlag des Nationalrates wie auch den Einzelantrag Seydoux separat abzulehnen. Sonst werde ich mich der Stimme enthalten. Ich bin das gerade auch den über hunderttausend Leuten schuldig, welche diese Initiative unterzeichnet haben.

Monsieur Levrat parlait d'une belle flexibilité intellectuelle. Ich kann Ihnen versichern: Die Fahnen hängen bei uns zu Hause, in unserer Familie, höchstens im Garten an der Fahnenstange.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

13.085

Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Fortsetzung – Suite

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Fortsetzung – Suite)

Le président (Hêche Claude, président): Nous poursuivons le débat sur l'initiative populaire et sur le contre-projet direct.

Janiak Claude (S, BL): Die Initiative, die wir behandeln, hat mehr Aufmerksamkeit erhalten als erwartet durch den Umstand, dass der steuerrechtliche Aspekt der Heiratsstrafe durch die Diskussion darüber in den Hintergrund gedrängt wurde, dass die Ehe neu auf Verfassungsebene als «auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» definiert werden soll. Allein schon das Beispiel, wie die Diskussion geführt wird, belegt, dass wir es hier mit zwei Fragen zu tun haben, die nichts miteinander zu tun haben. Das Zivilgesetzbuch reicht vollkommen aus, um über die steuerrechtlichen Folgen des Zivilstands zu debattieren; andere Gesetze reichen auch aus, um diese Fragen zu klären.

Ich habe den Ausführungen von Kollege Bischof sehr aufmerksam zugehört. Er hat so getan, als ob von Anfang an alles immer klar gewesen wäre, als ob die Ehe und die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gleich behandelt worden wären, als ob das die Intention gewesen wäre. Der Text sagt nun einfach etwas ganz anderes. Ich bewundere es, wie Sie diese Kurve gekriegt haben.

Die Reaktionen der Initianten und auch der Antrag von Anne Seydoux zeigen auf, dass Sie erkannt haben, dass Sie die Geister, die Sie riefen, nicht mehr loswerden und deshalb jetzt zurückbuchstabieren. Tatsache ist – das wird von den Kolleginnen und Kollegen aus der CVP-Fraktion auch bestätigt –, dass man die Unterschriften für die Initiative ausschliesslich mit dem Argument der Heiratsstrafe gesammelt und den Punkt, der jetzt zur grossen Debatte geführt hat, geflissentlich unerwähnt gelassen hat. Die Urheber des Initiativtextes dürften allerdings nicht so naiv gewesen sein, sie dürften sich der Brisanz bewusst gewesen sein. Das kann man in Beiträgen in der Presse auch immer wieder lesen. Es geht eben nicht um einen «Nebenschauplatz», wie das jetzt auch von Herrn Graber bezeichnet worden ist.

Auch die Botschaft des Bundesrates tut so, als gehe es hier ausschliesslich um eine Frage des Steuerrechts. Meines Er-

achtens hat auch der Bundesrat die Brisanz des Textes offensichtlich unterschätzt. Ob die Einheit der Materie gegeben ist, wird mit keinem Wort gefragt. Ebenso wenig äussert sich der Bundesrat zur Frage, weshalb jetzt plötzlich Artikel 14 der Bundesverfassung in Verbindung mit Artikel 8 keinen ausreichenden verfassungsmässigen Schutz der Ehe mehr bieten soll. Solche Fragen lähmen in anderen Ländern jeden Wahlkampf. Ich erinnere daran, dass die Frage der gleichgeschlechtlichen Ehe oder des Schwangerschaftsabbruchs beispielsweise in amerikanischen Wahlkämpfen regelmässig mehr Raum einnehmen als die Frage, ob sich die USA an einem Krieg beteiligen sollen oder nicht.

Von solchen Debatten waren wir bislang weniger betroffen, weil Schweizerinnen und Schweizer sich in gesellschaftspolitischen Fragen dadurch auszeichnen, dass sie Realitäten meist nüchtern zur Kenntnis nehmen und in der Regel auch offener sind als die Politik. Das führt mich dazu, dass ich den Antrag der Minderheit Cramer unterstützen werde, die Initiative wegen der Verletzung des Gebots der Einheit der Materie teilweise ungültig zu erklären. Ich weiss, dass die Argumentation von Herrn Cramer, die er dann nochmals darlegen wird, auch bei anderen Initiativen, übrigens hüben wie drüben, ihre Berechtigung gehabt hätte. Ich erinnere daran, dass Herr Kollege Hans Hess kürzlich einen entsprechenden Antrag gestellt hat, für den ich sehr grosses Verständnis gehabt habe. Die Bundesversammlung hat diesem Gültigkeitskriterium meines Erachtens bisweilen zu wenig Gewicht gegeben. Für mich ist aber hier vor allem der Umstand massgebend, dass man so getan hat, als handle es sich um eine rein steuerrechtliche Frage, und dass der brisantere Teil, nämlich die erstmalige Verankerung des Ehebegriffs in der Verfassung, auch in der Botschaft des Bundesrates schlicht ausgeblendet wird.

Die Initiative hat etwas ausgelöst, das ich schlicht nicht für möglich gehalten hätte. Als einer, der immer der Meinung war, dass die politische Akzeptanz gesellschaftspolitischer Entwicklungen Schritt für Schritt erkämpft werden muss – die Politik hinkt da meist hinterher –, gestehe ich Ihnen, dass ich niemals so schnell eine Debatte über die gleichgeschlechtliche Ehe erwartet hätte, bevor auch nur die Stiefkindadoption das Parlament passiert hat. Ich bezweifle, dass das den Intentionen der Initianten entspricht. Der neue Antrag, der Antrag Seydoux, zeigt, dass sie damit nicht gerechnet haben. Ich bin jedenfalls gespannt, wie diese Debatte weitergehen wird – Herr Kollege Schwaller auch – und ob ich doch noch eines Tages, anstatt glücklich eingetragener verpartnert, verheiratet sein werde.

Comte Raphaël (RL, NE): Notre débat est réjouissant: nous sommes tous d'accord! Nous sommes tous d'accord sur le fait qu'il faut supprimer la discrimination des couples mariés. Il ne reste plus qu'à se mettre d'accord sur le moyen pour y arriver, mais je suis optimiste, nous allons peut-être réussir là où le législateur a échoué depuis environ trente ans. Il est difficile d'être original quand on est le seizième orateur à s'exprimer, je vais donc me concentrer sur quelques points. Tout d'abord, l'initiative ne change pas un certain nombre de réalités: la non-discrimination des couples mariés – ou la non-pénalisation, si on se réfère au terme de l'initiative – fait déjà partie aujourd'hui de notre Constitution. Notre Constitution interdit les discriminations, y compris à l'égard des couples mariés. La jurisprudence du Tribunal fédéral a été rappelée. Les cantons dont la législation doit être conforme au droit fédéral ont fait le travail consistant à gommer ces discriminations, mais le problème persiste au niveau fédéral où le législateur n'a pas encore fait pleinement son travail. Et comme nous n'avons pas de cour constitutionnelle, cette discrimination a perduré sans que la jurisprudence du Tribunal fédéral puisse ici s'appliquer. L'initiative populaire ne changerait rien, elle préciserait en fait la disposition constitutionnelle en vigueur. Elle renforcerait sans doute le mandat politique assigné au législateur, mais c'est bien au législateur qu'il revient de modifier la loi pour supprimer les discriminations. Et c'est le travail auquel nous devons nous atteler. Mais sans cour constitutionnelle, l'initiative ne donne pas

de garantie supplémentaire que les discriminations seront effectivement supprimées au niveau de la loi.

Par contre, l'initiative aurait deux effets concrets par rapport à la Constitution actuelle. D'une part, elle empêcherait une imposition individuelle des couples mariés alors que ce type d'imposition constitue un moyen pour supprimer la pénalisation des couples mariés. Ce n'est pas le seul moyen mais c'en est un. Et aujourd'hui, la Constitution fixe le principe de la non-discrimination des couples mariés, mais elle laisse une marge de manoeuvre au législateur quant à la concrétisation de ce principe, ce qui est pleinement souhaitable.

D'autre part, l'initiative souhaite inscrire dans la Constitution la définition du mariage. Aujourd'hui, c'est un fait, le mariage est en droit suisse l'union d'un homme et d'une femme, mais ce n'est pas une obligation constitutionnelle. Cette définition peut changer par le biais d'une modification du Code civil.

Le terme «mariage» qui figure dans la Constitution n'est pas figé; sa définition peut être changée sans que l'on doive modifier la Constitution. La Constitution laisse une pleine marge de manoeuvre au législateur.

Le débat sur la définition du mariage aura lieu; cela d'autant plus que la Commission des affaires juridiques du Conseil national a accepté une initiative parlementaire demandant notamment l'ouverture du mariage aux couples de même sexe. Mais ce débat peut et doit avoir lieu au niveau de la loi, avec naturellement un vote populaire, puisqu'il ne fait pratiquement aucun doute que si la définition du mariage était changée, un référendum serait lancé et le peuple aurait l'occasion de se prononcer.

Mais si l'initiative est adoptée, la définition du mariage sera inscrite dans la Constitution, ce qui signifie que tout changement de la définition nécessiterait à nouveau une modification de la Constitution. Il y a tout de même une différence pratique: il faut une majorité du peuple et des cantons. Cela fixe naturellement la barre un peu plus haut, mais la question que l'on peut se poser est la suivante: est-il normal que, dans ce cadre-là, la majorité des cantons soit prise en compte? Et je crois pour ma part que dans un débat qui est fondamentalement un débat de société, c'est bel et bien le peuple, la population, qui doit donner son avis; 50,1 pour cent de la population doit pouvoir prendre la décision, sans que la majorité des cantons soit nécessaire.

Donc je ne vois pas ici au nom de quoi, en matière de droits civils, on devrait donner aux cantons une sorte de droit de veto si une majorité du peuple se dégageait en faveur d'une modification mais qu'une majorité des cantons n'y était pas favorable. Je pense donc qu'il est ici parfaitement logique que ce soit au niveau du Code civil que les décisions soient prises, avec toujours naturellement le vote populaire, qui sera sans doute un passage obligé.

Pour tous les motifs que je viens d'évoquer, le travail que nous avons à faire est pour moi clair: nous devons modifier la législation et non la Constitution pour supprimer les discriminations dont sont victimes les couples mariés. En tant que telle, une modification de la Constitution n'est pas nécessaire et je regrette pour ma part que le Conseil fédéral, plutôt que de soutenir l'initiative, ne soit pas venu avec des propositions concrètes de modifications légales pour mettre en oeuvre l'initiative. Nous aurions gagné du temps et nous n'aurions pas aujourd'hui un débat de principe sur la question de la discrimination, mais nous serions déjà en train de concrètement supprimer cette discrimination, et je crois que c'est finalement ce qui est attendu, et ce depuis une trentaine d'années. Et comme cela a été rappelé, je crois qu'il serait temps véritablement que cette discrimination soit supprimée.

Monsieur Bischof avait tout compris, déjà en 2010, lorsqu'il déposa la motion 10.4127, «Pour en finir avec la discrimination des couples mariés», qui ne demandait pas de modifier la Constitution fédérale mais les lois nécessaires. C'est ce chemin qui doit être suivi car, même si l'initiative populaire est acceptée par le peuple, nous devons modifier les lois, raison pour laquelle je soutiendrai également la motion Bischof.

Il n'existe donc pas de nécessité de modifier la Constitution fédérale mais, à partir du moment où nous sommes confrontés à une initiative populaire demandant une telle modification, nous nous trouvons face à un choix. Pour ma part, je soutiendrai le contre-projet du Conseil national qui corrige deux points critiquables de l'initiative, en renonçant à fermer la porte à une imposition individuelle des couples mariés et en n'élevant pas au rang constitutionnel la définition du mariage.

La critique sur l'éventuelle inutilité du contre-projet peut être faite, mais elle peut aussi être adressée à l'initiative en ce qui concerne la non-discrimination. Aujourd'hui déjà, notre Constitution interdit les discriminations. Par conséquent, le contre-projet et l'initiative n'apportent pas de nouveauté. Monsieur Graber a interpellé les opposants à l'initiative en leur demandant ce qu'ils feraient demain pour supprimer ces discriminations. Pour ma part, je regrette que nous ne soyons pas saisis aujourd'hui de propositions visant à supprimer cette discrimination.

Nous sommes saisis d'une proposition de Madame Seydoux. Cette proposition vise à obtenir un compromis, si ma compréhension est bonne – Madame Seydoux aura l'occasion de se prononcer dans la suite du débat. Je tiens à remercier l'auteure de cette proposition car cette dernière a au moins l'avantage de montrer où se situe le débat réel puisque la seule nouveauté qui demeurerait concernerait l'exclusion de l'imposition individuelle. L'ensemble du débat nous montre bien où nous avons des décisions à prendre. Nous sommes tous pour la suppression de la discrimination des couples mariés, il n'y a sur ce point pas de débat puisqu'il n'existe qu'un camp. Par contre, le véritable débat met aux prises l'imposition individuelle et l'imposition commune des couples mariés. Si le cœur de l'initiative porte véritablement sur ce débat, alors un autre titre aurait peut-être dû être choisi; les initiants auraient pu privilégier l'intitulé «Pour une imposition commune des couples mariés» en lieu et place de «Non à la pénalisation du mariage». Cela aurait eu l'avantage de mettre clairement en évidence le cœur du texte de l'initiative populaire.

Voilà pour ma part pourquoi je suivrai ici la majorité de la commission, et je vous invite à en faire autant, à véritablement soutenir la non-discrimination des couples mariés, mais à ne pas exclure la possibilité d'une fiscalité individuelle et surtout à ne pas figer dans la Constitution la définition du mariage, qui doit rester de la compétence du législateur, à savoir du Parlement et du peuple suisse.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Die Initiative will die vollständige Abschaffung der Heiratsstrafe, also nicht nur bei den Steuern, sondern auch bei den Sozialversicherungen. Geschätzte Vertreter der Initianten, das ist kein Nebenschauplatz. Sie führen in Ihren Unterlagen folgendes Beispiel an: Max Muster und Emma Beispiel leben zusammen und haben je eine maximale Altersrente von 2340 Franken pro Monat, also 4680 Franken pro Monat. Sind Max und Emma verheiratet, kommt Artikel 35 AHVG, die Plafonierung der Renten, zur Anwendung. Ihre Renten werden auf 150 Prozent des Höchstbetrages der Altersrente gekürzt, und sie erhalten nur 3510 Franken. Wenn sie nur zusammenleben würden, hätten sie 1170 Franken pro Monat mehr, also im Jahr über 14 000 Franken mehr.

Das scheint eine krasse Ungerechtigkeit zu sein, mit der wir Sozialpolitiker immer wieder konfrontiert werden. Ich habe aber ganz deutlich gesagt, dass es eine krasse Ungerechtigkeit zu sein scheint. Da heute die Ehepartner in der AHV als Einheit betrachtet werden, entstehen aufgrund des Zivilstandes auch Privilegien, die nachweislich in einer besseren Absicherung für Hinterlassene bestehen, dies im Unterschied zu Personen, die nur in einer lockeren Gemeinschaft zusammenleben. Ich fasse diese Privilegien kurz zusammen: Ehepartner sind bei der AHV von der Beitragspflicht befreit, wenn der andere Ehepartner mindestens 920 Franken in die AHV einbezahlt. Das kostet die AHV pro Jahr 300 Millionen Franken. Der überlebende Partner oder die überlebende Partnerin erhält von der AHV eine Witwen- oder Witwer-

rente; die Versicherung heisst ja auch nicht «Altersversicherung», sondern «Alters- und Hinterlassenenversicherung». Das kostet die AHV jährlich 1,5 Milliarden Franken. Für Verwitwete in schwierigen Verhältnissen gibt es einen Zuschlag auf die Witwenrente. Das kostet die AHV pro Jahr 1,2 Milliarden Franken. Mit der Plafonierung der Ehepaarrente werden jährlich zwei Drittel dieser Mehrauslagen für Verwitwete oder für die Befreiung von der Beitragspflicht finanziert.

Das heisst, wenn wir diese Heiratsstrafe in den Sozialversicherungen jetzt konsequent abschaffen würden, müssten wir die Beitragspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger durchziehen, egal ob sie berufstätig sind oder nicht. Wir müssten das in den Engadiner-Tälern, bei Herrn Engler, tun, wir müssten das im Muotathal, bei Herrn Föhn, tun – diese Beitragspflicht würde dann gelten. Das würde aber auch den Wegfall der Witwen- und Witwerrenten bedeuten, das würde auch den Wegfall des Zuschlages für die Rente von Verwitweten bedeuten. Schauen Sie, liebe Befürworterinnen und Befürworter: Wollen wir das? Man kann natürlich jetzt auch sagen: «Das lassen wir weiter bestehen.» Gut, dann müssen wir aber 3,5 Milliarden Franken mehr pro Jahr für die AHV aufbringen, in einer Zeit, in der wir die Finanzierung der heutigen AHV-Renten wegen der demografischen Entwicklung als Herausforderung bewältigen müssen. Das ist ja das Thema der Altersvorsorge 2020, mit der sich zurzeit Ihre SGK beschäftigt. Ich möchte die Frau Bundesrätin fragen, ob das im Sinne des Bundes ist; der Bundesrat befürwortet ja diese Initiative, und gleichzeitig will er Sparmassnahmen in der Altersvorsorge durchführen.

Diese Forderung der Gleichbehandlung in den Sozialversicherungen ist für mich noch nicht reif. Es ist vielleicht eine Frage der Zeit, bis wir eine individuelle Steuer und eine individuelle Rente haben, aber in unseren ländlichen Gegenden brauchen wir eine gute Alters- und Hinterlassenenvorsorge. Da bin ich, das gebe ich offen zu, konservativer als Kollege Föhn, konservativer als andere Kolleginnen und Kollegen. Deshalb werde ich die Initiative wie auch den Gegenvorschlag aus sozialpolitischen Gründen ablehnen.

Kuprecht Alex (V, SZ): Eigentlich hat diese Initiative einen Konstruktionsfehler. Warum? Sie versucht, ein Problem auf der steuerrechtlichen Seite und ein Scheinproblem auf der sozialversicherungsrechtlichen Seite zusammenzufassen und so einer Lösung zuzuführen. Diese Lösung basiert auf einem Verfassungsartikel – das ist klar, weil wir Initiativen nur auf der Verfassungsebene kennen. In diesem Artikel 14 Absatz 2 wird verfügt, dass das Problem insbesondere auch bei den Sozialversicherungen gelöst werden muss. Ich hätte in Bezug auf die Steuern eigentlich Verständnis für diese Lösungsvariante, ich habe aber kein Verständnis in Bezug auf das, was im Bereich der AHV und der Sozialversicherungen vorgeschlagen wird. Die AHV steht vor ganz, ganz grossen Herausforderungen. Es macht den Anschein, dass wir im Jahr 2014 die Umlagerechnung zum ersten Mal mit roten Zahlen abschliessen werden.

Die Altersvorsorge 2020 steht jetzt vor der Beratung. Vorgeesehen ist der Verzicht auf die Witwenrente, und ich bin der Überzeugung, dass das wahrscheinlich nicht durchsetzbar sein wird und eventuell sogar die ganze Vorlage gefährdet. Wir stehen vor der Herausforderung, dass der Altersquotient in den nächsten Jahren ganz massiv zunehmen und anwachsen wird. Zum Zeitpunkt der Umsetzung der Altersvorsorge 2020 beginnt der Jahrgang 1955, der dann das 65. Lebensjahr erreicht haben wird, in Pension zu gehen, und die Jahrgänge 1955 bis 1961, das ist eine erste Dekade, zählen 600 000 Rentnerinnen und Rentner. Sie können davon ausgehen, dass die zweite Dekade, die Jahrgänge 1962 bis 1967/68, nochmals so viele Rentnerinnen und Rentner haben wird. Danach wird sich der Pillenknicke langsam auch in der AHV auswirken.

Dieses ganz enorm starke Wachstum des Altersquotienten hat natürlich seine Auswirkungen auf die Summe der auszahlenden Renten. Wir werden also in Bezug auch auf das Wachstum dieses Altersquotienten allergrösste Anstrengungen unternehmen müssen, um überhaupt die heute garan-

tierte Rente auch in Zukunft garantieren zu können. Die Aufhebung der Heiratsstrafe, wie das jetzt vorgeschlagen ist, wird – in der Zusammenfassung der Botschaft spricht man davon – rund 2 Milliarden Franken kosten; das sind zusätzliche AHV-Kosten, wenn die Heiratsstrafe gänzlich aufgehoben wird. Das heisst, dass es dann nicht mehr 150 Prozent einer einfachen Altersrente als Ehepaarrente gibt, sondern dass es dann 200 Prozent sind, also zweimal eine ganze einfache Rente. Nur schon die Anhebung von 150 auf 160 Prozent würde zu Mehrausgaben zulasten der AHV von 650 Millionen Franken führen; 180 Prozent entsprächen rund 1,6 oder 1,7 Milliarden Franken. Diese Summen müssen wir zuerst einmal stemmen können. Wir sollten uns dabei bewusst sein, dass die Anzahl der einzahlenden Arbeitnehmer tendenziell abnehmen wird.

Ich komme zum Fazit: Ich war heute Morgen erstaunt, dass sich die ganz grosse Diskussion eigentlich nur um die Steuern gedreht hat. All die sozialversicherungsrechtlichen Probleme sind nur von Frau Egerszegi angesprochen worden und von Herrn Kollege Germann, den ich im persönlichen Gespräch herausgefordert habe, das auch noch auf den Tisch zu bringen. Aber anscheinend hat das Thema niemand, auch niemand in der Kommission, richtig interessiert. Offenbar hat es auch niemand richtig wahrgenommen, welche Kostenfolgen das haben wird. Darum lehne ich sowohl die Initiative wie konsequenterweise auch den Gegenvorschlag ab. Mir liegt es nämlich am Herzen, dass zunächst einmal die wichtige Einkommenserhaltung und die wichtige Rentenerhaltung auf der aktuellen Höhe finanziert sind, woraufhin zu einem späteren Zeitpunkt auch die zusätzlichen Renten noch zu finanzieren sein werden.

Insofern geht es, Herr Graber, eben nicht darum, nur die Aufhebung der steuerlichen Diskriminierung zu verfolgen. Vielmehr – weil wir den Wortlaut von Artikel 14 Absatz 2 haben – geht es gleichzeitig darum, auch die Auswirkungen auf die Sozialversicherungen im Auge zu behalten. Diese Auswirkungen sind ganz gravierend. Es geht, Herr Graber, eben nun nicht darum, dass derjenige, der beides ablehnt, gar nichts wolle und den Verfassungsauftrag nicht umsetzen wolle. Im Gegenteil: Ich möchte, dass der Verfassungsauftrag in Bezug auf die Steuern umgesetzt wird; das kann im Rahmen einer Revision des entsprechenden Steuergesetzes geschehen. Aber ich möchte nicht, dass gleichzeitig unnötigerweise auch die Sozialversicherungen und insbesondere die AHV noch mehr belastet werden. Wir haben dort schon genügend Probleme. Dieses zusätzliche Problem soll nicht auch noch auf der Tagesordnung erscheinen.

Ich ersuche Sie deshalb, sowohl den Gegenvorschlag abzulehnen wie auch die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Fournier Jean-René (CE, VS): Bien sûr, à entendre Monsieur Kuprecht, on ne trouvera jamais, au niveau de la politique financière, le bon moment pour corriger cette discrimination fiscale entre les couples mariés et les couples non mariés. De même, on ne trouvera jamais le moment opportun, au niveau de la santé de nos assurances sociales, pour corriger les iniquités de traitement entre les couples mariés et les couples non mariés relatives aux assurances sociales.

Le mérite de l'initiative que nous traitons aujourd'hui est justement de mettre la pression, une pression très forte, pour que nous trouvions enfin des solutions pratiques pour abolir ces iniquités, iniquités déjà soulignées il y a trente ans, en 1984, par la jurisprudence du Tribunal fédéral. C'est certainement le premier mérite de cette initiative.

Le deuxième, il faut le dire, c'est que déjà dans la deuxième phrase du texte on fait la promotion d'un système, qui est le splitting, au détriment du système de taxation individuelle. Mais c'est aussi depuis 1984, et vous le savez bien, que les cantons se sont penchés sur cette situation. Maintenant, une forte majorité d'entre eux sont en faveur du splitting. La quasi-totalité des directeurs cantonaux des finances combat l'autre système, celui de la taxation individuelle.

Les reproches qu'on a entendus dans cette salle tournent essentiellement autour de la définition dite conservatrice de la famille dans le texte de l'initiative. Tout d'abord, il faut

quand même encore une fois le souligner, c'est une définition de la famille qui est conforme à notre législation actuelle, qui est conforme à la large majorité des situations vécues dans notre pays et qui est aussi conforme à la définition donnée par la Convention européenne des droits de l'homme. Ce n'est donc pas vraiment une révolution. Bien sûr, c'est une définition qui plaît beaucoup aux démocrates-chrétiens; c'est la raison pour laquelle nous défendons aussi ce texte.

Mais on ne peut pas reprocher aux démocrates-chrétiens de défendre une définition démocrate-chrétienne de la famille, de même qu'on ne peut pas être étonné que des socialistes défendent des valeurs socialistes ou des radicaux des valeurs radicales, n'est-ce pas! Je crois qu'ici, le jeu est ouvert. Alors ce reproche, on l'accepte volontiers.

Maintenant, pour ce qui concerne le fait d'ancrer cette disposition dans la Constitution et de l'inscrire, finalement, dans le marbre, je rappellerai ceci. Ces dix dernières années, notre Constitution a subi des transformations accélérées et si, il y a cinquante, ou même vingt-cinq ans, toucher à la Constitution, c'était vraiment presque toucher à quelque chose de sacré – avant de toucher à une lettre de la Constitution, on faisait très attention, on y consacrait toutes les études voulues et souvent un temps considérable –, depuis quelques années, nous nous sommes permis à cet égard une souplesse et une rapidité que l'histoire suisse n'a jamais connues auparavant.

D'aucuns affirment que cette initiative est totalement superflue parce que les cantons ont déjà démontré aujourd'hui qu'avec les dispositions légales en vigueur, on pouvait trouver des solutions à la réduction de cette iniquité. Il est vrai que les cantons ont montré beaucoup d'imagination pour réduire ces discriminations entre couples mariés et non mariés. Mais il n'en demeure pas moins que, soit au niveau de la Confédération, soit au niveau des cantons, cette discrimination existe toujours et elle motive certainement encore aujourd'hui des couples qui auraient le désir de se marier à ne pas le faire, pour des raisons essentiellement fiscales. On peut critiquer cela, on peut mettre en doute la motivation de ces couples, mais toujours est-il que cette réalité existe encore aujourd'hui.

Pour tous ces motifs, je vous demanderai d'apporter votre soutien à cette initiative démocrate-chrétienne, qui permettra aussi de réaliser ce que tout le monde veut dans cette salle, à savoir de débattre en public de cette réalité de manière à pouvoir, une fois pour toutes, y trouver une solution qui convienne à la majorité. Et la définition que donne pour l'instant la majorité est la même que celle du droit suisse et de la Convention européenne des droits de l'homme – même si l'on reste ouvert, bien sûr, à l'évolution de la société et aux solutions futures.

Je vous enjoins de suivre la minorité Bischof.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich möchte im Anschluss an diese Debatte nur noch eine einzige Frage stellen. Es ist eine Frage, die relevant ist, bis jetzt aber nicht aufgeworfen worden ist, es ist jene nach der Finanzierung. Der Bundesrat hat ja mit der Vernehmlassungsvorlage Ende 2012 einen Vorschlag gemacht – auch mit Gegenfinanzierung –, der aber durchgefallen ist. Was ist der Stand heute? Wir haben ja die Finanzministerin hier, die uns dies darlegen kann. Der Bundesrat befürwortet die Initiative. Wie sieht die Vorstellung in finanzieller Hinsicht aus? Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer als Gegenfinanzierung ist abgelehnt worden und wohl nicht konsensfähig. Frau Bundesrätin, Sie haben ja weitere Eisen wie die Unternehmenssteuerreform III im Feuer, mit entsprechenden Finanzierungsfolgen für den Bund. Ich möchte Sie bitten, im Rahmen Ihrer Stellungnahme auch zu diesen Finanzierungsfragen, die hier jetzt zu kurz gekommen sind, etwas zu sagen.

Bischof Pirmin (CE, SO): Ich bin eigentlich beeindruckt von der Debatte, die wir heute Morgen führen, und beeindruckt davon, wie sachlich ein emotionsgeladenes Thema im Ständerat behandelt werden kann. Es ergibt sich, und darüber

freue ich mich auch, fast einstimmig die Aussage hier drin, dass ein Handlungsbedarf besteht und dass es nicht angeht, dass wir 31 Jahre lang einen Bundesgerichtsentscheid, der klar ist, vor uns herschieben, nichts tun und Tausende von Paaren in diesem Lande einfach in einer Diskriminierung belassen, obwohl wir das wissen und obwohl wir Lösungen hätten.

Ich bin auch erfreut darüber, dass der Bundesrat, Annahme empfiehlt; es kommt ja selten vor, dass er eine Volksinitiative unterstützt. Der Bundesrat macht das wahrscheinlich auch darum selten, weil ja in der Regel er selber Vorlagen bringen könnte, um Lösungen vorzuschlagen. Er war in dieser Frage eben blockiert und sieht in der Volksinitiative die Möglichkeit, diese Blockierung zu lösen.

Ich bin auch dankbar für die Äusserungen derjenigen, die gegenüber unserer Initiative skeptisch sind, und auch für die Aussage, wonach die Individualbesteuerung, Frau Keller-Sutter, eben wahrscheinlich doch nicht die Lösung sei. Sie sind unglücklich darüber. Oder Kollege Schmid Martin und Frau Kollegin Egerszegi-Obrist haben gesagt, dass der Gegenvorschlag, wie ihn der Nationalrat vorschlägt, nichts bringe, weshalb sie und andere diesen Gegenvorschlag ablehnen würden.

Die heutige Debatte hat, glaube ich, immerhin auch ergeben, dass klar ist, worum es bei der Initiative und beim Gegenvorschlag eben nicht geht: Es geht nicht darum, Kollege Levrat, dass gleichgeschlechtliche Paare diskriminiert werden sollen, im Gegenteil. Die Situation heute ist so, dass Ehepaare und eingetragene homosexuelle Partnerschaften in derselben Weise schlechtergestellt sind und im Vergleich zu anderen Formen des Zusammenlebens genau gleich diskriminiert werden. Die Initiative beseitigt diese Diskriminierung, die Initiative beseitigt also eben gerade auch die Diskriminierung der eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften – nicht umgekehrt. Die Initiative beseitigt sie nach 31 Jahren!

Es geht auch nicht darum – das hat die Debatte heute klärend ergeben, nach dem Wirbel, der sich in den letzten Wochen auch so ein bisschen im Wasserglas abgespielt hat –, dass die Initiative einen neuen Ehebegriff oder eine neue Ehedefinition einführen würde. Der Ehebegriff, wie ihn die Initiative verwendet, ist, würde ich mal sagen, deskriptiv. Er beschreibt die heutige Ehedefinition, wie sie existiert, wie sie in der Verfassung heute zwar nicht wörtlich steht, aber laut den Kommentatoren Verfassungsbestandteil ist, wie sie das Bundesgericht in konstanter Rechtsverwendung braucht und wie sie auch die Europäische Menschenrechtskonvention unangefochten verwendet.

Ich habe volle Sympathie auch für die Äusserung von Kollege Janiak. Mir ist bewusst, dass sich unsere Gesellschaft in einem grossen Wandel befindet, das hat Kollege Fournier vorhin auch angedeutet. Ich kann mir gut vorstellen, dass sich auch die Definition der Ehe ändern kann. Das kann natürlich in jeder Gesellschaft geschehen, und das ist in einem demokratischen Staat demokratisch zu entscheiden. Ein solcher Entscheid – wenn wir also einen neuen Ehebegriff einführen würden – ist jedenfalls verfassungswürdig und könnte auch jederzeit mit einer Verfassungsinitiative erreicht werden. Aber er kann nicht einfach herbeigeredet werden. Wir haben heute einen existierenden Ehebegriff.

Sie wissen auch, dass ich das Partnerschaftsgesetz sehr vehement unterstützt habe. Ich selber bin im Vorfeld der Volksabstimmung zum Partnerschaftsgesetz aufgetreten, weil ich der Meinung war und bin, dass auch die gleichgeschlechtlichen Paare es verdienen, dass sie steuerrechtlich und übrigens auch erbrechtlich und sozialversicherungsrechtlich genau gleich gestellt werden wie die Ehepaare. Das ist der Rechtszustand, den wir heute haben. Sie sind in diesen Bereichen, um die es in der Initiative geht, vollkommen gleichgestellt.

Frau Kollegin Egerszegi und Herr Kollege Kuprecht: Bezüglich des Sozialversicherungssystems ist zu sagen, dass es heute nicht darum geht, das Rentensystem zu ändern, und es geht auch nicht darum, die Rentenfinanzierung zu ändern. Es geht nur darum – lesen Sie den Initiativtext –, dass

die Ehe gegenüber anderen Lebensformen auch bei den Sozialversicherungen nicht benachteiligt werden darf. Und da sind die Initianten völlig gleicher Meinung wie der Bundesrat. Der Bundesrat sagt, bei der momentanen Rechnung gibt es wahrscheinlich keinen Korrekturbedarf, weil in der Summe die Gleichstellung besteht. Sie können nicht einfach die AHV-Rente alleine nehmen, die Erhöhung von 150 auf 200 Prozent. Vielmehr muss – ich habe das im Eintretensreferat gesagt, Herr Kollege Kuprecht – eine Gegenrechnung gemacht werden, mit den Witwenrenten, mit den Zuschüssen im Falle des Todes eines Ehepartners usw. In der Summe darf es keine Diskriminierung geben. Und das ist ja wohl eine Binsenwahrheit und eine Selbstverständlichkeit, das hoffe ich doch sehr. Wenn jetzt die Altersvorsorge 2020 kommt und einfach so die Witwerrente und die Witwenrente abgeschafft werden sollen, stellt sich allerdings dann schon die Frage, ob das Gleichgewicht noch gegeben ist. Einfach ohne Entschädigung hier die Ehepaare und die eingetragenen Partnerschaften zu benachteiligen wäre dann mit einer Gegenrechnung zu prüfen.

Der eigentliche materielle Entscheid, bei dem es wirklich zur Sache geht – deshalb ist heute auch richtigerweise schwergewichtig über das Steuerrecht gesprochen worden –, spielt sich im Steuerrecht ab. Denn im Steuerrecht hat das Volk nun wirklich die Möglichkeit, einen Entscheid zu fällen. Das Volk kann sich entscheiden, ob jetzt im Steuerrecht die konkrete Diskriminierung, die heute beschrieben worden ist und die seit 31 Jahren andauert, beseitigt wird oder nicht. Sie können das – die Begriffe gefallen mir eigentlich noch – mit Kollegin Keller-Sutter eine «Durchsetzungs-Initiative» nennen, oder Sie können das mit Kollege Luginbühl etwas sportlicher die «Direttissima» nennen. Es ist eben das, es ist dieser Systemscheid, der jetzt die Lösung ermöglicht, die 31 Jahre nicht möglich war. 31 Jahre lang hatten wir keine Lösung, weil wir uns, auf Deutsch gesagt, um den Systemscheid gedrückt haben. Jetzt geht es darum, mit dem Bundesrat und mit der Mehrheit der Kantone, man kann es historisch wirklich so sagen, diesen gordischen Knoten durchzuschlagen, damit jetzt die Banalität – es ist eine Banalität – der steuerrechtlichen Gleichberechtigung der Ehepaare und der gleichgeschlechtlichen Paare in eingetragener Partnerschaft durchgesetzt werden kann.

Ich bitte Sie daher, die Initiative zur Annahme zu empfehlen und den Gegenvorschlag abzulehnen.

Hefti Thomas (RL, GL), für die Kommission: Ich benütze gerne die Gelegenheit, noch einige wenige kurze Bemerkungen zu machen. Was die Frage der Gültigkeit betrifft, so komme ich darauf zu sprechen, wenn der Antrag der Minderheit begründet wird.

Wenn wir schon eine Umsetzungshilfe brauchen, sagt die Kommission, dann eine einfache und eine offene. Die Initiative ist nicht offen, weder bezüglich der Ehe noch bezüglich des Systems. Der Gegenvorschlag ist einfach und diesbezüglich offen. Herr Kollege Graber, Sie haben gesagt, die Systemfrage werde nicht entschieden. Ich sage: Kommt Zeit, kommt Rat. Das ist gar nicht so dumm, wie es Ihnen vielleicht erscheinen mag. Das ist nämlich beim Uno-Beitritt passiert. Wenn das nicht so gewesen wäre, wären wir heute nicht Mitglied der Uno. Vielleicht ist dieser Rat gerade nach der gestrigen Debatte gekommen. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass es nun angebracht ist, dass die Initianten den Initiativtext ändern. Wenn schon, dann käme nur der Rückzug infrage. Wenn man die Direttissima will, so muss man wissen, dass die Direttissima die Gesetzgebung und die Motion wären. Vielleicht wären wir ja so weit.

Ich bitte Sie, die Initiative nicht zur Annahme zu empfehlen.

Le président (Hêche Claude, président): Madame Egerszegi-Obrist considère qu'elle a été interpellée par Monsieur Bischof, et souhaite apporter une explication à propos d'une initiative du canton d'Argovie. Dans ces conditions, je lui donne la parole.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Ich wollte einfach als Vertreterin des Standes Aargau sagen, dass der Aargau vor einiger Zeit eine Standesinitiative (07.301) eingereicht hat, die genau diese Heiratsstrafe in Bezug auf die Sozialversicherungen beseitigen wollte. Wir haben sie untersucht, und wir haben festgestellt, dass dann eben die Beitragspflicht für alle gültig wäre und die Witwenrente, der Zuschlag für Verwitwete, gestrichen würde. Dieser Meinung waren auch die CVP-Vertreter; dies einfach noch zur Erklärung.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: «Kommt Zeit, kommt Rat» – das, Herr Ständerat Hefti, habe ich mir 1984 auch gesagt. Ich war gerade mit dem Studium fertig und habe gedacht, dass nach dem Urteil Hegetschweiler des Bundesgerichtes etwas passieren werde, dass die Politik das schon hinkriegen werde. Ja, Sie haben gesehen, wie viel Zeit es braucht, um Rat zu haben. Jetzt hätten wir Rat, aber diesen Rat wollen Sie nicht – ich werde darauf noch zurückkommen.

Im Urteil Hegetschweiler hat das Bundesgericht bezüglich der Gleichbehandlung verheirateter und nichtverheirateter Paare ganz klar gesagt – damals noch gestützt auf Artikel 4 der alten Bundesverfassung –, dass die Ungleichbehandlung im Steuerrecht nicht verfassungskonform ist, wenn sie mehr als 10 Prozent beträgt. Heute entspricht das Artikel 8 der Bundesverfassung, aber im Übrigen ist die Ausgangslage natürlich die gleiche. Man hat in letzter Zeit einiges gemacht – es wurde gesagt –, man hat den Verheiratetenabzug und vieles andere auch geschaffen. Aber wir haben immer noch 80 000 verheiratete Paare im Erwerbsalter plus eine Vielzahl von Rentnerpaaren, und zwar auch in mittleren Einkommensschichten, die im Steuerrecht ungleich behandelt werden.

Wenn Sie jetzt fragen, Herr Ständerat Rechsteiner, wie wir das finanzieren wollen, dann ist das sicher immer eine berechnete Frage. Sie werden jetzt staunen, dass ich Ihre Frage als Finanzministerin folgendermassen beantworte: Es ist sicher immer eine Frage, wie man etwas finanziert, aber hier ist es ein Verfassungsauftrag. Es ist nicht die Frage, ob wir das wollen oder nicht wollen. Das ist bei der Unternehmenssteuerreform, bei vielen Steuervorlagen, bei neuen Abzügen, die Sie immer wieder erfinden, eine ganz andere Diskussion. Hier geht es darum, einen Verfassungsauftrag umzusetzen. Es ist so, dass das nicht gratis ist. Natürlich werden wir bei der Umsetzung, wenn wir dann endlich einmal eine Gesetzesvorlage im Parlament haben dürfen, auch darüber diskutieren, wie man das allenfalls auffangen kann. Das gilt ja bei der Umsetzung für alle Bereiche, in denen man Gesetzesvorlagen macht. Aber noch einmal: Bei der Umsetzung eines Verfassungsauftrags geht es auch nicht um eine Durchsetzungs-Initiative. Ein Verfassungsauftrag braucht keine Durchsetzungs-Initiative, ein Verfassungsauftrag muss in einem Rechtsstaat schlicht und einfach umgesetzt werden. Auch wenn es Zeit und Rat braucht – mehr als fünf, sechs Politikergenerationen sollte man dafür nicht brauchen. Wir führen die Diskussion seit Jahren.

Jetzt komme ich zu verschiedenen indirekten Vorwürfen, man habe nichts gemacht: Es gab 2002 ein Postulat von Ständerat Hans Lauri (02.3549). Daraufhin gab es eine Arbeitsgruppe Individualbesteuerung, weil Herr Ständerat Lauri damals in diese Richtung gehen wollte. Sie kennen die Diskussion. Es war eine vollkommene Pattsituation, man konnte nichts daraus machen. Wir haben dann noch einmal einen Anlauf genommen mit der alternativen Berechnungsmethode, also mit der ausgewogenen Paar- und Familienbesteuerung. Wir haben 2012 eine Vernehmlassung dazu durchgeführt. Das ist ein zukunftssträchtiges Modell, das eben der Individualbesteuerung sehr nahe kommt, ohne den unnötigen administrativen Mehraufwand einer Individualbesteuerung mitzumachen. Ich werde Ihnen sagen, was die Einführung einer Individualbesteuerung, die ja immer wieder schön geredet wird, bedeuten würde: Vor allem bei denjenigen Leuten, die für Deregulierung sind, würde sie überhaupt nicht mit ihrem Konzept zusammenpassen. Ich werde dazu noch etwas sagen.

Jedenfalls haben wir das genannte Modell 2012 in die Vernehmlassung gegeben. Das Argument für das Nein der Gegner war, dass man die Individualbesteuerung einführen wolle. Darum, Herr Ständerat Levrat, haben wir gesagt: Jetzt sistieren wir, bis die Diskussion über die Volksinitiative vorbei ist. Ich wehre mich gegen jeden administrativen Leerlauf in der Verwaltung. Deshalb habe ich damals gesagt, dass wir nicht weitermachen. Wenn wir dann wissen, ob die Initiative durchgekommen ist, haben wir die Basis, um nicht nur ein Splittingmodell als alleiniges Modell vorzuschlagen – auch wenn die Erläuterungen der CVP-Initiative davon sprechen; sie lassen aber auch andere Modelle zu. Dann werden wir Ihnen das alternative Berechnungsmodell vorschlagen, weil das der Individualbesteuerung sehr nahe kommt, und zwar ohne den ganzen administrativen Zauber derselben. Darum ist die heutige Situation so, wie sie ist.

Es wurde von Herrn Ständerat Schmid erwähnt, dass sich die Kantone 2004 mit Pauken und Trompeten gegen jede Form einer Individualbesteuerung gewehrt haben. Sie haben dann Splittingsysteme eingeführt. Die meisten Kantone bis auf zwei, drei haben ein Vollsplitting eingeführt bzw. sind zumindest auf dem Weg dahin – man kann das auch stufenweise einführen. Jetzt ist es so, dass man auf Bundesebene und auf Kantonsebene das gleiche System haben muss. Sie können schwerlich auf der einen Stufe eine Individualbesteuerung einführen und auf der anderen ein Splittingssystem. Dann ist der administrative Unsinn nicht mehr zu überbieten.

Die Kantone haben also das Splitting eingeführt. Interessant ist, wie beweglich auch die Kantone in ihrer Argumentation sind. Im Jahre 2004 haben sie gesagt, eine Individualbesteuerung komme nicht infrage, es gebe ein Splitting. Im Jahre 2012, bei der Diskussion über die alternative Berechnungsmethode – welche eine Form der, so sage ich jetzt einmal, gemeinsamen Besteuerung ist, also die Besteuerung einer Wirtschaftsgemeinschaft –, haben sie gesagt, man solle ja nicht in Richtung einer Individualbesteuerung gehen, das wollten sie nicht. Im Jahre 2014 hat bei der Diskussion über den Gegenvorschlag ungefähr die Hälfte der Kantone gesagt, man müsse die Frage der Individualbesteuerung offenlassen. Es ist allerdings schwierig, sich wirklich an der Meinung der Kantone zu orientieren. Tatsache ist, dass das System des Splittings eingeführt ist und dass die Neueinführung einer Individualbesteuerung für die Kantone ein «Riesenkrampf» wäre, das kann ich Ihnen sagen. Man müsste dann nach zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren erneut umstellen.

Die Initiative zeigt, bei allen Nachteilen, die sie hat, zumindest den Weg aus dieser 31 Jahre währenden Diskussion auf. Sie besagt einfach: Wir wollen den Weg mit einem System gehen, das auf einer gemeinsamen Besteuerung beruht. Mehr sagt sie eigentlich nicht aus, das aber schon. Was sagt uns diesbezüglich der Gegenvorschlag? Er sagt uns diesbezüglich nichts. Er gibt keine anderen Antworten als jene, die wir schon heute haben. Er ist, anders, als gesagt wurde, auch keine einfache Umsetzungshilfe. Ich habe überhaupt nicht das Gefühl, wir hätten dann eine Hilfe; Sie müssten mir erst helfen, die Hilfe zu verstehen.

Warum kann man beim Gegenvorschlag nicht sagen, was man wirklich will? Warum sagen jene, die den Gegenvorschlag unterstützen, nicht, sie wollten entweder die Individualbesteuerung oder die gemeinsame Besteuerung? Ich bin für beides offen, aber sagen Sie endlich einmal, was Sie wollen, damit man weitermachen kann.

Ich komme jetzt zur Individualbesteuerung. Individualbesteuerung tönt natürlich gut. Im Grundsatz, wenn es nur darum geht, dass man den Steuertarif für natürliche Personen bei allen gleich anwendet, ist sie eigentlich einfach. Sie ist auch dort noch einfach, wo man sagt, Einkommen und Vermögen sollen demjenigen zugeteilt werden, der es erzielt bzw. der es hat. Dann aber beginnt es mit den Fragen: Was machen Sie, wenn die beiden in einem gemeinsamen Gewerbe selbstständigerwerbend sind? Wem werden welche Abzüge zugeteilt? Was machen Sie, wenn die beiden Kinder haben? Was machen Sie mit den Vermögensfaktoren der

Kinder? Was machen Sie mit den kinderrelevanten Abzügen? Was machen Sie, wenn ein Teil die Hälfte der kinderrelevanten Abzüge nicht vornehmen kann? Ist jene Hälfte dann übertragbar oder nicht? Wie kann man sie übertragen und unter welchen Voraussetzungen? Was machen Sie mit den Auswirkungen auf die anderen Rechtsgebiete? Wie machen Sie das in den Bereichen, in denen immer die Steuerfaktoren massgebend sind, wie z. B. bei den Prämienverbilligungen, bei Krippenbeiträgen, bei Stipendien, bei Ergänzungsleistungen oder bezüglich der Selbstständigerwerbenden auch bei den AHV-, IV- und ALV-Beiträgen? Wie machen Sie das dann genau?

Ich möchte Ihnen nur sagen: So einfach, so unkompliziert und so dereguliert wird das dann nicht ablaufen. Ich freue mich auf die Diskussion und werde auch gerne die entsprechenden Anregungen derjenigen entgegennehmen, die sich für eine Deregulierung einsetzen.

Ich sage Ihnen: Wir haben ja ein gutes Beispiel. Ich weiss, man schaut nicht gerne nach Deutschland. Aber Deutschland hat immerhin vorgelebt, dass das Individualbesteuerungssystem nicht spielt. Deutschland hat als Hauptmodell die Individualbesteuerung und als Wahlmodell eine Form der gemeinsamen Besteuerung. Über 90 Prozent der verheirateten Paare wählen das Wahlmodell. Warum? Meinen Sie, weil diese Paare weniger selbstständig sind als wir in der Schweiz? Wahrscheinlich nicht! Weil sie einfach den ganzen administrativen Aufwand leid sind, den es braucht, um wirklich alles aufzuteilen und individualbesteuert zu werden. Ich denke, daran sieht man, dass ein Modell, das der Individualbesteuerung sehr nahe kommt, aber in der Umsetzung einfach ist, eben unsere alternative Berechnungsmethode, die mit der Annahme der Initiative umsetzbar ist, eigentlich der Königsweg aus dieser Situation heraus wäre.

Zur Frage der Einheit der Materie – das wird ja nachher diskutiert – ist der Vorwurf gekommen, der Bundesrat habe diese nicht geprüft. Dem ist nicht so. Wir haben das selbstverständlich geprüft und dann festgestellt, dass die Initiative drei Teilgehalte hat: Definition der Ehe, Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft und die Frage der steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Nichtbenachteiligung. Die Ehe soll eher gestärkt und gleich behandelt werden wie andere Lebensgemeinschaftsformen. Das heisst, die Ehe wird gestärkt, und es gilt das Verbot der Benachteiligung – ein Thema, ein bestimmtes Ziel. Wir und das Bundesamt für Justiz – das ist für uns eigentlich der Gradmesser – sind der Überzeugung, dass hier die Einheit der Materie gewahrt ist. Natürlich kann man diese Frage immer wieder diskutieren. Aber ich meine, wir hätten in diesem Rat schon Gelegenheit gehabt, die Frage nach der Einheit der Materie bei klareren Fällen zu verneinen.

Ich äussere mich noch zum Sozialversicherungsbereich. Wir sagen klar, dass das heutige System der AHV die verheirateten Paare nicht benachteiligt. Wir sagen auch – Sie können das in der Botschaft nachlesen –: Das heutige System bevorzugt die verheirateten Paare mit einem Betrag in der Grössenordnung von etwa 800 Millionen Franken. Selbst wenn man im neuen oder im zu diskutierenden System, in der Altersvorsorge 2020, die Witwen- und Witwerrenten abschaffen würde, würde man die verheirateten Paare immer noch mit 500 Millionen Franken bevorzugen. Das ist darum der Fall, weil wir auch dort nach wie vor für den überlebenden Partner einen Zuschlag auf der AHV- und IV-Rente vorsehen und weil wir keine Beitragspflicht oder keine Beitrags-erleichterungen vorsehen; Frau Ständerätin Egerszegi hat darauf hingewiesen. Wenn Sie das System über den ganzen Lebenszyklus hinweg anschauen, sehen Sie: Es gibt weiterhin eine Bevorzugung. Darum sagen wir: Solange ein solches System besteht, gibt es in diesem Bereich keinen Handlungsbedarf. Wenn also letztendlich der Initiative zugestimmt wird, werden wir über die Frage diskutieren, wie das Steuersystem dann aussehen muss. Das wird in einer Gesetzesvorlage geregelt werden.

Zusammengefasst: Die Initiative zeigt insofern einen Weg auf, als man sich endlich für eine Richtung entscheidet. Wir sind im Bundesrat der Auffassung, dass es besser ist, einen

Entscheid zu treffen, als keinen Entscheid zu treffen. Mit dem Gegenvorschlag treffen Sie keinen Entscheid. Sie haben dann keinen Mehrwert gegenüber heute, Sie haben einfach weiterhin nichts. Ich frage Sie wirklich ganz offen: Warum sagen Sie nicht, was Sie wollen? Warum wollen Sie noch einmal während Jahren darüber diskutieren, was Sie wollen? Wir diskutieren ja schon seit Jahren. Ich wäre froh, wenn sich die nächsten Generationen nicht mit dem gleichen Thema beschäftigen müssten wie wir. Ich meine, es ist jetzt Zeit, einen Entscheid zu treffen.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Cramer)

Abs. 1

Die Volksinitiative vom 5. November 2012 «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» wird teilweise gültig erklärt; sie wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet, soweit sie gültig ist.

Abs. 2 Einleitung

Die Initiative hat folgenden Wortlaut, soweit sie gültig ist:

Abs. 2 Ziff. 1 Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Abs. 2 Ziff. 1 Art. 14 Abs. 2

Die Ehe bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf ...

Abs. 2 Ziff. 1 Art. 14 Abs. 3

Folgender Teil der Initiative wird ungültig erklärt und gestrichen: «... ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie ...»

Art. 1

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Cramer)

Al. 1

L'initiative populaire du 5 novembre 2012 «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» est déclarée partiellement valable; elle sera soumise au vote du peuple et des cantons, dans sa teneur déclarée valable.

Al. 2 introduction

L'initiative, telle que déclarée valable, a la teneur suivante:

Al. 2 ch. 1 introduction

La Constitution est modifiée comme suit:

Al. 2 ch. 1 art. 14 al. 2

Du point de vue fiscal, le mariage constitue une communauté économique. Il ne peut ...

Al. 2 ch. I art. 14 al. 3

La partie suivante de l'initiative est déclarée nulle et est biffée: «Le mariage est l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme.»

Cramer Robert (G, GE): Je dois malheureusement vous dire quelques mots sur des questions de droit constitutionnel et d'unité de la matière.

Le principe de l'unité de la matière est contenu, nous le savons, à l'article 139 de la Constitution fédérale. Cet article parle à l'Assemblée fédérale, il s'adresse au législateur. Il nous dit que lorsque l'initiative populaire ne respecte pas le principe de l'unité de la forme, celui de l'unité de la matière ou les règles impératives du droit international, l'Assemblée fédérale la déclare totalement ou partiellement nulle.

A quelques reprises, nous avons eu l'occasion de traiter de la question de la recevabilité d'initiatives dans cette chambre, mais quand nous en avons parlé, c'était généralement parce qu'il y avait des problèmes de conformité avec le droit supérieur. Mener des discussions sur la recevabilité d'initiatives quant à la problématique de l'unité de la matière, c'est beaucoup plus rare. Pourquoi cela? Parce que dès l'instant où l'on estime qu'il y a un rapport intrinsèque entre différentes propositions d'une initiative, on estime qu'il y a l'unité de la matière et on se montre extrêmement libéral et tolérant sur ce point, parce qu'autrement ce serait censurer les initiants. C'est ainsi, par exemple, que nous avons estimé que l'initiative Ecopop, qui demandait tout à la fois de maîtriser les phénomènes migratoires et de contrôler les naissances, avait l'unité de la matière, parce que nous avons estimé qu'aux yeux des initiants il y avait la même préoccupation, qui était celle de maîtriser la démographie; de la même façon, nous avons estimé que l'initiative populaire «Imposer les successions de plusieurs millions pour financer notre AVS» avait l'unité de la matière, parce que nous avons estimé qu'il y avait un objectif, c'est-à-dire financer l'AVS, et un moyen qui était proposé, celui de trouver de nouvelles ressources à cet effet.

J'ai l'impression ici que nous sommes dans un autre cas de figure, et ceci est visible dans le titre même de l'initiative. Dans ce titre double, d'une part «Pour le couple et la famille» renvoie à la première phrase de l'initiative qui indique que le mariage est l'union entre un homme et une femme, et d'autre part «Non à la pénalisation du mariage» indique la volonté de ne pas discriminer sur le plan fiscal les personnes qui ont fait le choix de se marier par rapport à celles qui ont choisi un autre mode de vie commune. Du reste, Madame Seydoux ne s'y est pas trompée. Lorsqu'elle nous fait une nouvelle proposition qui prévoit de biffer la première phrase de l'initiative, elle change également le titre. On passe de «Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» à «Mettre fin à la pénalisation du mariage – Pour une politique familiale équitale».

Il y a très clairement dans le texte de cette initiative deux considérations. D'une part, une considération que vous qualifierez, à votre choix, comme étant de nature sociale, ethnologique, religieuse, morale, peu importe. Cette considération, c'est celle qui veut que l'on admette que «le mariage est l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme». Il y a une deuxième considération, qui est d'ordre purement fiscal, qui veut que le mariage soit une communauté économique qui ne doit pas être pénalisée. Ce mélange des genres a eu pour conséquence un débat particulièrement confus.

Effectivement, on peut parfaitement vouloir que le mariage ne soit pas pénalisé et dans le même temps être ouvert à d'autres formes de mariage que celle que nous connaissons. Cette question-là aurait exigé un examen attentif. Mais je dois le constater, cet examen en réalité n'a pas du tout été fait par le Conseil fédéral.

Si vous lisez le message du 23 octobre 2013 relatif à cette initiative, aux pages 7626 et 7627, on vous affirme, on vous assène que l'initiative remplit les critères de validité énumérés à l'article 139 alinéa 3 de la Constitution, qu'«elle obéit au principe de l'unité de la matière, puisqu'il existe un rap-

port intrinsèque entre ses différentes parties». Pourquoi ce rapport intrinsèque existe-t-il? Comment se construit-il? Pas un mot sur tout cela dans le message du Conseil fédéral.

Mis à part les termes employés dans le message, si on regarde ce qu'il en est des débats – et plusieurs personnes se sont exprimées aujourd'hui sur cette question –, la seule chose que l'on nous dit est qu'en fixant dans la Constitution que le mariage est l'union entre un homme et une femme, on ne dit rien d'autre que quelque chose de totalement naturel et évident, on n'amène aucun contenu supplémentaire dans la Constitution.

Permettez-moi de vous dire que ce n'est pas si évident que cela, que ce n'est pas purement tautologique de dire que le mariage est l'union d'un homme et d'une femme. Aujourd'hui, dix pays européens estiment que l'on peut se marier entre partenaires du même sexe. Ces pays européens se réfèrent bien sûr tous à la Convention européenne des droits de l'homme, mais ils ont bien compris que ce qui est écrit dans cette convention est une faculté et pas une obligation. Outre ces dix pays européens, il y a deux pays d'Amérique du Sud, 18 Etats fédéraux des Etats-Unis d'Amérique, le Canada, l'Afrique du Sud et la Nouvelle-Zélande qui connaissent le mariage entre partenaires du même sexe.

A part cette considération de droit comparé, qui nous montre qu'au fond on n'énonce pas une évidence en ajoutant cela dans la Constitution, il faut se souvenir comment notre Constitution a été rédigée. Ici, il y a une citation qui s'impose, c'est celle de la réponse qu'avait faite notre ancien collègue Jean-François Aubert, extrêmement célèbre et estimé professeur de droit constitutionnel qui, le 30 avril 1998, alors qu'on était en plein débat sur la révision totale de la Constitution fédérale, a répondu à un certain nombre de questions qui lui étaient posées par l'Office fédéral de la justice. Le professeur Aubert, qui indique d'ailleurs très clairement dans sa réponse que, pour sa part, il peut très difficilement imaginer, pour des raisons personnelles et en raison de sa conception de l'existence, que l'on puisse se marier entre partenaires du même sexe, nous dit qu'au point de vue juridique, la Constitution fédérale de l'époque, qui garantit le «droit au mariage», comme le fait la Constitution actuelle, s'en remet à la législation ordinaire pour définir l'institution du mariage et en régler les conditions et les effets. Le professeur Aubert ajoute: «Il appartient par conséquent au législateur ordinaire d'observer l'évolution des sentiments de la société suisse et, s'il estime un jour que cette société, du moins dans sa majorité, considère comme juste d'étendre, fût-ce avec des réserves, l'institution du mariage ... il lui sera possible d'entreprendre une révision du Code civil sans que ... la Constitution fédérale l'en empêche.»

Voilà ce que disait le professeur Aubert au moment où on était en voie de rédiger la Constitution actuelle. Ce point de vue correspond toujours à la réalité d'aujourd'hui. Je peux vous citer les prises de position du Conseil fédéral et de l'administration fédérale sur ce point. J'ai par exemple sous les yeux une note de l'Administration fédérale des contributions du 30 avril 2014, dans laquelle il est très clairement indiqué: «Même si à l'heure actuelle, l'interprétation de la notion de mariage figurant à l'article 14 de la Constitution fédérale repose sur une conception traditionnelle de la question, il n'est en principe pas exclu qu'une future interprétation englobe également les partenariats de même sexe sous la protection du mariage. En ce sens, l'article 14 de la Constitution fédérale possède une formulation 'ouverte'.» Plus loin, il y est encore écrit qu'il suffirait «d'une modification de loi pour ouvrir l'institution du mariage aux couples de même sexe.» Telle est la situation actuelle.

Si nous devons juger cette initiative recevable, cela signifierait que, au-delà des éléments fiscaux, on introduirait quelque chose de totalement nouveau, mais qui relève d'une toute autre sphère, à savoir celle des considérations portant sur ce qu'est le mariage, ce que le législateur a voulu ne pas voir figurer dans la Constitution. Et j'ajoute qu'en fixant une telle définition du mariage dans la Constitution, il va de soi qu'elle aura un champ d'application bien plus étendu que le

champ fiscal, puisque dorénavant ce sera une définition générale qui figurera à l'article 14 de la Constitution.

Tous les débats qui ont eu lieu autour de cette initiative confirment que celle-ci porte sur deux projets différents. On en est arrivé à la situation où, alors que les initiants ont souhaité entamer un débat sur la fiscalité, les plus vives critiques auxquelles cette initiative a été confrontée, en tout cas lors des débats au Conseil national, portaient sur la définition du mariage.

Nous en arrivons maintenant au dernier acte. Les initiants eux-mêmes ont déposé une nouvelle proposition, dont la portée essentielle consiste à enlever la première phrase de leur initiative et cette définition du mariage qu'ils y ont fait figurer. Je m'adresse ici aux initiants: le plus simple, si vous souhaitez vraiment que votre texte soit soumis en votation populaire, si vous souhaitez vraiment que les Suisses et les cantons puissent se prononcer sur cette volonté que le mariage constitue une communauté économique, si vous êtes sincères dans votre désir, vous devez déclarer cette initiative partiellement irrecevable; vous devez déclarer qu'elle n'est que partiellement valable, parce que c'est seulement ainsi que vous aurez un vrai débat sur le point auquel vous dites vous intéresser, c'est-à-dire la question de savoir si, au point de vue fiscal, le mariage est une communauté économique. En rejetant ma proposition, vous avez la garantie de voir le débat qui a eu lieu au Conseil national se poursuivre lors de la campagne de votation populaire et je vous souhaite bonne chance pour, dans ce contexte, essayer de parler de fiscalité, objet autrement plus rébarbatif!

C'est purement une question d'opportunité, mais qui rejoint des considérations de nature juridique qui sont liées à l'organisation de notre Constitution et qui militent pour que l'on déclare cette initiative uniquement partiellement valable.

Hefti Thomas (RL, GL), für die Kommission: Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen und die Initiative gesamthaft als gültig zu erklären, wie das auch der Bundesrat will. Ich bitte Sie auch, den Antrag der Minderheit Cramer abzulehnen. Der entsprechende Antrag wurde in der Kommission mit 9 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen ebenfalls abgelehnt.

Ist es, wenn man von der Ehe spricht, derart ausserhalb der Materie, wenn definiert wird, was man unter Ehe versteht? Ist es derart abwegig, dass man zum Instrument der Ungültig- bzw. Teilungültigerklärung greifen muss? Ich glaube es nicht. Die Ungültig- oder Teilungültigerklärung einer Initiative ist etwas Schwerwiegendes, etwas ganz Gravierendes. Vergessen wir auch nicht, dass durch den neuen Artikel 14 Absatz 2, sofern er denn von Volk und Ständen angenommen würde, Artikel 8 der Verfassung nicht ausser Kraft gesetzt würde. Wir haben Initiativen als gültig betrachtet, bei denen man sich viel eher hätte fragen können, ob man eine Ungültig- oder Teilungültigerklärung ins Auge fassen müsse. Ich nenne als Beispiele die Ecopop- und die Verwahrungs-Initiative – um nicht weitere nennen zu müssen, die es auch noch gab.

Irgendwie hätte ich deshalb Mühe, diesen ersten Satz als ungültig zu erklären. Ich möchte diesen Satz allerdings politisch nicht. Deshalb lehne ich ja auch die Initiative ab und folge dem Gegenvorschlag, den Ihnen die Kommission empfiehlt. Lassen wir doch in diesem Punkt Volk und Stände sprechen. Die Botschaft ist zu diesem Punkt derart klar und kurz, dass ich einmal davon ausgehe, dass er im Bundesrat wirklich klar war und dass es keine Bedenken gab, diese Initiative als gültig zu erklären.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Recordon Luc (G, VD): Le mariage est une institution tout à fait protéiforme. Elle a des effets créant une communauté de solidarité. Elle implique potentiellement la volonté d'élever des enfants ensemble. Elle permet également d'exiger l'un envers l'autre toutes sortes de choses sur le plan moral et sur le plan économique. A cet égard, la question fiscale est vraiment la dernière annexe. On ne peut pas dire qu'il n'y ait pas de conséquences fiscales au fait d'être marié, mais c'est un lien tout à fait ténu et secondaire.

Même moi, qui suis un chaud partisan de l'application limitative du critère de l'unité de la matière, je peine franchement à trouver un lien nécessaire entre une définition du mariage et des principes d'organisation fiscale applicables aux époux, qui fassent que ces deux aspects doivent figurer ensemble dans une initiative qui ne cache pas son but principal – régler une question fiscale – et qui, à cette occasion, presque subrepticement, introduit un autre élément.

C'est pourquoi, à titre exceptionnel, je suis d'avis que le principe de l'unité de la matière est enfreint.

Schwaller Urs (CE, FR): J'ai bien écouté Monsieur Cramer. J'aurais évidemment souhaité qu'il fasse preuve du même engagement quand nous avons discuté l'initiative Ecopop – mais cela fait partie de l'histoire – pour plaider une invalidation partielle. Il en est de même pour l'avocat Edgar Philippin, professeur à l'Université de Lausanne, qui m'a envoyé il y a quelques jours un article qu'il publiera ou qu'il a déjà publié. L'approche juridique dans cet article, tout comme ce que vous avez développé, me semble pour le moins incomplète, voire unilatérale. En effet, l'initiative, je l'ai dit ce matin, ne fait que reprendre la définition de la garantie du mariage, telle qu'elle existe aujourd'hui dans la Constitution. Elle n'introduit ni de nouvelle définition ni de nouvelle notion du mariage. Et, en tout cas, elle n'interdit pas de mener dans les années à venir une discussion au niveau constitutionnel à ce sujet. Je reste convaincu qu'il faut un changement aussi dans la Constitution pour introduire la définition du mariage selon votre vision.

Ich bin überzeugt, dass für eine Teilungültigerklärung mit dem Argument, die Initiative verhindere inskünftig auch jede Öffnung und jede Diskussion, kein Raum bleibt. Niemand in diesem Land wird jemandem verbieten, eine solche Verfassungsdiskussion zu führen. Ich bin überzeugt, dass es eine solche Verfassungsdiskussion auch braucht.

Für eine Teilungültigerklärung der vorliegenden Initiative bleibt meines Erachtens kein Raum, und ich ersuche Sie, gleich wie der Kommissionssprecher, Kollege Hefti, diesen Antrag der Minderheit Cramer klar abzulehnen.

Cramer Robert (G, GE): Je vais répliquer en une phrase à Monsieur Schwaller. Le seul fait de dire que vous considérez souhaitable – et je peux comprendre ce point de vue – qu'une modification de la perception que nous avons de la définition du mariage doive passer par une modification constitutionnelle confirme bien qu'il y a là quelque chose de totalement nouveau: passer du plan de la loi, c'est-à-dire de la modification du Code civil pour changer la définition du mariage, au plan de la Constitution. Au fond, je relève que votre intervention, en tout cas à hauteur des quelques lectures que j'ai pu faire, confirme que l'on a un vrai problème d'unité de la matière et qu'il est particulièrement important.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 34 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 6 Stimmen

(1 Enthaltung)

Le président (Comte Raphaël, premier vice-président): Avant de traiter l'article 2 de l'arrêté concernant l'initiative populaire, nous passons au traitement du contre-projet.

2. Bundesbeschluss über «Heiratsstrafe abschaffen – für eine Familienpolitik für alle» (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»)

2. Arrêté fédéral concernant «Mettre fin à la pénalisation du mariage – Pour une politique familiale équitable» (contre-projet direct à l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»)

*Antrag der Mehrheit
Eintreten*

Antrag der Minderheit

(Bischof, Baumann, Engler, Föhn, Germann, Graber Konrad)

Nichteintreten

Proposition de la majorité

Entrer en matière

Proposition de la minorité

(Bischof, Baumann, Engler, Föhn, Germann, Graber Konrad)

Ne pas entrer en matière

Hefti Thomas (RL, GL), für die Kommission: Ich bitte Sie, gemäss der Mehrheit der Kommission auf die Vorlage einzutreten und dann dem Gegenvorschlag des Nationalrates zuzustimmen. Ich möchte nicht mehr lange Ausführungen machen: Der Gegenvorschlag ist kurz, einfach und offen.

Bischof Pirmin (CE, SO): Ich beantrage Ihnen namens der Minderheit, nicht auf den Gegenvorschlag einzutreten und die Initiative Volk und Ständen zur Annahme zu empfehlen.

Abstimmung – Vote

Für Eintreten ... 23 Stimmen

Dagegen ... 20 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Detailberatung – Discussion par article***Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I introduction*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 14 Abs. 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Seydoux

Die Ehe und die eingetragenen Partnerschaften bilden in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie dürfen gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht in den Bereichen Steuern und Sozialversicherungen.

Art. 14 al. 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Seydoux

Au point de vue fiscal, le mariage et le partenariat enregistré constituent une communauté économique. Ils ne peuvent pas être pénalisés par rapport à d'autres modes de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales.

Seydoux-Christe Anne (CE, JU): Le texte que je vous sou mets est semblable à l'amendement qui a été déposé par la délégation du groupe PDC/PEV à la Commission de l'économie et des redevances du Conseil des Etats. Comme l'a souligné Monsieur Levrat, c'est une démarche originale, mais une telle démarche n'est ni exceptionnelle ni unique; il est en effet relativement courant, à tout le moins au niveau des commissions, que les initiants proposent un contre-projet direct à leur initiative. On peut en reparler et je suis en mesure de citer quelques exemples si nécessaire.

Personnellement, je n'ai pas participé à la rédaction du texte de cette initiative populaire du PDC, mais ce dont je peux par contre témoigner, pour avoir participé à la récolte des signatures, c'est que personne – alors que j'habite dans une ville plutôt à gauche et que j'ai fait signer cette initiative, et pas seulement à des membres du PDC –, n'a posé de question quant à la définition du mariage donnée dans la première phrase de notre initiative. Je relèverai encore, comme cela a déjà été fait, que cette initiative est conforme à la notion actuelle du mariage qui se trouve dans le Code civil ainsi qu'à l'article 12 de la Convention européenne des droits de l'homme. Le message du Conseil fédéral, comme cela a été largement mentionné, ne s'y arrête d'ailleurs même pas.

Cependant, force est de constater que les débats au Conseil national se sont focalisés sur cette définition du mariage. Le PDC a été ainsi accusé de vouloir inscrire la définition actuelle du mariage dans la Constitution, pour empêcher, ou à tout le moins rendre plus difficile, le mariage des couples homosexuels, dit aussi mariage pour tous. Je relèverai en passant que ce qui est dans la Constitution peut quand même toujours être modifié, mais c'est évidemment un peu plus compliqué qu'en passant par un référendum. Je le reconnais et je comprends sur ce point les réserves énoncées, par Monsieur Comte par exemple.

C'est pour ces raisons que je propose de retirer cette première phrase de l'initiative populaire. Cela permettrait de laisser au législateur ordinaire le soin de mener ce débat sur la notion de mariage – débat qui a d'ailleurs déjà commencé au Conseil national avec l'initiative parlementaire des Vert'libéraux – afin de voir ce qui en ressort.

Le but essentiel de cette initiative populaire du PDC est en effet bien d'éliminer la discrimination fiscale des époux et des partenaires enregistrés par rapport aux couples vivant en concubinage. Je trouve utile de mentionner ici que, tant en vertu de l'article 9 de la loi sur l'impôt fédéral direct que conformément à l'article 3 de la loi sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes, les partenariats enregistrés entre deux personnes de même sexe sont assimilés au mariage. Il me paraît donc correct de le mentionner dans le texte du contre-projet direct, comme je vous le propose.

Cette discrimination fiscale – je n'y reviendrai pas et je ne m'y étendrai pas – a fait l'objet d'un arrêt du Tribunal fédéral déterminant, en 1984 déjà. Dans son message, le Conseil fédéral estime que «mettre fin à la discrimination qui frappe les couples mariés dans le domaine de l'impôt fédéral direct constitue une priorité politique de première importance». Le PDC propose, à l'instar de ce qui se fait déjà dans les cantons – cela a déjà aussi été dit –, que sur le plan fiscal les époux et les partenaires enregistrés constituent une communauté économique, ce qui implique de prévoir une imposition commune des couples mariés et des partenaires enregistrés. Si les initiants demandent l'introduction d'un système de splitting, le Conseil fédéral – comme cela a d'ailleurs déjà été dit – estime que tous les modèles d'imposition commune sont envisageables et qu'il faudra en discuter lors de la mise en oeuvre soit de l'initiative soit du contre-projet direct proposé. Après la consultation, qu'il a lancée en 2012, en effet, le Conseil fédéral a décidé de ne pas passer à l'imposition individuelle – Madame la conseillère fédérale Widmer-Schlumpf s'est largement exprimée à ce sujet – et de s'en tenir au système actuel de l'imposition commune.

Selon le message du Conseil fédéral – cela il faut peut-être le rappeler – le passage à l'imposition individuelle entraînerait des pertes de recettes de 2 à 2,35 milliards de francs et augmenterait la charge administrative pour les cantons dans une proportion comprise entre 30 et 50 pour cent. C'est pourquoi le texte que je vous propose se situe dans la ligne adoptée par le Conseil fédéral, puisque ce texte propose une décision quant au système fiscal à adopter.

S'agissant du volet assurances sociales de l'initiative populaire, le Conseil fédéral affirme que, si l'on considère l'ensemble des prestations en matière d'AVS ou d'AI, de prévoyance professionnelle et d'assurance-accidents, les

couples mariés et les partenaires enregistrés ne sont globalement pas discriminés par rapport aux couples de concubins. Mais, comme le relève le Conseil fédéral, cette problématique devra néanmoins et à tout le moins être revue dans le cadre du projet de réforme Prévoyance vieillesse 2020, en fonction des évolutions qui seront constatées d'ici là sur les plans sociaux ou économiques. Donc, j'estime qu'il est correct de mentionner également les assurances sociales dans le texte qui est proposé.

En conclusion, j'estime avec le Conseil fédéral que si la proposition d'imposition commune limite dans un premier temps la marge de manoeuvre du législateur, elle a le grand avantage de permettre un choix de système fiscal, qui devrait aboutir à mettre en terme rapidement à la surimposition des couples mariés et des partenaires enregistrés, ce que ne fait pas le contre-projet direct du Conseil national, comme cela a déjà été relevé.

En adoptant ce contre-projet direct du Conseil national on repousse en réalité le débat sur un choix de système aux calendes grecques. Et, avec le texte proposé, on supprime dans un délai raisonnable la discrimination des couples et des partenaires enregistrés et, si nécessaire, on pourra alors toujours revenir sur le problème de l'imposition individuelle.

Finalement, si je résume tous les débats qui ont eu lieu, je trouve que mon projet devrait plaire à beaucoup de monde, puisqu'il ne reprend pas la définition du mariage, qu'il propose un système et qu'il est praticable dans bien des milieux. C'est donc dans cet esprit et cet espoir que je vous prie de soutenir ma proposition.

Hefti Thomas (RL, GL), für die Kommission: Ich bitte Sie namens der Kommission, diesen Antrag abzulehnen und der Kommission zu folgen. Ein Antrag in sozusagen identischer Formulierung lag der Kommission vor. Die Kommission hat ihn mit 6 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt, weil in diesem Antrag ausgeschlossen wird, dass allenfalls auch später eine Individualbesteuerung ins Auge gefasst werden könnte. Die Kommission wollte beim Gegenvorschlag des Nationalrates bleiben und beantragt Ihnen daher, den Antrag Seydoux abzulehnen.

Levrat Christian (S, FR): Un point qui me paraît important est la question de savoir ce que nous permet d'obtenir ce contre-projet. J'ai entendu clairement les représentants des initiants, notamment Monsieur Schwaller et Monsieur Föhn, nous dire qu'il était hors de question pour eux de retirer leur initiative populaire, qu'ils la maintenaient dans la forme et que la définition du mariage faisait partie de leur projet. Monsieur Föhn a été particulièrement clair en rapportant la manière dont se passaient dans son canton les récoltes de signatures et en expliquant pourquoi cette question de la définition du mariage faisait partie du coeur du projet. On a donc au final un contre-projet modifié que les initiants ne vont pas soutenir et que les opposants à l'initiative ne pourront pas soutenir pour les raisons qu'a énumérées le rapporteur de la commission, à savoir que le contre-projet, tel qu'il est proposé par Madame Seydoux, ne règle que la question de la définition du mariage mais pas les aspects fiscaux et qu'il fige le système fiscal dans la Constitution. Je vous invite à rejeter la proposition Seydoux, qui ne résout rien et ne satisfait ni les uns ni les autres. Elle se pose comme alternative au contre-projet du Conseil national, qui vient d'obtenir sur le principe une majorité favorable à l'entrée en matière.

Janiak Claude (S, BL): Ich habe in diesem Zusammenhang eine Frage. Ich frage jetzt Herrn Bischof, weil er im Namen der Initianten gesprochen hat: Ziehen sie die Initiative zurück, wenn der Antrag Seydoux durchkommt?

Lombardi Filippo (CE, TI): Ich kann die Frage von Herrn Janiak nicht beantworten. Sie kennen die Regeln: Es gibt Initiativkomitees, und diese beschliessen am Ende der parlamentarischen Debatte, was sie mit ihrer Initiative tun. Ich

habe bei der Vorbereitung dieser Initiative nicht mitgewirkt, habe aber dafür Unterschriften gesammelt. Für mich war die Frage klar: Es ging darum, diese Diskriminierung, die vom Bundesgericht schon vor 31 Jahren verurteilt worden ist, endlich einmal zu beseitigen. Die Frage der Ehedefinition stellte sich weder für mich noch für die Leute, die unterschrieben haben.

Was ist der Wert der Initiative? Der Wert ist grundsätzlich, eine Systemlösung in einer Frage zu liefern, die seit dreissig Jahren unbeantwortet geblieben ist. Wir haben unsere Arbeit in dem Sinne nicht gemacht, und ich stimme der Frau Bundesrätin zu: Wir können nicht weitere fünf Generationen von Politikern abwarten, bis dieses Problem einmal gelöst wird.

Wichtig ist, dass diese Ehe, egal, wie sie zusammengesetzt ist, eine Wirtschaftsgemeinschaft bildet und dass sie entsprechend besteuert wird, aber ohne Diskriminierung – das ist für mich das Wesentliche der Initiative. Ich kann also mit der Initiative sehr gut leben und bräuchte dem Initiativkomitee, dem ich nicht angehöre, überhaupt keinen Rückzug zu empfehlen. Nun, die Diskussionen des Nationalrates und teilweise auch unseres Rates sowie natürlich die breite Diskussion in der Öffentlichkeit haben in den letzten Monaten gezeigt, dass anscheinend etwas, was kein Problem war, zum Problem geworden ist, nämlich diese Frage der Definition. Mir geht es primär darum, eine inhaltliche Lösung zu finden, und weniger darum, Definitionen zu geben. In dem Sinne kann ich natürlich den Antrag von Kollegin Seydoux unterstützen und werde dies auch tun. Falls er nicht durchkommt, dann – nun gut, dann werde ich mich, wie es sich gehört, weiterhin auf den Initiativtext konzentrieren.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission ... 27 Stimmen

Für den Antrag Seydoux ... 8 Stimmen
(9 Enthaltungen)

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

GesamtAbstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.085/645)

Für Annahme des Entwurfes ... 24 Stimmen

Dagegen ... 19 Stimmen **siehe Seite / voir page 68**
(1 Enthaltung)

Le président (Comte Raphaël, premier vice-président):
Nous revenons maintenant à l'initiative populaire.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Eventualantrag der Mehrheit

(falls der Ständerat nicht auf den Gegenentwurf eintritt oder ihn in der GesamtAbstimmung ablehnt)

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Eventualantrag der Minderheit

(Bischof, Baumann, Engler, Föhn, Germann, Graber Konrad)

(falls der Ständerat nicht auf den Gegenentwurf eintritt oder ihn in der Gesamtabstimmung ablehnt)

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative anzunehmen.

Art. 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition subsidiaire de la majorité

(au cas où le Conseil des Etats n'entrerait pas en matière sur le contre-projet ou le rejeterait lors du vote sur l'ensemble)

Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Proposition subsidiaire de la minorité

(Bischof, Baumann, Engler, Föhn, Germann, Graber Konrad)

(au cas où le Conseil des Etats n'entrerait pas en matière sur le contre-projet ou le rejeterait lors du vote sur l'ensemble)

Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Le président (Comte Raphaël, premier vice-président): Les propositions subsidiaires de la majorité et de la minorité sont caduques puisque vous venez d'adopter le contre-projet.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Le président (Comte Raphaël, premier vice-président):

L'entrée en matière étant acquise de plein droit, il n'y a pas de vote sur l'ensemble.

recommandation qui figure dans l'arrêté fédéral, soit la recommandation de rejeter l'initiative populaire et d'accepter le contre-projet, est désormais caduque. Conformément à l'article 81 alinéa 3 de la loi sur le Parlement et selon la pratique, le deuxième conseil procède à un vote final malgré le rejet du projet par le premier conseil.

Abstimmung – Vote
 (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.085/11 643)
 Für Annahme des Entwurfes ... 100 Stimmen
 Dagegen ... 81 Stimmen **siehe Seite / voir page 69**
 (4 Enthaltungen)

13.085

Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Schlussabstimmung – Vote final

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

2. Bundesbeschluss über die Abschaffung der Heiratsstrafe und für eine Familienpolitik für alle (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»)

2. Arrêté fédéral concernant l'abolition de la pénalisation du mariage et pour une politique familiale pour tous (contre-projet direct à l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»)

Le président (Rossini Stéphane, président): Notre conseil et le Conseil des Etats ont terminé le traitement de l'arrêté fédéral concernant l'abolition de la pénalisation du mariage et pour une politique familiale pour tous (contre-projet direct à l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage») respectivement le 10 décembre 2014 et le 4 mars dernier.

Selon l'article 101 alinéa 3 de la loi sur le Parlement, «le vote final sur l'arrêté fédéral concernant le contre-projet a lieu au plus tard huit jours avant la fin de la session qui précède l'expiration du délai dans lequel l'initiative doit être examinée». Le délai pour l'examen de l'initiative populaire a été prolongé jusqu'au 5 mai 2016.

Le vote final sur l'arrêté fédéral relatif au contre-projet était à l'ordre du jour des deux conseils de ce matin. Le Conseil des Etats a déjà procédé au vote final et il a rejeté, par 22 voix contre 20 et 1 abstention, l'arrêté précité. Il sera donc biffé de la liste des objets en suspens. En conséquence de la décision du Conseil des Etats, le vote final sur l'arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» devra probablement être reporté à la session d'été 2015 afin que la Conférence de conciliation puisse présenter une proposition relative à la recommandation de vote de l'Assemblée fédérale. En effet, la

13.085

Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Schlussabstimmung – Vote final

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)
Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
Ständerat/Conseil des Etats 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

2. Bundesbeschluss über die Abschaffung der Heiratsstrafe und für eine Familienpolitik für alle (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»)

2. Arrêté fédéral concernant l'abolition de la pénalisation du mariage et pour une politique familiale pour tous (contre-projet direct à l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»)

Le président (Hêche Claude, président): Le Conseil national et notre conseil ont terminé le traitement de l'arrêté fédéral concernant l'abolition de la pénalisation du mariage et pour une politique familiale pour tous (contre-projet direct à l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage») respectivement le 10 décembre 2014 et le 4 mars dernier. Selon l'article 101 alinéa 3 de la

loi sur le Parlement, «le vote final sur l'arrêté fédéral concernant le contre-projet a lieu au plus tard huit jours avant la fin de la session qui précède l'expiration du délai dans lequel l'initiative doit être examinée». Le délai pour l'examen de l'initiative populaire a été prolongé jusqu'au 5 mai 2016. Nous procédons aujourd'hui au vote final sur le contre-projet direct afin de pouvoir procéder le cas échéant au vote final sur l'arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage», et ce après-demain vendredi à la fin de la session de printemps 2015.

Si le Conseil des Etats et le Conseil national acceptent aujourd'hui le contre-projet direct lors du vote final, le vote final sur l'arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» pourra avoir lieu vendredi lors des votes finaux. Si l'arrêté fédéral relatif au contre-projet devait être rejeté aujourd'hui, le vote final sur l'arrêté fédéral concernant l'initiative populaire serait reporté à la session d'été 2015 afin que la Conférence de conciliation propose la recommandation de vote qui doit figurer dans l'arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage», comme le prévoit l'article 101 alinéa 3 de la loi sur le Parlement.

J'imagine que j'ai été très explicite dans la lecture du document qui m'a été soumis. Il y a eu une discussion préalable avec le rapporteur de la commission compétente, qui est d'accord avec cette procédure.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.085/721)

Für Annahme des Entwurfes ... 19 Stimmen

Dagegen ... 19 Stimmen **siehe Seite / voir page 70**
(1 Enthaltung)

Mit Stichentscheid des Präsidenten

wird der Entwurf angenommen

Avec la voix prépondérante du président

le projet est adopté

Theiler Georges (RL, LU): Ich habe kein Textpapier zu diesem Thema auf dem Pult. Ich finde schon, dass es eigentlich normal und korrekt wäre, wenn man wenigstens bei Schlussabstimmungen einen schriftlichen Text hätte. Ich war jetzt im Moment nicht sicher, um welches Thema es bei dieser Abstimmung ging, ob es um den Gegenvorschlag ging oder nicht, und deshalb bitte ich Sie schon, zuerst den Text zu verteilen. Es wundert mich nicht, dass da jetzt etwas Verwirrung entstanden ist; ohne Papier, ohne Text sollte man nach meiner Meinung keine Schlussabstimmungen durchführen.

Le président (Hêche Claude, président): Monsieur Theiler, je vous rappelle que le Bureau avait décidé de ne plus transmettre les documents sous forme papier, par conséquent ceux-ci ont été envoyés par courriel. Si vous souhaitez un nouveau vote, vous devez déposer une motion d'ordre.

Theiler Georges (RL, LU): Ich denke, es ist eine absolute Normalität, dass wir den Text auf dem Tisch haben. In allen anderen Fällen haben wir ebenfalls den Text auf dem Pult. Es ist mir ja nicht erlaubt, hier im Saal mein elektronisches Gerät zu benutzen. Also muss ich draussen nachschauen gehen, worüber ich hier drin abstimme. Ich bitte Sie also schon – es geht um ein einziges Blatt! –, dieses zu verteilen. (Unruhe)

Le président (Hêche Claude, président): Monsieur Theiler, je répète que si vous souhaitez qu'il y ait un nouveau vote, vous devez déposer une motion d'ordre. Sinon, le président va trancher.

Theiler Georges (RL, LU): Ja, ich bitte Sie im Sinne eines Ordnungsantrages, noch einmal abstimmen zu lassen.

Germann Hannes (V, SH): Es ist dies ein durchaus übliches Vorgehen, und natürlich muss man sich zurückerinnern. Aber wir hatten eine Initiative, und wir haben einen ausgearbeiteten Gegenvorschlag, und darüber gilt es zu befinden. Das Ganze ist auf der Traktandenliste aufgeführt. Das gehört zur Vorbereitung, und darum bitte ich eigentlich den Präsidenten des Rates, den Stichentscheid nun zu fällen.

Föhn Peter (V, SZ): Es ist jetzt schon ein bisschen Unruhe aufgekommen. Ich war wirklich auch unsicher, was es war. Aber es muss schon gesagt werden: Wir hatten das hier im Saal so abgesprochen, dass bei den Schlussabstimmungen die Vorlagen nicht mehr ausgeteilt würden. Das war das letzte Mal schon so. Bei den Schlussabstimmungen lag nichts mehr auf dem Tisch. Ich sage höchstens, entweder machen wir das jetzt für immer und stellen einen Ordnungsantrag, dass in Zukunft die Papiere wieder wie früher auf dem Tisch sind, dass alles ausgedruckt ist, oder es muss jetzt darüber befunden werden, ohne noch einmal ein Rückkommen zu machen; das hat Herr Germann richtig gesagt. Aber wir hatten es so beschlossen, und ich war jetzt wirklich auch in Not. Ich musste noch schnell nachfragen, wie es ist. Aber jetzt einfach nur auf dieses Geschäft zurückzukommen, finde ich nicht rechtens.

Diener Lenz Verena (GL, ZH): Wir haben einen Ordnungsantrag, der eigentlich die Bitte enthält, nochmals abstimmen zu lassen. Es geht um einen Verfassungsartikel. Es geht nicht um irgendeine Bagatelle. Unsere Verfassung ist wohl das Wichtigste in unserem Land. Wir haben aus einer Unsicherheit heraus und auch wegen einer nicht optimalen Präsenz, um es mal so zu sagen, mit 19 zu 19 Stimmen abgestimmt und hätten jetzt den Präsidenten, der den Stichentscheid zu fällen hätte. Das finde ich eigentlich eine bedauerliche Aussage bei einem Verfassungsartikel. Ich hatte das Glück, dass ich das Papier vom Weibel bestellen konnte. Andere waren vielleicht einen Moment lang nicht ganz so aufmerksam und waren dann auch verunsichert, unter anderem auch Kollege Föhn. Auch er hat nämlich noch dieses Papier ganz kurzfristig erhalten. Es ist sicher alles korrekt gelaufen. Aber im Zweifelsfall würde ich doch an die Grösse des Rates appellieren, den Ordnungsantrag zu unterstützen und nochmals eine Abstimmung vorzunehmen, damit über einen Verfassungsartikel eine seriöse Abstimmung stattfindet und damit der Verfassung nicht einfach nur mit dem Stichentscheid des Präsidenten eine so knappe Mehrheit als Unterstützung mitgegeben wird.

Bieri Peter (CE, ZG): Ich bin etwas erstaunt über das Verhalten, das jetzt im Rat an den Tag gelegt wird. Wir haben seriös und korrekt abgestimmt. Die Rahmenbedingungen waren klar, die Präsenz ist eine Sache, bei der sich jedermann selbst organisieren muss. Die Abstimmung ist auch bezüglich der Form korrekt abgelaufen. Das Geschäft war traktandiert, man weiss, worüber man abstimmt. Die Forderung, die Abstimmung sei zu wiederholen, bloss weil einem jetzt das Resultat nicht passt und einige noch schnell hereingesprungen sind, ist dieses Rates nicht würdig. Es gibt keinen Grund, die Abstimmung zu wiederholen, ansonsten kann jede Abstimmung wiederholt werden, wenn einem die Präsenz im Rat nicht passt.

Ich bin auch etwas erstaunt über die Argumentation: Zum einen wird jetzt mit der Präsenz argumentiert, zum andern damit, das Papier liege nicht auf dem Tisch. Sie können sich nicht beliebige Argumente zurechtlegen. Wir haben seriös und korrekt abgestimmt. Auch ich habe hinauseilen müssen, um meine Kolleginnen und Kollegen zu holen, aber im Augenblick der Abstimmung waren sie da – oder eben nicht. Deshalb muss ich sagen: Wenn die Abstimmung jetzt einfach wiederholt und das Resultat gedreht wird, erhalten die Entscheide dieses Rates eine gewisse Beliebigkeit. Das ist dieses Hauses nicht würdig.

Le président (Hêche Claude, président): La discussion n'est pas demandée. Je précise que, comme d'habitude, j'ai

pressé sur la touche «Appel» afin que le plus de collègues possible soient présents dans la salle au moment du vote. C'est un élément important que vous devez prendre en considération.

Pour ce qui concerne le problème que vous avez soulevé, Monsieur Föhn, nous allons nous améliorer pour la suite et vous remettre le document demandé. C'était entre autres la raison pour laquelle j'ai tenu à procéder à une lecture suffisamment détaillée des instructions concernant l'importance du vote et le respect du dispositif légal. Nous en avons parlé préalablement, par l'intermédiaire de Madame Buol, secrétaire de notre conseil, avec Monsieur Hefti. Nous votons sur la motion d'ordre Theiler.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Theiler ... 23 Stimmen
Dagegen ... 19 Stimmen
(1 Enthaltung)

Le président (Hêche Claude, président): Nous répétons donc le vote final sur le projet 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.085/723)
Für Annahme des Entwurfes ... 20 Stimmen
Dagegen ... 22 Stimmen **siehe Seite / voir page 71**
(1 Enthaltung)

Minderheit

(Darbellay, Graber Konrad, Aeschi Thomas, Baumann, Bischof, Egloff, Engler, Flückiger Sylvia, Föhn, Germann, Meier-Schatz, Walter)

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz
(= keine Abstimmungsempfehlung)

Art. 2 al. 2

Proposition de la Conférence de conciliation

Majorité

... de rejeter l'initiative.

Minorité

(Darbellay, Graber Konrad, Aeschi Thomas, Baumann, Bischof, Egloff, Engler, Flückiger Sylvia, Föhn, Germann, Meier-Schatz, Walter)

Rejeter la proposition de la Conférence de conciliation
(= aucune recommandation de vote)

Caroni Andrea (RL, AR), für die Kommission: Ich fasse Ihnen ganz kurz den Beschluss der Einigungskonferenz zusammen.

Zuerst zum Formalen: Ihre Einigungskonferenz hat mit 14 zu 12 Stimmen beschlossen, Sie zu bitten, diese Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Eine Minderheit will dies nicht. Wenn Sie der Mehrheit folgen und der Ständerat es uns gleichtut, dann wird unsere offizielle Empfehlung eben Ablehnung der Initiative sein. Wenn einer der beiden Räte dies ablehnt, dann wird es keine offizielle Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung geben. Eines ist also jetzt schon klar, egal, was Sie stimmen: Die Abstimmungsempfehlung wird nie auf Annahme der Initiative lauten.

Ganz kurz zum Materiellen: Ich rufe Ihnen hier nur pro memoria die wichtigsten Gründe noch einmal in Erinnerung. Die Initiative hat drei Sätze. Der erste Satz will in der Bundesverfassung die Ehe als dauernde Verbindung von Mann und Frau definieren. Die Einigungskonferenz, wie zuvor schon Ihre Kommission, findet diese Definition erstens unnötig und zweitens unnötig einschränkend – unnötig einschränkend mit Blick auf eine künftige Diskussion, ob man die Ehe auch anderen Lebensformen öffnen will. Sie sieht sie drittens auch generell als möglichen Stolperstein überhaupt für familienrechtliche Modernisierungsschritte.

Der zweite Satz der Initiative verlangt zwingend die gemeinsame Besteuerung der Ehegatten. Auch diesen Satz will die Mehrheit nicht. Er schliesst nämlich die aus ihrer Sicht zukunftsträchtigste und tauglichste Lösung für das Modell der Familienbesteuerung aus, nämlich die Individualbesteuerung, und gleichzeitig bietet dieser Satz auch keine Gewähr, dass es weitergeht. Die Initianten haben nämlich damit nicht etwa den Weg gezeigt, sondern von den vielen möglichen Türen der Familienbesteuerung nur eine Tür geschlossen und ausgerechnet noch diejenige, die Ihre Mehrheit als am tauglichsten erachtet.

Der dritte Satz schliesslich sagt, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden darf. Sie erinnern sich: Bezüglich dieses Satzes gab es einen Gegenvorschlag, den die heutige Mehrheit teilweise in gewissen Räten zu gewissen Momenten auch mittrug. Inhaltlich, muss man sagen, ist auch dieser Satz eher deklaratorisch bekräftigend als denn wirklich materiell nötig. Er bekräftigt einfach das bestehende Diskriminierungsverbot aus Artikel 8 der Bundesverfassung und aus dem Artikel zum Schutz der Ehe. Inhaltlich muss man auch hierzu in Erinnerung rufen: In der Sozialversicherung gibt es heute keine Diskriminierung der Ehe, im Gegenteil, dort gibt es gesamthaft, über den ganzen Lebenszyklus gesehen, wenn schon eine Konkubinati-nsstrafe. Bezüglich der steuerlichen Heiratsstrafe ist seit dem schon fast legendären Bundesgerichtsurteil von 1984 zu sagen: Die Kantone haben sehr viel gemacht, teilweise so viel, dass es inzwischen auch da schon eine Konkubinati-nsstrafe gibt. Auch der Bund war nicht untätig und hat viel getan, und es ist je nach Familienkonstellation schwierig zu

13.085

Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Differenzen – Divergences

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 10.06.15

Nationalrat/Conseil national 11.06.15 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 16.06.15 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.06.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»

Art. 2 Abs. 2

Antrag der Einigungskonferenz

Mehrheit

... die Initiative abzulehnen.

sagen, wer denn eigentlich bevorzugt und wer benachteiligt ist.

Als letzter Gedanke: Auf eine Interpellation des Sprechenden selber konnte der Bundesrat nicht genau sagen, wer denn eigentlich bevorzugt und wer benachteiligt sei. Wenn man die Bundessteuer nicht nur in einem gewissen Lebensabschnitt anschaut, sondern wenn man den ganzen Lebenszyklus anschaut, also inklusive Witwenrente und Perioden, in denen nur einer arbeitet, oder wenn man alle Ebenen – Bund und Kantone – bzw. alle Systeme anschaut, das heisst Steuern und Sozialversicherungen, wird die Frage dann plötzlich etwas unklar.

Fazit: Die Volksinitiative enthält einen Satz, der vor allem bekräftigend deklaratorisch ist; sie enthält aber zwei Sätze, die Nebenwirkungen haben.

Ich bitte Sie daher im Namen der Mehrheit der Einigungskonferenz, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Marra Ada (S, VD), pour la commission: Pour mémoire, notre conseil a traité cet objet le 10 décembre dernier. Il avait décidé, contre l'avis du Conseil fédéral, de suivre la majorité de sa commission, qui proposait de recommander le rejet de cette initiative, en lui opposant un contre-projet direct.

En effet, quasiment toutes les parties se sont accordées pour louer le but de cette initiative et dire que la discrimination fiscale et sociale envers les couples mariés par rapport aux couples non mariés n'était plus tenable, discrimination relevée et dénoncée par ailleurs par un arrêt du Tribunal fédéral en 1984 (ATF 110 IA 7). Toutefois, la voie choisie par les initiants n'a pas convaincu la majorité de cet hémicycle. Les principaux griefs retenus sont les suivants.

Premièrement, la définition du couple comme l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme a été vivement critiquée par la majorité de cet hémicycle. La définition contenue dans l'initiative ancre expressément, et pour la première fois, une définition du mariage dans la Constitution, mais exclut toute future interprétation assimilant au mariage d'autres communautés de vie. De ce fait, cette notion nie l'existence d'unions entre personnes de même sexe.

Deuxièmement, cette initiative définit clairement le mariage comme communauté économique. Cela empêche toute évolution future d'une imposition individuelle, qui, au fur et à mesure des débats, s'est imposée comme une volonté de la majorité du conseil.

C'est donc par 102 voix contre 86 et 1 abstention que notre conseil a décidé d'un contre-projet direct, qui d'une part élimine la discrimination envers les couples mariés, n'instaure pas celle des couples de même sexe d'autre part, ni n'inscrit dans le marbre le mariage comme communauté économique.

Cette décision a ensuite été transmise au Conseil des Etats. Le 18 mars 2015, notre honorable et vénérable président nous informait qu'au vote final le Conseil des Etats avait décidé le même jour, par 22 voix contre 20 et 1 abstention, de rejeter l'arrêté sur le contre-projet décidé par ce conseil.

Les conséquences de ce vote sont les suivantes. D'une part, le contre-projet est mort et il n'y a plus de possibilité pour le Conseil national d'en discuter. D'autre part, une Conférence de conciliation était nécessaire pour savoir quelle serait la recommandation de vote de la part du Parlement pour cette initiative.

Ainsi, cette conférence s'est réunie hier matin. Après une très brève discussion, les arguments ayant déjà été discutés dans les deux commissions et conseils, et sans apport de nouveaux éléments, à part la désormais non-existence du contre-projet direct, la Conférence de conciliation a décidé, par 14 voix contre 12, de recommander le rejet de l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage».

Cet hémicycle a désormais deux possibilités. Il peut suivre la proposition de la Conférence de conciliation et ainsi recommander le rejet de l'initiative. Si tel n'était pas le cas ici ou au Conseil des Etats, cet objet serait présenté au peuple sans

recommandation de vote. Ce sont les deux alternatives possibles.

Au nom de la Conférence de conciliation, je vous demande de recommander le rejet de cette initiative populaire.

Meier-Schatz Lucrezia (CE, SG): Ich erinnere Sie daran, dass diese Volksinitiative mit über 120 000 Unterschriften eingereicht wurde, und gehe noch einmal kurz auf ihren Hintergrund ein. Wir haben seit 1984 eine Ungleichbehandlung von Ehepaaren und gleichgeschlechtlichen Paaren gegenüber Konkubinatspaaren. In der Zwischenzeit haben wir verschiedene Vorlagen behandelt und versucht, Korrekturen vorzunehmen. Ich erinnere Sie an die Steuerreform 2009; dort haben wir nur eine partielle Lösung gefunden. Dementsprechend sind wir darauf angewiesen, dass jetzt endlich gehandelt und dass diese Ungleichbehandlung beendet wird.

Es ist richtig, dass die Kantone, wie der Kommissionssprecher gesagt hat, ihre Aufgabe mit ganz wenigen Ausnahmen bereits erfüllt und ein Voll- oder ein Teilsplitting eingeführt haben, dennoch müssen wir auf der Ebene der direkten Bundessteuer handeln. Ich möchte nochmals betonen, dass wir seit 2001 versuchen, einen Systemwechsel hinzukriegen. Wir haben verschiedene Diskussionen gehabt, und es wurden Vernehmlassungen durchgeführt. Ich weiss, dass die Gegner unserer Empfehlung «Ja zur Initiative» immer wieder sagen, wir würden mit der Gemeinschaftsbesteuerung und dem entsprechenden Satz einen Systemwechsel blockieren. Ich erinnere Sie einfach daran, dass wir 2012 in der letzten Vernehmlassungsrunde mit der Gemeinschaftsbesteuerung sehr wohl auch die alternative Steuerberechnung eingeführt hätten, wenn die Kantone dafür gewesen wären. Dann hätten wir – wir werden dieses Dossier nochmals aufnehmen – eigentlich beides. Deshalb verstehe ich den Widerstand der Gegner nicht. Mit der alternativen Steuerberechnung – sie ist Teil des Systems der Gemeinschaftsbesteuerung – hätte man in einem einzigen Paket sowohl die Individual- als auch die Gemeinschaftsbesteuerung. Es ist wichtig, sich das noch einmal zu vergegenwärtigen.

Die Ungleichbehandlung muss meines Erachtens beendet werden. Wir können nicht nur so tun und das Ganze auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben, denn wenn wir diese Initiative jetzt nicht zur Annahme empfehlen, haben wir keine Lösung. Wir werden uns wiederum in einer Pattsituation befinden. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag unserer Minderheit zuzustimmen.

Ich möchte noch etwas zur Ehedefinition sagen, die der Initiativtext enthält und die immer wieder an den Pranger gestellt wird.

Ich erinnere daran, dass wir das Partnerschaftsgesetz gutgeheissen haben und dass mit dieser Definition gar nichts Neues geschaffen wird. Wir haben die Ehe als Institutsgarantie. Jene, die den Bericht über die Modernisierung des Familienrechts bereits gelesen haben, werden feststellen, dass wir verschiedene Institute als Möglichkeiten haben – das ist ein Vorschlag von Frau Bundesrätin Sommaruga. Wir werden diese Diskussion über die Formen der verschiedenen Institute sehr wohl aufnehmen bzw. aufnehmen müssen. Dementsprechend macht es keinen Sinn, dass wir hier jetzt dem Antrag der Mehrheit der Einigungskonferenz zustimmen, denn wenn Sie die Mehrheit unterstützen, blockieren Sie jeden weiteren Schritt.

Ich bitte Sie namens der Minderheit ganz klar und deutlich, die Initiative Volk und Ständen zur Annahme zu empfehlen. Sie ermöglichen damit die Abschaffung einer Ungleichbehandlung und vor allem: Sie ermöglichen die Integration einer alternativen Steuerberechnung im System der Gemeinschaftsbesteuerung und kommen dementsprechend auch den Kantonen entgegen.

Schelbert Louis (G, LU): Frau Kollegin Meier-Schatz, für uns Grüne ist diese Initiative nicht eine Lösung, sondern das Problem. Deshalb unterstützt die Fraktion der Grünen den Beschluss der Einigungskonferenz und empfiehlt den Stimmberechtigten, die CVP-Initiative abzulehnen.

Glaubt man dem Titel, geht es um die Stärkung der Familie. Das klingt gut. Wäre es wirklich so, wären wir Grünen auch dafür. Tatsächlich ist es in der Schweiz zum Beispiel schwierig, Beruf und Familie zu verbinden, es mangelt an ausserfamiliären Betreuungsmöglichkeiten. Das Beheben solcher sozialer Lücken meint die Initiative aber nicht, und deshalb nützt sie einem grossen Teil der Familien wenig bis nichts.

Der erste Teil des Initiativtextes enthält eine Ehe-Definition. Das Institut der Ehe ist heute in der Verfassung aufgeführt, eine Definition findet sich aber aus guten Gründen nicht. Das ermöglicht eine gesellschaftliche Weiterentwicklung. So liesse sich die Ehe mit einer Gesetzesänderung auf eingetragene Partnerschaften ausweiten. Weil die Initiative die Ehe aber als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau definiert, wäre das künftig ausgeschlossen. Bei Menschen mit anderer sexueller Orientierung wird dies als diskriminierend empfunden, unabhängig von den Absichten der Initianten. Deshalb lehnen wir Grünen die Initiative ab.

Als Zweites definiert die Initiative die Ehe als steuerliche Wirtschaftsgemeinschaft. Das ist eine Absage an die Individualbesteuerung. Individuell zu besteuern heisst, das Einkommen jeder natürlichen Person einzeln zu besteuern, ob sie allein oder in einer Partnerschaft lebt, verheiratet ist oder nicht, das wäre egal. Diese Besteuerungsart baut nicht auf der traditionellen Rollenverteilung mit dem Mann als Ernährer der Familie auf. Sie begünstigt die Berufstätigkeit der Frauen und stärkt deren wirtschaftlichen Stellung. Das macht sie für uns Grüne attraktiv. Dazu kommt, dass sich bei getrennter Besteuerung die Steuerprogression der Ehepartner nicht ändert, was den Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit unterstützt. Heute wird zu oft ein grosser Teil des Zweitverdienstes für die Kosten der Kinderbetreuung und Zahlungen zum Ausgleich der Steuerprogression gebraucht. Hier wäre für uns Grüne eine Korrektur wirklich dringlich; das ist nach der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative noch wichtiger geworden.

Schliesslich fördert eigener Verdienst in unserer Gesellschaft Selbstständigkeit und Selbstvertrauen. Zudem ist er für den Aufbau einer eigenen Sozialversicherung wichtig. Das erfolgt heute oft nur ungenügend, zum Nachteil vieler Frauen; sie erfahren es bei Trennung oder Scheidung. Die Individualbesteuerung muss daher verfassungsrechtlich weiterhin möglich bleiben; wir Grünen lehnen ihren Ausschluss ab.

Im dritten Teil verlangt die Initiative, die Ehe dürfe gegenüber anderen Lebensformen, insbesondere bei Steuern und Sozialversicherungen, nicht benachteiligt werden. Da werden grösstenteils offene Türen eingerannt. Eine «Heiratsstrafe» gibt es in diesen beiden Bereichen nicht oder fast nicht mehr. Die Mängel im eidgenössischen Steuerrecht wurden gemildert bis beseitigt, bei den direkten Bundessteuern bis auf 5 Prozent der Ehepaare oberer Steuerkategorien. Die Kantone haben die Steuergesetze schon länger korrigiert. Bei den Sozialversicherungen haben Ehepaare sogar Vorteile. Betrachtet man die Leistungen von AHV und IV gesamthaft über den gesamten Lebenszyklus, resultiert für die Verheirateten im Total ein Bonus. Für wirtschaftlich und gesellschaftlich problematisch halten wir Grünen dagegen, dass bei gemeinsamer Besteuerung der Ehepaare die Zweitverdienste wegen der Steuerprogression und der hohen Betreuungskosten oft nicht oder kaum mehr zum Familieneinkommen beitragen. Da hilft die Initiative aber nicht.

Schliesslich kostet das Begehren 1 bis 2,3 Milliarden Franken, je nach gewählter Lösung. Diese enormen finanziellen Mittel lassen sich besser investieren. Der Bund steht vor Sparprogrammen und der Unternehmenssteuerreform III, mit der weitere Milliardenausfälle drohen. Die Initiative ist auch deshalb abzulehnen.

Fazit: Die Initiative ist unnötig, teuer und wird als diskriminierend empfunden. Gesellschaftlich, steuerrechtlich und wirtschaftlich bringt sie eher Rück- als Fortschritte. Wir Grünen folgen der Mehrheit der Einigungskonferenz und empfehlen ein Nein.

Birrer-Heimo (S, LU): Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Denn in dieser Initiative ist leider nicht nur das drin, was drauf steht – die Abschaffung der Heiratsstrafe, darüber sind wir uns ja praktisch alle einig –, in diesem Produkt gibt es noch zwei Zutaten, die wir dezidiert ablehnen. Die Initiative will eine konservative Definition der Ehe in der Verfassung verankern und schliesst damit gleichgeschlechtliche Paare vom Recht auf Ehe aus. Damit verbaut sie künftige gesellschaftspolitische Öffnungsschritte. Diese Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare lehnen wir ab. Mit der Verhinderung der Individualbesteuerung verbaut die Initiative den Weg für eine fortschrittliche Steuerpolitik. Diese beiden Zutaten machen diese Initiative ungeniessbar.

Die Empfehlung auf Ablehnung ist aus unserer Sicht die einzige richtige Antwort auf diese rückwärtsgerandete Initiative, und ich bitte Sie, dieser Empfehlung zu folgen.

Pfister Gerhard (CE, ZG): Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt die Minderheit Darbellay. In der ganzen Geschichte, die nun davorsteht, vom Volk entschieden zu werden, möchte ich sicher nicht die inhaltliche Debatte nochmals führen; Sie wollen heim, ich will es auch. Die Gegner der Initiative waren der Ansicht, am einfachsten lasse sich diese mit einem Gegenvorschlag bekämpfen. Der Gegenvorschlag wurde dann aber im Ständerat abgelehnt, in der Hoffnung, die Initiative lasse sich so einfacher bekämpfen. Die CVP/EVP-Fraktion hat im Ständerat übrigens noch einen Versuch unternommen, eine Brücke zu schlagen. Es hat sich dort aber gezeigt, was immer schon klar war: Es geht den Gegnern weniger um die gesellschaftspolitische Frage als um einen Systementscheid zur Besteuerung, nämlich darum, eine Tür für die Individualbesteuerung offen zu lassen. Das erachten wir als legitim, aber als nicht ganz offen deklariert und vor allem nicht als im Sinne der Initianten.

Die Diskussion um andere, neue Formen der Ehe ist interessant; sie wird geführt, und das ist gut so. Aber das als Argument gegen die Initiative zu nehmen, ist nicht ganz korrekt. Es ist nicht neu, dass die Ehe in der Verfassung erwähnt ist. In Artikel 14 der Bundesverfassung heisst es: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.» Das ist eine Instituts-garantie, eine Garantie für das Institut der Ehe. Ebenso umschreiben das Artikel 12 EMRK und der Uno-Pakt II über bürgerliche und politische Rechte. Der Vorwurf, die Initiative zementiere eine bestimmte Vorstellung, trifft nicht zu. Gerade wenn man der Überzeugung ist, dass die Haltung der Initianten in der Schweiz längst überholt und antiquiert sei, dann ist es in der Schweiz ein Leichtes, sich das mittels Initiative und Volksabstimmung bestätigen zu lassen. Entsprechende Projekte sind bereits in Planung, und dann wird die Zeit kommen, diese Debatte zu führen.

Den Initianten ging und geht es immer noch darum, den verfassungswidrigen Zustand der Diskriminierung der Ehe zu beseitigen. Das Parlament hat immer wieder gesagt, es wolle dies auch, aber gerade in der inhaltlichen und konkreten Ausgestaltung gab und gibt es in diesem Parlament nie eine Mehrheit. Das ist ein klassischer Fall, in dem sich eine Initiative als notwendig erweist, und dies hier ist offenbar der klassische Fall, in dem sich das Parlament nicht einmal über einen Gegenvorschlag einigen kann. Das Parlament findet keinen Konsens, und deshalb dürfen wir das Volk entscheiden lassen.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Auch wenn es die Initianten anders sehen: Die Initiative hat Diskriminierungen und gesellschaftspolitische Rückschritte von grosser Tragweite zur Folge, bitte verhindern Sie diese. Unser Rat wollte das mit einem Gegenvorschlag tun, der Ständerat hat diesen aber in einer unheiligen Allianz abgelehnt. Die Initiative suggeriert, dass Ehepaare steuerlich benachteiligt würden. Das stimmt nicht – von einem Heiratsbonus zu sprechen wäre korrekter. Wenn wir ein Problem haben, dann ist es eine «Egalitären-Bestrafung». Paare, die gleich viel verdienen und verheiratet sind – und nur diese –, zahlen heute überdurchschnittlich

viele Steuern. Dieses Problem gilt es anzugehen, aber sicher nicht mit dieser Initiative.

Würden die Initianten Familienmodelle gleich behandeln wollen, egal, ob die Paare dabei verheiratet sind oder nicht, würden sie die Ehe nicht als Wirtschaftsgemeinschaft in der Bundesverfassung verankern wollen, sondern eine zivilstandsunabhängige Besteuerung einfordern. Das tun sie nicht. Sie wollen keine Gleichbehandlung, sie wollen eine Bevorzugung einer Lebensgemeinschaft, und das ist nicht mehr zeitgemäss. Schlimmer noch: Die Initiative verankert einen rückwärtsgewandten Ehebegriff in der Bundesverfassung. Die Ehedefinition der Initiative ist diskriminierend und eines modernen Rechtsstaats unwürdig. Sie widerspricht auch sämtlichen internationalen Entwicklungen. Mittlerweile haben Staaten, welche Familienwerte sehr hochhalten, die Ehe geöffnet. Brasilien, Argentinien, Spanien, Portugal haben die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Irland hat das soeben mit einer überzeugenden Mehrheit getan. Ihre Kommission für Rechtsfragen hat einer Initiative zur Öffnung der Ehe ebenfalls Folge gegeben. Bitte verhindern Sie unliberale gesellschaftspolitische Rückschritte.

Ich bitte Sie im Namen der Grünliberalen, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Le président (Rossini Stéphane, président): Le groupe UDC soutient la proposition de la minorité Darbellay.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich möchte mich nicht mehr zum Inhalt der Initiative äussern. Ich teile die Auffassung des Kommissionssprechers, dass es mit Bezug auf die Sozialversicherungen keine Benachteiligung verheirateter Paare gibt, mit Bezug auf die Steuern aber schon. Warum empfiehlt der Bundesrat die Initiative also zur Annahme? Wir sind überzeugt, dass es nach über dreissig Jahren richtig ist, auch auf Bundesebene eine Regelung für eine gleiche Besteuerung verheirateter und unverheirateter Paare zu finden; auf Kantonsebene hat man sie gefunden. Wir sind der Auffassung, dass man, wenn die Initiative angenommen wird, die Möglichkeit haben wird, über verschiedene alternative Methoden zu diskutieren, unter anderem über jene Methode, die der Bundesrat 2012 in die Vernehmlassung gegeben und deren weitere Erarbeitung er 2013 sistiert hat, bis über die Initiative entschieden worden wäre.

Dabei geht es um eine alternative Berechnungsmethode, um eine ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung, die der Individualbesteuerung – verschiedene Votanten und Votantinnen haben heute gesagt, dass diese ihr Wunsch wäre – sehr nahe kommt, aber trotzdem noch eine gemeinsame Besteuerung ist. Man kann dann wählen, ob man auf die eine oder auf die andere Art besteuert werden will. Das wäre ein Modell, das allen Anliegen einigermaßen Rechnung tragen könnte. Wir haben es sistiert.

Wir können darüber entscheiden, wenn die Initiative angenommen wird. Wenn sie abgelehnt wird, dann ist der ganze Fächer wieder offen. Dann werden wir die nächsten zwanzig Jahre wieder über Individualbesteuerung, Splitting und alternative Methoden diskutieren, und vielleicht klärt sich die Frage dann einmal von selbst. Ich glaube aber nicht so recht daran.

Caroni Andrea (RL, AR), für die Kommission: Nur einen Satz zur Klarstellung in formaler Hinsicht. Sie haben zwei Optionen: Sie können der Mehrheit der Einigungskonferenz folgen, das entspricht der Empfehlung auf Ablehnung. Wenn Sie der Minderheit Darbellay folgen, entspricht das keiner Empfehlung auf Annahme – dann gibt es einfach keine Abstimmungsempfehlung des Parlamentes.

Le président (Rossini Stéphane, président): Je vous remercie, Monsieur le rapporteur, pour cette importante précision.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.085/12 051)

Für den Antrag der Mehrheit ... 97 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 72 Stimmen

(7 Enthaltungen)

siehe Seite / voir page 72

Schluss der Sitzung um 12:55 Uhr

La séance est levée à 12 h 55

13.085

**Für Ehe und Familie –
gegen die Heiratsstrafe.
Volksinitiative**

**Pour le couple et la famille –
Non à la pénalisation du mariage.
Initiative populaire**

Differenzen – Divergences

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)
 Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)
 Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
 Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Ständerat/Conseil des Etats 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 10.06.15
 Nationalrat/Conseil national 11.06.15 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 16.06.15 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 19.06.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Ständerat/Conseil des Etats 19.06.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»

Art. 2 Abs. 2

Antrag der Einigungskonferenz

Mehrheit

... die Initiative abzulehnen.

Minderheit

(Darbellay, Aeschi Thomas, Baumann, Bischof, Egloff, Engler, Flückiger Sylvia, Föhn, Germann, Graber Konrad, Meier-Schatz, Walter)

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz
 (= keine Abstimmungsempfehlung)

Art. 2 al. 2*Proposition de la Conférence de conciliation**Majorité*

... de rejeter l'initiative.

Minorité

(Darbellay, Aeschi Thomas, Baumann, Bischof, Egloff, Engler, Flückiger Sylvia, Föhn, Germann, Graber Konrad, Meier-Schatz, Walter)

Rejeter la proposition de la Conférence de conciliation

(= aucune recommandation de vote)

Hefti Thomas (RL, GL), für die Kommission: Es geht heute bei diesem Geschäft noch um die Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung. Das heisst nach der bekannten Vorgeschichte, ob wir die Initiative zur Annahme oder zur Ablehnung empfehlen. Mit 14 zu 12 Stimmen beantragt die Einigungskonferenz, dass wir die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung empfehlen.

Zur Empfehlung auf Ablehnung führt die Mehrheit insbesondere Folgendes ins Feld: Bei den Kantonen ist gehandelt worden, es braucht von daher die Initiative nicht. Handlungsbedarf besteht beim Bund. Allerdings bedarf es auch beim Bund keiner Initiative, denn die Verfassung erlaubt es, auch ohne eine neue Verfassungsbestimmung zu handeln und die Heiratsstrafe zu beseitigen, wenn wir dies denn nur wollen und uns eine entsprechende Vorlage unterbreitet wird. Weiter stört sich die Mehrheit insbesondere aber auch daran, dass mit der Initiative die Definition der Ehe, wie sie im Initiativtext steht, Verfassungsrang bekäme. Die Minderheit dagegen ist der Auffassung, dass dem Problem der Heiratsstrafe auf Bundesebene nur mit der Initiative beigegeben werden kann.

Wenn wir der Minderheit folgen würden, würde das bedeuten, dass die Bundesversammlung auf eine Abstimmungsempfehlung verzichtet. Das will die Mehrheit entschieden nicht und empfiehlt Ihnen, Volk und Ständen die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Ich empfehle Ihnen, der Mehrheit der Einigungskonferenz zu folgen.

Bischof Pirmin (CE, SO): Ich lege Ihnen zunächst meine Interessenbindung offen: Ich bin seit zwei Wochen verheiratet. Ich beantrage Ihnen namens der knappen Minderheit und mit Unterstützung des Bundesrates, Volk und Ständen die Initiative zur Annahme zu empfehlen. Die Frage ist ja eine einfache: Wollen wir die steuerrechtliche Diskriminierung der Ehepaare und der eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften beseitigen, oder wollen wir das nicht? Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Seit 31 Jahren fordert uns das Bundesgericht auf, die bekannte Diskriminierung zu beseitigen. Fast alle Kantone haben das getan, der Bund nicht. Es geht hier um einen Systementscheid, um den Grundsatzentscheid, ob wir die Diskriminierung jetzt auf dem Weg der gemeinsamen wirtschaftlichen Besteuerung von Ehepaaren beseitigen wollen oder nicht.

Der Gegenvorschlag ist vom Tisch. Es geht nur noch um die Frage, ob ja oder nein. Die Ehedefinition in der Initiative ist keine neue. Es wird die geltende Ehedefinition der Bundesverfassung übernommen, die das Bundesgericht bestätigt hat, die auch in der EMRK gilt und die heute auch die eingetragenen Partnerschaften umfasst, in einer umfassenden steuerrechtlichen Gleichberechtigung.

Ich bitte Sie, jetzt Hand zu bieten, dass wir endlich die Diskriminierung der Ehepaare in diesem Lande beseitigen können, und mit der Minderheit gegen den Antrag der Einigungskonferenz zu stimmen.

Germann Hannes (V, SH): Ich bitte Sie ebenfalls, der Minderheit zu folgen.

Die Eckpunkte wurden erwähnt: Es besteht eine Diskriminierung seit 31 Jahren, und es gibt einen Bundesgerichtsentscheid. Ich höre hier drin von allen Seiten, jetzt müsse endlich etwas passieren, es müsse gehandelt werden, und wenn es dann so weit ist, findet man immer noch irgendwo

ein Haar in der Suppe. Das ärgert mich wahnsinnig. Ich habe in dieser Session ein Postulat im Rat gehabt – Sie wissen es –, das die Swissness-Geschichte betraf (15.3214). Warum ich das erwähne: Beispielsweise Kollege Comte hat dort gesagt, ich würde eine Guerillataktik verfolgen, um die Inkraftsetzung zu verhindern. Dem war natürlich nicht so, aber ich werde heute gut auf das Stimmverhalten von Leuten wie Herrn Comte achten, (*Teilweise Heiterkeit*) ob sie es jetzt mit der Umsetzung des Bundesgerichtsentscheides auch so ernst nehmen oder ob hier unter falschem Vorwand auch eine Guerillataktik betrieben wird. Es ist immer gerade nicht das richtige System; einige wollen die Familie anders definiert haben, und andere kommen mit der Individualbesteuerung, als liesse sich nicht nachher am Gesetz auch wieder etwas ändern.

Also, bekennen Sie jetzt bitte Farbe: Entweder sind Sie für die Beseitigung der Diskriminierung und stimmen mit der Minderheit, oder sonst stehen Sie wenigstens dazu, dass Sie die Ehepaare weiterhin diskriminieren möchten; dann stimmen Sie mit der Mehrheit.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Ich möchte hier einfach noch einmal festhalten: Es geht nicht einfach um die Diskriminierung im Steuerrecht, sondern auch um die Diskriminierung bei den Sozialversicherungen. Da muss ich Ihnen sagen: Erklären Sie nachher der Bevölkerung, dass Sie alle gleich behandeln wollen, dass sie keine Witwen- und Waisenrenten erhalten, dass sie bei der AHV Beiträge bezahlen müssen, während der ganzen Zeit, auch wenn sie nicht berufstätig sind. Es geht auch um die Gleichstellung bei den Sozialversicherungen, das gehört hier auch dazu. In den Anhörungen wurde das seitens der Initiantinnen und Initianten immer betont. Da muss ich Ihnen sagen: Da mache ich nicht mit, weil die Zeit noch nicht reif dafür ist.

Deshalb werde ich mit Überzeugung dem Antrag der Mehrheit zustimmen.

Comte Raphaël (RL, NE): Je n'avais pas prévu de m'exprimer, mais je me permets de répliquer brièvement à Monsieur Germann. Je serais naturellement prêt à approuver une modification de la loi sur l'impôt fédéral direct et je serais même prêt, si Monsieur Germann souhaitait déposer une intervention parlementaire, à la rédiger et à la déposer avec lui. Je serais le premier à soutenir une modification de la loi précitée. Par contre, j'estime qu'il est inutile de modifier la Constitution dans laquelle le principe de non-discrimination est déjà clairement défini. Il n'est donc pas nécessaire de compléter la Constitution sur ce point. Je ne souhaite pas qu'on inscrive dans la Constitution la notion de «mariage». Ce serait là une nouveauté et une nouveauté à laquelle je m'oppose parce que je souhaite que l'on modifie le Code civil sur ce point si on l'estime nécessaire.

Si vous souhaitez, Monsieur Germann, que nous déposions ensemble une intervention sur la loi sur l'impôt fédéral direct, je le ferai volontiers.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Vielleicht nur kurz noch einmal zur Haltung des Bundesrates: Der Bundesrat empfiehlt ja diese Initiative zur Annahme. Zum einen ist er der Auffassung, dass im Bereich Sozialversicherungen – das hat Frau Ständerätin Egerszegi angesprochen – keine Diskriminierung besteht, wenn man die ganze Lebensphase anschaut; darüber wird man diskutieren können. Auf der anderen Seite denken wir, dass man wenigstens einmal einen Entscheid in eine bestimmte Richtung gefällt hat, wenn man jetzt den Entscheid für eine gemeinsame Besteuerung fällt, mit welchem System auch immer. Bei einer Ablehnung der Initiative wird sonst nämlich sicher auch wieder die Frage der Individualbesteuerung einerseits und der gemeinsamen Besteuerung mit Splitting oder alternativer Berechnungsmethode andererseits, die wir ja bereits in der Vernehmlassung vorgelegt haben, zur Diskussion stehen. Wir müssen nicht Propheten sein, um zu sehen, dass wir so in zehn Jahren noch am Diskutieren sind, weil diese Diskussion um Indivi-

dualbesteuerung oder gemeinsame Besteuerung dann wieder von vorne beginnen wird.

Aufgrund dieser Überlegungen schlägt der Bundesrat die Annahme dieser Initiative vor, damit wir den Weg für eine gemeinsame Besteuerung aufzeigen können. Gleichzeitig würden wir Ihnen dann die alternative Berechnungsmethode vorschlagen, weil sie sehr, sehr nahe an die Individualbesteuerung herankommt.

Das zur Begründung der Haltung des Bundesrates.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 25 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 16 Stimmen

(0 Enthaltungen)

13.085

**Für Ehe und Familie –
gegen die Heiratsstrafe.
Volksinitiative**

**Pour le couple et la famille –
Non à la pénalisation du mariage.
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)
 Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)
 Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
 Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Ständerat/Conseil des Etats 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 10.06.15
 Nationalrat/Conseil national 11.06.15 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 16.06.15 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 19.06.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Ständerat/Conseil des Etats 19.06.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

**1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»
1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»**

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 13.085/12 202)
 Für Annahme des Entwurfes ... 107 Stimmen
 Dagegen ... 85 Stimmen
 (1 Enthaltung) **siehe Seite / voir page 73**

13.085

**Für Ehe und Familie –
gegen die Heiratsstrafe.
Volksinitiative**

**Pour le couple et la famille –
Non à la pénalisation du mariage.
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.12.14 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.14 (Frist – Délai)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 04.03.15 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 10.06.15

Nationalrat/Conseil national 11.06.15 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 16.06.15 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.06.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.085/916)

Für Annahme des Entwurfes ... 25 Stimmen

Dagegen ... 20 Stimmen

(0 Enthaltungen)

siehe Seite / voir page 74

Geschäft / Objet
 13.085 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative
 Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire
Gegenstand / Objet du vote:

Projet 2 - Ch. I, art. 14, al. 2 Cst.

Abstimmung vom / Vote du: 10.12.2014 17:48:02

Aebi Andreas	=	V	BE	Français	0	RL	VD	Lehmann	=	CE	BS	Riklin Kathy	-	CE	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	=	V	BS	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	-	V	FR
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	=	CE	SG
Allemann	+	S	BE	Fridez	+	S	JU	Lohr	=	CE	TG	Romano	=	CE	TI
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Lüscher	=	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amaudruz	=	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lustenberger	=	CE	LU	Rösti	=	V	BE
Amherd	=	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Amstutz	=	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	=	V	TI
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	=	V	ZH
Barazzone	=	CE	GE	Germanier	=	RL	VS	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	0	V	AG	Marra	=	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	-	G	SG	Masshardt	+	S	BE	Schmid Silvia	+	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter	=	V	ZH	Schibli	=	V	ZH
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	=	CE	SO
Böhni	+	GL	TG	Gmür	-	CE	SZ	Miesch	=	V	BL	Schmid-Federer	E	CE	ZH
Borer	=	V	SO	Golay	=	V	GE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Bortoluzzi	0	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	-	G	BL	Mörgeli	=	V	ZH	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Brand	=	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	E	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Bugnon	=	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller Thomas	0	V	SG	Sommaruga Carlo	0	S	GE
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müller Walter	=	RL	SG	Stahl	=	V	ZH
Buttet	=	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altarmatt	=	CE	SO	Stamm	=	V	AG
Candinas	=	CE	GR	Gysi	-	S	SG	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Caroni	+	RL	AR	Hardegger	-	S	ZH	Naef	=	S	ZH	Streiff	=	CE	BE
Cassis	+	RL	TI	Hassler	=	BD	GR	Neiryneck	0	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Chevalley	+	GL	VD	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	=	V	GE	Tornare	+	S	GE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	-	G	BE
Clottu	=	V	NE	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
Darbellay	=	CE	VS	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	=	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
de Buman	=	CE	FR	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	=	V	TI	van Singer	=	G	VD
de Courten	=	V	BL	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	=	V	VD
Derder	0	RL	VD	Huber	=	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Egloff	=	V	ZH	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Eichenberger	+	RL	AG	Hurter Thomas	=	V	SH	Pezzatti	=	RL	ZG	Vogler	=	CE	OW
Estermann	-	V	LU	Ingold	=	CE	ZH	Pfister Gerhard	-	CE	ZG	von Graffenried	=	G	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Jans	+	S	BS	Pieren	=	V	BE	von Siebenthal	=	V	BE
Fehr Hans	-	V	ZH	Joder	=	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	-	S	VD
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walter	=	V	TG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Feri Yvonne	+	S	AG	Keller Peter	=	V	NW	Quadri	=	V	TI	Wandfluh	=	V	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	=	CE	TI	Wasserfallen	=	RL	BE
Fischer Roland	-	GL	LU	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Killer Hans	=	V	AG	Reimann Maximilian	=	V	AG	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	=	V	AG	Knecht	=	V	AG	Reynard	=	S	VS	Wobmann	=	V	SO
Fluri	+	RL	SO	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	=	V	ZH	Ziörjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	11	1	5		20	36		73
-	Nein / non / no	1	3		15		3	10	32
=	Enth. / abst. / ast.		25	4		8	4	42	83
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1				1	1	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1			2	1	4	8
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la minorité I Berstchly
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Schelbert

Geschäft / Objet
 13.085 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative
 Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire
Gegenstand / Objet du vote:**Abstimmung vom / Vote du:** 10.12.2014 17:48:57

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	0	RL	VD	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	+	V	BS	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	=	V	FR
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	=	CE	SG
Allemann	+	S	BE	Fridez	-	S	JU	Lohr	=	CE	TG	Romano	=	CE	TI
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lustenberger	=	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Amherd	=	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Amstutz	+	V	BE	Gasser	-	GL	GR	Maier Thomas	-	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Markwalder	-	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH	Giezendanner	0	V	AG	Marra	+	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	-	G	SG	Masshardt	+	S	BE	Schmid Silvia	+	V	BS
Bertschy	-	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Böhni	-	GL	TG	Gmür	-	CE	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	E	CE	ZH
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Bortoluzzi	0	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bourgeois	+	RL	FR	Graf Maya	-	G	BL	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	E	S	ZH	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Bugnon	+	V	VD	Grunder	-	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	0	S	GE
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Müller-Altmet	=	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Candinas	=	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Munz	+	S	SH	Stei	-	S	FR
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Müri	+	V	LU	Stolz	-	RL	BS
Caroni	+	RL	AR	Hardegger	+	S	ZH	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Cassis	+	RL	TI	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	0	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Chevalley	-	GL	VD	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	+	S	GE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	-	G	BE
Clottu	+	V	NE	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
Darbellay	=	CE	VS	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
de Buman	=	CE	FR	Hess Lorenz	-	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	+	G	VD
de Courten	+	V	BL	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	-	V	VD
Derder	0	RL	VD	Huber	+	RL	UR	Parmelin	=	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Egloff	+	V	ZH	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Eichenberger	+	RL	AG	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Estermann	+	V	LU	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	-	CE	ZG	von Graffenried	-	G	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Jans	+	S	BS	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	+	S	VD
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	-	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walter	+	V	TG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	-	BD	ZH	Walti Beat	-	RL	ZH
Feri Yvonne	+	S	AG	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Wandfluh	+	V	BE
Fiala	-	RL	ZH	Kessler	-	GL	SG	Regazzi	=	CE	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	-	GL	LU	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Weibel	-	GL	ZH
Flach	-	GL	AG	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	=	V	AG	Wermuth	=	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Knecht	+	V	AG	Reynard	+	S	VS	Wobmann	+	V	SO
Fluri	+	RL	SO	Landolt	-	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH	Ziörjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si		10	5		23	38	49	125
-	Nein / non / no	12	2	4	15	5	4		42
=	Enth. / abst. / ast.		17				1	4	22
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1				1	1	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1			2	1	3	7
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Bertschy

Geschäft / Objet
 13.085 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative
 Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire
Gegenstand / Objet du vote:

Projet 2 - Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 10.12.2014 17:49:50

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	0	RL	VD	Lehmann	-	CE	BS	Riklin Kathy	-	CE	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	-	CE	SG
Allemann	+	S	BE	Fridez	+	S	JU	Lohr	-	CE	TG	Romano	-	CE	TI
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Amherd	-	CE	VS	Gasche	-	BD	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Gasser	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Barazzone	-	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	0	V	AG	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Masshardt	+	S	BE	Schmauch Silvia	+	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	-	CE	LU	Meier-Schatz	-	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	-	CE	SO
Böhni	+	GL	TG	Gmür	-	CE	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	E	CE	ZH
Borer	-	V	SO	Golay	+	V	GE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Bortoluzzi	0	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bourgeois	+	RL	FR	Graf Maya	+	G	BL	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	-	CE	BL
Brand	-	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brunner	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	E	S	ZH	Müller Leo	-	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Büchler Jakob	-	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Bugnon	-	V	VD	Grunder	-	BD	BE	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	0	S	GE
Bulliard	-	CE	FR	Gschwind	-	CE	JU	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Buttet	-	CE	VS	Guhl	-	BD	AG	Müller-Altmet	-	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Caroni	+	RL	AR	Hardegger	+	S	ZH	Naef	+	S	ZH	Streiff	-	CE	BE
Cassis	+	RL	TI	Hassler	-	BD	GR	Neiryneck	0	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Chevalley	+	GL	VD	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
Clottu	-	V	NE	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
Darbellay	-	CE	VS	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
de Buman	-	CE	FR	Hess Lorenz	-	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	+	G	VD
de Courten	-	V	BL	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Derder	0	RL	VD	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Egloff	-	V	ZH	Humbel	-	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Eichenberger	+	RL	AG	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	-	CE	OW
Estermann	-	V	LU	Ingold	-	CE	ZH	Pfister Gerhard	-	CE	ZG	von Graffenried	+	G	BE
Fässler Daniel	-	CE	AI	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Hans	-	V	ZH	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	+	S	VD
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walter	-	V	TG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Walt Beat	+	RL	ZH
Feri Yvonne	+	S	AG	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Wandfluh	-	V	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	-	CE	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS	Wobmann	-	V	SO
Fluri	+	RL	SO	Landolt	-	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH	Ziörjen	-	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12		2	15	28	43	2	102
-	Nein / non / no		29	7				50	86
=	Enth. / abst. / ast.							1	1
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1				1	1	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1			2	1	3	7
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Bedeutung Nein / Signification du non:



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

13.085-2 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Bundesbeschluss über «Heiratsstrafe abschaffen - für eine Familienpolitik für alle» (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe») (Entwurf der WAK-N vom 10.11.2014)

Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Arrêté fédéral concernant «Mettre fin à la pénalisation du mariage – Pour une politique familiale équitable» (contre-projet direct à l'initiative populaire «Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage») (Projet de la CER-N du 10.11.2014)

Per il matrimonio e la famiglia - No agli svantaggi per le coppie sposate. Iniziativa popolare

Decreto federale concernente «Sopprimere gli svantaggi per le coppie sposate – Per una politica familiare equa» (controprogetto diretto all'iniziativa popolare «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate») (disegno della CER-N del 10.11.2014)

Gegenstand / Objet du vote: Vote sur l'ensemble**Abstimmung vom / Vote du:** 04.03.2015 11:53:34

Abate	Fabio	+	TI
Altherr	Hans	+	AR
Baumann	Isidor	-	UR
Berberat	Didier	+	NE
Bieri	Peter	-	ZG
Bischof	Pirmin	-	SO
Bischofberger	Ivo	-	AI
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Comte	Raphaël	P	NE
Cramer	Robert	+	GE
Diener Lenz	Verena	+	ZH
Eberle	Roland	+	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Egerszegi-Obrist	Christine	+	AG
Engler	Stefan	-	GR
Fetz	Anita	+	BS
Föhn	Peter	-	SZ
Fournier	Jean-René	-	VS
Germann	Hannes	-	SH
Graber	Konrad	-	LU
Gutzwiller	Felix	+	ZH
Häberli-Koller	Brigitte	-	TG
Hêche	Claude	0	JU

Hefti	Thomas	+	GL
Hess	Hans	+	OW
Hösli	Werner	-	GL
Imoberdorf	René	-	VS
Janiak	Claude	+	BL
Keller-Sutter	Karin	+	SG
Kuprecht	Alex	-	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Lombardi	Filippo	-	TI
Luginbühl	Werner	-	BE
Maury Pasquier	Liliane	+	GE
Minder	Thomas	-	SH
Niederberger	Paul	-	NW
Rechsteiner	Paul	+	SG
Recordon	Luc	+	VD
Savary	Géraldine	+	VD
Schmid	Martin	=	GR
Schwaller	Urs	-	FR
Seydoux-Christe	Anne	-	JU
Stadler	Markus	+	UR
Stöckli	Hans	+	BE
Theiler	Georges	+	LU
Zanetti	Roberto	+	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	24
- Nein / non / no	19
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Adopter l'arrêté fédérale

Bedeutung Nein / Signification du non:

Rejet

Geschäft / Objet

13.085-2 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Abschaffung der Heiratsstrafe und für eine Familienpolitik für alle (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe")
 Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'abolition de la pénalisation du mariage et pour une politique familiale pour tous (contre-projet direct à l'initiative populaire "Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage")

Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 18.03.2015 11:40:27

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	0	RL	VD	Landolt	-	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fröhner	-	V	BS	Lehmann	-	CE	BS	Riklin Kathy	E	CE	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Allemann	+	S	BE	Fridez	0	S	JU	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	-	CE	SG
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Lohr	-	CE	TG	Romano	-	CE	TI
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amherd	-	CE	VS	Gasche	-	BD	BE	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Barazzone	-	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	E	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	-	CE	LU	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Meier-Schatz	-	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Böhni	+	GL	TG	Gmür	-	CE	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	-	CE	SO
Borer	-	V	SO	Golay	+	V	GE	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Monnard	E	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Grabher Jean-Pierre	-	V	BE	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttele	+	S	FR
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	-	CE	BL
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Büchler Jakob	-	CE	SG	Gross Andreas	E	S	ZH	Müller Leo	-	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Bulliard	-	CE	FR	Grunder	-	BD	BE	Müller Thomas	-	V	SG	Somaruga Carlo	0	S	GE
Buttet	-	CE	VS	Gschwind	-	CE	JU	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Candinas	-	CE	GR	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altmet	-	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Munz	0	S	SH	Steiert	+	S	FR
Caroni	+	RL	AR	Hadorn	+	S	SO	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Naef	+	S	ZH	Streiff	=	CE	BE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	-	BD	GR	Neiryck	-	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	0	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Clottu	-	V	NE	Heer	0	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
Darbellay	-	CE	VS	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Buman	-	CE	FR	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
de Courten	-	V	BL	Hess Lorenz	-	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	+	G	VD
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	+	V	VD
Egloff	-	V	ZH	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	-	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Estermann	-	V	LU	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	-	CE	OW
Fässler Daniel	-	CE	AI	Ingold	=	CE	ZH	Pfister Gerhard	0	CE	ZG	von Graffenried	+	G	BE
Fehr Hans	-	V	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	-	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Winkler	-	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	11		2	15	27	41	4	100
-	Nein / non / no		26	6				49	81
=	Enth. / abst. / ast.		3	1					4
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	1	1			1	1		4
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1			2	3	4	10
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

13.085-2 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Bundesbeschluss über die Abschaffung der Heiratsstrafe und für eine Familienpolitik für alle (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe")

Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Arrêté fédéral concernant l'abolition de la pénalisation du mariage et pour une politique familiale pour tous (contre-projet direct à l'initiative populaire "Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage")

Per il matrimonio e la famiglia - No agli svantaggi per le coppie sposate. Iniziativa popolare

Decreto federale concernente la soppressione degli svantaggi per le coppie sposate e a sostegno di una politica familiare per tutti (controprogetto diretto all'iniziativa popolare "Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate")

Gegenstand / Objet du vote: Vote final**Abstimmung vom / Vote du:** 18.03.2015 10:12:39

Abate	Fabio	-	TI
Altherr	Hans	+	AR
Baumann	Isidor	-	UR
Berberat	Didier	+	NE
Bieri	Peter	-	ZG
Bischof	Pirmin	-	SO
Bischofberger	Ivo	-	AI
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	0	GE
Diener Lenz	Verena	+	ZH
Eberle	Roland	-	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Egerszegi-Obrist	Christine	-	AG
Engler	Stefan	-	GR
Fetz	Anita	+	BS
Föhn	Peter	-	SZ
Fournier	Jean-René	0	VS
Germann	Hannes	-	SH
Graber	Konrad	-	LU
Gutzwiller	Felix	+	ZH
Häberli-Koller	Brigitte	-	TG
Hêche	Claude	+	JU

Hefti	Thomas	+	GL
Hess	Hans	0	OW
Hösli	Werner	-	GL
Imoberdorf	René	-	VS
Janiak	Claude	+	BL
Keller-Sutter	Karin	+	SG
Kuprecht	Alex	-	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Lombardi	Filippo	-	TI
Luginbühl	Werner	0	BE
Maury Pasquier	Liliane	+	GE
Minder	Thomas	-	SH
Niederberger	Paul	E	NW
Rechsteiner	Paul	0	SG
Recordon	Luc	+	VD
Savary	Géraldine	+	VD
Schmid	Martin	=	GR
Schwaller	Urs	-	FR
Seydoux-Christe	Anne	-	JU
Stadler	Markus	+	UR
Stöckli	Hans	+	BE
Theiler	Georges	+	LU
Zanetti	Roberto	+	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	20
- Nein / non / no	19
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	0

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Adopter l'arrêté fédérale

Bedeutung Nein / Signification du non:

Rejet

**Geschäft / Objet:**

13.085-2 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative

Bundesbeschluss über die Abschaffung der Heiratsstrafe und für eine Familienpolitik für alle (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe")

Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire

Arrêté fédéral concernant l'abolition de la pénalisation du mariage et pour une politique familiale pour tous (contre-projet direct à l'initiative populaire "Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage")

Per il matrimonio e la famiglia - No agli svantaggi per le coppie sposate. Iniziativa popolare

Decreto federale concernente la soppressione degli svantaggi per le coppie sposate e a sostegno di una politica familiare per tutti (controprogetto diretto all'iniziativa popolare "Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate")

Gegenstand / Objet du vote: Vote final**Abstimmung vom / Vote du:** 18.03.2015 10:23:33

Abate	Fabio	-	TI
Altherr	Hans	+	AR
Baumann	Isidor	-	UR
Berberat	Didier	+	NE
Bieri	Peter	-	ZG
Bischof	Pirmin	-	SO
Bischofberger	Ivo	-	AI
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	+	GE
Diener Lenz	Verena	+	ZH
Eberle	Roland	-	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Egerszegi-Obrist	Christine	-	AG
Engler	Stefan	-	GR
Fetz	Anita	+	BS
Föhn	Peter	-	SZ
Fournier	Jean-René	0	VS
Germann	Hannes	-	SH
Graber	Konrad	-	LU
Gutzwiller	Felix	+	ZH
Häberli-Koller	Brigitte	-	TG
Hêche	Claude	P	JU

Hefti	Thomas	+	GL
Hess	Hans	-	OW
Hösli	Werner	-	GL
Imoberdorf	René	-	VS
Janiak	Claude	+	BL
Keller-Sutter	Karin	+	SG
Kuprecht	Alex	-	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Lombardi	Filippo	-	TI
Luginbühl	Werner	-	BE
Maury Pasquier	Liliane	+	GE
Minder	Thomas	-	SH
Niederberger	Paul	E	NW
Rechsteiner	Paul	+	SG
Recordon	Luc	+	VD
Savary	Géraldine	+	VD
Schmid	Martin	=	GR
Schwaller	Urs	-	FR
Seydoux-Christe	Anne	-	JU
Stadler	Markus	+	UR
Stöckli	Hans	+	BE
Theiler	Georges	-	LU
Zanetti	Roberto	+	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	20
- Nein / non / no	22
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Adopter l'arrêté fédérale

Bedeutung Nein / Signification du non:

Rejet

Geschäft / Objet

13.085-1 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe»
 Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage»

Gegenstand / Objet du vote:

Proposition de la Conférence de conciliation

Abstimmung vom / Vote du: 11.06.2015 12:54:51

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	0	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	-	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	-	CE	BS	Riklin Kathy	-	CE	ZH
Allemann	+	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	-	CE	SG
Amaudruz	=	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	-	CE	TG	Romano	0	CE	TI
Amherd	0	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	-	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	0	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	-	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	-	CE	SZ	Meier-Schatz	-	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	=	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	-	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	0	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schützel	+	S	FR
Brunner	0	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	-	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	=	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	-	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	-	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	-	CE	FR	Grunder	E	BD	BE	Müller Philipp	0	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	-	CE	VS	Gschwind	-	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	-	CE	GR	Guhl	-	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altmet	-	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadorn	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	-	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	-	BD	GR	Neiryck	-	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	=	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	0	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	0	V	ZH	Nordmann	0	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	-	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	-	BD	BE	Pantani	=	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	-	CE	AG	Perrinjaquet	=	RL	NE	Vitali	0	RL	LU
Fässler Daniel	-	CE	AI	Hurter Thomas	=	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	-	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	-	CE	ZH	Pfister Gerhard	-	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	0	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	0	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walz Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	0	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	0	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		12		4	14	25	41	1	97
- Nein / non / no			26	4				42	72
= Enth. / abst. / ast.						1		6	7
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1				1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			5		1	4	4	7	21
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter la proposition de la Conférence de conciliation (recommandation de rejeter l'iv.po)

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter la proposition de la Conférence de conciliation (classement de l'arrêté fédéral; aucune recommandation de vote)

Geschäft / Objet

13.085-1 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe»

Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage»

Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2015 09:30:17

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	-	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	-	CE	BS	Riklin Kathy	-	CE	ZH
Allemann	+	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	-	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	-	CE	TG	Romano	-	CE	TI
Amherd	-	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	-	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	E	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	-	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	-	CE	SZ	Meier-Schatz	-	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	=	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	-	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schützel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	-	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	-	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	-	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	-	CE	FR	Grunder	E	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	-	CE	VS	Gschwind	-	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	-	CE	GR	Guhl	-	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altmet	-	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadorn	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	-	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	-	BD	GR	Neiryck	-	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	-	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	-	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	-	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	-	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	0	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	-	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	-	CE	ZH	Pfister Gerhard	-	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	-	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12		4	15	30	45	1	107
-	Nein / non / no		29	4				52	85
=	Enth. / abst. / ast.							1	1
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1				2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2					1	3
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet qui recommande de rejeter l'iv.po.

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet qui recommande de rejeter l'iv.po.



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

- 13.085-1 Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative
 Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe»
 Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage. Initiative populaire
 Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour le couple et la famille - Non à la pénalisation du mariage»
 Per il matrimonio e la famiglia - No agli svantaggi per le coppie sposate. Iniziativa popolare
 Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per il matrimonio e la famiglia - No agli svantaggi per le coppie sposate»

Gegenstand / Objet du vote: Vote final**Abstimmung vom / Vote du:** 19.06.2015 08:28:25

Abate	Fabio	+	TI
Altherr	Hans	+	AR
Baumann	Isidor	-	UR
Berberat	Didier	+	NE
Bieri	Peter	-	ZG
Bischof	Pirmin	-	SO
Bischofberger	Ivo	-	AI
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	+	GE
Diener Lenz	Verena	+	ZH
Eberle	Roland	-	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Egerszegi-Obrist	Christine	+	AG
Engler	Stefan	-	GR
Fetz	Anita	+	BS
Föhn	Peter	-	SZ
Fournier	Jean-René	-	VS
Germann	Hannes	-	SH
Graber	Konrad	-	LU
Gutzwiller	Felix	+	ZH
Häberli-Koller	Brigitte	-	TG
Hêche	Claude	P	JU

Hefti	Thomas	+	GL
Hess	Hans	+	OW
Hösli	Werner	-	GL
Imoberdorf	René	-	VS
Janiak	Claude	+	BL
Keller-Sutter	Karin	+	SG
Kuprecht	Alex	-	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Lombardi	Filippo	-	TI
Luginbühl	Werner	-	BE
Mauri Pasquier	Liliane	+	GE
Minder	Thomas	-	SH
Niederberger	Paul	-	NW
Rechsteiner	Paul	+	SG
Recordon	Luc	+	VD
Savary	Géraldine	+	VD
Schmid	Martin	+	GR
Schwaller	Urs	-	FR
Seydoux-Christe	Anne	-	JU
Stadler	Markus	+	UR
Stöckli	Hans	+	BE
Theiler	Georges	+	LU
Zanetti	Roberto	+	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	25
- Nein / non / no	20
= Enth. / abst. / ast.	0
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Adopter l'arrêté fédérale

Bedeutung Nein / Signification du non:

Rejet

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

vom 19. Juni 2015

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung¹,
nach Prüfung der am 5. November 2012² eingereichten Volksinitiative
«Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 23. Oktober 2013³,
beschliesst:*

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 5. November 2012 «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 14 Abs. 2 (neu)

² Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Nationalrat, 19. Juni 2015

Der Präsident: Stéphane Rossini
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 19. Juni 2015

Der Präsident: Claude Hêche
Die Sekretärin: Martina Buol

¹ SR 101
² BBl 2013 245
³ BBl 2013 8513

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage»

du 19 juin 2015

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu l'art. 139, al. 5, de la Constitution¹,
vu l'initiative populaire «Pour le couple et la famille –
Non à la pénalisation du mariage» déposée le 5 novembre 2012²,
vu le message du Conseil fédéral du 23 octobre 2013³,
arrête:

Art. 1

¹ L'initiative populaire du 5 novembre 2012 «Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage» est valable et sera soumise au vote du peuple et des cantons.

² Elle a la teneur suivante:

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 14, al. 2 (nouveau)

² Le mariage est l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme. Au point de vue fiscal, le mariage constitue une communauté économique. Il ne peut pas être pénalisé par rapport à d'autres modes de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales.

Art. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Conseil national, 19 juin 2015

Le président: Stéphane Rossini
Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Conseil des Etats, 19 juin 2015

Le président: Claude Hêche
La secrétaire: Martina Buol

¹ RS 101
² FF 2013 243
³ FF 2013 7623

Initiative populaire «Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation
du mariage». AF

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate»

del 19 giugno 2015

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,

visto l'articolo 139 capoverso 5 della Costituzione federale¹;
esaminata l'iniziativa popolare «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi
per le coppie sposate», depositata il 5 novembre 2012²;
visto il messaggio del Consiglio federale del 23 ottobre 2013³,

decreta:

Art. 1

¹ L'iniziativa popolare del 5 novembre 2012 «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate» è valida ed è sottoposta al voto del Popolo e dei Cantoni.

² L'iniziativa ha il tenore seguente:

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 14 cpv. 2 (nuovo)

² Il matrimonio consiste nella durevole convivenza, disciplinata dalla legge, di un uomo e di una donna. Dal punto di vista fiscale, il matrimonio costituisce una comunione economica. Non deve essere svantaggiato rispetto ad altri modi di vita, segnatamente sotto il profilo fiscale e delle assicurazioni sociali.

Art. 2

L'Assemblea federale raccomanda al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Consiglio nazionale, 19 giugno 2015

Il presidente: Stéphane Rossini
Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

Consiglio degli Stati, 19 giugno 2015

Il presidente: Claude Hêche
La segretaria: Martina Buol

1 RS 101
2 FF 2013 245
3 FF 2013 7301

Iniziativa popolare «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate». DF

Komitee „Heiratsstrafe abschaffen – JA!“
 Postfach 5835
 3001 Bern
 Tel: 031 357 33 33, Fax: 031 352 24 30
 info@heiratsstrafe.ch

**HEIRATSSTRAFE
 ABSCHAFFEN!**

Argumentarium

Heiratsstrafe abschaffen – JA!

Abstimmung vom 28. Februar 2016

Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“

- JA zur Abschaffung der Heiratsstrafe – endlich!
- JA zur Abschaffung der Diskriminierung aufgrund des Zivilstandes!
- JA zur gemeinsamen Besteuerung von Paaren!

Heiratsstrafe abschaffen – JA!	1
Auf einen Blick – die wichtigsten Argumente	2
1 Worum es geht: Die Heiratsstrafe endlich abschaffen!	3
2 Die Heiratsstrafe - eine Diskriminierung	3
2.1 <i>Die Heiratsstrafe</i>	3
2.2 <i>Bundesgerichtsentscheid von 1984</i>	3
2.3 <i>Die Diskriminierung bei den Steuern</i>	4
2.4 <i>Die Diskriminierung bei den Sozialversicherungen</i>	4
3 Gemeinschaftsbesteuerung statt bürokratische Individualbesteuerung	5
4 Der Bund hat jahrelang zu viel Geld eingenommen!	6
5 Einsatz für die Familien	6
6 Eingetragene Paare und Ehepaare von der Heiratsstrafe betroffen	6
7 Die Ehedefinition gemäss geltenden Recht	7
7.1 <i>Ehedefinition gemäss Botschaft zur Bundesverfassung und der Menschenrechtskonvention</i>	7
7.2 <i>Ehe für Alle benötigt Verfassungsänderung</i>	7
8 Kantone haben ihre Aufgaben gemacht. Der Bund muss nun handeln!	8

Auf einen Blick – die wichtigsten Argumente

1. JA zur Abschaffung der Heiratsstrafe – endlich!

Dank der Initiative wird die jahrzehntelange Benachteiligung von Verheirateten und eingetragenen Partnern bei Steuern und Renten endlich abgeschafft

Es ist ungerecht: Verheiratete Paare und eingetragene Partnerschaften werden gegenüber Konkubinatspaaren bei den Steuern und den Sozialversicherungen benachteiligt. Bei gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen bezahlen sie mehr Steuern und erhalten tiefere AHV-Renten. Ein verheiratetes Rentnerpaar bekommt eine Maximalrente von 150 Prozent ausbezahlt. Ist das gleiche Paar unverheiratet, erhält es beide Renten in voller Höhe, also 200 Prozent. Es gibt keinen Grund dafür, unverheiratete Paare zu bevorzugen. Das Bundesgericht hat dies bereits 1984 unmissverständlich festgehalten. Aber geschehen ist zu wenig! Seit 2007 gilt die Heiratsstrafe bei den Steuern und den Sozialversicherungen auch für eingetragene Paare, welche den Ehepaaren gleichgestellt sind.

2. Keine Diskriminierung aufgrund des Zivilstandes!

Es ist ungerecht, dass zwei Personen durch eine Heirat oder einen Eintrag mehr Steuern zahlen und weniger Rente erhalten!

Die Initiative will die doppelte Benachteiligung von Ehepaaren abschaffen. Paare sollen nicht allein deshalb mehr Steuern bezahlen und weniger Rente erhalten, weil sie verheiratet oder eingetragene sind. Die Initiative fordert: Keine Diskriminierung aufgrund des Zivilstandes!

3. Paare sollen gemeinsam besteuert werden

Ehepaare und eingetragene Partnerinnen und Partner sollen weiterhin gemeinsam besteuert werden. Wir wollen kein Bürokratiemonster „Individualbesteuerung“.

Der Grundsatz der Nicht-Benachteiligung von Ehepaaren wird in der Bundesverfassung verankert. Verheiratete und eingetragene Paare dürfen bei der Besteuerung und den Sozialversicherungen nicht benachteiligt und sollen als Wirtschaftsgemeinschaft besteuert werden. Die vorgeschlagene Verfassungsbestimmung entspricht der heute gültigen Rechtsauffassung von der Ehe in der Schweiz. Bei der Abstimmung über die neue Bundesverfassung wurde die Ehe in Übereinstimmung mit Artikel 12 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) von Bundesrat, Parlament und Volk festgelegt. Die vorliegende Initiative hält sich an diese Grundsätze.

Mit einem Ja zur Volksinitiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe können Sie die Benachteiligung von Ehepaaren und eingetragenen Partnerschaften bei den Steuern und den Altersrenten der AHV beenden.

Weitere Informationen: www.heiratsstrafe.ch

1 Worum es geht: Die Heiratsstrafe endlich abschaffen!

Die Volksinitiative der CVP Schweiz will die Benachteiligung der Ehe und der eingetragenen Partnerschaften gegenüber anderen Lebensformen konsequent beseitigen. Sie enthält einen klaren Auftrag an den Gesetzgeber: Verheiratete und eingetragene Paare dürfen gegenüber Konkubinatspaaren nicht benachteiligt werden.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 14 Abs. 2 (neu)

² Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.

Die Heiratsstrafe-Initiative wurde am 5. November 2012 mit 120'161 Unterschriften eingereicht.

2 Die Heiratsstrafe - eine Diskriminierung

2.1 Die Heiratsstrafe

Unter der sogenannten „Heiratsstrafe“ oder „Partnerschaftsstrafe“ versteht man die steuerliche Schlechterstellung von Doppelverdiener-Ehepaaren oder eingetragenen Partnerschaften gegenüber unverheirateten Paaren (Konkubinatspaaren). Die Benachteiligung bezieht sich hauptsächlich auf die direkte Bundessteuer.

In der Schweiz sind heute noch etwa 80 000 Paare durch die Heiratsstrafe betroffen und werden diskriminiert. Zweiverdienerpaare, die gemeinsam mehr als 80 000 Franken netto im Jahr verdienen (ohne Kinder) oder 120 000 Franken (mit Kindern), sind nach der Hochzeit steuerlich schlechter gestellt, als noch vor der Eheschliessung.

Das Bundesgericht hat diese Benachteiligung bereits 1984 unmissverständlich gerügt. Aber geschehen ist seither wenig! Seit 2007 gilt die Heiratsstrafe auch für eingetragene Paare, welche den Ehepaaren gleichgestellt sind.

2.2 Bundesgerichtsentscheid von 1984

Das Bundesgericht fällte bereits 1984 eine richtungsweisende Entscheidung im Bereich der Familienbesteuerung. Es hat festgestellt, dass manche Ehepaare bei den Steuern gegenüber unverheirateten Paaren benachteiligt sind. Die Diskriminierung liegt gemäss einer weiteren Entscheidung des Bundesgerichts 1994 bei einer Differenz von mehr als 10 Prozent vor. Das Bundesgericht hielt zudem fest, dass die Verfassung keine Steuerform vorschreibt und sowohl die Gemeinsam- wie auch die Individualbesteuerung die Diskriminierung aufheben könnte. Trotz dieser Entscheidung blieb diese diskriminierende Praxis vorerst bestehen, da sich das Parlament bisher nicht auf eine Besteuerungsform einigen konnte. Weil das Parlament eine Lösung blockiert, hat die CVP zum Instrument der Volksinitiative gegriffen.

2.3 Die Diskriminierung bei den Steuern

„Da in der Schweiz die Steuerprogression gilt, werden höhere Einkommen zu einem höheren Steuersatz belastet. Bei einem Ehepaar entscheidet die Summe beider Einkommen über den Steuersatz, während bei unverheirateten Paaren jeder sein eigenes Einkommen versteuert. Daher ist das Einkommen des Ehepaars höher und wird deshalb stärker besteuert. Um diesen Effekt abzuschwächen, profitieren Ehepaare für das gleiche Einkommen von einem tieferen Steuersatz als Alleinstehende. Zusätzlich dürfen sie 50% des tieferen Einkommens vom Gesamteinkommen abziehen. Der Abzug muss dabei aber mindestens 8100 Franken (d.h. mindestens 16'000 Franken Jahreseinkommen) und darf maximal 13'200 Franken (d.h. 26'400 Franken Jahreseinkommen) betragen. Trotzdem reicht dies oft nicht aus, um die unterschiedlichen Steuerprogression auszugleichen.“ (Vimentis¹)

2.4 Die Diskriminierung bei den Sozialversicherungen

Auch bei den Sozialversicherungen werden die Verheirateten und die eingetragenen Paare diskriminiert. Die Mehrheit der verheirateten Paare bekommt eine sogenannte Maximalrente, die heute tiefer ausfällt als jene von unverheirateten Paaren in der gleichen Einkommenssituation. 86 Prozent der verheirateten und eingetragenen Paare haben eine auf 150 Prozent plafonierte Rente. Bei der direkten Bundessteuer sind Rentnerehepaare mit einem Pensionseinkommen ab 50'000 Franken von der Heiratsstrafe betroffen – werden also gleich doppelt bestraft! Das Parlament wird mit der Initiative aufgefordert, Wege auszuarbeiten um die Benachteiligung zu beseitigen.

Ein Beispiel:

Max Muster und Emma Beispiel leben zusammen und haben eine maximale Altersrente der AHV von je 2340 Franken pro Monat, zusammen also Fr. 4680 Franken pro Monat. Sind Max und Emma verheiratet, kommt Art. 35 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV zur Anwendung (Plafonierung): Ihre Renten werden auf 150 Prozent des Höchstbetrages von 2340 Franken gekürzt. Sie erhalten also 3510 Franken pro Monat. Das gibt eine Differenz von 1170 Franken pro Monat oder 14 040 Franken im Jahr.

Der Bundesrat geht davon aus, dass verheiratete und eingetragene Paare beim Tod der Partnerin oder des Partners gegenüber Unverheirateten besser gestellt sind, da sie eine Witwen- bzw. Witwerrente erhalten. Im Gegensatz zum Bundesrat anerkennt jedoch die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates einen Handlungsbedarf in diesem Bereich. Die willkürliche Plafonierung von 150 Prozent bei der AHV ist auf jeden Fall unfair. In diesem Sinne hat auch das Parlament im September 2015 eine Erhöhung der Ehepaarrenten von 226 Franken pro Monat (155% statt 150%) beschlossen. Das zeigt deutlich, dass die Plafonierung eine nicht haltbare Diskriminierung darstellt und dass das Parlament hier eine Korrektur will.

¹ <https://www.vimentis.ch/d/lexikon/448/Heiratsstrafe.html>

3 Gemeinschaftsbesteuerung statt bürokratische Individualbesteuerung

Erdrückend viele Gründe sprechen gegen eine Individualbesteuerung:

- Die Individualbesteuerung verstösst gegen die in der Verfassung festgelegten Prinzipien der Rechtsgleichheit und der Besteuerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.
- In der Botschaft zur Initiative wird der von den Kantonen geschätzte Verwaltungsmehraufwand bei einem Wechsel zur Individualbesteuerung bei 30–50 Prozent beziffert. Die Mehrheit aller Kantone hat einen Systemwechsel bisher abgelehnt.
- Auch verheiratete Paare hätten einen höheren Aufwand, da sie nebst zwei Steuererklärungen auch ihr Vermögen auseinander dividieren müssten.²
- Die Einführung einer Individualbesteuerung setzt voraus, dass alle Abzüge gestrichen werden, auch die Kinderabzüge. Ohne den Wechsel zur objektiven Steuerberechnung müsste der Gesetzgeber klar festlegen, wer welche Abzüge (z.B. Kinderabzüge, Versicherungsabzüge) vornehmen darf.
- Heute versucht man dank dem Splitting-Modell Paarhaushalte mit einem oder zwei Einkommen gleich zu besteuern. Je nach Höhe des Splittingfaktors (1.7 bis 2.0) ist somit der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sichergestellt. Dies ist jedoch nicht mehr der Fall, wenn eine Familie sich für ein Einverdienermodell entscheidet. Um diese gleich zu behandeln, müssten wiederum neue Abzüge geschaffen werden, was wiederum zu neuen Ungleichheiten führt.
- Doppelverdienerpaare mit oder ohne Kinder profitieren ebenfalls vom Splitting und haben gegenüber einer Individualbesteuerung keine wesentlichen Vorteile, das zeigen die Erfahrungen aus Deutschland, wo die ganz grosse Mehrheit trotz Wahlmöglichkeit zwischen Individual- und Gemeinschaftsbesteuerungen sich für die Gemeinschaftsbesteuerung entscheiden.
- Ein Systemwechsel hätte ferner beträchtliche Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Der Bundesrat rechnet mit Mindereinnahmen von rund 2 bis 2,35 Milliarden Franken, wenn für die Steuerpflichtigen gegenüber dem aktuellen Stand keine Mehrbelastungen entstehen sollen.³ Steuertarife müssten folglich verschärft werden und der Mittelstand und der obere Mittelstand würden angesichts der Verschärfung der Progression höhere Steuern zahlen.

Der Verfassungstext der Initiative lässt Anpassungen beim System der Gemeinschaftsbesteuerung zugunsten der verschiedenen Lebensmodelle offen: Korrekturen am Mehrfachtarifsystem, alternative Steuerberechnung, Teil- oder Vollsplitting oder ein sogenanntes Familienquotientensystem. Wir setzen uns für die Wahlfreiheit der Lebensmodelle ein und präsentieren Lösungen, die diesem Grundsatz auch gerecht werden.

² Die meisten verheirateten Paare haben bei der Heirat darauf verzichtet die Frage des Güterstandes zu klären. Die Individualbesteuerung setzt eine Gütertrennung für alle voraus, nur so wäre diese einfach zu handhaben.

³ Bundesratsbotschaft zur Volksinitiative, S. 8537, <http://bit.ly/1XBZ01M>

4 Der Bund hat jahrelang zu viel Geld eingenommen!

Bei einer Annahme der Initiative muss mit Steuermindereinnahmen von rund einer Milliarde gerechnet werden. „Die verschiedenen möglichen Modelle der gemeinsamen Besteuerung zur Beseitigung der steuerlichen Benachteiligung von Ehepaaren führen auf der Grundlage des Sollertrages der Steuerperiode 2012 zu folgenden Steuermindereinnahmen beim Bund:

Alternative Steuerberechnung: rund 1 Mrd. Franken

Vollsplitting: 2,3 Mrd. Franken

Teilsplitting mit Faktor 1,7 1,2-1,6 Mrd. Franken (...)

Die Kantone hätten 17 Prozent dieser Mindereinnahmen zu tragen.“⁴

Die von den Gegnern der Initiative angestrebte Individualbesteuerung würde gemäss dem Bundesrat zu Steuermindereinnahmen von 2-2,35 Mia. Franken führen. Der von den Kantonen geschätzte Verwaltungsaufwand würde bei getrennter Veranlagung 30-50 Prozent betragen.

5 Einsatz für die Familien

Von der Initiative profitieren alle verheirateten und eingetragenen Paare. Diejenigen, welche das traditionelle Einverdiener-Familienmodell leben, Doppelverdienerpaare, Paare, bei denen ein Partner einer Teilzeitarbeit nachgeht und vor allem auch Rentnerpaare. Diese werden in der AHV gegenüber Konkubinatspaaren nicht mehr benachteiligt.

- Die Initiative bezweckt eine Gleichbehandlung der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft mit Konkubinatspaaren sowie die finanzielle Entlastung von Paaren und damit Familien, unabhängig der Familienform. Im Zentrum steht eine Abschaffung der ungerechtfertigten Differenzierung aufgrund des Zivilstands.
- Die Initiative entlastet vor allem den Mittelstand. Ziel ist die Stärkung der Kaufkraft der verheirateten und eingetragenen Paare und ihrer Familien.
- Ehepaare mit tiefen Einkommen zahlen bereits heute keine oder kaum Steuern. Sie profitieren aber, sofern sie Steuern zahlen, ebenfalls vom Splitting.

6 Eingetragene Paare und Ehepaare von der Heiratsstrafe betroffen

Bereits heute ist die Gleichstellung von Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern Realität. Mit dem Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (PartG) werden seit 2007 die gleichgeschlechtlichen Paare den Ehepartnern bei der Direkten Bundessteuer gleichgestellt. Dies gilt gemäss dem Steuerharmonisierungsgesetz (StHG) auch bei den übrigen Steuern.

Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG):

Art. 3

⁴ [...] Die Stellung eingetragener Partnerinnen [...] oder Partner entspricht derjenigen von Ehegatten.
[...]

⁴ Bundesratsbotschaft zur Volksinitiative, S. 8537, <http://bit.ly/1XBZ01M>

7 Die Ehedefinition gemäss geltenden Recht

7.1 Ehedefinition gemäss Botschaft zur Bundesverfassung und der Menschenrechtskonvention

Bei der Abstimmung über die neue Bundesverfassung wurde die Ehe in Übereinstimmung zu Artikel 12 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) von Bundesrat, Parlament und Volk im traditionellen Sinn interpretiert und festgelegt. Nachzulesen ist dies in der Botschaft des Bundesrates zur neuen Bundesverfassung vom 20. November 1996 auf den Seiten 154 und 155.⁵

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)
Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Art. 12 Recht auf Eheschliessung

Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter haben das Recht, nach den innerstaatlichen Gesetzen, welche die Ausübung dieses Rechts regeln, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen.

Rechtlich und tatsächlich ändert der Passus der Initiative an der geltenden Rechtsprechung nichts. Er gibt wieder, was heute geltendes Recht ist. Der Initiativtext enthält aber einen klaren Auftrag an den Gesetzgeber: die konsequente Beseitigung der Diskriminierung der Ehe (Heiratsstrafe) gegenüber den anderen Lebensformen. Der Grundsatz der Nicht-Benachteiligung wird als Grundrecht in der Bundesverfassung verankert.

7.2 Ehe für Alle benötigt Verfassungsänderung

Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (und somit deren Zugang zur Adoption und zur Fortpflanzungsmedizin) benötigt in der Schweiz eine Änderung des geltenden Rechts, was eine Verfassungsänderung bedeuten würde. Diese kann mittels einer Volksinitiative oder einer vom Parlament vorgeschlagenen Verfassungsänderung angestossen werden. In der Schweiz laufen zurzeit Petitionen und Kampagnen für die Eheöffnung. Im Parlament zeigen sich aktuell Bestrebungen, die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. Die GLP hat eine Parlamentarische Initiative eingereicht, die per Verfassung die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen möchte. Dabei wird das Adoptionsrecht aber explizit ausgeklammert. Der Nationalrat hat sich bereits für diese Initiative ausgesprochen, und voraussichtlich wird der Ständerat in Kürze darüber befinden. Die Heiratsstrafe-Initiative hat keinen Einfluss auf diesen Prozess. Es spielt also keine Rolle, ob Sie Ja oder Nein zu unserer Initiative stimmen – Sie bleiben frei in Ihrer Entscheidung, ob sie die Ehe für alle ermöglichen wollen oder nicht. Zu dieser Frage werden Sie separat an die Urne gerufen.

⁵ Botschaft über die neue Bundesverfassung, S.154f <http://bit.ly/1NDeWw5>

8 Kantone haben ihre Aufgaben gemacht. Der Bund muss nun handeln!

Seit dem Bundesgerichtsentscheid haben die Kantone ihre Hausaufgaben gemacht und die Heiratsstrafe beseitigt. Die Form der Entlastung für Ehepaare ist jedoch unterschiedlich geregelt:

- *Sieben Kantone gehen von einem Vollsplitting (FR, BL, AI, SG, AG, TG und GE) und sieben von einem Teilsplitting (SZ, SO, SH und GR: Divisor 1,9; NW: Divisor 1,85; NE: Divisor 1,8181; GL: Divisor 1,6) aus.*
- *In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Bern, Basel-Stadt, Jura, Luzern, Tessin, Zürich und Zug gilt ein Doppeltarifsystem. In Basel-Stadt besteht der Steuertarif aus zwei Stufen mit einheitlichen Steuersätzen für Einzelpersonen (Tarif A) und für Ehepaare und Alleinerziehende (Tarif B). Der Steuersatz der ersten Tarifstufe beträgt 22,5 Prozent und gilt bis zu einem steuerbaren Einkommen von 200 000 Franken für Alleinstehende bzw. 400 000 Franken für Ehepaare und Alleinerziehende. Für das darüber hinausgehende Einkommen der zweiten Tarifstufe beträgt der Steuersatz 26 Prozent (Stand: Steuerperiode 2013).*
- *Der Kanton Waadt geht von einem Familienquotientensystem (Besteuerung nach Konsumeinheiten) aus: Um den Steuersatz zu bestimmen, wird das Gesamteinkommen durch einen von der Anzahl Familienmitglieder abhängigen variablen Divisor geteilt (vgl. Ziff. 4.2.1).*
- *Drei Kantone kennen ein anderes System: Uri (kein Splitting mehr, da bei linearem Steuertarif keine Heiratsstrafe anfallen kann), Obwalden (Abzug in Prozenten auf dem Reineinkommen) und Wallis (Steuerrabatt).⁶*

Wenn der Bund die Paarbebesteuerung modifiziert, gibt es für ihn Einnahmehausfälle von CHF 1 – 2.3 Mrd Franken. Die Kantone haben davon 17 Prozent direkt zu tragen. Indirekt können sie darüber hinaus betroffen sein, wenn der Bund die ihm entgangenen Mittel kompensieren muss (Sanierungsprogramme).

Der Initiativtext schreibt keine bestimmte Methode der Besteuerung vor mit Ausnahme der steuerlichen Gemeinschaft, die sämtliche Kantone bereits kennen. Die Finanzdirektorenkonferenz FDK – die Vereinigung der kantonalen Regierungsrätinnen und –räte, die in ihrem Kanton für die Finanzen zuständig sind – unterstützt das Anliegen der Initiative, den Systementscheid bei der Familienbesteuerung zugunsten der Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft zu fällen. Die FDK ist der Auffassung, dass die Initiative wichtigen Spielraum für eine finanzpolitisch tragbare Umsetzung belässt.

Bern, Dezember 2015

⁶ Bundesratsbotschaft zur Volksinitiative, S. 8519f, <http://bit.ly/1XBZ01M>

Argumentaire

Oui à l'égalité fiscale du mariage !

Votation du 28 février 2016

Initiative populaire « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage »

- OUI pour appliquer enfin l'égalité fiscale du mariage !
- OUI pour supprimer une inégalité de traitement basée sur l'état civil !
- OUI à l'imposition commune des couples !

Un aperçu des arguments principaux	2
1. <i>OUI pour appliquer enfin l'égalité du mariage !</i>	2
2. <i>Oui pour supprimer une inégalité de traitement basée sur l'état civil !</i>	2
3. <i>Oui à l'imposition commune des couples</i>	2
1 De quoi s'agit-il ? Supprimer enfin une injustice fiscale !	3
2 L'inégalité de traitement est une discrimination	3
2.1 <i>L'inégalité de traitement du mariage</i>	3
2.2 <i>Arrêt du Tribunal fédéral de 1984</i>	3
2.3 <i>Inégalité fiscale</i>	4
2.4 <i>Inégalité en matière d'assurances sociales</i>	4
3 La taxation commune plutôt que la taxation individuelle	5
4 Manque à gagner : la Confédération a pendant des années encaissé trop d'impôts	6
5 Engagement en faveur des familles	6
6 L'injustice fiscale affecte les partenariats enregistrés et les couples mariés	6
7 La définition du mariage correspond au droit actuel	7
7.1 <i>La définition du mariage selon le message sur la Constitution fédérale et la Convention européenne des droits de l'homme</i>	7
7.2 <i>Le mariage pour tous nécessite une modification constitutionnelle</i>	7
8 Les cantons ont fait leurs devoirs – la Confédération doit maintenant faire les siens.	8

Un aperçu des arguments principaux

1. OUI pour appliquer enfin l'égalité du mariage !

Grâce à l'initiative, l'inégalité de traitement des couples mariés et des partenariats enregistrés, qui dure depuis des décennies dans les domaines des impôts et des rentes, sera enfin supprimée.

C'est injuste : les couples mariés et les partenaires enregistrés sont désavantagés en matière d'impôts et d'assurances sociales. Avec un même salaire et une même fortune, ils paient plus d'impôts et reçoivent des rentes AVS plus basses. Un couple de retraité marié touche une rente maximale de 150 %. Le même couple, non marié, reçoit deux rentes maximum, donc 200 %. Il n'y a aucune raison de privilégier les couples non mariés. Le Tribunal fédéral l'a statué en 1984 déjà. Mais rien n'a été fait ! Depuis 2007, cette inégalité de traitement du mariage concerne également les partenariats enregistrés de par leur égalité aux couples mariés.

2. OUI pour supprimer une inégalité de traitement basée sur l'état civil !

Il est injuste que deux personnes doivent payer plus d'impôts et toucher des rentes moins élevées suite à un mariage ou un partenariat.

L'initiative prévoit de supprimer cette double « pénalisation » des couples mariés. Les couples ne devraient pas avoir à payer plus d'impôts ou toucher des rentes moins élevées uniquement à cause de leur statut marital ou de leur partenariat enregistré. L'initiative exige : aucune inégalité de traitement sur la base du statut civil !

3. OUI à l'imposition commune des couples

Les couples mariés et partenariats enregistrés doivent continuer à bénéficier de l'imposition commune. Nous ne voulons pas du monstre bureaucratique « imposition individuelle ».

Le principe de non-discrimination des couples mariés est un droit fondamental inscrit dans la Constitution fédérale. Les couples mariés et partenariats enregistrés ne peuvent pas être traités inégalement en matière d'impôts et d'assurances sociales, et ils doivent être imposés en tant que communauté économique. La norme constitutionnelle proposée correspond à la conception légale actuelle du mariage en Suisse. Lors de la votation sur la nouvelle Constitution, le Conseil fédéral, le Parlement et le peuple ont interprété et défini le mariage en accord avec l'article 12 de la Convention européenne des Droits de l'homme (CEDH). L'initiative présentée s'en tient à ces bases.

En votant oui à l'initiative populaire sur la dépenalisation du mariage, vous pouvez mettre fin à la discrimination des couples mariés et partenaires enregistrés en matière d'impôts et de rentes vieillesse AVS.

Vous trouverez davantage d'informations sous : www.egalitefiscaledumariage.ch

1 De quoi s'agit-il ? Supprimer enfin une injustice fiscale !

L'initiative populaire du PDC suisse veut combattre systématiquement l'inégalité de traitement des couples mariés et des partenariats enregistrés par rapport aux autres modes de vie. Elle contient une mission claire pour le législateur : les couples mariés et les partenariats enregistrés ne doivent plus être moins bien traités par rapport aux couples concubins.

La Constitution est modifiée comme suit.

Art. 14, al. 2 (nouveau)

² Le mariage est l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme. Au point de vue fiscal, le mariage constitue une communauté économique. Il ne peut pas être pénalisé par rapport à d'autres modes de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales.

L'initiative a été déposée le 5 novembre 2012 avec 120 161 signatures.

2 L'inégalité de traitement est une discrimination

2.1 L'inégalité de traitement du mariage

Ce que l'on entend par « inégalité de traitement » est le désavantage fiscal des couples à deux revenus par rapport aux couples non-mariés (en concubinat). Le désavantage est principalement au niveau de l'impôt fédéral direct. La discrimination fiscale a été supprimée dans la majorité des cantons.

Aujourd'hui en Suisse, environ 80 000 couples sont concernés par cette inégalité de traitement et sont par conséquent discriminés. Les couples à deux revenus, qui gagnent ensemble plus de 80 000 francs net par an (sans enfants) ou plus de 120 000 francs suisses (avec enfants) sont d'avantage imposés après le mariage qu'avant.

En 1984, le Tribunal fédéral a sans équivoque reconnu la discrimination des personnes mariées. Mais depuis lors, rien n'a été fait ! Depuis 2007, cette discrimination s'applique également aux partenariats enregistrés, qui sont du point de vue de la fiscalité considérés comme les couples mariés.

2.2 Arrêt du Tribunal fédéral de 1984

Le Tribunal fédéral a déjà émis en 1984 un arrêt exemplaire dans le domaine de la fiscalité familiale. Il a constaté que certains couples sont pénalisés en matière d'impôts par rapport aux couples non mariés. Selon un autre arrêt du Tribunal fédéral (de 1994), la discrimination se monte à de plus de 10 % de différence. Le Tribunal fédéral a également conclu que la Constitution ne prescrit pas une forme spécifique d'imposition. Tant l'imposition commune que l'imposition individuelle ne doivent pas mener à des discriminations. Malgré cette décision, cette pratique discriminatoire subsiste encore, car le Parlement n'a jusqu'alors pas réussi à se mettre d'accord sur une forme d'imposition.

2.3 Inégalité fiscale

« Parce que la progressivité de l'impôt est en vigueur en Suisse, des revenus plus élevés seront facturés à un taux d'imposition plus élevé. Dans un couple, c'est la somme des deux revenus qui dicte le taux d'imposition, alors que chacun a son propre revenu imposable pour les couples non mariés. Par conséquent, le revenu du couple est plus élevé et est donc taxé plus lourdement. Pour atténuer cet effet, les couples bénéficient pour le même revenu d'un taux d'imposition plus bas que les célibataires. En outre, ils peuvent déduire 50 % du revenu le plus bas de l'ensemble des revenus. Cependant, la déduction doit être d'au moins 8100 francs (soit au moins 16 000 francs de revenu annuel) et au maximum de 13 200 francs (soit un revenu annuel de 26 400 francs). Ce système reste néanmoins insuffisant pour compenser les différences dues à la progressivité de l'impôt. » (Vimentis¹)

2.4 Inégalité en matière d'assurances sociales

Une majorité des couples mariés touchent une rente maximale qui est aujourd'hui inférieure à celle des couples non mariés dans la même situation salariale. 86 % des couples mariés ont une rente plafonnée à 150 %. Concernant l'impôt fédéral direct, les couples de retraités avec une pension de retraite sont touchés par la pénalisation du mariage dès 50 000 francs. Avec l'initiative, il incombera au Parlement d'élaborer des solutions afin de supprimer ce désavantage.

Considérons l'exemple suivant :

Max Muster et Emma Exemple vivent ensemble et touchent chacun une rente vieillesse maximale de 2340 francs par mois de l'AVS, ce qui revient au total à 4680 francs par mois. Si Max et Emma sont mariés, l'art. 35 de la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants (AVS) est appliqué (plafonnement) : leurs rentes sont réduites à 150 % du montant maximal de 2340 francs. Ils ne touchent alors que 3510 francs par mois. Il y a donc une différence de 1170 francs par mois, soit 14 040 francs par an.

Le Conseil fédéral estime que la situation des couples mariés ou des partenariats enregistrés, lors du décès de la ou du partenaire, est meilleure grâce à l'obtention d'une rente de veuve ou de veuf. Contrairement au Conseil fédéral, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national reconnaît le besoin d'agir dans ce domaine. Le plafonnement arbitraire de la rente AVS à 150 % est de toute façon injuste. En ce sens, le Parlement a adopté en septembre 2015 une augmentation mensuelle de 226 francs pour les rentes de couple (155 % au lieu de 150 %). Cela montre clairement que le plafonnement représente une discrimination non tenable et que le Parlement veut une correction.

¹ <https://www.vimentis.ch/d/lexikon/448/Heiratsstrafe.html>

3 La taxation commune plutôt que la taxation individuelle

Un nombre considérable de raisons s'opposent à une imposition individuelle :

- L'imposition individuelle enfreint les principes d'égalité devant de la loi et d'imposition selon la capacité économique inscrits dans la Constitution.
- Dans le message sur l'initiative, les cantons chiffrent entre 30 et 50 % l'alourdissement de la charge administrative dans le cas d'un changement vers l'imposition individuelle. La majorité des cantons ont jusqu'ici rejeté un changement de système.
- La tâche des couples mariés serait également plus compliquée, puisqu'ils devraient, en plus de remplir deux déclarations fiscales, diviser leur fortune.²
- L'introduction de la taxation individuelle présuppose la suppression de toutes les déductions, y compris celles pour les enfants. A moins de changer pour un calcul objectif de l'impôt, le législateur devrait définir clairement qui a le droit d'effectuer quelles déductions.
- Actuellement, le modèle du splitting tente d'imposer les couples de la même manière, qu'ils disposent de deux revenus ou d'un seul. Selon le montant du facteur de splitting (1,7 à 2,0), cela garantit le principe de l'imposition selon la capacité économique. En revanche, cela ne s'applique pas aux familles qui optent pour un modèle à un seul revenu. Pour que ces dernières soient traitées de manière analogue, il convient de créer de nouvelles déductions, ce qui alors crée de nouvelles inégalités.
- Les couples à deux revenus, avec ou sans enfants, bénéficient également du splitting et n'ont aucun avantage substantiel par rapport à la taxation individuelle, comme le montre l'expérience faite en Allemagne, où, bien qu'il y ait le choix entre taxation individuelle et commune, l'immense majorité opte pour la seconde option.
- Un changement de système aurait également des effets considérables sur les rentrées fiscales. Le Conseil fédéral table sur des pertes de recettes à hauteur d'environ 2 à 2,35 milliards de francs, si l'on veut éviter aux contribuables un surcroît de charge fiscale par rapport à la situation actuelle.³ Les barèmes fiscaux devraient par conséquent être durcis, ce qui engendrerait une imposition plus élevée pour la classe moyenne et la classe moyenne supérieure.

Le texte constitutionnel de l'initiative laisse la porte ouverte à des adaptations au niveau du régime de taxation commune, au profit des différents modèles de vie : corrections du système à barème multiple, calcul alternatif de l'impôt, splitting partiel ou intégral ou un système de quotient familial.

² Lors du mariage, la plupart des couples ont renoncé à éclaircir la question du régime matrimonial. L'imposition individuelle présuppose une séparation des biens pour tous, car ce serait le seul moyen de rendre ce système facile à réaliser.

³ Message du conseil fédéral sur l'initiative populaire, p. 7647, <http://bit.ly/21711Z2>

4 Manque à gagner : la Confédération a pendant des années encaissé trop d'impôts

En cas d'adoption de l'initiative, il faudra s'attendre à une diminution des recettes fiscales d'environ 1 milliard. « Sur la base du revenu escompté pour la période fiscale 2012, les différents modèles d'imposition commune prévus pour éliminer la discrimination fiscale qui frappe les couples mariés devraient engendrer les diminutions suivantes pour les recettes fiscales de la Confédération.

Calcul alternatif de l'impôt : env. 1 milliard de francs

Splitting total : 2,3 milliards de francs

Splitting partiel avec un facteur de 1,7 : 1,2-1,6 milliard de francs (...)

*Les cantons devront supporter 17 % de cette perte de recettes.*⁴

L'imposition individuelle défendue ardemment par les opposants à l'initiative conduirait à une diminution des recettes fiscales de 2 à 2,35 milliards. Les cantons estiment la charge administrative entre 30 et 50 % lors d'une taxation séparée.

5 Engagement en faveur des familles

Cette initiative profite à tous les couples mariés et partenariats enregistrés ; qu'ils aient choisi le modèle traditionnel à un seul ou à deux revenus, que l'un des membres du couple travail à temps partiel ou surtout qu'ils soient à la retraite. Ils ne seront plus discriminés par l'AVS par rapport aux couples concubins.

- L'initiative a pour but de renforcer le mariage et le partenariat enregistré ainsi que de soulager financièrement les couples et donc les familles et ce, indépendamment du modèle familial. Il s'agit en priorité d'éliminer une différenciation injustifiée basée sur l'état civil.
- L'initiative soulage avant tout la classe moyenne. Le but est de renforcer le pouvoir d'achat des couples mariés des partenariats enregistrés, sans oublier leurs familles.
- Aujourd'hui déjà, les couples à bas revenus ne paient pas ou presque pas d'impôts. Mais ils profiteront aussi du splitting pour autant qu'ils paient des impôts.

6 L'injustice fiscale affecte les partenariats enregistrés et les couples mariés

Aujourd'hui, l'égalité entre les couples mariés et les partenariats enregistrés est déjà une réalité. Depuis 2007, la loi fédérale sur le partenariat enregistré entre personnes de même sexe (LPart) met ces couples et les couples mariés sur un pied d'égalité au niveau de l'impôt fédéral direct. Il en va de même pour les autres impôts, comme le prévoit loi fédérale sur l'harmonisation fiscale (LHID).

Loi fédérale sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (LHID)

Art. 3

⁴ [...] Les partenaires enregistrés ont le même statut que des époux. [...]

⁴ Message du Conseil fédéral sur l'initiative populaire, p. 7647, <http://bit.ly/2171Z2>

7 La définition du mariage correspond au droit actuel

7.1 La définition du mariage selon le message sur la Constitution fédérale et la Convention européenne des droits de l'homme

Lors de la votation sur la nouvelle Constitution, le Conseil fédéral, le Parlement et le peuple ont interprété et défini le mariage dans son sens traditionnel, en accord avec l'article 12 de la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH), tel qu'il est indiqué dans le message du Conseil fédéral du 20 novembre 1996 sur la nouvelle Constitution fédérale, aux pages 154 et 155.⁵

Convention européenne des droits de l'homme (CEDH)

Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales

Article 12 Droit au mariage

A partir de l'âge nubile, l'homme et la femme ont le droit de se marier et de fonder une famille selon les lois nationales régissant l'exercice de ce droit.

En droit et en fait, le passage de l'initiative ne change rien à la jurisprudence en vigueur. Il répète le droit actuel en vigueur. Le texte de l'initiative donne clairement mandat au législateur de supprimer systématiquement l'inégalité de traitement du mariage (pénalisation du mariage) par rapport aux autres formes de vie. Le principe de non-discrimination est un droit fondamental inscrit dans la Constitution fédérale.

7.2 Le mariage pour tous nécessite une modification constitutionnelle

Dans le message sur la Constitution fédérale, le mariage est interprété et défini au sens traditionnel. L'ouverture du mariage aux couples de même sexe (et donc de leur accès à l'adoption et à la médecine reproductive) nécessite en Suisse une modification du droit en vigueur, ce qui supposerait une modification de la Constitution fédérale. Cela peut se faire au moyen d'une initiative populaire ou une modification constitutionnelle proposée par le Parlement. En Suisse, des pétitions et des campagnes sont en cours pour une ouverture du mariage. Une récente enquête montre qu'une majorité de la population suisse est pour l'ouverture du mariage aux couples de même sexe. Au Parlement, des efforts sont entrepris pour ouvrir le mariage aux couples de même sexe. Le PVL a déposé une initiative parlementaire qui propose d'étendre le mariage aux couples de même sexe par le biais de la Constitution. En revanche, la question du droit à l'adoption est explicitement mise entre parenthèses. Le Conseil national a donné suite à l'initiative et le Conseil des Etats devra s'exprimer prochainement. L'initiative contre la pénalisation du mariage n'a aucune influence sur ce processus.

⁵ Message relatif à une nouvelle constitution fédérale, p. 156, <http://bit.ly/118VSMD>

8 Les cantons ont fait leurs devoirs – la Confédération doit maintenant faire les siens.

Depuis l'arrêt du Tribunal fédéral, tous les cantons ont fait leurs devoirs et dépénalisé le mariage. Toutefois, les couples mariés ne sont pas soulagés partout de la même manière.

- Sept cantons se fondent sur un splitting intégral (FR, BL, AI, SG, AG, TG et GE) et sept autres sur un splitting partiel (SZ, SO, SH et GR : diviseur 1,9/NW: diviseur 1,85/NE: diviseur 1,8181/GL: diviseur 1,6).
- Les cantons d'Appenzell Rhodes-Extérieures, de Berne, de Bâle-Ville, du Jura, de Lucerne, du Tessin, de Zurich et de Zoug appliquent un système à deux barèmes. Dans le canton de Bâle-Ville, le barème se compose de deux échelons avec des taux pour les personnes seules (barème A) et pour les couples mariés et les familles monoparentales (barème B). Le taux du premier échelon pour le barème B s'élève à 22,25 % et s'applique jusqu'à un revenu imposable de 400 000 francs pour les couples mariés et les familles monoparentales. Le taux est de 26 % pour le revenu supérieur du second échelon (état: période fiscale 2014).
- Le canton de Vaud applique un système de quotient familial (imposition selon les unités de consommation) : pour déterminer le taux de l'impôt, le revenu global est divisé selon un quotient variant en fonction du nombre des membres de la famille.
- Trois cantons appliquent un autre système : Uri (le barème linéaire excluant toute charge supplémentaire pour les couples mariés, le splitting est donc inutile), Obwald (déduction en pour-cent sur le revenu net) et le Valais (rabais sur le montant de l'impôt).⁶

Si la Confédération modifie la taxation des couples, elle subira des pertes fiscales à hauteur de 1 à 2,3 milliards de francs. Les cantons doivent en supporter 17 % directement. Ils peuvent en outre en être affectés si la Confédération doit compenser la diminution de ses moyens.

Le texte de l'initiative ne prévoit pas de régime précis pour la taxation, à l'exception de celui de l'imposition de couple, que connaissent déjà tous les cantons. La CDF soutient le projet de l'initiative, c'est-à-dire le choix d'un système de taxation des familles en faveur du mariage en tant que communauté économique. La CDF est d'avis que l'initiative laisse une marge de manœuvre importante pour une mise en œuvre supportable en termes de politique financière.

Berne, decembre 2015

⁶ Message du Conseil fédéral sur l'initiative populaire, p. 7629-7630, <http://bit.ly/21711Z2>

Breve argomentario

Basta svantaggi per le coppie sposate – Sì!

Votazione del 28 febbraio 2016

Iniziativa popolare «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate»

La Costituzione federale sarà modificata come segue:

Art. 14 cpv. 2 (nuovo)

² Il matrimonio consiste nella durevole convivenza, disciplinata dalla legge, di un uomo e di una donna. Dal punto di vista fiscale, il matrimonio costituisce una comunione economica. Non deve essere svantaggiato rispetto ad altri modi di vita, segnatamente sotto il profilo fiscale e delle assicurazioni sociali.

1. Vota Sì alla soppressione degli svantaggi fiscali per le coppie sposate – finalmente!

Grazie all'iniziativa popolare gli svantaggi di decenni delle coppie sposate e dei partner registrati in materia di tasse e rendite saranno finalmente soppressi!

È ingiusto che: le coppie sposate e le coppie registrate siano svantaggiate in materia di imposte e di assicurazioni sociali rispetto alle coppie conviventi, a parità di reddito e di patrimonio paghino più imposte e percepiscano rendite AVS più basse, una coppia coniugata di pensionati percepisca una rendita massima del 150 per cento. Se la stessa coppia non è sposata, i partner percepiscono insieme la rendita per il pieno ammontare, cioè per il 200 per cento. Non esiste alcun motivo per preferire le coppie non coniugate. Il Tribunale federale lo ha stabilito in modo inequivocabile già nel 1984, ma ciò che è successo da allora è insufficiente! Dal 2007 la penalizzazione per le coppie sposate in materia di imposte e di assicurazioni sociali viene applicata anche alle coppie registrate che vengono equiparate alle coppie coniugate.

2. Nessuna discriminazione sulla base dello stato civile!

È ingiusto che due persone paghino più imposte e percepiscano una rendita inferiore per il solo fatto di essere coniugate o registrate!

L'iniziativa intende abolire i doppi svantaggi delle coppie sposate. Le coppie non devono pagare più imposte e percepire una rendita inferiore solo perché sono sposate o registrate. L'iniziativa richiede: nessuna discriminazione sulla base dello stato civile!

3. I componenti della coppia devono essere tassati insieme

Le coppie sposate e i partner registrati devono essere tassati insieme come adesso. Non vogliamo il nostro burocratico dell'«imposizione separata».

Il principio della non discriminazione delle coppie sposate è fermamente ancorato nella Costituzione federale. Le coppie sposate e le coppie registrate non devono essere svantaggiate in materia di tassazione e di assicurazioni sociali poiché costituiscono una comunità economica. E così dovrà essere anche in futuro. La burocratica imposizione separata che comporterebbe un onere amministrativo supplementare nella misura dal 30 al 50 per cento non rappresenta un'alternativa ragionevole.

Ecco di che cosa si tratta: abolire finalmente la discriminazione delle coppie sposate!

L'iniziativa popolare del PPD svizzero intende eliminare con coerenza la discriminazione delle coppie sposate e registrate rispetto ad altre forme di convivenza e contiene un chiaro mandato per il legislatore: le coppie sposate e registrate non devono essere svantaggiate rispetto alle coppie conviventi.

La discriminazione delle coppie sposate

Con il termine «discriminazione delle coppie sposate» o «discriminazione delle coppie registrate» si intende la posizione svantaggiata dal punto di vista fiscale delle coppie sposate o registrate con due stipendi rispetto alle coppie non sposate (coppie conviventi). La discriminazione si riferisce principalmente all'imposta federale diretta.

Oggi in Svizzera la situazione di svantaggio in materia fiscale riguarda circa 80 000 coppie che vengono discriminate. Le coppie con due stipendi cui componenti insieme guadagnano più di CHF 80 000 netti all'anno (se senza figli) o più di CHF 120 000 (se con figli), dopo il matrimonio si trovano in una posizione svantaggiata dal punto di vista fiscale rispetto a prima del matrimonio.

Discriminazione in materia fiscale e di assicurazioni sociali

Poiché in Svizzera si applica la progressione fiscale, per determinare l'aliquota fiscale in una coppia sposata o registrata è decisiva la somma dei due stipendi, mentre per le coppie non sposate ciascun partner sottopone a tassazione solo il proprio reddito. Le coppie sposate e registrate pagano quindi spesso più imposte rispetto a prima del matrimonio.

La maggioranza delle coppie sposate percepisce una rendita massima che oggi è più bassa di quelle delle coppie non sposate nella stessa situazione reddituale. L'86 per cento delle coppie sposate e registrate ha una rendita fissata al 150 per cento. Con l'imposta federale diretta sono interessate dalla discriminazione le coppie coniugate di pensionati con un reddito di pensione a partire da CHF 50 000. Con questa iniziativa si chiede al Parlamento di trovare delle soluzioni per eliminare questa situazione di svantaggio.

La discriminazione fiscale colpisce le coppie registrate e le coppie sposate

Con la legge federale relativa alle coppie registrate formate da persone dello stesso sesso (PartG), dal 2007 per l'imposta federale diretta le coppie dello stesso sesso sono equiparate ai partner di una coppia sposata. Dal 2007 la discriminazione delle coppie sposate si applica anche alle coppie registrate e anche per queste se ne chiede l'abolizione.

La definizione di matrimonio corrisponde al diritto vigente

Per la votazione sulla nuova Costituzione federale il concetto di matrimonio è interpretato e stabilito dal Consiglio federale, dal Parlamento e dal popolo nel significato tradizionale in armonia con quanto prevede la Convenzione europea dei diritti dell'uomo.

Dal punto di vista giuridico e di fatto il passaggio dell'iniziativa non cambia niente nella giurisprudenza vigente. Il testo riporta semplicemente ciò che oggi è il diritto vigente. Il testo dell'iniziativa contiene però un chiaro mandato per il legislatore: la coerente eliminazione della discriminazione delle coppie sposate (discriminazione a seguito del matrimonio) rispetto ad altre forme di convivenza. Il principio della non discriminazione è fermamente ancorato nella Costituzione federale come diritto fondamentale.

L'imposizione fiscale che i cantoni già conoscono

Il testo dell'iniziativa non prescrive un metodo preciso di imposizione fiscale ad eccezione della comunione fiscale che tutti i cantoni conoscono già. La conferenza dei direttori finanziari (FDK) – l'associazione che riunisce le consigliere e i consiglieri dei governi cantonali competenti nel proprio cantone dell'attività finanziaria – sostiene la richiesta avanzata dall'iniziativa popolare di abrogare la decisione relativa al sistema per l'imposizione della famiglia a favore del matrimonio come comunità economica. La FDK ritiene che l'iniziativa lasci un importante margine d'azione per un'implementazione sostenibile a livello di politica finanziaria.



Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

Stand: November 2015

Die Argumente von Parlament und Bundesrat

Die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» will die Benachteiligung von Ehepaaren namentlich bei den Steuern und den Sozialversicherungen beseitigen. Unbestritten ist, dass bei der direkten Bundessteuer dringender Handlungsbedarf besteht. Parlament und Bundesrat empfehlen jedoch, die Initiative abzulehnen. Kritisiert wird die enge Ehedefinition und dass ein Wechsel zur Individualbesteuerung ausgeschlossen wird.

Die Volksinitiative fordert, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt wird, insbesondere nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen. Das Ehepaar soll in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden. Die Initiative will zudem die Ehe als die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau definieren.

Benachteiligung bestimmter Ehegatten bei der direkten Bundessteuer

Trotz Entlastungsmassnahmen bezahlen immer noch rund 80 000 Zweiverdienerehepaare mit höheren Einkommen und zahlreiche Rentnerehepaare mit mittleren und höheren Einkommen bei der direkten Bundessteuer mehr als unverheiratete Paare in gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Bundesrat hat in den letzten Jahren verschiedene Anläufe zu einer Neuregelung der Ehegattenbesteuerung unternommen. Da die Meinungen über das künftige Besteuerungsmodell zu weit auseinanderlagen, blieben diese mit einer Ausnahme¹ jedoch erfolglos.

Der Bundesrat stimmte der Initiative ursprünglich zu, weil er darin eine Möglichkeit sah, die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren endlich vollständig abzuschaffen. Das Parlament unterstützt die Bestrebungen des Bundesrates, die Schlechterstellung der Ehepaare zu beseitigen. Es hat die Initiative jedoch aufgrund ihres engen Rahmens abgelehnt. Da der Bundesrat gemäss Bundesgesetz über die politischen Rechte² keine von der Haltung des Parlamentes abweichende Abstimmungsempfehlung vertritt, empfiehlt der Bundesrat ebenfalls, die Initiative abzulehnen.

¹ 2008 traten Sofortmassnahmen in Kraft, die für einen grossen Teil der betroffenen Ehepaare die Benachteiligung bei der direkten Bundessteuer beseitigten.

² Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (Art. 10a Abs. 4; SR 161.1)

Zu enge Definition der Ehe

Die Initiative will die Ehe als die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau definieren. Diese Auffassung der Ehe entspricht zwar der heutigen Auslegung der Verfassung. Bei Annahme der Initiative würde diese Definition aber erstmals ausdrücklich in der Verfassung festgeschrieben. Der Gesetzgeber hätte damit ohne weitere Verfassungsänderung keine Möglichkeit, die Eheschliessung auch gleichgeschlechtlichen Paaren zu ermöglichen. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung wird im Parlament darüber diskutiert, ob die gesetzlich geregelten Lebensgemeinschaften allen Paaren offenstehen sollen, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Die Initiative würde die Möglichkeit jedoch ausschliessen, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.

Kein Ausschluss der Individualbesteuerung

Das heutige Steuersystem sieht die gemeinsame Besteuerung von Ehemann und Ehefrau vor. Die Initiative will diesen Grundsatz in die Verfassung schreiben. Damit wäre aber ein Wechsel zur getrennten Besteuerung von Ehegatten (Individualbesteuerung) nur nach einer weiteren Verfassungsänderung möglich. Das Parlament möchte dem Gesetzgeber bei der Wahl des Besteuerungsmodells in der Verfassung jedoch keine Vorgaben machen. Für die Beseitigung der steuerlichen Benachteiligung von Ehepaaren sollen weiterhin sämtliche Modelle der getrennten oder der gemeinsamen Besteuerung zur Auswahl stehen.

Keine Benachteiligung von Ehepaaren bei den Sozialversicherungen

Bei den Sozialversicherungen hat heute jeder Ehegatte einen individuellen Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenrente (AHV oder IV). Sind beide Ehegatten rentenberechtigt, darf die Summe der beiden Einzelrenten jedoch nicht höher als 150 Prozent der Maximalrente sein. Zurzeit beträgt die maximale Einzelrente 2350 Franken. Der Höchstbetrag für ein Ehepaar beträgt somit 3525 Franken. Wird diese Grenze überschritten, werden die beiden Einzelrenten anteilmässig gekürzt (Plafonierung). Bei einem unverheirateten Paar werden die individuellen Renten hingegen in vollem Umfang ausbezahlt.

Ehepaaren kommen bei den Sozialversicherungen jedoch in den Genuss verschiedener Leistungen und Beitrags erleichterungen, wie zum Beispiel der Witwen- und Witwerrenten oder des Verwitwetenzuschlags zur Alters- oder Invalidenrente. Dadurch sind sie insgesamt besser abgesichert als unverheiratete Paare. Auch in anderen Sozialversicherungen wie der beruflichen Vorsorge, der Unfallversicherung oder der Militärversicherung werden Ehepaare besonders geschützt und gegenüber den anderen Versicherten finanziell privilegiert (beispielsweise bei den Leistungen für Witwen und Witwer). Bei den Sozialversicherungen sehen Bundesrat und Parlament daher insgesamt keine Benachteiligung von Ehepaaren und damit keinen Handlungsbedarf.

Folgen bei Annahme der Initiative

Bei Annahme der Initiative müsste der Bundesrat eine Gesetzesvorlage ausarbeiten, welche die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren gänzlich beseitigt. Ehepaare würden bei den Steuern wie schon heute als Wirtschaftsgemeinschaft erfasst und somit gemeinsam besteuert. Die Initiative würde sich hauptsächlich auf die direkte Bundessteuer auswirken, da auf kantonaler Ebene Ehepaare bereits heute in der Regel steuerlich besser gestellt sind als unverheiratete Paare. Zur Umsetzung der Initiative bei der direkten Bundessteuer stehen folgende Besteuerungsmodelle im Vordergrund:

- **Alternative Steuerberechnung:** Die Steuerbehörde prüft im konkreten Einzelfall, ob ein Ehepaar von einer Mehrbelastung betroffen ist. Ist das der Fall, wird der Steuerbetrag korrigiert. Die Steuerbehörde nimmt dabei neben der ordentlichen Steuerberechnung des Ehepaares eine alternative Berechnung der Steuerbelastung vor, die sich an

die Besteuerung von unverheirateten Paaren anlehnt. Der tiefere der beiden Steuerbeträge wird anschliessend in Rechnung gestellt.

- **Splitting:** Das gemeinsame Einkommen des Ehepaares wird zu einem tieferen Satz besteuert als das gleich hohe Einkommen einer unverheirateten Person. Beim Vollsplitting wird das gemeinsame Einkommen zum Satz des halben Gesamteinkommens besteuert, beim Teilsplitting zu einem etwas höheren Satz.

Wird davon ausgegangen, dass Ehepaare bei den Sozialversicherungen unter Berücksichtigung aller Leistungen nicht benachteiligt sind, kann sich der Gesetzgeber auf eine Änderung der Ehepaarbesteuerung beschränken.

Die finanziellen Folgen bei Annahme der Initiative hängen von der Wahl und der Ausgestaltung des Besteuerungsmodells durch das Parlament ab. Wenn keine Person stärker belastet werden soll als heute, würden beim Bund folgende Mindereinnahmen entstehen (Sollertrag der Steuerperiode 2012):

- **Alternative Steuerberechnung:** rund 1,2 Milliarden Franken pro Jahr
- **Vollsplitting:** rund 2,3 Mrd. Franken pro Jahr
- **Teilsplitting:** 1,2–1,6 Mrd. Franken pro Jahr (abhängig von den Abzügen). Die Heiratsstrafe wird aber nicht vollständig beseitigt.

Da den Kantonen 17 Prozent der direkten Bundessteuer zufallen, wären sie von den Mindereinnahmen ebenfalls betroffen.

Würde die heutige Rentenplafonierung bei Ehepaaren aufgehoben, so hätte das für die AHV rund 2 Milliarden Franken Mehrausgaben pro Jahr zur Folge. Da sich der Bund mit knapp 20 Prozent an den Ausgaben der AHV beteiligt, müsste er jährlich rund 400 Millionen Franken mehr bezahlen. Den Rest hätte die AHV zu tragen. Der IV würden mit der Aufhebung der Plafonierung jährlich rund 60 Millionen Franken zusätzliche Ausgaben entstehen.

Gegenargumentarium zur Entkräftung der Argumente des Initiativkomitees «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

Stand: November 2015

Argumente des Initiativkomitees	Beurteilung Bundesrat und Parlament
<p>Die Benachteiligung der Ehepaare bei den Steuern muss beseitigt werden.</p>	<p>Das Bundesgericht hatte bereits 1984 festgestellt, dass sich aus der Verfassung ein Verbot ergibt, Ehepaare steuerlich schlechter zu stellen als unverheiratete Paare. Trotz seither eingeführter Entlastungsmassnahmen bezahlen immer noch rund 80 000 Zweiverdienerhepaare mit höheren Einkommen und zahlreiche Rentnerhepaare mit mittleren und höheren Einkommen bei der direkten Bundessteuer mehr als unverheiratete Paare in gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen.</p> <p>Bereits seit Jahren ist es das erklärte Ziel des Bundesrates, bei der direkten Bundessteuer eine im Einklang mit der Verfassung stehende Ehepaar- und Familienbesteuerung zu verankern, die sich möglichst neutral gegenüber den verschiedenen Partnerschafts- und Familienmodellen verhält und zu einer ausgewogenen steuerlichen Belastung führt. Das Steuerrecht sollte die steuerpflichtige Person in der Wahl des für sie geeigneten Familien- oder Lebensmodells nicht beeinflussen, sondern sich möglichst neutral auf die verschiedenen Lebenskonstellationen auswirken. Der Bundesrat ist daher seit längerem bestrebt, die heute noch bestehende verfassungswidrige Schlechterstellung von Ehepaaren gegenüber unverheiratete Paaren in gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen zu beseitigen. Der Bundesrat räumt diesbezüglich einen dringenden Handlungsbedarf ein und unterstützt insofern das Anliegen der Initianten.</p> <p>Das Parlament unterstützt die Bestrebungen des Bundesrates, die Schlechterstellung der Ehepaare zu beseitigen. Es hat die Initiative jedoch abgelehnt. Es kritisiert insbesondere die enge Definition der Ehe und dass ein Wechsel zur getrennten Besteuerung von Ehemann und Ehefrau (sogenannte Individualbesteuerung) ohne erneute Verfassungsänderung ausgeschlossen ist. Da der Bundesrat gemäss Bundesgesetz über die politischen Rechte keine von der Haltung des Parlamentes abweichende Abstimmungsempfehlung vertreten darf (Art. 10a Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte; SR 161.1), empfiehlt der Bundesrat ebenfalls, die Initiative abzulehnen.</p>

	<p>Bei Ablehnung der Volksinitiative bleibt jedoch der verfassungsrechtliche Auftrag bestehen, bei der direkten Bundessteuer eine verfassungskonforme Ehepaarbesteuerung einzuführen. Der Bund steht somit weiterhin in der Pflicht, die Benachteiligung von Ehepaaren zu beseitigen.</p>
<p>Das Bundesgericht hat die Benachteiligung von Ehepaaren bei den Steuern bereits 1984 unmissverständlich festgehalten. Aber geschehen ist so gut wie nichts!</p>	<p>Nach dem Bundesgerichtsentscheid von 1984 haben die Kantone die nötigen Massnahmen getroffen, um Ehepaare steuerlich zu entlasten. Die Initiative würde sich daher hauptsächlich auf die direkte Bundessteuer auswirken, da auf kantonaler Ebene Ehepaare bereits heute in der Regel steuerlich besser gestellt sind als unverheiratete Paare.</p> <p>Der Bundesrat versucht zudem bereits seit Jahren, die verfassungswidrige Mehrbelastung von Ehepaaren bei der direkten Bundessteuer zu beseitigen. Mit den am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Massnahmen konnte die Schlechterstellung gegenüber unverheirateten Paaren für immerhin rund 66 Prozent der betroffenen Zweiverdienerhepaare vollständig beseitigt werden. Für die verbleibenden Zweiverdienerhepaare wurde die verfassungswidrige Mehrbelastung lediglich gemildert. Rund 80 000 Zweiverdienerhepaare mit höheren Einkommen sowie zahlreiche Rentnerhepaare mit mittleren und höheren Einkommen sind daher nach wie vor von der Benachteiligung betroffen.</p> <p>In den Jahren 2007 und 2012 hatte der Bundesrat daher einen erneuten Anlauf unternommen, diese Ungerechtigkeit aufzuheben und gab seine Vorschläge in die Vernehmlassung. Die Auswertung der Vernehmlassungen zeigte auf, dass politisch nach wie vor erhebliche Differenzen darüber bestehen, wie die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren korrigiert werden soll. Insbesondere war weiterhin strittig, ob die Besteuerung individuell oder gemeinsam zu erfolgen hat und welches der möglichen Besteuerungsmodelle die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte am besten abzubilden vermag. Umstritten ist auch, wie die mit einer Korrektur verbundenen beträchtlichen Mindereinnahmen kompensiert werden sollen.</p>
<p>Ehegatten sollen bei den Steuern eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden.</p>	<p>Bei Annahme der Initiative müsste der Bundesrat eine Gesetzesvorlage ausarbeiten, welche die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren gänzlich beseitigt. Ehepaare würden bei den Steuern wie schon heute als Wirtschaftsgemeinschaft erfasst und somit gemeinsam besteuert. Ein Wechsel zur getrennten Besteuerung von Ehemann und Ehefrau (Individualbesteuerung) wäre damit ohne erneute Verfassungsänderung ausgeschlossen.</p> <p>Der Bundesrat beschloss bereits 2012 nach Abwägung der Vor- und Nachteile der verschiedenen möglichen Besteuerungsmodelle, keinen Wechsel zur Individualbesteuerung ins Auge zu fassen, sondern am geltenden Gemeinschaftsbesteuerungssystem festzuhalten. In der 2012 durchgeführten Vernehmlassung schlug der Bundesrat die alternative Steuerberechnung vor. Die Steuerbehörde prüft dabei im konkreten Einzelfall, ob ein Ehepaar von einer Mehrbelastung betroffen ist. Ist das der Fall, wird der Steuerbetrag korrigiert. Die alternative Steuerberechnung würde sich sehr gezielt auf die Beseitigung der Benachteiligung von Zweiverdiener- und Rentnerhepaaren auswirken und daher weniger Mindereinnahmen als das Splitting oder die Individualbesteuerung verursachen. Auch wäre der administrative Mehraufwand weniger hoch als bei der Individualbesteuerung.</p> <p>Das Parlament möchte dem Gesetzgeber bei der Wahl des Besteuerungsmodells in der Verfassung jedoch keine Vorgaben machen. Für die Beseitigung der steuerlichen Benachteiligung von Ehepaaren sollen weiterhin sämtliche Modelle der getrennten oder der gemeinsamen Besteuerung zur Auswahl stehen.</p>
<p>Bei Annahme der Volksinitiative soll bei den Steuern ein Splittingssystem</p>	<p>Die Initiantinnen und Initianten verlangen in ihren Erläuterungen die Einführung eines Splittingssystems. Aufgrund des Wortlauts der Initiative sind jedoch sämtliche Modelle der gemeinsamen Besteuerung möglich. Im Vordergrund stehen dabei vor</p>

eingeführt werden.	<p>allein die alternative Steuerberechnung oder das Splitting.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Alternative Steuerberechnung: Die Steuerbehörde prüft im konkreten Einzelfall, ob ein Ehepaar von einer Mehrbelastung betroffen ist. Die Steuerbehörde nimmt dabei neben der ordentlichen Steuerberechnung des Ehepaars eine alternative Berechnung der Steuerbelastung vor, die sich an die Besteuerung von unverheirateten Paaren anlehnt. Der tiefere der beiden Steuerbeträge wird anschliessend in Rechnung gestellt. • Splitting: Das gemeinsame Einkommen des Ehepaars wird zu einem tieferen Satz besteuert als das gleich hohe Einkommen einer unverheirateten Person. Beim Vollsplitting wird das gemeinsame Einkommen zum Satz des halben Gesamteinkommens besteuert, beim Teilsplitting zu einem etwas höheren Satz. <p>Auch Splittingsysteme sind nicht unproblematisch. Bei einem hohen Splittingfaktor, insbesondere bei einem Vollsplitting, ergibt sich eine sehr starke Entlastung für gut situierte Einverdienerehepaare (sogenannter Millionärsgatteneffekt) und eine übermässig hohe Belastung für alleinstehende Personen. Bei einem eher tiefen Splittingfaktor wird die Benachteiligung der Ehegatten nur teilweise beseitigt.</p> <p>Die finanziellen Folgen bei Annahme der Initiative hängen von der Wahl und der Ausgestaltung des Besteuerungsmodells durch das Parlament ab. Wenn keine Person stärker belastet werden soll als heute, führen die beiden erwähnten Modelle zu folgenden Mindereinnahmen beim Bund:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Alternative Steuerberechnung: rund 1,2 Milliarden Franken pro Jahr, • Splitting: je nach Art des Splittings zwischen rund 1,2 und 2,3 Milliarden Franken pro Jahr. <p>Da den Kantonen 17 Prozent der direkten Bundessteuer zufallen, wären sie ebenfalls von den Mindereinnahmen betroffen.</p>
Verheiratete Ehepaare sind bei den Sozialversicherungen schlechter gestellt als unverheiratete Paare.	<p>Bei den Sozialversicherungen hat heute jeder Ehegatte einen individuellen Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenrente (AHV oder IV). Dabei darf die Summe der beiden Einzelrenten jedoch nicht höher als 150 Prozent der Maximalrente sein. Zurzeit beträgt die maximale Einzelrente 2350 Franken. Der Höchstbetrag für ein Ehepaar beträgt somit 3525 Franken. Wird diese Grenze überschritten, werden die beiden Einzelrenten anteilmässig gekürzt (Plafonierung). Bei einem unverheirateten Paar werden die individuellen Renten hingegen in vollem Umfang ausbezahlt.</p> <p>Ehepaaren kommen bei den Sozialversicherungen jedoch in den Genuss verschiedener Leistungen und Beitragserleichterungen, wie zum Beispiel der Witwen- und Witwerrenten oder des Verwitwetenzuschlags zur Alters- oder Invalidenrente, die unverheirateten Paare nicht zustehen. Dadurch sind sie insgesamt besser abgesichert als unverheiratete Paare. Auch in anderen Sozialversicherungen wie der beruflichen Vorsorge, der Unfallversicherung oder der Militärversicherung werden Ehepaare besonders geschützt und gegenüber den anderen Versicherten finanziell privilegiert (beispielsweise bei den Leistungen für Witwen und Witwer). Bei den Sozialversicherungen sehen Bundesrat und Parlament daher insgesamt keine Benachteiligung von Ehepaaren und damit keinen Handlungsbedarf. Bei Annahme der Initiative könnte sich der Gesetzgeber daher auf eine Änderung der Ehepaarbesteuerung beschränken.</p>
Die Initiative will die Ehe	Diese Auffassung der Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau entspricht zwar der heutigen Auslegung der Verfassung. Bei Annahme der Initiative würde diese Definition aber erstmals ausdrücklich in der Verfassung festgeschrieben. Der

Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

<p>als die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau definieren.</p>	<p>Gesetzgeber hätte damit ohne weitere Verfassungsänderung keine Möglichkeit, die Eheschliessung auch gleichgeschlechtlichen Paaren zu ermöglichen. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung wird im Parlament darüber diskutiert, ob die gesetzlich geregelten Lebensgemeinschaften allen Paaren offenstehen sollen, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Die Initiative würde die Möglichkeit jedoch ausschliessen, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.</p>
<p>Die Heiratsstrafe gilt auch für eingetragene Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare.</p>	<p>Das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft hat gleichgeschlechtlichen Paaren in verschiedener Hinsicht mit Ehepaaren gleichgestellt. Sowohl bei den Steuern als auch bei den Sozialversicherungen werden die eingetragenen Partnerschaften wie die Ehe behandelt. Dies bedeutet, dass die eingetragenen Paare bei der direkten Bundessteuer ebenfalls von einer Benachteiligung betroffen sein können. Zudem wird die Rentenplafonierung bei der AHV und IV ebenfalls auf sie angewendet. Bei den Sozialversicherungen kommen sie aber auch in den Genuss der verschiedenen Leistungen und Beitragserleichterungen, die auch den Ehegatten zustehen. Insgesamt werden eingetragene Paare somit bei den Sozialversicherungen besser abgesichert als unverheiratete Paare. Die allfällige Aufhebung der Rentenplafonierung bei einer Annahme der Initiative würde Ehepaare und eingetragene Paare daher zusätzlich bevorzugen. Zudem hätte die Aufhebung der Rentenplafonierung für die AHV rund 2 Milliarden Franken Mehrausgaben pro Jahr zur Folge. Da sich der Bund mit knapp 20 Prozent an den Ausgaben der AHV beteiligt, müsste er jährlich rund 400 Millionen Franken mehr zahlen. Den Rest hätte die AHV zu tragen. Der IV würden mit der Aufhebung der Plafonierung jährlich rund 60 Millionen Franken zusätzliche Ausgaben entstehen.</p>



Initiative populaire « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage »

Etat: novembre 2015

Arguments du Parlement et du Conseil fédéral

L'initiative populaire « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage » vise à éliminer l'inégalité de traitement entre les couples mariés et les concubins dans le domaine des impôts et dans celui des assurances sociales. Personne ne conteste la nécessité d'agir rapidement dans le cadre de l'impôt fédéral direct. Le Parlement et le Conseil fédéral recommandent cependant de ne pas donner suite à l'initiative, en critiquant notamment le fait que la définition du couple marié est trop restrictive et que le passage à l'imposition individuelle serait exclu.

Les auteurs de l'initiative populaire demandent que le mariage ne soit pas pénalisé par rapport à d'autres modes de vie, notamment en matière d'impôts et d'assurances sociales. Ils considèrent que le couple marié doit constituer une communauté économique au point de vue fiscal. En outre, ils entendent définir le mariage comme «l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme».

Discrimination de certains époux dans le cadre de l'impôt fédéral direct

Malgré des mesures d'allègement, quelque 80 000 couples mariés dont les deux conjoints travaillent et touchent ensemble un revenu élevé ainsi que de nombreux couples de retraités mariés dont le revenu est moyen ou élevé doivent acquitter un impôt fédéral direct plus élevé que celui des concubins se trouvant dans la même situation économique. Ces dernières années, le Conseil fédéral a multiplié les tentatives de réviser l'imposition des couples mariés. Du fait que les opinions quant au futur modèle d'imposition divergent trop fortement, ces tentatives, à l'exception d'une seule¹, sont restées lettre morte.

Initialement, le Conseil fédéral a approuvé l'initiative, estimant qu'elle permettrait de mettre fin une fois pour toutes à la discrimination fiscale que subissent les couples mariés. Le Parlement soutient les efforts consentis par le Conseil fédéral pour éliminer cette inégalité de traitement. Il a cependant rejeté l'initiative au motif qu'elle prévoit un cadre trop restrictif. En vertu de la loi fédérale sur les droits politiques², le Conseil fédéral n'est pas censé défendre une recommandation de vote différente de celle formulée par l'Assemblée fédérale. Il

¹ En 2008, des mesures d'urgence sont entrées en vigueur. Elles permettent d'éliminer l'inégalité de traitement qui touche une bonne partie des couples mariés dans le cadre de l'impôt fédéral.

² Loi fédérale du 17 décembre 1976 sur les droits politiques (art. 10a, al. 4; RS 161.1)

propose donc lui aussi de rejeter l'initiative.

Définition trop restrictive du couple

L'initiative vise par ailleurs à définir le mariage comme l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme. Bien que cette vision du mariage corresponde à l'interprétation actuelle de la Constitution, l'acceptation de l'initiative en ferait pour la première fois une disposition constitutionnelle explicite. Le législateur n'aurait donc plus la possibilité d'étendre le mariage aux couples de même sexe, à moins d'une nouvelle modification de la Constitution. Or, vu l'évolution de la société, le Parlement discute de l'ouverture des unions réglementées par la loi à tous les couples, indépendamment du sexe ou de l'orientation sexuelle. L'initiative exclurait la possibilité d'ouvrir le mariage aux couples de même sexe.

Pas d'exclusion de l'imposition individuelle

Les auteurs de l'initiative veulent inscrire dans la Constitution le principe appliqué actuellement de l'imposition conjointe des époux. Si l'initiative entrait en vigueur, un éventuel passage à l'imposition individuelle ne serait donc plus possible sans une nouvelle modification de la Constitution. Le Parlement ne souhaite toutefois pas imposer au législateur le choix d'un modèle d'imposition en l'inscrivant dans la Constitution. Il veut en effet que tous les modèles d'imposition (imposition commune et imposition séparée) restent disponibles pour éliminer la discrimination fiscale subie par les couples mariés.

Pas de discrimination des couples mariés dans le cadre des assurances sociales

En ce qui concerne les assurances sociales, les époux ont droit chacun à une rente de vieillesse ou d'invalidité (AVS ou AI). Si les deux conjoints bénéficient d'une rente, la somme des deux rentes ne peut toutefois pas dépasser 150 % de la rente individuelle maximale. Pour l'heure, la rente individuelle maximale s'élève à 2350 francs. Par couple, le montant maximal s'élève ainsi à 3525 francs. Si ce plafond est dépassé, les deux rentes individuelles sont réduites proportionnellement (plafonnement). En ce qui concerne les concubins, les rentes individuelles sont versées pleinement.

Contrairement aux autres assurés, les couples mariés bénéficient en revanche d'un certain nombre de prestations et d'allègements des contributions, comme les rentes de veuf ou de veuve et le supplément de veuvage ajouté à une rente de vieillesse ou d'invalidité. Dans l'ensemble, les couples mariés bénéficient donc d'une meilleure couverture d'assurance que les couples non mariés. Dans d'autres domaines de l'assurance sociale, comme la prévoyance professionnelle, l'assurance-accidents et l'assurance militaire, les couples mariés bénéficient également d'une protection particulière et d'un traitement financier privilégié par rapport aux autres assurés (en ce qui concerne les prestations en faveur des veufs et des veuves, par ex.). Dans le domaine des assurances sociales, le Conseil fédéral et le Parlement estiment donc que les couples mariés ne sont pas pénalisés lorsque l'ensemble des prestations est pris en compte. Ils ne voient donc pas de nécessité d'agir.

Conséquences en cas d'acceptation de l'initiative

Si l'initiative est acceptée, le Conseil fédéral devra soumettre au Parlement un projet de loi qui élimine totalement la discrimination fiscale des couples mariés. Les couples mariés seraient traités en tant que communauté économique et donc imposés conjointement, comme c'est le cas aujourd'hui. Les effets de l'initiative se feraient essentiellement sentir au niveau de l'impôt fédéral direct; à l'échelon cantonal, les couples mariés bénéficient en effet déjà d'un traitement fiscal généralement plus avantageux que les couples non mariés. Dans le cadre de l'impôt fédéral direct, les modèles d'imposition privilégiés pour la mise en œuvre de l'initiative sont les suivants:

- **Calcul alternatif de l'impôt:** L'autorité fiscale examine dans chaque cas si un couple marié est concerné par une charge excédentaire. Lorsque c'est le cas, le montant de l'impôt est corrigé. A cet effet, l'autorité fiscale procède au calcul ordinaire de l'impôt du couple marié, puis à un deuxième calcul qui s'appuie sur l'imposition individuelle des couples non mariés. L'autorité de taxation facture alors le montant le moins élevé.
- **Splitting:** Le revenu cumulé du couple marié est imposé à un taux plus bas que celui qui s'applique ordinairement à une même tranche de revenu pour une personne non mariée. Dans le cadre du splitting intégral, le revenu commun est imposé à un taux équivalant à la moitié de ce revenu. Le splitting partiel est fondé quant à lui sur un taux légèrement supérieur.

En considérant que les couples mariés ne sont pas désavantagés au regard de l'ensemble des prestations offertes par les assurances sociales, le législateur pourra se limiter à modifier le régime de l'imposition des couples mariés.

Les conséquences financières d'une éventuelle acceptation de l'initiative dépendront du type et de la structure du modèle d'imposition choisi par le Parlement. Dans la mesure où l'objectif est de ne pas augmenter l'imposition d'une catégorie de personnes, la Confédération subirait le manque à gagner suivant (produit escompté de l'impôt pour 2012):

- **Calcul alternatif de l'impôt:** environ 1,2 milliard de francs par an;
- **Splitting intégral:** environ 2,3 milliards de francs par an;
- **Splitting partiel:** 1,2 à 1,6 milliard de francs par an (suivant les déductions). La discrimination des couples mariés ne serait cependant pas totalement éliminée.

Comme les cantons reçoivent 17 % de l'impôt fédéral direct, ils seraient également affectés par la baisse des recettes.

Si le plafonnement actuel des rentes des couples mariés était supprimé, les dépenses à la charge de l'AVS augmenteraient d'environ 2 milliards de francs par année. La contribution fédérale s'élevant à près de 20 % des dépenses annuelles de l'AVS, la Confédération aurait à verser quelque 400 millions de francs supplémentaires par an. Le reste serait à la charge de l'AVS. La suppression du plafonnement coûterait environ 60 millions de francs supplémentaires par an à l'AI.

Réponses aux arguments du comité d'initiative « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage »

Etat: novembre 2015

Arguments du comité d'initiative	Avis du Conseil fédéral et du Parlement
<p>La discrimination fiscale des couples mariés doit être supprimée.</p>	<p>En 1984, le Tribunal fédéral avait déjà constaté l'interdiction, découlant de la Constitution, de désavantager du point de vue fiscal les couples mariés par rapport aux couples non mariés. Malgré les mesures d'allégement introduites depuis, quelque 80 000 couples mariés dont les deux conjoints travaillent et touchent ensemble un revenu élevé, ainsi que de nombreux couples mariés de retraités dont le revenu est moyen à élevé doivent s'acquitter encore aujourd'hui d'un impôt fédéral direct plus élevé que les couples non mariés se trouvant dans la même situation économique.</p> <p>Depuis des années déjà, l'objectif déclaré du Conseil fédéral est, pour ce qui est de l'impôt fédéral direct, d'inscrire dans la législation un régime d'imposition en accord avec l'imposition des couples et des familles figurant dans la Constitution, aux effets si possible neutres pour les divers types de partenariats et de familles et menant à des charges fiscales équilibrées. Les contribuables doivent pouvoir choisir le modèle de vie ou de famille qui leur convient sans être influencés par le droit fiscal, lequel doit être aussi neutre que possible eu égard aux diverses formes d'organisation de la vie. Le Conseil fédéral s'efforce donc depuis longtemps d'éliminer le désavantage fiscal anticonstitutionnel que subissent les couples mariés par rapport aux couples non mariés se trouvant dans la même situation économique. Il estime qu'il est urgent de prendre des mesures et soutient donc l'initiative à cet égard.</p> <p>Le Parlement appuie les efforts du Conseil fédéral visant à éliminer la discrimination des couples mariés, mais rejette l'initiative. Il critique notamment la définition étroite du mariage et le fait qu'un futur passage à l'imposition séparée des couples mariés (imposition dite individuelle) ne serait plus possible sans une nouvelle modification de la Constitution. Conformément à l'art. 10a, al. 4, de la loi fédérale du 17 décembre 1976 sur les droits politiques (LDP; RS 161.1), le Conseil fédéral ne peut pas défendre de recommandation de vote différente de celle formulée par le Parlement. Par conséquent, il recommande également de rejeter l'initiative.</p>

	<p>Un rejet de l'initiative ne dispense toutefois pas la Confédération de remplir son mandat constitutionnel d'introduire une imposition des couples mariés conforme à la Constitution dans le domaine de l'impôt fédéral direct. La Confédération a donc toujours le devoir d'éliminer la discrimination qui frappe les couples mariés.</p>
<p>En 1984 déjà, le Tribunal fédéral avait clairement relevé la discrimination fiscale qui frappe les couples mariés. Pourtant, rien ou presque n'a changé!</p>	<p>Après l'arrêt du Tribunal fédéral de 1984, les cantons ont pris les mesures nécessaires pour alléger la charge fiscale des couples mariés. Les effets de l'initiative se feraient donc essentiellement sentir au niveau de l'impôt fédéral direct, puisque les couples mariés bénéficient déjà à l'échelon cantonal d'un traitement fiscal généralement plus avantageux que celui des couples non mariés.</p> <p>Le Conseil fédéral s'efforce en outre depuis plusieurs années déjà de supprimer la charge supplémentaire contraire à la Constitution qui pèse sur les couples mariés dans le cadre de l'impôt fédéral direct. Les mesures entrées en vigueur le 1^{er} janvier 2008 ont permis d'éliminer entièrement, pour environ 66 % des couples mariés à deux revenus concernés, la discrimination par rapport aux couples non mariés. Pour les autres couples mariés à deux revenus, la majoration d'impôt contraire à la Constitution n'a été qu'atténuée. Près de 80 000 couples mariés dont les deux conjoints travaillent et dont le revenu total est élevé, ainsi que de nombreux couples mariés de retraités dont le revenu est moyen à élevé sont donc encore discriminés aujourd'hui.</p> <p>En 2007 et 2012, le Conseil fédéral avait tenté une nouvelle fois de lever cette injustice en soumettant ses propositions à une consultation. L'évaluation des résultats de la consultation avait montré qu'il existait encore des divergences considérables sur le plan politique quant à la manière de corriger l'inégalité de traitement fiscal que subissent certains couples mariés. La controverse portait notamment sur la question de savoir si l'imposition devait être effectuée sur une base individuelle ou commune et lequel des modèles d'imposition envisageables était le plus à même de refléter l'évolution de la société au cours des dernières décennies. Des divergences persistaient également quant à la manière de compenser le manque à gagner qui résulterait du changement de modèle d'imposition.</p>
<p>Au point de vue fiscal, les couples mariés doivent constituer une communauté économique.</p>	<p>Si l'initiative est acceptée, le Conseil fédéral devra soumettre au Parlement un projet de loi qui élimine totalement la discrimination fiscale des couples mariés. Comme c'est le cas aujourd'hui, les couples mariés seraient traités en tant que communauté économique et donc imposés conjointement. A moins d'une nouvelle modification de la Constitution, il ne serait plus possible de passer à l'imposition individuelle.</p> <p>Après s'être penché sur les avantages et les inconvénients des différents modèles possibles, le Conseil fédéral avait décidé en 2012 déjà de ne pas envisager le passage à l'imposition individuelle et de conserver le système de l'imposition commune. Lors de la consultation de 2012, il a proposé le modèle du calcul alternatif de l'impôt. Avec ce modèle, l'autorité fiscale vérifierait au cas par cas si une charge supplémentaire pèse sur les couples mariés. Si nécessaire, elle corrigerait ensuite le montant de l'impôt. Le calcul alternatif de l'impôt vise très précisément l'élimination de la discrimination des couples mariés à deux revenus et des couples mariés de retraités et provoquerait de moins grandes diminutions de recettes que le <i>splitting</i> ou l'imposition individuelle. Le surcroît de travail administratif serait aussi moindre que dans le cas de l'imposition individuelle.</p> <p>Le Parlement ne veut toutefois pas donner, dans la Constitution, des directives au législateur sur le choix du modèle d'imposition. Pour pouvoir éliminer la discrimination fiscale qui frappe les couples mariés, le législateur doit avoir le choix entre tous les modèles actuels qui prévoient une imposition séparée ou commune.</p>
<p>En cas d'acceptation de l'initiative, le modèle d'imposition du <i>splitting</i> doit être introduit.</p>	<p>Dans leur argumentaire, les auteurs de l'initiative demandent l'introduction d'un système de <i>splitting</i>. D'après le texte de l'initiative, tous les modèles d'imposition commune seraient toutefois envisageables. Les deux principaux modèles sont le calcul alternatif de l'impôt et le <i>splitting</i>.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Calcul alternatif de l'impôt: l'autorité fiscale vérifie au cas par cas si une charge supplémentaire pèse sur les couples

	<p>mariés. A cet effet, elle procède au calcul ordinaire de l'impôt, puis à un deuxième calcul (calcul alternatif) qui se fonde sur l'imposition individuelle des couples non mariés. L'autorité de taxation facture ensuite le montant le moins élevé.</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Splitting</i>: le revenu cumulé du couple marié est imposé à un taux plus bas que celui qui s'applique ordinairement à une même tranche de revenu pour une personne non mariée. Le revenu commun est imposé à un taux équivalent à la moitié de ce revenu en cas de <i>splitting</i> intégral, et à un taux un peu plus élevé en cas de <i>splitting</i> partiel. <p>Les systèmes de <i>splitting</i> ne sont pas sans poser de problèmes. Si le facteur de <i>splitting</i> est élevé, en particulier dans le cadre du <i>splitting</i> intégral, les couples mariés à un revenu qui sont dans une situation aisée bénéficient d'un allègement considérable (effet dit du conjoint millionnaire), alors que les personnes seules doivent supporter une charge disproportionnée. Si le facteur de <i>splitting</i> est plutôt faible, la discrimination qui frappe les couples mariés n'est que partiellement supprimée.</p> <p>Les conséquences financières d'une éventuelle acceptation de l'initiative dépendront du type et de la structure du modèle d'imposition choisi par le Parlement. Si personne ne doit voir sa charge fiscale augmenter, les deux modèles présentés plus haut entraîneraient les baisses de recettes suivantes pour la Confédération:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>calcul alternatif de l'impôt</i>: environ 1,2 milliard de francs par an • <i>splitting</i>: entre 1,2 et 2,3 milliards de francs par an environ, selon le type de <i>splitting</i> <p>Comme les cantons reçoivent 17 % de l'impôt fédéral direct, ils seraient également touchés par la baisse des recettes.</p>
<p>En matière d'assurances sociales, les couples mariés sont pénalisés par rapport aux couples non mariés.</p>	<p>Aujourd'hui, chaque conjoint a droit à une rente individuelle de vieillesse ou d'invalidité (AVS ou AI). Pour un couple marié, la somme des deux rentes ne peut toutefois pas dépasser 150 % de la rente maximale. A l'heure actuelle, la rente individuelle s'élève au maximum à 2350 francs. Le montant maximal de la rente cumulée des conjoints est donc de 3525 francs. Si cette limite est dépassée, les deux rentes individuelles sont réduites proportionnellement (plafonnement). Pour un couple non marié, les deux rentes individuelles sont versées dans leur intégralité.</p> <p>En matière d'assurances sociales, les couples mariés peuvent bénéficier en revanche de prestations, telles que les rentes de veufs et de veuves et le supplément de veuvage ajouté à une rente de vieillesse ou d'invalidité, ou d'allègements de contributions auxquels les couples non mariés n'ont pas droit. Dans l'ensemble, ils bénéficient donc d'une meilleure couverture d'assurance que les couples non mariés. Dans d'autres domaines de l'assurance sociale, comme la prévoyance professionnelle, l'assurance-accidents ou l'assurance militaire, les couples mariés bénéficient également d'une protection particulière et d'avantages financiers, comme les prestations pour veufs et pour veuves. Le Conseil fédéral et le Parlement ne constatent donc dans l'ensemble aucune inégalité de traitement des couples dans le domaine des assurances sociales. Ils estiment dès lors qu'il n'y a pas lieu de prendre des mesures. En cas d'acceptation de l'initiative, le législateur pourra donc se limiter à modifier le régime de l'imposition des couples mariés.</p>
<p>Les auteurs de l'initiative veulent définir le mariage comme l'union durable et réglementée par la loi d'un homme et d'une femme.</p>	<p>Bien que cette vision du mariage comme l'union d'un homme et d'une femme corresponde à l'interprétation actuelle de la Constitution, l'acceptation de l'initiative en ferait pour la première fois une disposition constitutionnelle explicite. Le législateur ne pourrait donc plus étendre le mariage aux couples de même sexe, à moins d'une nouvelle modification de la Constitution. Or, vu l'évolution de la société, le Parlement discute de l'ouverture des unions réglementées par la loi à tous les couples, indépendamment du sexe ou de l'orientation sexuelle. L'initiative exclurait la possibilité d'ouvrir le mariage aux couples de même sexe.</p>

Initiative « Pour le couple et la famille – Non à la pénalisation du mariage »

La pénalisation du mariage frappe également les partenariats enregistrés entre personnes de même sexe.

La loi fédérale sur le partenariat enregistré a mis les couples de même sexe et les couples mariés sur un pied d'égalité à maints égards. Ainsi, les partenaires enregistrés bénéficient du même traitement que les couples mariés dans les domaines des impôts et des assurances sociales. Il est dès lors possible qu'ils fassent l'objet d'une discrimination en ce qui concerne l'impôt fédéral direct. En matière d'assurances sociales, les partenaires enregistrés se voient par ailleurs appliquer le plafonnement des rentes de l'AVS et de l'AI. Ils peuvent cependant bénéficier de prestations et d'allègements de contributions, à l'instar des couples mariés. Dans l'ensemble, ils sont donc mieux assurés que les couples non mariés. La suppression du plafonnement des rentes en cas d'acceptation de l'initiative privilégierait encore davantage les couples mariés et les partenaires enregistrés. De plus, en cas de suppression du plafonnement, l'AVS devrait faire face à des dépenses supplémentaires de l'ordre de 2 milliards de francs par an. La contribution fédérale s'élevant à près de 20 % des dépenses annuelles de l'AVS, la Confédération aurait à verser quelque 400 millions de francs supplémentaires par an. Le reste serait à la charge de l'AVS. La suppression du plafonnement coûterait environ 60 millions de francs supplémentaires par an à l'AI.



Iniziativa popolare «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate»

Stato: novembre 2015

Gli argomenti del Parlamento e del Consiglio federale

L'iniziativa popolare «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate» si prefigge di eliminare la penalizzazione delle coppie sposate per quanto riguarda le imposte e le assicurazioni sociali. Nell'ambito dell'imposta federale diretta vi è indubbiamente la necessità di un intervento urgente. Tuttavia, Parlamento e Consiglio federale raccomandano di respingere l'iniziativa, criticando la definizione restrittiva del matrimonio e l'esclusione del passaggio all'imposizione individuale.

L'iniziativa popolare chiede che il matrimonio non sia penalizzato rispetto ad altri modi di vita, in particolare sotto il profilo fiscale e delle assicurazioni sociali. Dal punto di vista fiscale, la coppia sposata deve costituire una comunione economica. Inoltre, l'iniziativa intende definire il matrimonio come la durevole convivenza, disciplinata dalla legge, di un uomo e di una donna.

Penalizzazione di determinate coppie sposate nell'ambito dell'imposta federale diretta

Nonostante le misure di sgravio finanziario, oggi circa 80 000 coppie sposate con doppio reddito elevato e numerose coppie sposate di pensionati con reddito medio o alto pagano un'imposta federale diretta maggiore rispetto alle coppie non sposate che presentano una situazione economica equivalente. Negli ultimi anni il Consiglio federale ha cercato ripetutamente di introdurre una nuova normativa sull'imposizione dei coniugi. Tuttavia, a parte un'eccezione¹, questi tentativi non hanno avuto successo a causa dei pareri divergenti sul futuro modello di imposizione.

Inizialmente il Consiglio federale ha accolto con favore l'iniziativa, perché in essa ha intravisto la possibilità di eliminare finalmente in modo completo la penalizzazione fiscale delle coppie sposate. Pur sostenendo gli sforzi del Consiglio federale finalizzati a porre fine alla penalizzazione delle coppie sposate, il Parlamento ha tuttavia respinto l'iniziativa a causa della

¹ Nel 2008 sono entrate in vigore misure immediate che, per una buona parte delle coppie sposate interessate, hanno eliminato la penalizzazione nell'ambito dell'imposta federale diretta.

sua impostazione troppo restrittiva. Poiché conformemente alla legge federale sui diritti politici² il Consiglio federale non può sostenere una raccomandazione di voto che diverge dalla posizione del Parlamento, anche il Governo raccomanda di respingere l'iniziativa.

Definizione troppo restrittiva del matrimonio

L'iniziativa intende definire il matrimonio quale durevole convivenza, disciplinata dalla legge, di un uomo e di una donna. Questa concezione del matrimonio corrisponde all'attuale interpretazione della Costituzione. In caso di accettazione dell'iniziativa, per la prima volta questa definizione sarebbe però sancita esplicitamente nella Costituzione. Senza altre modifiche costituzionali, il legislatore non avrebbe quindi la possibilità di consentire anche i matrimoni di coppie omosessuali. Alla luce dello sviluppo sociale, in Parlamento si discute se la durevole convivenza, disciplinata dalla legge, dovrebbe essere riconosciuta per tutte le coppie, indipendentemente dal sesso o dall'orientamento sessuale. L'iniziativa escluderebbe tuttavia la possibilità di consentire il matrimonio delle coppie omosessuali.

Nessuna esclusione dell'imposizione individuale

L'attuale sistema fiscale prevede l'imposizione congiunta dei coniugi. L'iniziativa si prefigge di ancorare questo principio nella Costituzione. In questo modo, però, il passaggio all'imposizione separata delle coppie sposate (imposizione individuale) sarebbe possibile solo dopo un'ulteriore modifica della Costituzione. Il Parlamento non intende però adottare nella Costituzione prescrizioni che vincolerebbero il legislatore nella scelta del modello di imposizione. Per eliminare la penalizzazione fiscale delle coppie sposate si deve continuare a poter scegliere tra tutti i modelli di imposizione separata o congiunta.

Nessuna penalizzazione delle coppie sposate nell'ambito delle assicurazioni sociali

Attualmente nell'ambito delle assicurazioni sociali ciascun coniuge ha diritto a una rendita individuale di vecchiaia o di invalidità (AVS o AI). Tuttavia, se entrambi i coniugi hanno diritto alla rendita, la somma delle due rendite non può superare il 150 per cento della rendita singola massima. Oggi essa ammonta a 2350 franchi. L'importo massimo per una coppia di coniugi è quindi pari a 3525 franchi. Se questo limite viene superato, le due rendite singole sono ridotte proporzionalmente (fissando un limite massimo). Nel caso di una coppia non sposata, invece, le rendite individuali sono versate interamente.

Tuttavia, nell'ambito delle assicurazioni sociali le coppie sposate ottengono diverse prestazioni e agevolazioni contributive, ad esempio le rendite vedovili o il supplemento di vedovanza della rendita di vecchiaia o di invalidità. Pertanto, nel complesso risultano meglio tutelate rispetto alle coppie non sposate. Anche riguardo ad altre assicurazioni sociali come la previdenza professionale, l'assicurazione contro gli infortuni o l'assicurazione militare, le coppie sposate sono particolarmente tutelate e privilegiate sul piano finanziario rispetto agli altri assicurati (ad esempio nel caso delle prestazioni per le vedove e i vedovi). Per quanto concerne le assicurazioni sociali, nel complesso il Consiglio federale e il Parlamento non vedono dunque alcuna penalizzazione delle coppie sposate e quindi non ritengono necessario intervenire.

Conseguenze in caso di accettazione dell'iniziativa

Se l'iniziativa fosse accolta, il Consiglio federale dovrebbe elaborare un disegno di legge che elimini completamente la penalizzazione fiscale delle coppie sposate. Sotto il profilo fiscale esse continuerebbero ad essere considerate una comunione economica e quindi ad essere tassate congiuntamente. L'iniziativa si ripercuoterebbe principalmente sull'imposta federale diretta, poiché sotto il profilo fiscale a livello cantonale le coppie sposate solitamente sono

² Legge federale del 17 dicembre 1976 sui diritti politici (art. 10a cpv. 4; RS 161.1)

già avvantaggiate rispetto alle coppie non sposate. Per attuare l'iniziativa nel campo dell'imposta federale diretta entrano in considerazione soprattutto i seguenti modelli di imposizione:

- **calcolo alternativo dell'imposta:** l'autorità fiscale verifica nel singolo caso concreto se una coppia sposata deve far fronte a un onere fiscale maggiore. In caso affermativo, l'importo dell'imposta viene corretto. Oltre a calcolare l'imposta della coppia sposata secondo la tassazione ordinaria, l'autorità fiscale esegue un calcolo alternativo orientandosi ai principi di imposizione delle coppie non sposate. Successivamente viene fatturato l'importo più basso;
- **splitting:** il reddito complessivo dei coniugi è tassato a un'aliquota più bassa rispetto allo stesso reddito percepito da una persona non sposata. Nello splitting integrale il reddito complessivo di una coppia sposata è tassato all'aliquota applicata alla metà dello stesso, mentre nello splitting parziale viene applicata un'aliquota leggermente più alta.

Partendo dal presupposto che – se si considerano tutte le prestazioni – nell'ambito delle assicurazioni sociali le coppie sposate non risultano penalizzate, il legislatore può limitarsi a modificare l'imposizione delle coppie sposate.

Le conseguenze finanziarie in caso di accettazione dell'iniziativa dipendono dalla scelta e dall'impostazione del modello di imposizione da parte del Parlamento. Se non si intende gravare alcun soggetto in misura maggiore rispetto alla situazione attuale, il bilancio della Confederazione registrerebbe le seguenti minori entrate (gettito previsto per il periodo fiscale 2012):

- **calcolo alternativo dell'imposta:** circa 1,2 miliardi di franchi all'anno;
- **splitting integrale:** circa 2,3 miliardi di franchi all'anno;
- **splitting parziale:** 1,2-1,6 miliardi di franchi all'anno (a seconda delle deduzioni). Tuttavia, la penalizzazione delle coppie sposate non sarebbe completamente eliminata.

Poiché ai Cantoni spetta il 17 per cento del gettito dell'imposta federale diretta, anch'essi sarebbero colpiti dalle minori entrate.

Sopprimendo l'attuale limite massimo per le rendite, l'AVS dovrebbe sostenere maggiori uscite annue pari a circa 2 miliardi di franchi. Poiché il contributo della Confederazione alle uscite dell'AVS ammonta al 20 per cento scarso, essa dovrebbe finanziare un importo supplementare di circa 400 milioni di franchi all'anno. L'AVS dovrebbe sostenere l'importo rimanente. La soppressione del limite massimo causerebbe un'uscita supplementare di circa 60 milioni di franchi all'anno a carico dell'Al.

Considerazioni a confutazione degli argomenti del Comitato d'iniziativa «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate»

Stato: novembre 2015

Argomenti del comitato d'iniziativa	Considerazioni del Consiglio federale e del Parlamento
<p>Gli svantaggi fiscali per le coppie sposate devono essere eliminati.</p>	<p>Già nel 1984 il Tribunale federale ha accertato che secondo la Costituzione federale è vietato favorire fiscalmente le coppie non sposate rispetto alle coppie sposate.</p> <p>Nonostante le misure di sgravio introdotte da allora, circa 80 000 coppie di coniugi con doppio reddito elevato e numerosi coniugi pensionati con reddito medio e alto continuano a pagare un'imposta federale diretta più elevata rispetto alle coppie non sposate che si trovano nella stessa situazione economica.</p> <p>Già da anni l'obiettivo dichiarato del Consiglio federale è quello di introdurre per l'imposta federale diretta un'imposizione dei coniugi e della famiglia coerente con la Costituzione che sia il più neutrale possibile nei confronti dei diversi modelli di coppia e di famiglia e oneri fiscali equilibrati tra i diversi carichi fiscali. Il diritto tributario non dovrebbe influenzare il contribuente nella scelta del modello di famiglia o di vita, bensì essere il più neutrale possibile sulle diverse forme di convivenza possibili. Il Consiglio federale si adopera da tempo per rimediare allo svantaggio anticostituzionale ancora esistente per le coppie sposate rispetto alle coppie non sposate nella stessa situazione economica. Il Consiglio federale ritiene urgente legiferare in questo ambito e sostiene in questo senso le richieste dell'iniziativa.</p> <p>Il Parlamento appoggia gli sforzi del Consiglio federale volti a eliminare gli svantaggi per le coppie sposate. Ciononostante ha respinto l'iniziativa, criticando in particolare la rigida definizione del matrimonio e l'impossibilità di passare all'imposizione separata dei coniugi (cosiddetta «imposizione individuale») senza una nuova modifica costituzionale. Anche il Consiglio federale raccomanda di respingere</p>

Iniziativa «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate»

Argomenti del comitato d'iniziativa	Considerazioni del Consiglio federale e del Parlamento
	<p>l'iniziativa, poiché secondo l'articolo 10a capoverso 4 della legge federale del 17 dicembre 1976 sui diritti politici (LPD; RS 161.1) non può sostenere una raccomandazione di voto che diverga dalla posizione dell'Assemblea federale.</p> <p>Se l'iniziativa popolare dovesse essere respinta, rimarrebbe comunque il mandato costituzionale di prevedere un'imposizione dei coniugi conforme alla Costituzione. Ne consegue che la Confederazione è in ogni caso obbligata a eliminare lo svantaggio fiscale dei coniugi.</p>
<p>Già nel 1984 il Tribunale federale ha sancito inequivocabilmente il divieto di privilegiare fiscalmente le coppie non sposate. Eppure non è successo quasi nulla!</p>	<p>Dopo la decisione del Tribunale federale del 1984, i Cantoni hanno adottato le misure necessarie per ridurre l'onere fiscale delle coppie sposate. L'iniziativa si ripercuoterebbe dunque principalmente sull'imposta federale diretta, poiché a livello cantonale le coppie sposate sono di regola già fiscalmente privilegiate rispetto alle coppie non sposate.</p> <p>Inoltre, da anni il Consiglio federale si prefigge di eliminare l'incostituzionalità del maggiore carico dell'imposta federale diretta dei coniugi. A seguito delle misure introdotte il 1° gennaio 2008 è stato possibile eliminare completamente la penalizzazione delle coppie sposate per circa il 66 per cento dei coniugi con doppio reddito interessati. Per le altre coppie di coniugi con doppio reddito il maggiore carico fiscale anticostituzionale è invece soltanto stato attenuato. Circa 80 000 coppie di coniugi con doppio reddito elevato e numerose coppie di coniugi pensionati con reddito medio e alto continuano dunque a essere penalizzati.</p> <p>Negli anni 2007 e 2012 il Consiglio federale ha pertanto fatto un ulteriore tentativo per eliminare questa ingiustizia e posto in consultazione le sue proposte. Dalla valutazione dei risultati è emerso che a livello politico continuano a prevalere grandi differenze sul modo in cui lo svantaggio fiscale delle coppie sposate debba essere corretto. Permane controversa in particolare la questione se l'imposizione dei coniugi debba essere individuale o congiunta. Non vi è unanimità nemmeno sul modello d'imposizione che tiene conto al meglio dei mutamenti sociali degli ultimi decenni. Infine, è dibattuta anche la modalità di compensazione della considerevole riduzione di entrate provocata da una correzione.</p>
<p>Sul piano fiscale i coniugi devono costituire una comunione economica.</p>	<p>Se l'iniziativa verrà accettata il Consiglio federale dovrà elaborare un disegno di legge per eliminare completamente la penalizzazione fiscale delle coppie sposate. Sotto il profilo fiscale le coppie sposate costituirebbero, come già oggi, delle comunioni economiche e sarebbero pertanto tassate congiuntamente. Un passaggio all'imposizione separata dei coniugi (imposizione individuale) non sarebbe possibile senza una nuova modifica costituzionale.</p> <p>Già nel 2012, dopo aver ponderato vantaggi e svantaggi dei diversi modelli d'imposizione possibili, il Consiglio federale ha deciso di non prendere in considerazione il passaggio all'imposizione individuale, bensì di mantenere l'attuale sistema di imposizione congiunta. Nella consultazione effettuata nel 2012, il Consiglio federale ha proposto il calcolo alternativo dell'imposta. Al riguardo, l'autorità fiscale esamina se, nel caso specifico, per una coppia di coniugi risulta un onere più elevato. In questo caso l'ammontare dell'imposta viene corretto. Il calcolo fiscale alternativo si ripercuoterebbe in modo molto mirato sull'eliminazione dello svantaggio per le coppie sposate con doppio reddito e per le coppie sposate di pensionati e causerebbe pertanto una riduzione delle entrate più contenuta rispetto allo splitting o all'imposizione individuale. Anche il maggior onere amministrativo sarebbe meno elevato rispetto all'imposizione individuale.</p> <p>Il Parlamento non intende però prescrivere al legislatore il modello d'imposizione da ancorare nella Costituzione. Al fine di eliminare la penalizzazione fiscale dei coniugi devono continuare a essere a disposizione tutti i modelli dell'imposizione separata o congiunta.</p>

Iniziativa «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate»

Argomenti del comitato d'iniziativa	Considerazioni del Consiglio federale e del Parlamento
<p>In caso di accettazione dell'iniziativa dovrà essere introdotto un sistema di splitting.</p>	<p>Nelle loro spiegazioni gli autori dell'iniziativa chiedono l'introduzione di un sistema di splitting. Tuttavia, secondo il tenore dell'iniziativa sono possibili tutti i modelli di imposizione comune. In primo piano figurano soprattutto il calcolo alternativo dell'imposta e lo splitting:</p> <ul style="list-style-type: none"> • calcolo alternativo dell'imposta: l'autorità fiscale esamina se, nel caso specifico, per una coppia di coniugi risulta un onere più elevato. Oltre al calcolo ordinario dell'imposta, l'autorità fiscale effettua un calcolo alternativo improntato sull'imposizione delle coppie non sposate. Ai coniugi viene quindi fatturato l'importo più basso; • splitting: il reddito complessivo dei coniugi è tassato a un'aliquota più bassa di quella applicata allo stesso reddito di una persona non sposata. In caso di splitting integrale il reddito complessivo è tassato all'aliquota d'imposta corrispondente alla metà del reddito complessivo, mentre nello splitting parziale l'aliquota è leggermente superiore. <p>Anche i sistemi di splitting comportano dei problemi. Con un elevato fattore di splitting, in particolare nel caso di splitting integrale, risulta uno sgravio molto elevato a favore di coppie sposate benestanti con reddito unico (cosiddetto «effetto coniuge di milionario») e un onere fiscale eccessivamente elevato per le persone sole. Un fattore di splitting piuttosto basso elimina invece solo parzialmente la penalizzazione per le coppie sposate.</p> <p>Le ripercussioni finanziarie dell'iniziativa dipendono invece dal modello di imposizione scelto dal Parlamento e dalla sua impostazione. Se il carico fiscale non dovrà aumentare per nessuno, per la Confederazione i due modelli comporteranno le seguenti minori entrate:</p> <ul style="list-style-type: none"> • calcolo alternativo dell'imposta: circa 1,2 miliardi di franchi all'anno; • splitting: tra 1,2 e 2,3 miliardi di franchi all'anno, a seconda del tipo di splitting. <p>Poiché ai Cantoni è destinato il 17 per cento del gettito dell'imposta federale diretta, anch'essi dovrebbero fare i conti con una diminuzione delle entrate.</p>
<p>Nel settore delle assicurazioni sociali le coppie sposate sono penalizzate rispetto a quelle non sposate.</p>	<p>Nel settore delle assicurazioni sociali ogni coniuge ha un diritto individuale a una rendita per la vecchiaia o per l'invalidità (AVS o AI). In questo contesto la somma delle due rendite singole non può però superare il 150 per cento della rendita massima. Attualmente questa rendita singola massima ammonta a 2350 franchi. L'importo massimo per una coppia sposata è quindi di 3525 franchi. Se questo importo limite viene superato, le due rendite singole sono ridotte proporzionalmente (plafonamento). Nel caso di una coppia non sposata, le rendite singole sono versate integralmente.</p> <p>Nell'ambito delle assicurazioni sociali le coppie sposate beneficiano per contro di diverse prestazioni e agevolazioni contributive fra cui la rendita vedovile o il supplemento di vedovanza sulla rendita di vecchiaia o di invalidità, a cui le coppie non sposate non hanno diritto. Complessivamente le coppie di coniugi sono meglio tutelate delle coppie di conviventi. Lo stesso vale per altre assicurazioni sociali: in termini di previdenza professionale, assicurazione contro gli infortuni o assicurazione militare, i coniugi beneficiano di una tutela particolare e risultano finanziariamente privilegiati rispetto agli altri assicurati (ad es. prestazioni per persone vedove). Pertanto, in ambito di assicurazioni sociali il Consiglio federale e il Parlamento non vedono nel complesso nessuna discriminazione dei coniugi e quindi nessuna necessità di intervenire. In caso di accettazione dell'iniziativa il legislatore potrebbe dunque limitarsi a modificare l'imposizione delle coppie sposate.</p>

Iniziativa «Per il matrimonio e la famiglia – No agli svantaggi per le coppie sposate»

Argomenti del comitato d'iniziativa	Considerazioni del Consiglio federale e del Parlamento
L'iniziativa intende definire il matrimonio come la durevole convivenza, disciplinata dalla legge, di un uomo e di una donna.	Questa visione del matrimonio come la durevole convivenza di un uomo e di una donna corrisponde all'attuale interpretazione della norma costituzionale, ma con l'accettazione dell'iniziativa questa definizione figurerebbe per la prima volta esplicitamente nella Costituzione. Senza una nuova modifica costituzionale il legislatore non avrebbe alcuna possibilità di consentire anche alle coppie omosessuali di contrarre matrimonio. Vista l'evoluzione della società, in Parlamento si sta discutendo l'ipotesi di estendere a tutte le coppie, a prescindere dal genere e dall'orientamento sessuale, ogni forma di convivenza disciplinata dalla legge. L'iniziativa escluderebbe però la possibilità di aprire l'istituto del matrimonio alle coppie omosessuali.
La penalizzazione del matrimonio vale anche per l'unione domestica registrata di coppie omosessuali.	La legge federale sull'unione domestica registrata di coppie omosessuali equipara le coppie dello stesso sesso ai coniugi. Sia a livello di imposte sia a livello di assicurazioni sociali, l'unione domestica registrata e il matrimonio vengono trattati allo stesso modo. Ciò significa che anche le coppie registrate potrebbero essere penalizzate a livello di imposta federale diretta. Inoltre, anche il plafonamento delle rendite (AVS e AI) è applicato all'unione domestica registrata e per quanto riguarda le assicurazioni sociali godono altresì di diverse prestazioni e agevolazioni sui contributi, come nel caso dei coniugi. Nel complesso i partner registrati sono di conseguenza meglio tutelati rispetto alle coppie non sposate. L'eventuale soppressione del plafonamento quale conseguenza dell'iniziativa favorirebbe dunque ulteriormente le coppie sposate e le unioni domestiche registrate. Ne consegue che l'AVS dovrebbe sostenere spese supplementari di circa 2 miliardi di franchi all'anno. La Confederazione dovrebbe pagare circa 400 milioni di franchi in più, poiché essa partecipa alle spese dell'AVS con un contributo pari a quasi il 20 per cento. Il resto rimarrebbe a carico dell'AVS.